

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Mittwoch, 21. Juli 2021 · Nr. 166 · 242. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · €4.90



In der simbabwischen Hauptstadt Harare wird im Januar 2021 ein an Corona verstorbener Mensch begraben. TAFADZWA UFUMELI/GETTY

Auch in Afrika sind die Folgen der Pandemie verheerend

Der Kontinent ist kein Sonderfall – Äthiopische Forscher stellen Übersterblichkeit fest

ilö. · Die Zahl der Todesfälle im Zusammenhang mit dem Coronavirus ist in Afrika laut der Weltgesundheitsorganisation jüngst gestiegen – dies vor allem, weil ein Mangel an Sauerstoffgeräten und Betten auf Intensivstationen herrscht. Die am stärksten betroffenen Länder sind derzeit Namibia, Südafrika, Tunesien, Uganda und Sambia. Offizielle Statistiken in Afrika legen nahe, dass der Kontinent mit seinen 1,3 Milliarden Einwohnern bisher weitgehend von der Pandemie verschont geblieben ist. Verzeichnet wurden insgesamt 6 Millionen Ansteckungen mit dem Virus und 150 000 Tote.

In Afrika sind offizielle Statistiken aber oft stark verzerrt oder gar erfunden. Um die Kluft zwischen der Realität und den von den Behörden veröffentlichten Zahlen sichtbar zu machen, richten Forscher ihren Blick auf Friedhöfe. Der äthiopische Professor Bilal Shikur zum Beispiel realisierte, dass ein im Jahr 2001 lanciertes Forschungsprojekt auch für die derzeitige Pandemie hilfreich sein kann. Für sein Projekt werden Daten zu den Begräbnissen auf allen Friedhöfen der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba gesammelt. So verfügt das Forscherteam über eine Datengrundlage, die Aussagen zur Sterblichkeit zulässt. Die letzte offi-

zielle Todesstatistik im ostafrikanischen Land stammt von 2007. Die Daten von Bilal Shikur zeigen, dass die Folgen von Covid-19 in Addis Abeba ähnlich verheerend sind wie an anderen Orten der Welt. Auch in weiteren afrikanischen Ländern verdichten sich die Hinweise darauf, dass während der Pandemie mehr Menschen gestorben sind als zuvor. Bilal Shikur betont die Wichtigkeit von verlässlichen Daten: «Diese schaffen Klarheit darüber, wo wir gerade stehen.» Dies sei wichtig für die Umsetzung von Präventionsstrategien und die Aufklärung der Bevölkerung. *International, Seite 5*

Der Dalai Lama verunsichert die chinesischen Herrscher in Tibet

In Lhasa übt der Dalai Lama noch immer Einfluss aus – gerade durch seine Abwesenheit

k. b. · Als sein Sommerpalast 1959 von den Soldaten der Roten Armee beschossen wurde, sah Tendzin Gyatsho nur noch einen Weg: die Flucht. Bei Eiseskälte schlich sich der geistlich-weltliche Anführer, gehüllt in einen Soldatenmantel, heimlich an den chinesischen Schergen vorbei in die Freiheit. Nach zwei Wochen überschritt er die Grenze zu Indien. Seither lebt der 14. Dalai Lama im Exil. In seiner Heimat Tibet hat längst die chinesische Entwicklungswut um sich gegriffen. Eisenbahnen, Strassen, Schulen, Kraft- und Bergwerke wurden errichtet, Wald gerodet und wieder mühsam an-

gepflanzt, die Städte wuchsen. Auf dem Land haben die Familien Kühlschränke und Fernseher, manchmal leben sie statt in bunt bemalten Häusern in grauen Wohnblöcken, mitten im Nirgendwo. Die Familien schicken ihre Kinder in Internatsschulen, wo sie Chinesisch lernen und mit Stipendien der Regierung nach Chengdu oder sogar Peking zum Studium fahren. In ihren Wohnstuben hängt ein Bild von Xi Jinping, wo früher eines des Dalai Lama gehangen wäre. Doch gerade in der Hauptstadt Lhasa, wo der Potala-Palast über allem thronet, zeigt sich, dass der Dalai Lama noch immer Einfluss ausübt, gerade durch die

Absurdität seiner Abwesenheit. Schwer zu sagen, was die Tibeterinnen und Tibeter heute über den 14. Dalai Lama denken. Wer offen Loyalität bekundet, muss mit harten Strafen rechnen. Was sie öffentlich bekunden dürfen, ist die offizielle Linie der Regierung in Peking: China habe Tibet von einem rückständigen Feudalsystem befreit, den Fortschritt gebracht. Der Dalai Lama habe mit seiner Flucht sein Vaterland verraten. Diese harte Rhetorik zeigt: Chinas Priorität ist die Einheit des Landes. Der Dalai Lama bedroht diese als 86-jähriger Verbannter noch immer. *International, Seite 7*

UBS überrascht mit hohem Gewinn

Beim Ergebnis spielen Können und auch Glück mit

Die Grossbank profitiert weiter von steigenden Börsenkursen und Corona-Hilfsprogrammen. Sie macht derzeit aber auch das Beste aus ihren Möglichkeiten.

ANDRÉ MÜLLER

Der grössten Schweizer Bank läuft es rund: Im zweiten Quartal erzielte die UBS einen Reingewinn von 2 Milliarden Dollar, deutlich mehr als im Lockdown-geprägten Vorjahresquartal. Alle Sparten trugen zum guten Ergebnis bei. Der hohe Gewinn kam unerwartet: Viele Beobachter gingen davon aus, dass die UBS wie andere Banken zu Jahresbeginn von einmalig guten Bedingungen profitiert hatte und im zweiten Quartal nachlassen würde. Aber schon die Halbjahreszahlen der grossen US-Häuser liessen erahnen, dass die Banken weiter im Hoch sind.

Der UBS-Chef Ralph Hamers sprach von dem «Momentum», das die Bank zu nutzen wisse. Profitiert sie also vor allem von den Corona-Hilfsprogrammen der Staaten und Zentralbanken? Oder zeigen sich hier die Umrisse einer neuen, profitableren UBS, die den Aktionärinnen über Jahre mehr Dividenden ausschütten wird? Beides, antwortete Hamers im Kern. Die UBS hat zum einen ihre Kosten deckeln können. Der Personalbestand der Gesamtbank ging im Vergleich zum März leicht zurück, nach langem und stetigem Wachstum. Einen Teil der Ausgaben für das angekündigte Sparprogramm hat die Bank allerdings nur verschoben; sie fallen im nächsten Quartal an.

Zufluss von neuen Geldern

Die Bank steigerte zudem ihre Erträge auf 9 Milliarden Dollar, auch dank ihrer wichtigsten Sparte, der internationalen Vermögensverwaltung (Global Wealth Management, GWM): Die Gewinne wuchsen in Asien, in der Schweiz und im restlichen Europa und besonders in den USA. Das kommt der UBS zupass, weil sie in den nächsten Jahren in den USA wegen Verlustvorträgen weniger Gewinnsteuern zahlen wird als anderswo. Auch die «fee-generating assets», aus denen sich die sehr wichtigen, wiederkehrenden Gebühren des GWM speisen, nehmen zu. Der Haupttreiber für diese Bonanza sind die Zentralbanken. Sie fluten die Märkte mit billigem Geld und lassen die Preise von Aktien und anderen Anlagen in die Höhe schnellen, was die vermögenden UBS-Kunden noch reicher macht. Der Grossbank fließen aber auch stetig neue Gelder zu. Offenbar vertraut man der UBS und den Produkten, die sie anbietet.

Die UBS vergibt ihren Kunden zudem immer mehr Kredite, es sind inzwischen 228 Milliarden Dollar. Viele erkennen darin die Handschrift von Iqbal Khan, Co-Leiter des GWM, der Ähnliches zuvor bei der Credit Suisse umsetzte. Diese Kredite bessern das Zinseinkommen auf und sollen in Zukunft eine noch grössere Rolle spielen. Ein gewisses Wachstum scheint möglich, ohne dass die UBS übermässige Risiken eingeht.

Im Schweizer Geschäft zeigen die Einnahmen aus Kreditkarten- und Wechselkursgebühren aufwärts, auch die Strafung des Filialnetzes scheint sich bereits bezahlt zu machen. Die verwalteten Vermögen stiegen nur wenig an – eine Folge auch davon, dass die UBS deutlich mehr Kunden Negativzinsen verrechnet. Der Profitabilität tat das offensichtlich keinen Abbruch, weil die Schweizer Kundschaft mehr in Anlageprodukte investiert. Das bringt der UBS mehr ein, als wenn die Vermögen auf dem Sparkonto bleiben. Auch das Investment Banking hat im zweiten Quartal gute Zahlen hingelegt (Vorsteuergewinn: 668 Millionen Dollar). Die UBS konnte im Beratungsgeschäft zulegen, in dem sie Fusionen, Übernahmen und Börsengänge begleitet. Die Erträge der grösseren Handelsabteilung gingen im Vergleich zum Vorjahr zurück, wobei die hohe Unsicherheit kurz nach dem Börseneinbruch im Corona-Frühling 2020 für viele Aufträge gesorgt hatte.

Gute Ideen bleiben wichtig

Die grosse Frage bleibt, wie nachhaltig der Gewinnanstieg der UBS ist. Die Bank erwartet, dass die Kundenaktivität in den Sommermonaten zurückgeht,

Ansätze einer neuen UBS zu erkennen

Kommentar auf Seite 20

was auf die sogenannten transaktionsabhängigen Erträge drücken wird. Die vermögensabhängigen Gebühren werden dank der grösseren Basis aber weiter fließen, sofern nicht ein jäher Börseneinbruch diese Basis stark verkleinert. Die UBS wird Anleger anzuwerben versuchen, die aktiv etwas mit ihrem Vermögen anstellen möchten. Nebst dem Trend-Thema «sustainable finance» setzt sie dabei auch auf Private Equity, auf Investitionen in Firmen, die nicht an der Börse gehandelt werden. Weitere Investitionen in einen voll digitalen Anlageprozess sind sinnvoll, rentieren aber erst über lange Zeit. Das Planungstool «My Way» etwa, mit dem die Kundinnen über die Allokation ihres Vermögens mitbestimmen können, ist laut Hamers beliebt. Doch fertig ausgerollt ist es noch längst nicht.

Gute Ideen bleiben wichtig, denn die Marge pro Kundenfranken nimmt spartenübergreifend ab. Bis jetzt geht die Rechnung für die UBS auf, da sie die fehlende Marge mit mehr Volumen kompensiert. Dieses Volumen will die Bank weiterhin in Skaleneffekte ummünzen: mit Kostensenkungen und besseren Konditionen beim Einkauf von Finanzanlagen von dritter Seite. Die Erträge der Investmentbank wiederum hängen von Trends ab, die nicht im Einflussbereich der UBS liegen. Unter dem Strich ist die Bank derzeit aber gut unterwegs. Die Eigenkapitalrendite von 13,7 Prozent kann sich sehen lassen, das Aufwand-Ertrags-Verhältnis von 71,8 Prozent und die gute Kapitalisierung der Bank ebenso.

Haitis Interimsstaatschef beugt sich internationalem Druck

Claude Joseph übergibt die Macht an den designierten Nachfolger des ermordeten Präsidenten



Ein Wandbild zu Ehren des ermordeten Präsidenten Jovenel Moïse in Haitis Hauptstadt Port-au-Prince.

O. BARRIA / KEYSTONE

THOMAS MILZ, RIO DE JANEIRO

Haitis Übergangspräsident Claude Joseph hat am Montag seinen Rücktritt angekündigt. Bereits am Dienstag sollte Ex-Innenminister Ariel Henry zum neuen Premierminister vereidigt werden. Henry war eigentlich bereits am 5. Juli von Präsident Jovenel Moïse zum Nachfolger von Joseph ernannt worden. Doch Moïse wurde keine 36 Stunden nach der Ernennung von Henry in seiner Privatresidenz in Port-au-Prince ermordet.

Im Tumult nach der Ermordung von Präsident Moïse und weil Ariel Henry noch nicht vereidigt war, fühlte sich Joseph berechtigt, die Staatsgeschäfte provisorisch fortzuführen. Dabei rief er die USA dazu auf, Truppen nach Haiti zu entsenden, und verfügte einen 15-tägigen Belagerungszustand. Dieser erlaubte es der Regierung unter anderem, das Militär für Polizeiaufgaben einzusetzen und Bürgerrechte einzuschränken – Entscheide, die nicht nur die eigene Bevölkerung gegen den Interimspremierminister aufbrachten.

Daraufhin folgte nun die Kehrtwende im Machtgezerre. In der vergangenen Woche habe er sich mit Ariel Henry beraten, und am Sonntag habe er schliesslich zugestimmt, für «das Wohl

der Nation» zurückzutreten, erklärte Joseph am Montag. Er habe kein Interesse an Machtkämpfen. Präsident Moïse sei ein Freund gewesen, und er habe lediglich die Suche nach dessen Mördern voranbringen wollen. Mit der Amtsübergabe an Henry entspreche er



Ariel Henry
Designierter
Premierminister

Claude Joseph
Abtretender
Interimspremier

dem letzten Wunsch des Präsidenten, so Joseph. Er wolle aber Aussenminister bleiben.

Zu verdanken ist der Rücktritt internationalem Druck. Zwar hatte Joseph in den Tagen nach Moïse' Ermordung internationale Unterstützung erfahren. Doch jüngst machte die von den Vereinigten Staaten angeführte «Kerngruppe» zunehmend Druck, den Streit um die Macht zu beenden. Der Gruppe

gehören unter anderen die Botschafter Deutschlands, der USA und der EU in Haiti sowie ein Vertreter des Uno-Generalsekretärs an.

Henry möge in dem von Bandenkriminalität geschüttelten Land Neuwahlen organisieren, forderten sie. Ob die noch von Moïse angesetzten Präsidenten- und Parlamentswahlen am 26. September angesichts der chaotischen Situation durchgeführt werden können, bleibt allerdings abzuwarten.

Politische Probleme nicht gelöst

Doch mit dem Austausch der Premierminister sind die Probleme im Land nicht gelöst. Moïse hatte in den vergangenen Monaten rapide an Rückhalt verloren. Ein Erbe, das der von ihm berufene Premierminister nun antreten muss. Senatoren hatten darauf gedrängt, stattdessen Senatspräsident Joseph Lambert zum neuen Präsidenten zu ernennen. Auch er sieht sich als Nachfolger von Moïse.

Amerikanische Diplomaten hätten ihm jedoch dringend geraten, auf seine Ansprüche zu verzichten, um keine weiteren Machtkämpfe zu entfachen, sagte Lambert gegenüber verschiedenen Medien. Er prophezeite jedoch, die Menschen in Haiti würden nicht akzep-

tieren, dass ausländische Mächte das Schicksal des Landes bestimmten.

Das amerikanische Aussenministerium erklärte, dass man sich um eine Stabilisierung der Situation und einen Ausgleich zwischen den um die Macht ringenden Kräften bemühe, um geordnete Wahlen durchführen zu können. Die USA haben kein Interesse daran, einen weiteren Krisenherd in der Nachbarregion und eine mögliche Flüchtlingswelle entstehen zu lassen.

Derweil erhoben haitianische Medien Vorwürfe in Richtung der USA. Diese hätten die über die letzten Monate zunehmende Unzufriedenheit unter Präsident Moïse nicht ernst genommen. Haitis Opposition hatte ab Februar Moïse' Rücktritt gefordert, da seine Amtszeit seit Februar abgelaufen sei.

Zudem hatte Moïse die Ansetzung von Neuwahlen so lange hinausgezögert, dass das Land über kein beschlussfähiges Parlament mehr verfügte. Die Amtszeit des Unterhauses ist Anfang 2020 abgelaufen, und nur 10 von 30 Senatoren sind noch im Amt. Der ermordete Präsident hatte seitdem per Dekret regiert. Zudem plante er eine Verfassungsänderung, die ihm die Wiederwahl erlaubt und seine Macht ausgebaut hätte. Dieses zunehmend autokratische Agieren führte im Parlament und in der Bevölkerung zu Unzufriedenheit. Auch die Ernennung des Oppositionspolitikers Henry zum neuen Premierminister war zunächst als Versuch Moïse' gesehen worden, seine Machtbasis breiter abzustützen

Mord noch ungeklärt

Am frühen Morgen des 7. Juli – Experten vermuten gegen 1 Uhr 45 – wurde Moïse in seiner Privatresidenz ermordet. Dafür wird eine Gruppe von kolumbianischen Söldnern verantwortlich gemacht. Wie sie allerdings an drei bewaffneten Checkpoints vorbei in die eigentlich gesicherte Residenz gelangten, ist noch immer unklar. So wird spekuliert, dass dies nur mit der Hilfe von Mitgliedern von Moïse' Leibwache gelingen konnte.

Als Hintermänner werden ein haitianischer Arzt, der zuvor in den USA wohnte, und ein Ex-Funktionär des haitianischen Justizministeriums ins Spiel gebracht. Auch Interimspremierminister Joseph wird von einigen verdächtigt, etwas mit dem Mord zu tun zu haben. In Haitis Bevölkerung sind den Gerüchten über die Motive für den Präsidentenmord zurzeit keine Grenzen gesetzt. Gleichzeitig gerät jeder, der sich einmal kritisch zu Moïse geäussert hat, unter Verdacht.

IN KÜRZE

Die EU-Kommission setzt Polen ein Ultimatum

(dpa) · Die EU-Kommission hat Polen im Streit über die Umsetzung eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) ein Ultimatum gesetzt. Sollte das Land Vorgaben des höchsten europäischen Gerichts zu einer umstrittenen Disziplinarkammer nicht bis zum 16. August vollständig umsetzen, würden finanzielle Sanktionen beantragt, kündigte die Vizepräsidentin der Kommission, Vera Jourova, am Dienstag in Brüssel an. Sie könnten nach EU-Regeln zum Beispiel aus einem täglich zu zahlenden Zwangsgeld bestehen und würden vom EuGH auf Grundlage eines Vorschlags der Kommission festgesetzt werden. Der EuGH hatte vergangene Woche geurteilt, dass Polen mit seinem System zur Disziplinierung von Richtern gegen europäisches Recht verstösst. Die 2018 eingerichtete Disziplinarkammer am Obersten Gericht des Landes, die jeden Richter oder Staatsanwalt entlassen kann, bietet demnach nicht alle Garantien für die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit.

Messerangriff auf Malis Übergangspräsidenten

(dpa) · In Mali hat ein Angreifer Übergangspräsident Assimi Goïta mit einem Messer attackiert. Der Angriff habe sich während des Gebets zum islamischen Opferfest in der Grossen Moschee der Hauptstadt Bamako ereignet, teilte das Präsidentsamt auf Twitter mit. Der Mann sei von den Sicherheitskräften überwältigt worden. Goïta blieb unverletzt. Über Identität oder Motiv des Angreifers wurde zunächst nichts bekannt. Der 38-jährige Oberst Goïta hatte im August 2020 mit anderen Militärs die gewählte Regierung von Präsident Ibrahim Boubacar Keita gestürzt. Ende Mai intervenierte Goïta gegen den nach dem Sturz von Keita eingesetzten Übergangsrat, der Neuwahlen vorbereiten sollte.

Aussenseiter Pedro Castillo gewinnt Wahl in Peru

(dpa) · Ende einer Hängepartie: Sechs Wochen nach der Stichwahl hat das Wahlgericht den Linkskandidaten Pedro Castillo zum neuen Präsidenten von Peru erklärt. Der Bewerber der marxistisch-leninistischen Partei Perú Libre kam auf 50,12 Prozent der Stimmen, wie das Wahlgericht am Montag mitteilte. Die Rechtspopulistin Keiko Fujimori erhielt in der extrem knappen zweiten Runde der Wahlen demnach 49,87 Prozent. Am Ende lagen nur 44000 Stimmen zwischen den beiden Kontrahenten. Castillos Wahlsieg ist eine Ohrfeige für die politische Elite in Lima. Vor Beginn seiner Kampagne verfügte der 51-jährige absolute Aussenseiter noch nicht einmal über ein Twitter-Konto.

ANZEIGE

Gerard Dou, Detail aus «Der Geigenspieler», 1653
© LIECHTENSTEIN. The Princely Collections, Vaduz-Vienna

VALUES WORTH SHARING

«Die LGT hilft uns, mehr aus unserem Talent zu machen.»

LGT Young Soloists
Unterstützt von LGT seit 2013

1921
2021
0YEARS

LGT Private Banking

lgt.ch/values

«Die Spiele werfen ein schlechtes Licht auf Japan»

Für den Historiker Jeff Kingston ist es ein Skandal, dass die Olympischen Spiele gegen den Willen der Bevölkerung durchgezogen werden

Herr Kingston, wie ist die Stimmung in Tokio drei Tage vor Beginn der Olympischen Sommerspiele?

Die Stimmung ist geprägt von Enttäuschung und Verwirrung. Warum geht die Regierung ein solches Risiko für die Volksgesundheit der Japanerinnen und Japaner ein, wenn nur 20 Prozent der Bevölkerung ganz geimpft sind? Denn bereits sind die ersten ankommenden Athleten und Begleitpersonen positiv auf das Coronavirus getestet worden.

Wird darüber in Japan diskutiert?

Ja, es gibt gut sichtbare Proteste im Zentrum Tokios. Umfragen zeigen, dass rund 80 Prozent der Bevölkerung gegen die Durchführung der Spiele sind. Aber die meisten Menschen haben resigniert – die Spiele finden ja ohnehin statt. Am Fernsehen laufen jetzt Kampagnen, die die Stimmung heben sollen.

Freut sich denn überhaupt jemand auf diese Spiele?

Sicher die Athletinnen und Athleten. Und dann gibt es einige hartgesottene Sportfans. Aber die Spiele finden ohne Zuschauer statt, die vielen Freiwilligen wurden meist wieder ausgeladen – das hat die Stimmung gedämpft. Ich sehe kaum Enthusiasmus in der Bevölkerung.

Die Regierung verspricht, dass die Spiele trotz der Pandemie sicher durchgeführt werden könnten. Ist das glaubwürdig?

Die Besorgnis in der Bevölkerung ist gross, nicht zuletzt weil das Impfprogramm so quälend langsam und chaotisch verläuft. Dabei hat Japan doch sonst den Ruf, in Sachen Organisation



Die Bevölkerung Japans ist frustriert darüber, dass sie von Politikern und Organisatoren einfach übergangen wird. Y. YAMAZAKI / GETTY

durchgeführt würden. Die widersprüchlichen Auftritte der beiden erinnern fast an eine Komödie.

Warum will die Regierung die Spiele trotz allen Widerständen durchziehen?

Erstens will man im Vergleich zu China nicht als Verlierer dastehen – Peking führt ja schon in wenigen Monaten Olympische Winterspiele durch. Zweitens hat Suga in seinen zehn Monaten im Amt kaum etwas zustande gebracht. Hätte er die Spiele abgesagt, wäre er politisch erledigt gewesen. Bringt er sie einermassen über die Runden, so dürfte seine Popularität steigen. Drittens hat die Regierung 25 Milliarden Dollar in die Spiele investiert. Und auch das Internationale Olympische Komitee (IOK) würde mehrere Milliarden Dollar Einnahmen aus Fernsehrechten verlieren, wenn die Spiele abgesagt würden.

Wie wird die Rolle des IOK in alledem gesehen?

Die Japaner sehen, wie Geld und Politik höher gewichtet werden als die

Volksgesundheit. Sie fragen sich, was aus den olympischen Idealen geworden ist. Thomas Bach, der Präsident des IOK, ist momentan wohl eine der meistgehassten Personen in Japan: Er wirkt arrogant, ahnungslos, herrisch. Er gibt diese lächerlichen Erklärungen ab, wonach es absolut kein Übertragungsrisiko gibt durch die Spiele. Wie kann er das garantieren? Die Entscheide des IOK und des japanischen Organisationskomitees waren intransparent. Selbst die Sponsoren fühlen sich übergangen. Der Ruf des IOK ist arg ramponiert – nicht nur in Japan, sondern weltweit. Alle konnten sehen, wie das IOK der japanischen Regierung diktiert hat, was sie zu tun hat.

2013 erhielt Tokio die Spiele für 2020 zugesprochen. Da war der Enthusiasmus doch noch gross...

Klar, es herrschte Jubelstimmung. Doch schon damals zeigten Umfragen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung eher kühl auf die Spiele reagierte. Seither gab es einen Skandal nach dem anderen. So wurde bekannt, dass der dama-

lige Ministerpräsident Shinzo Abe das IOK angelogen hatte, als er sagte, dass das Problem des radioaktiven Wassers im havarierten Atomkraftwerk Fukushima Daiichi unter Kontrolle sei. Dann musste die Planung des Nationalstadions abgebrochen werden, und das Design des Olympia-Logos stellte sich als Plagiat heraus. Es gab einen Bestechungs- und einen Sexismusskandal und so weiter und so fort. Und nun das langsame Impfen – dabei wusste die Regierung seit März letzten Jahres, dass sie am 23. Juli 2021 für die Spiele bereit sein musste.

Wo liegt das Problem? Die Spiele sind doch enorm wichtig für die Regierung?

Es ist eine Mischung aus Korruption und Gerontokratie. An der Spitze des Landes stehen alte Männer, die die Bodenhaftung verloren haben. Es zeigt sich, dass die Dinosaurier, die Japan regieren, der Sache nicht mehr gewachsen sind.

Spätestens am 22. Oktober muss in Japan eine Parlamentswahl stattfinden.

Wird sich dann etwas ändern?

Kaum. Die Opposition ist und bleibt zersplittert und schwach. Keine Oppositionspartei erreicht in Umfragen zweistellige Werte. Die regierende LDP wird wohl ein paar Sitze verlieren, aber trotz allen Fehlern an der Macht bleiben. Und die LDP vertritt dieses alternde Patriarchat.

Die LDP ist mit Ausnahme von zwei kurzen Episoden seit 1955 an der Macht...

Ja. Darum sind die Japaner so desillusioniert von der Politik. Mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten geht nicht an die Urnen. Wir haben in Japan nicht bloss eine Gesundheitskrise, sondern auch eine Demokratiekrise. Statt dass sich Japan mit den Spielen im besten Licht präsentieren kann, bringen diese die problematische, die dunkle Seite des Landes zutage.

Die Spiele finden jetzt ja ohne Zuschauer statt. Werden Japanerinnen und Japaner die Wettkämpfe zumindest am Fernsehen verfolgen?

Na ja, wir befinden uns im Gesundheitsnotstand. Das öffentliche Leben in Tokio und in den umliegenden Präfekturen ist heruntergefahren. Wir haben also nicht viel anderes zu tun. Die Einschaltquoten werden nicht zuletzt deshalb sehr hoch sein. Vor allem, falls japanische Athletinnen und Athleten gut abschneiden. Aber ich glaube nicht, dass dadurch vergessen geht, was im Vorlauf dieser Spiele alles schief lief.

Wofür werden diese Spiele Ihrer Meinung nach in Erinnerung bleiben?

Ursprünglich war «Tokyo 2020» als Spiele des Wiederaufbaus nach der Dreifachkatastrophe von Erdbeben, Tsunami und Atomunfall vom März des Jahres 2011 gedacht gewesen. Davon ist heute nichts mehr übrig. Auch nachhaltig sind die Spiele nicht – es sind die teuersten je. Sie werden daher als «pandemische Spiele» in die Geschichte eingehen. Oder als die «unglücklichen, bedauerlichen Spiele». Für die Marke Japan sind diese Sommerspiele ein Desaster. Die Delta-Variante breitet sich gerade weltweit rasant aus, und 11 000 Athleten und 50 000 Begleiter kommen nach Tokio. Die grosse Befürchtung ist, dass die Spiele zum globalen Superspreader-Event werden. Dass sich alle Virusvarianten hier in Tokio treffen und mischen. Es könnte eine Super-Delta-Variante entstehen, eine Godzilla-Variante.

Interview: Patrick Zoll



Jeff Kingston
Professor an der
Temple University
in Tokio

und Logistik top zu sein. Wenn Ministerpräsident Yoshihide Suga vor die Medien tritt und erzählt, dass die Spiele sicher durchgeführt werden könnten, sitzt neben ihm jeweils Shigeru Omi, der japanische «Dr. Fauci». Und der widerspricht dem Regierungschef regelmässig. Omi sagte etwa, dass er es für absurd halte, dass die Spiele während eines nationalen Gesundheitsnotstands

Mutmassliche Cyberattacken schüren Konflikt

Die Beziehung USA - China kühlt sich nach den Anschuldigungen von Präsident Joe Biden weiter merklich ab

MATTHIAS KAMP,
MATTHIAS MÜLLER, PEKING

Mit deutlichen Worten hat sich am Dienstag ein Sprecher des chinesischen Aussenministeriums gegen die Vorwürfe gewehrt, sein Land stecke hinter Cyberattacken auf den amerikanischen Internetkonzern Microsoft. Washington und seine Verbündeten wollten China diskreditieren, sagte der Sprecher und zog die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Regierung in Zweifel. Er spielte auf den Umstand an, dass die amerikanische Regierung mit Hilfe des dänischen Geheimdienstes etwa das Handy der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel aushorcht hatte.

Weltweit grosse Schäden

Auch China werde von den USA ausspioniert, sagte der Sprecher, und verwies auf eine neue Studie eines chinesischen IT-Sicherheitsunternehmens. Deren Forscher werfen der zum amerikanischen Geheimdienst CIA gehörenden Hackergruppe APT-C-39 vor, elf

Jahre lang chinesische Branchen wie die Raumfahrtindustrie und Regierungsorganisationen ausspioniert zu haben.

Weltweit haben Cyberattacken in den vergangenen Jahren stark zugenommen – und damit die wirtschaftlichen Schäden. Im vergangenen Jahr beliefen sich diese weltweit auf fast eine Billion Dollar. Das ergibt eine Studie des Softwarekonzerns

Chinas Hacker werden immer dreister

Kommentar auf Seite 20

McAfee und des Center for Strategic and International Studies in Washington. Noch zwei Jahre zuvor hatten die weltweiten Schäden erst bei 600 Milliarden Dollar gelegen.

Der jüngste Schlagabtausch zwischen China und den USA ist allerdings in erster Linie eine Erweiterung der geopolitischen Rivalität zwischen der alten und der neuen Weltmacht. Washington hatte China zuvor bereits wegen des Vor-

gehens in Xinjiang und Hongkong mit Sanktionen belegt und ausserdem amerikanische Investitionen in chinesische Firmen, die dem Militär nahe stehen, verboten.

Jetzt also angebliche Cyberattacken. Ähnlich wie bei den Sanktionen gegen China wegen Hongkong und Xinjiang, holen die USA auch jetzt andere Länder und Organisationen ins Boot. Die Nato gehört diesmal dazu, ebenso wie Kanada, Grossbritannien, die EU, Neuseeland und Australien.

Peking für Schulterschlüsse

In solchen Allianzen sieht Peking eine gezielte Strategie, Chinas Aufstieg zu bremsen. Immer wieder versucht die chinesische Regierung deshalb, solche Schulterschlüsse zu verhindern, etwa indem sie auf bestimmten Feldern die Beziehungen zur EU pflegt, damit sich diese nicht komplett in die Arme Washingtons begibt.

Dass Biden nun eine neue Front eröffnet hat, wirft die Frage auf, ob den USA eine weitere Abkühlung der Be-

ziehungen inzwischen egal ist. Dabei hatte es in den vergangenen Wochen noch so ausgesehen, als suche Biden eine vorsichtige Annäherung. China seinerseits hält dagegen. Die stellvertretende amerikanische Aussenministerin Wendy Sherman sagte ihren geplanten China-Besuch diese Woche ab, offenbar, weil die chinesische Regierung ihr ein Treffen mit dem ihr rangmässig gleichgestellten Kollegen verweigert hatte.

Bei der Visite sollte auch über ein mögliches Treffen von Biden und dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping am Rande des G-20-Treffens im Oktober gesprochen werden. Auch wenn das Thema noch nicht ganz vom Tisch ist, haben beide Seiten wohl keine grossen Hoffnungen mehr, dass das Spitzentreffen zustande kommt. Die jüngsten Angriffe Bidens gegen China zeigen jedenfalls, dass die USA in Kauf nehmen, dass sich die Abwärtsspirale in den gegenseitigen Beziehungen ungebremst weiterdreht. Damit ist eingetreten, was Peking eben nicht wollte: eine Fortsetzung der trumpschen China-Politik, nur besser koordiniert.

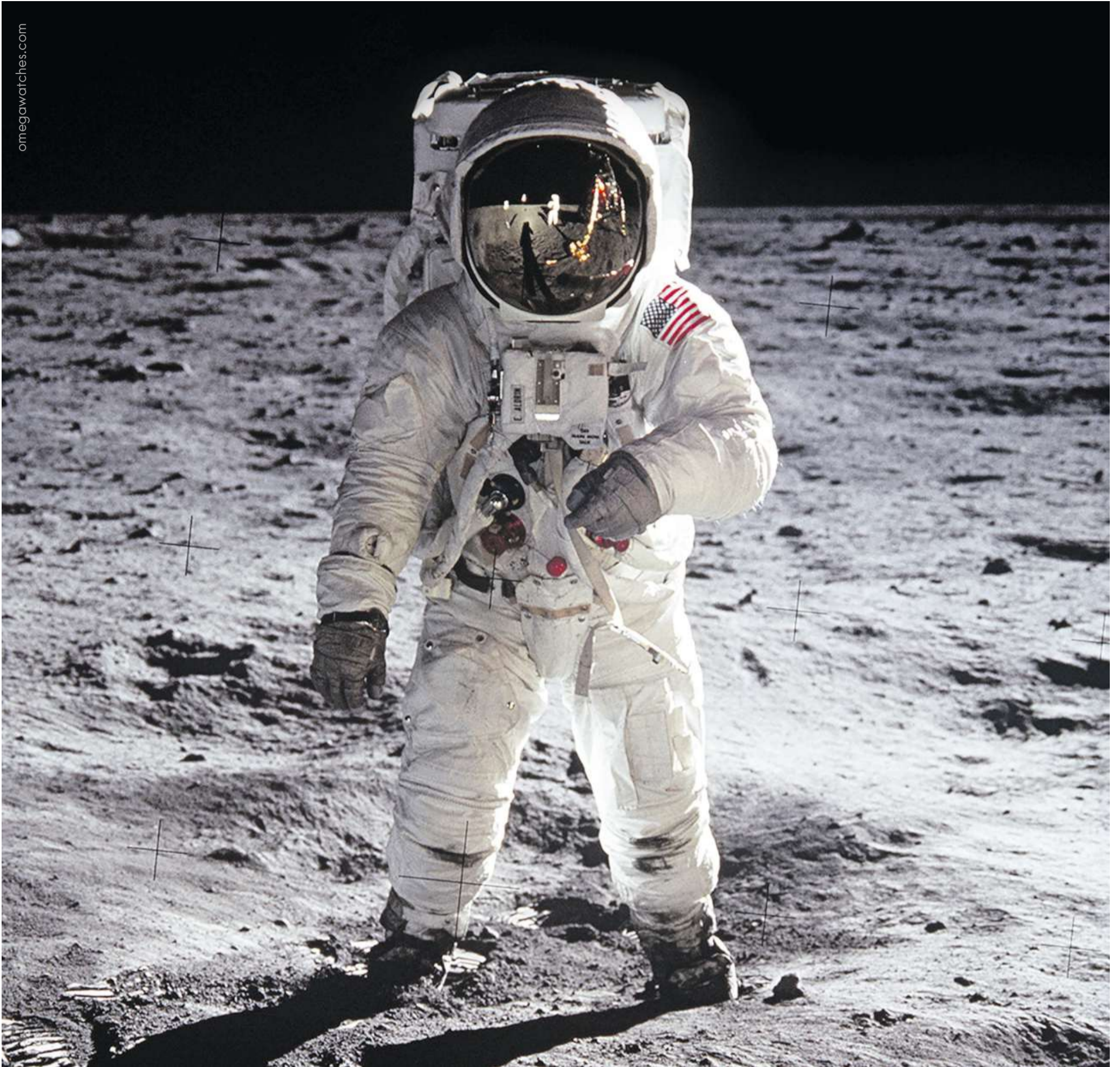
ANZEIGE

SWISS  ROCK

INVESTIEREN SIE,

WO SWISSNESS
ROCKT.

Wissenschaftlich fundierte Anlagekompetenz über 6 000 Aktien und 21 000 Obligationen. www.swiss-rock.ch



SPEEDMASTER MOONWATCH
CO-AXIAL MASTER CHRONOMETER

ZEITNEHMER DER GRÖSSTEN STUNDE DER MENSCHHEIT

Am 21. Juli 1969, um 02:56:15 UTC, haben erstmals Menschen ihre Fussabdrücke auf der Mondoberfläche hinterlassen. 52 Jahre später erinnern wir uns an unsere Rolle an Bord der Apollo-11-Mission, als die OMEGA Speedmaster zur ersten Uhr auf dem Mond wurde. Unser bewährter Chronograph war an diesem grossen Tag mit dabei und ist seither an jeder bemannten Mondlandung dorthin zurückgekehrt. Auch heute noch ist die Moonwatch eine Inspiration – auf der Erde und darüber hinaus.


OMEGA

Afrikas Friedhöfe sprechen die Wahrheit

Die Übersterblichkeit auf dem Kontinent ist deutlich höher als in den offiziellen Statistiken, wie das Zählen von Gräbern offenbart

FABIAN URECH

Glaut man den offiziellen Zahlen, ist Äthiopien von der Corona-Pandemie bisher nur am Rande betroffen gewesen. Das Land mit über 110 Millionen Einwohnern verzeichnete demnach nur halb so viele Corona-Tote wie die Schweiz. Die beiden bisherigen Infektionswellen blieben vergleichsweise moderat, jüngst lag der 7-Tage-Schnitt wieder bei unter 100 Ansteckungen.

Zeigt Äthiopien also beispielhaft, was seit langem über Corona in Afrika zu hören ist: dass der Kontinent weitgehend von der Pandemie verschont bleibe? Zumindest die offiziellen Statistiken legen dies nahe: Mit rund 6 Millionen bestätigten Ansteckungen und 150 000 Toten bewegt sich Afrika mit



Bilal Shikur Endris
Äthiopischer
Gesundheitsexperte

seinen 1,3 Milliarden Einwohnern etwa auf dem Niveau von Grossbritannien. Klammert man Südafrika und die Länder Nordafrikas aus, weisen die 48 übrigen Staaten zusammen nur halb so viele Pandemie-Opfer aus wie Polen.

Allein: Offizielle Statistiken sind in Afrika im besten Fall ein grober Annäherungswert. Häufiger sind sie stark verzerrt, manchmal schlicht erfunden (wie die vielerorts abstrus tiefen Arbeitslosenzahlen).

Dies allein wäre Grund genug, dem Narrativ vom Kontinent, dem das Virus wenig anhaben kann, skeptisch zu begegnen. Ein anderer ist, dass man jüngst in verschiedenen Ländern Afrikas damit begonnen hat, dort hinzusehen, wo die tatsächlichen Folgen der Pandemie unstrittig sichtbar werden: auf den Friedhöfen.

Afrikas Blindflug

Der äthiopische Gesundheitsexperte Bilal Shikur Endris gehörte zu den Ersten, die sich aufmachten, die Kluft zu überbrücken zwischen dem, was die offiziellen Zahlen vorgaukeln, und dem, was die Pandemie in Afrika tatsächlich anrichtet. «Als das Virus vergangenes Jahr Äthiopien erreichte, verursachte es Panik», erzählt Bilal am Telefon. «Dann kam die Ratlosigkeit.» Angesichts der geringen Testkapazitäten habe niemand gewusst, wie schnell sich Corona ausgebreitet und wie viele Opfer es gefordert habe. «Wir hatten praktisch keine Informationen.»

Bilal ist Professor für öffentliche Gesundheit an der Universität Addis Abeba. Er leitete zu Beginn der Pandemie ein Forschungsprojekt, das Daten zu den Begräbnissen auf allen 73 Friedhöfen der äthiopischen Hauptstadt sammelt: Geschlecht, Todesursache, Zeitpunkt der Bestattung. Lanciert wurde das Projekt im Jahr 2001 mit dem Ziel, die Folgen der damals grassierenden HIV-Epidemie zu eruieren.

Der 34-Jährige und seine Teamkolleginnen realisierten bald, dass die Daten ihrer Langzeitstudie auch in der Corona-Pandemie nützlich sein würden. Weil in Addis Abeba fast 80 Prozent der Menschen zu Hause sterben und ihr Ableben nur selten registriert wird, ist den äthiopischen Behörden die Zahl der Gestorbenen praktisch unbekannt – in der Hauptstadt genauso wie in allen anderen Landesteilen.

Äthiopien ist damit keine Ausnahme auf dem Kontinent: Laut der Uno werden in Afrika nur etwa 40 Prozent aller Todesfälle behördlich erfasst. Lediglich acht afrikanische Länder – darunter Südafrika, Algerien und Ägypten – registrieren mehr als drei Viertel der Gestorbenen. In Nigeria, dem bevölkerungsreichsten Land, beträgt die



Frische Gräber auf einem Friedhof im Norden der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba.

TIKSA NEGERI / REUTERS

ser Wert nur 10 Prozent. In Äthiopien stammt die letzte jährliche Todesstatistik, die das Land der Uno übermittelte, aus dem Jahr 2007.

Dies, gepaart mit der sehr geringen Anzahl Covid-19-Tests, führt dazu, dass sich die meisten Länder Afrikas in dieser Pandemie noch immer weitgehend im Blindflug befinden. Analysen zur Übersterblichkeit, die in anderen Weltregionen Aufschluss geben über die Fatalität der Pandemie, sind in den meisten afrikanischen Ländern nicht möglich.

In der 3-Millionen-Metropole Addis Abeba wäre dies ohne Bilals Forschungsprojekt nicht anders. Sein Team aber hatte das Glück, durch die langjährige Zählung der Gräber in der Stadt über eine Datengrundlage zu verfügen, die Vergleiche über die Zeit zulässt. «Tote werden in Addis Abeba nicht kremiert, praktisch alle landen auf einem der Friedhöfe», sagt Bilal. Wer also über Jahre hinweg wisse, wie viele Menschen pro Woche hier begraben würden, könne ziemlich verlässliche Aussagen machen über die Entwicklung der Sterblichkeit in der Stadt.

Bilals Mitstreiter besuchten deshalb auch nach Ausbruch der Pandemie wöchentlich alle 73 Friedhöfe der Stadt, um die Zahlen zu den jüngsten Begräbnissen zusammenzutragen. Durch die Befragung von Angehörigen der Verstorbenen und andere Recherchen versuchten sie zudem zu eruieren, ob die Toten an Covid-19 erkrankt waren. «Eine ermüdende Arbeit», sagt Bilal, «aber eine lohnende: Unsere Daten waren teilweise der einzige Hinweis darauf, wo wir in der Pandemie hier gerade standen.»

Die vorläufigen Ergebnisse des Forschungsprojekts wurden im Frühjahr publiziert. Sie zeigen: Die Folgen von Covid-19 sind in Addis Abeba ähnlich verheerend wie an anderen Orten der Welt. Zwar gab es gemäss den Friedhofdaten bis Mitte vergangenen Jahres keine Übersterblichkeit in der Stadt. Im dritten Quartal jedoch, in dem die Zahl der Corona-Ansteckungen gemäss der offiziellen Statistik erstmals deutlich anstieg, lag die Zahl der Begräbnisse 30 Prozent über dem fünfjährigen Schnitt. Über 20 Prozent der Verstorbenen starben wohl mit Covid-19.

Gemäss den neuesten, noch unpublizierten Daten hat sich die Situation in diesem Frühling noch zugespitzt. Demnach war die Übersterblichkeit im April, als Äthiopien von einer zweiten Coronawelle heimgesucht wurde, in der Hauptstadt um 60 Prozent erhöht.

Zum Vergleich: Im Kanton Zürich betrug die Übersterblichkeit im vergangenen Jahr 6,6 Prozent. Nur im November und im Dezember bewegte sich der hiesige Wert auf einem ähnlichen Niveau wie in Addis Abeba in diesem Frühjahr.

Es gibt keine Ausnahmen

Die Erhebungen aus der äthiopischen Hauptstadt werden zu einem Zeitpunkt publik, an dem sich auch anderswo in Afrika die Hinweise verdichten, dass während der Pandemie deutlich mehr Menschen sterben als zuvor.

In der nordnigerianischen Stadt Kano wies die Regierung bereits vor einem Jahr darauf hin, dass sich die Zahl der Beerdigungen phasenweise vervierfacht habe. Über die Hälfte der Toten war an Covid-19 erkrankt, wie spätere Untersuchungen ergaben. Im Sudan kam eine Studie im Dezember zum Schluss, dass 2020 allein in der Hauptstadt Khartoum 16 000 Menschen, die in keiner Statistik auftauchten, an Covid-19 verstorben waren.

In Simbawes Hauptstadt Harare meldeten Lokalmedien unlängst, die Zahl der Beerdigungen habe sich im Vergleich zum Vorjahr vervierfacht. In Lusaka, der sambischen Hauptstadt, gab die Verwaltung im Juni bekannt, gegenwärtig dreimal so viele Bestattungserlaubnisse auszustellen wie vor der Pandemie. Und in Somalia zeigten Satellitenaufnahmen, dass die Zahl der neu angelegten Gräber in Mogadiscio seit Beginn der Pandemie um bis zu 2,2 Mal so hoch liegt wie zuvor.

Diese Zahlen deuten darauf hin, dass Südafrika nicht das einzige Land südlich der Sahara ist, das schwer von der Pandemie getroffen wurde. Wahrscheinlich erscheinen die dortigen Corona-Folgen – in 12 Monaten starben am Kap 164 000 Menschen mehr als erwartet – nur deshalb schlimmer als andernorts, weil Südafrika als einziges grosses Land im sub-

saharischen Afrika überhaupt verlässliche Übersterblichkeitsstatistiken veröffentlicht.

Der Wert verlässlicher Daten

Afrika ist also keinesfalls der Corona-Sonderfall, wie es die offiziellen Statistiken vermuten lassen. Zwar dürfte die vergleichsweise junge Bevölkerung durchaus ein Trumpf sein. Auch scheinen viele Länder Westafrikas weniger stark betroffen zu sein als die Länder im östlichen und im südlichen Afrika. Das kann sich aber rasch ändern – selbst wenn die offiziellen Infektionszahlen tief bleiben sollten.

So oder so zeigt das Beispiel aus Addis Abeba, wie wichtig verlässliche Daten in Krisenzeiten sind. «Diese schaffen Klarheit darüber, wo wir gerade stehen», sagt Bilal. «Das ist wichtig, um die richtige Präventionsstrategie umzusetzen. Es hilft aber auch bei der Aufklärung: Wer aufzeigen kann, dass in der Pandemie deutlich mehr Menschen sterben als sonst, überzeugt die Bevölkerung eher davon, die Schutzkonzepte einzuhalten.»

Corona-Todeszahlen steigen drastisch

urf. · In Afrika ist die Zahl der Todesfälle aufgrund von Corona innerhalb einer Woche um 43 Prozent gestiegen. Dies teilte die Weltgesundheitsorganisation am vergangenen Donnerstag mit. Sie verwies darauf, dass es sich um den stärksten Anstieg seit Pandemiebeginn handle. Zurückzuführen ist der Anstieg insbesondere auf einen Mangel an Sauerstoffgeräten und Betten auf Intensivstationen. Der Grossteil der Todesfälle wurde jüngst in Namibia, Südafrika, Tunesien, Uganda und Sambia registriert. Die Corona-Sterblichkeitsrate liegt in Afrika mit 2,6 Prozent derzeit über dem weltweiten Durchschnitt von 2,2 Prozent. Bisher sind auf dem Kontinent lediglich 18 Millionen Menschen gegen Covid-19 geimpft worden.

Das teuerste Gefängnis der Welt kann nicht schliessen

Präsident Biden möchte das Lager auf Guantánamo aufheben – doch Gesetze und die Herkunftsländer der Inhaftierten verunmöglichen das

DAVID SIGNER, CHICAGO

Nach einer jahrelangen Pause ist erstmals wieder ein Häftling aus dem Gefangenenlager Guantánamo in seine Heimat überstellt worden. Abdul Latif Nasir sei nach Marokko gebracht worden, weil er keine Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA mehr darstelle, teilte das amerikanische Verteidigungsministerium am Montag mit. Damit verbleiben nun noch 39 Insassen im Lager auf dem Militärstützpunkt im Osten Kubas. Zeitweise waren dort über 700 Verdächtige untergebracht.

Das Lager wurde nach den Anschlägen vom 11. September 2001 unter dem Präsidenten George W. Bush errichtet, war aber von Anfang an umstritten, weil die meisten der Inhaftierten nie einen Prozess erhielten. Laut Menschenrechtsorganisationen kam es auch regelmässig zu Folterungen. Der damalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld – der vor kurzem starb – hatte die «aggressiven Verhörmethoden» autorisiert.

Präsident Barack Obama wollte das Lager schliessen, scheiterte aber am Widerstand des Kongresses. Er musste sich damit begnügen, die Zahl der Insassen zu reduzieren, indem er über 170 in ihre Heimat- oder Drittländer transferieren liess. Diese Überstellungen wurden unter seinem Nachfolger Donald Trump eingestellt – mit Ausnahme eines einzigen Häftlings, der nach Saudiarabien zurückgeschafft wurde, um dort, als bekennender Kaida-Terrorist, den Rest seiner Strafe abzusitzen. Nasir ist der erste Gefangene, der seit dem Amtsantritt von Joe Biden Guantánamo verlassen kann.

Diskrete Weiterführung

Schon 2016 hatte eine unter Obama eingesetzte Kommission die Entlassung Nasirs empfohlen. Doch dann wurde Trump Präsident und stoppte die Überstellung. Biden beendet nun den Prozess, der damals unterbrochen worden war. Das Pentagon machte keine Angaben, ob Nasir in Marokko weiterhin inhaftiert bleibt oder freigelassen wird. Es heisst lediglich, Marokko habe Sicherheitsgarantien gegeben und eine menschliche Behandlung Nasirs zugesagt. Sein künftiger Status sei Sache der marokkanischen Behörden. Nasirs Anwalt sagte, dessen



Pro Jahr summieren sich die Aufwendungen für einen Guantánamo-Gefangenen auf 13 Millionen Dollar.

BRENNAN LINSLEY / AP

Familie in Casablanca habe zugesagt, für ihn aufzukommen; sein Bruder habe ihm bereits eine Stelle in seinem Swimmingpool-Reinigungsunternehmen angeboten.

Die Regierung setze auf einen «überlegten und gründlichen Prozess» zur «verantwortlichen Reduzierung der Zahl der Häftlinge», erklärte das Ausussenministerium in Washington. Auch Biden möchte das Lager letztlich schliessen, will dabei aber offensichtlich schrittweise und diskreter vorgehen als seinerzeit Obama, um nicht den Widerstand der Republikaner zu provozieren.

Das Ausussenministerium dankte Marokko für die Bereitschaft, Nasir aufzunehmen, und appellierte an andere Länder, ihre Staatsbürger, die im Ausland für Terrororganisationen gekämpft hätten, ebenfalls wieder aufzunehmen. Viele Herkunftsländer weigern sich jedoch, der Rückführung mutmasslicher Terroristen zuzustimmen.

Von den 39 verbliebenen Insassen in Guantánamo seien 10 von der zuständigen Kommission bereits für einen Transfer in ihre Heimatländer empfohlen worden, erklärte das Weisse Haus. «Die Regierung wird alle nötigen diplomatischen Mittel einsetzen, um die Überstellung dieser Häftlinge zu ermöglichen», hiess es. Die Kommission werde zudem den Status von 17 weiteren Inhaftierten prüfen. 10 Insassen wird von einem Militärgericht der Prozess gemacht, 2 sind bereits verurteilt worden. Die Kosten für jeden einzelnen Guantánamo-Insassen belaufen sich auf 13 Millionen Dollar pro Jahr. Damit ist es nicht nur das umstrittenste, sondern auch das teuerste Gefängnis der Welt.

Angehörige des Militärgeheimdienstes haben Nasir als Angehörigen der Taliban identifiziert, der Ende 2001 in den Tora-Bora-Bergen gegen die amerikanischen Streitkräfte kämpfte. Pakistani-

sche Sicherheitskräfte nahmen ihn gefangen und lieferten ihn an das amerikanische Militär aus. In den späten neunziger Jahren hatte er sich offenbar in einem Ausbildungscamp der Kaida in Afghanistan aufgehalten. Vor fünf Jahren liess er durch einen Vertreter mitteilen, dass er seine Taten der Vergangenheit tief bereue.

Am 18. Mai hatte die zuständige Kommission auch über das weitere Schicksal eines saudischen Gefangenen namens Kahtani beraten, aber noch keinen Entschluss veröffentlicht. In seinem Fall ist ein Gerichtsverfahren zur Frage hängig, ob sein Gesundheitszustand – er leidet an akuter Schizophrenie – eine Repatriierung nach Saudiarabien rechtfertige, weil er dort, im Gegensatz zu Guantánamo, angemessen behandelt werden könnte. Kurz vor seinem Abgang hatte Trump eine Regelung verabschiedet, die es Gefangenen wie Kahtani verunmög-

lichen sollte, von aussenstehenden Ärzten unabhängig beurteilt zu werden.

Ein anderer bekannter Fall ist Khalid Sheik Mohammed, der als ein führender Kopf der Anschläge von 9/11 gilt, bis jetzt aber noch keinen Prozess erhielt. Es wurde immer wieder darüber diskutiert, ob er nicht in ein Militärgefängnis auf dem Festland gebracht werden könnte. Ein Gesetz aus dem Jahr 2011 verbietet allerdings solche Transfers. Das Weisse Haus versucht diese Bestimmung aufzuheben, braucht dafür aber das grüne Licht des Kongresses. Gegner argumentieren, dass ein Prozess und eine Inhaftierung auf dem Festland eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellten.

«Der Mauretanier»

Am meisten Aufmerksamkeit erlangte allerdings Mohamedou Ould Slahi, dessen in Guantánamo begonnene Aufzeichnungen 2015 unter dem Titel «Guantánamo-Tagebuch» in zensurierter und 2017 in unzensurierter Form veröffentlicht wurden. Das Buch wurde mit Jodie Foster verfilmt, «Der Mauretanier» ist vor kurzem auch in den Schweizer Kinos gestartet.

Slahi kam als 18-Jähriger aus Mauretanien nach Deutschland, um in Duisburg Elektrotechnik zu studieren. 1990 reiste er nach Afghanistan, wo er mit den Mujahedin gegen die Russen kämpfte. In einem Kaida-Lager erhielt er eine Ausbildung und leistete einen Treueeid. 1992 reiste er erneut nach Afghanistan, ging dann nach Deutschland zurück, beendete sein Studium und arbeitete als Elektroingenieur. Laut Ermittlungen übernahmten Ende 1999 drei Jihadisten bei ihm.

Im Jahr 2000 wurde er auf Ersuchen der amerikanischen Behörden in Senegal festgenommen und mehrere Wochen lang in Mauretanien verhört. Nach 9/11 wurde er erneut verhaftet, nach Jordanien entführt, 2002 nach Bagram in Afghanistan und schliesslich nach Guantánamo gebracht. Seine Geständnisse dort wurden laut eigener Darstellung unter Folter erpresst. Er widerrief sie später. Eine interne Statistik führt ihn als den meistgefolterten Häftling von Guantánamo auf. Nach langem juristischem Hin und Her wurde er im Oktober 2016 von allen Vorwürfen entlastet und nach Mauretanien gebracht.

Israel streitet um Glaceverkäufe

Die Regierung kritisiert den Verkaufsstopp von Ben & Jerry's im Westjordanland scharf

INGA ROGG, JERUSALEM

Wutentbrannt tritt die israelische Wirtschaftsministerin Orna Barbivai an ihren Kühlschranks, nimmt einen Becher Eiscrème heraus und wirft ihn in den Abfallkübel. So ist es auf einem kurzen Video zu sehen, das Barbivai am Dienstag auf Twitter publiziert hat. Es ist eine politische Aktion mit fünf Ausrufezeichen. Denn bei dem Becher handelt es sich um ein Produkt des amerikanischen Glaceherstellers Ben & Jerry's.

«Wirtschaftlicher Terror»

Die Firma hat den Zorn der politischen Klasse Israels auf sich gezogen, weil es seine Verkäufe im von Israel seit 1967 besetzten Westjordanland einstellen will. «Wir glauben, dass der Verkauf von Ben & Jerry's in den besetzten palästinensischen Gebieten mit unseren Werten nicht vereinbar ist», heisst es in der Medienmitteilung. Die Entscheidung passt zu einer Firma, die sich in politische Debatten einmischt und dabei klar liberale und linke Positionen bezieht. Bei dem Beschluss geht es nicht um die Palästinenser, sondern in erster Linie um die mehr als 650 000 Siedler, die in den besetzten Gebieten leben.

Die geharnischte Reaktion der israelischen Regierung und von Teilen der Opposition liess sich nicht lange auf sich

warten. Ministerpräsident Naftali Bennett nannte die Entscheidung «moralisch falsch». Mit dem Boykott gegen «Israel – eine Demokratie, umgeben von Inseln des Terrorismus», habe das Unternehmen seinen Kompass verloren. Das Ausussenministerium warf der Firma vor, sich dem «wirtschaftlichen Terrorismus» der BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions) zu beugen.

Aussenminister Yair Lapid bezeichnete die Entscheidung als «schändliche Kapitulation vor dem Antisemitismus». Der Oppositionsführer und frühere Ministerpräsident Benjamin Netanyahu erklärte, jetzt wüssten die Israeli, welche Glace sie «nicht kaufen» sollten. Auch die Siedlerbewegung rief zum Boykott der Firma auf.

Die Firma wurde von Jerry Greenfield und Ben Cohen 1978 in Vermont gegründet. Lange bevor dies ein vogue war, setzten sich die beiden jüdischen Geschäftsmänner für soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und ähnliche Themen ein. Im Jahr 2000 verkauften sie das Unternehmen an den britischen Lebensmittelkonzern Unilever. Die Unternehmensführung von Ben & Jerry's genießt aber weiterhin grosse Autonomie in ihren Entscheidungen, und auch Greenfield und Cohen treten nach wie vor im Namen der Firma auf.

Über Unilever versucht die israelische Regierung nun, Druck auszuüben,

damit die Entscheidung zurückgenommen wird. Bennett telefonierte am Dienstag mit dem Unilever-CEO Alan Jope. Er habe deutlich gemacht, dass der Schritt «schwere Konsequenzen, einschliesslich rechtlicher» haben werde, erklärte der Regierungschef. Ähnliche Drohungen zeigten schon einmal ihre Wirkung: Vor zwei Jahren kündigte Airbnb an, in den Siedlungen keine Unterkünfte mehr anzubieten. Nachdem die Regierung mit einer Prozesslawine gedroht hatte – auch über Anti-BDS-Gesetze in den USA – nahm die Online-Plattform die Ankündigung stillschweigend zurück.

Entlarvende Reaktionen

Die Siedlungen in den besetzten Gebieten sind nach internationalem Recht illegal. Palästinensische Vertreter und israelische Kritiker der Besetzung begrüssten daher den Schritt von Ben & Jerry's. Der Boykott richte sich nicht gegen Israel, sondern gegen die Siedlungen, erklärte die Meretz-Abgeordnete Michal Rozin. Dies sei der Preis für die Landnahme und die Verwischung der grünen Linie, der Grenze von 1967. Ob der Schritt den Palästinensern nutzt, steht indes auf einem anderen Blatt. Denn die Empörungswelle in Israel verriet auch, wie gross der Rückhalt für die Siedlungspolitik ist.

Erstes Urteil nach dem Sturm auf das Capitol

Acht Monate Gefängnis für einen der Trump-Anhänger

RENZO RUF, WASHINGTON

Ein gutes halbes Jahr nach der Erstürmung des Capitols in Washington ist erstmals ein Teilnehmer des gewaltsamen Protests wegen eines Kapitalverbrechens zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Der 38-Jährige aus Florida muss für acht Monate in Haft, wie Bundesrichter Randolph Moss am Montag in Washington entschied. Der Mann, ein Anhänger des abgewählten Präsidenten Donald Trump, hatte im vorigen Monat zugegeben, dass er sich am 6. Januar im Versammlungssaal des Senats aufgehalten hatte. Er bekannte sich damit schuldig, gegen ein Gesetz verstossen zu haben, das die Störung offizieller Sitzungen verbietet.

Während der mehr als zwei Stunden dauernden Anhörung liess der Richter keine Ausreden gelten. Als der Anwalt des Trump-Fans begann, Vergleiche zwischen dem Sturm des Kongresses und den bisweilen gewaltsamen Protesten gegen Polizeigewalt im Sommer 2020 zu ziehen, wurde er von Moss unterbrochen.

Der Richter, der seinen Posten dem demokratischen Präsidenten Barack Obama verdankt, sagte, was am 6. Januar geschehen sei, «das war mehr als nur ein Tumult». Die Meute, die

sich am Dreikönigstag das Ziel gesetzt habe, die Zertifizierung des Wahlsiegs des heutigen Präsidenten Joe Biden zu verhindern, habe das Leben von Kongressabgeordneten bedroht – und mit ihrem Verhalten der amerikanischen Demokratie nachhaltig geschadet. Mit einem Verweis auf die in der Verfassung verankerte Meinungsfreiheit jedenfalls seien die begangenen Taten nicht entschuldbar, sagte der Richter.

Die Verteidiger des Mannes hatten eine Strafe auf Bewährung gefordert und sich darüber beklagt, dass ihr Klient von der Strafverfolgungsbehörde des «Inlandterrorismus» bezichtigt worden sei. Die Anklage wiederum hatte 18 Monate Gefängnis gefordert, auch weil mit einer harten Bestrafung des Mannes ein Signal gesetzt würde.

Strafmildernd wirkte sich aus, dass sich der Kranführer zerkränkt über sein Verhalten gab. Er habe dem Land, «das ich liebe», grossen Schaden zugefügt, sagte er. Auch gab er zu Protokoll, er sei nun überzeugt davon, dass Biden die Präsidentenwahl gegen Trump rechtmässig gewonnen habe. Im Zusammenhang mit dem Sturm auf das Capitol, bei dem 5 Personen ums Leben kamen, laufen derzeit Verfahren gegen mehr als 535 Beteiligte.



Auf dem Hauptplatz von Lhasa demonstriert China seine Macht.

MARK SCHIEFELBEIN / AP



Der Potala-Palast ist und bleibt das immer noch pochende Herz Tibets.

KEVIN FRAYE / AP

In Lhasa ist der Dalai Lama omnipräsent

Peking feiert den 70. Jahrestag der «friedlichen Befreiung Tibets» – die mystische Kraft der tibetischen Hauptstadt ist aber ungebrochen

MATTHIAS MÜLLER, LHASA

Rund 100 Meter über dem Zentrum von Lhasa auf dem «Roten Berg» thront der Potala-Palast majestätisch über der Stadt. Der Blick vom Winterpalast des Dalai Lama auf die umliegenden Berge ist atemberaubend. Schaut man Richtung Süden, sieht man den nach dem Palast benannten Platz und ein Denkmal zu «Ehren der friedlichen Befreiung Tibets durch die Volksbefreiungsarmee 1951».

Die Gedenkstätte ist aus weissem Stein, 37 Meter hoch und soll den Mount Everest, der auf Tibetisch Qomolangma heisst und sich im chinesisch-nepalesischen Grenzgebiet befindet, darstellen. Bei der Einweihung hatten im Exil lebende Tibeter prophezeit, das Mahnmal werde die Bewohner Lhasas täglich an die Erniedrigung des tibetischen Volkes durch China erinnern.

Geistlicher, nicht Politiker

Der Potala-Palast ist laut offizieller Lesart kein religiöser Ort mehr. Vielmehr soll er als Museum dienen, um das kulturelle Erbe zu wahren. Allen staatlichen Vorgaben zum Trotz ist der Potala-Palast dennoch ein spiritueller Ort – und die Behörden tolerieren es. Mönche sitzen in sich gekehrt da und murmeln Gebete vor sich hin. Touristen werfen sich immer wieder vor Heiligtümern auf den Boden, beten und spenden Geld. Ihren ergriffenen Gesichtern ist anzusehen, wie viel ihnen der Besuch des Palastes bedeutet.

Die 47-jährige Zhao hat mit ihrem Personenwagen die 2000 Kilometer lange Strecke zwischen Chengdu, Hauptstadt der Provinz Sichuan, und Lhasa zurückgelegt. «Ich bin schon mehrmals hier gewesen», sagt die zierliche Frau, die ihre langen Haare mit zwei Zöpfen gebündelt hat. Sie trägt eine überdimensionale Schirmmütze und ein traditionelles tibetisches Gewand, das ihr bis zu den Knöcheln reicht. «Ich mag den Potala-Palast sehr. Hier kann ich mich reinigen, sammle Kraft und finde meine innere Ruhe», sagt sie. Auf die Frage, ob sie Tibeterin sei, lacht sie, zieht kurz ihre Maske herunter und betont: «Ich bin Han-Chinesin. Das sieht man doch.»

So gelassen wie die 47-Jährige aus Chengdu sind nicht alle im Potala-Palast. Die tibetische Führerin reagiert ungehalten und mit aggressivem Unterton auf Fragen nach dem 86-jährigen 14. Dalai Lama, der seine Heimat am

17. März 1959 fluchtartig und wohl auf Nimmerwiedersehen hatte hinter sich lassen müssen, um in Indien Unterschlupf zu finden.

Die Räumlichkeiten im Potala-Palast vermitteln den Anschein, als ob der 14. Dalai Lama erst vor wenigen Minuten sein Empfangs-, Schlaf- und Studierzimmer verlassen hätte und bald wieder zurückkehren würde. Entnervt wegen der Fragen ringt sich die Führerin zu dem Satz durch, es könne schon sein, dass der 14. Dalai Lama ein paar Gegenstände einmal genutzt habe. Mehr will sie zu dem für die Kommunistische Partei Chinas «Reaktionären», der «separatistische und subversive Aktivitäten» betreibt, nicht sagen.

Unweit des Potala-Palastes befindet sich im Herzen der Altstadt von Lhasa der zwischen 642 und 653 erbaute Jokhang-Tempel. Für die tibetischen Buddhisten ist er einer der heiligsten Orte. Teile der Anlage stehen Touristen offen. Im Innern sind Mönche zu sehen. Auch im Jokhang-Tempel, der zusammen mit dem Potala-Palast von der Unesco als Weltkulturerbe geführt wird, sind Fragen nach dem charismatischen 14. Dalai Lama unerwünscht.

Der in Lhasa bekannte Mönch Nimaciren lacht bei der Frage, ob der 14. Dalai Lama im Jokhang-Tempel noch immer populär sei, und schaut dem Gegenüber in die Augen. «Das ist eine politische Frage. Ich bin jedoch ein Geistlicher», sagt er. Nimaciren hat mit seiner Antwort nur bedingt recht, denn den Dalai Lama als Politiker gibt es nicht mehr. Er hatte sich vor mehr als zehn Jahren aus dem politischen Leben zurückgezogen. Für Chinas Machthaber ist er dennoch der führende Kopf der im Exil lebenden Tibeter, der anscheinend eine Gefahr für die Einheit ihres Landes darstellt.

Auch der Mönch Lakba geht unbehaglichen Fragen der Medienvertreter, die an der vom Informationsbüro der Pekinger Zentralregierung organisierten Reise teilgenommen haben, aus dem Weg. Seit 1984 ist er Mönch und hat auch die Proteste im März 2008 mit zahlreichen Toten in Lhasa und Umgebung im Jokhang-Tempel verfolgt, als Sicherheitskräfte gegen friedlich demonstrierende Tibeter brachial vorgegangen waren. «Ja, die Unruhen habe ich gesehen. Sie waren eine Gefahr für die friedliche Gesellschaft», betont Lakba. Mehr will er dazu nicht sagen.

Vielmehr lobt er die nicht zu leugnenden und deutlich sichtbaren wirtschaft-

«Ich bin schon mehrmals hier gewesen. Ich mag den Potala-Palast sehr. Hier kann ich mich reinigen, sammle Kraft und finde meine innere Ruhe.»

Tibeterin aus China

lichen Fortschritte, welche die Autonome Region Tibet in den vergangenen Jahrzehnten gemacht hat. «Wir haben die absolute Armut besiegt und führen ein gutes Leben», sagt Lakba, der sich nicht aus der Reserve locken lässt. Er weiss, welche imaginären roten Linien er bei solchen Fragen-Antworten-Runden nicht überschreiten darf, sonst könnte er in Schwierigkeiten geraten.

In der ebenfalls im Herzen von Lhasa gelegenen «Gedenkhalle für die Millionen tibetischen Leibeigenen» erzählen die chinesischen Machthaber ihre Version von der «friedlichen Befreiung Tibets». Auffallend ist, dass in dem Museum im Gegensatz zum Jokhang-Tempel und Potala-Palast kaum Touristen anzutreffen sind. Das Interesse der Han-Chinesen an dieser Form der Geschichtsschreibung hält sich offenbar in Grenzen.

Die Botschaft der Gedenkhalle lautet, dass das alte Tibet vor der «Befreiung durch die Volksbefreiungsarmee» dunkel und rückwärtsgewandt gewesen sei. Es habe ein Drei-Klassen-System geherrscht, in dem der Grossteil der rechtlosen Tibeterinnen und Tibeter ihr Leben lang unter horrend hohen Schulden gelitten hätten, um ihre steuerlichen Verpflichtungen erfüllen zu können. Dieser Befund entspricht der Realität.

Der Westen leidet in solchen historischen Fragen derweil unter Amnesie. In den Texten der französischen Schriftstellerin und Tibetforscherin Alexandra David-Néel sowie des britischen Militärjournalisten Edmund Candler sind Passagen über die erbarmungswürdigen Zustände im damaligen Tibet zu finden.

Chinas Machthaber schlachten diesen Umstand in der Gedenkhalle aus. Fotos zeigen abgemagerte, dahinsiehende Kreaturen. Exponate stellen dar, wie die tibetischen Leibeigenen gedemütigt und gefoltert worden sein sollen. Nach dem Einzug der Volksbefreiungsarmee vor 70 Jahren sind dagegen Zeichnungen von Soldaten zu sehen die glücklich lachende Tibeterinnen und Tibeter verarzten, ihnen zu Essen geben und den in der Region üblichen Begrüssungsschal Khata reichen.

Aber auch in der Gedenkhalle ist der 14. Dalai Lama omnipräsent. Der Vorwurf lautet, er stamme aus einer wohlhabenden Familie und sei als politisches Oberhaupt für die desaströsen Zustände verantwortlich gewesen. Mit seiner Flucht habe er sein Vaterland verraten.

Diese Wendung ist bei Tibetern, die der Regierung angehören, immer wieder zu hören. Sie bezeichnen den 14. Dalai Lama als Verräter, der für den wirtschaftlichen Aufstieg der Provinz im Gegensatz zur Pekinger Zentralregierung nichts geleistet habe, weil er abgehauen sei.

Erzwungene Unterzeichnung

In Vergessenheit geraten bei solch despektierlichen Formulierungen die Hintergründe für die Flucht des Dalai am 17. März 1959, als er sich in einer Soldatenuniform gekleidet Richtung Indien aufmachte. Am Tag zuvor hatte die Volksbefreiungsarmee schwere Artillerie in Reichweite von Lhasa und in der Nähe seiner Sommerresidenz Norbulingka in Stellung gebracht. Am Nachmittag des 17. März feuerten die Chinesen schliesslich Mörsergranaten auf den Palast.

Der Dalai Lama schrieb in seiner Autobiografie «Mein Leben und mein Volk», dass die chinesischen Granatwerfer das Warnzeichen des Todes gewesen seien. «Jeder Beamte innerhalb des Palastes, jedes noch so bescheidene Mitglied des grossen Gefolges ringsum dachte jetzt nur eines: wie mein Leben geschützt werden konnte. Und das hiess, dass ich den Palast und die Stadt sofort verlassen musste.»

Mit seiner Flucht setzte er einem über Jahre sich hinziehenden Siechtum ein Ende. Wie machtlos der Dalai Lama bereits nach dem Einmarsch der Volksbefreiungsarmee gewesen war, belegt eine weitere Aussage. Am 23. Mai 1951 hatten Repräsentanten der chinesischen und der tibetischen Regierung das «17-Punkte-Abkommen zur friedlichen Befreiung Tibets» unterzeichnet. Im Abkommen ist die Souveränität Chinas über die tibetischen Gebiete, die Stationierung von Truppen bei gleichzeitiger Anerkennung einer regionalen politischen Autonomie und der Herrschaft durch den Klerus festgeschrieben worden, fasst die Professorin für gegenwartsbezogene Sinologie an der Universität Trier, Kristin Shi-Kupfer, in einem Beitrag für die Bundeszentrale für politische Bildung zusammen.

Die Sinologin fährt fort: Der Dalai Lama habe das Dokument per Telegramm anerkannt. «Später bezeichnete er, wie auch andere Teile der exiltibetischen Gemeinde, die Unterzeichnung als «mit Waffengewalt erzwungen.»

Der Bund setzt Zivildienstler für PR-Aufgaben ein

Während Armee und Zivilschutz mit Personalproblemen kämpfen, erhalten Zivildienstleistende immer mehr Einsatzmöglichkeiten

ERICH ASCHWANDEN

2020 war ein Rekordjahr. 105,5 Millionen Franken hat der Bund für Medienauskünfte, Informationsvideos, Broschüren und den Internetauftritt ausgegeben. Damit wurde die Grenze von 100 Millionen Franken für die Öffentlichkeitsarbeit zum ersten Mal überschritten. Den Löwenanteil, nämlich 63,6 Millionen Franken, machten Personalkosten aus. Dies entspricht 379 Vollzeitstellen.

Diese offiziellen, in der Staatsrechnung ausgewiesenen Zahlen widerspiegeln allerdings nicht die ganze Wahrheit. Tatsächlich waren es noch einige PR-Mitarbeiter mehr, die für verschiedene Bundesämter tätig waren. «2020 leisteten insgesamt sieben Zivildienstleistende total 450 Diensttage in Einsätzen mit Kommunikationsaufgaben bei Einheiten der Bundesverwaltung», schreibt Christoph Hartmann, Direktor des Bundesamts für Zivildienst (Zivi), auf Anfrage der NZZ.

Gratisarbeit für die Verwaltung

Diese Dienstleistungen kosteten den Bund keinen Rappen. Im Unterschied zum Gros der Einsatzbetriebe für Zivildienstler müssen Bundesbetriebe keine Abgabe entrichten. Dies, weil das Geld haushaltsneutral in die Bundeskasse zurückfliessen würde. Der Bund spart mit solchen Einsätzen also Geld.

Laut Hartmann zählen Einsätze in der öffentlichen Verwaltung nicht zu den strategischen Zielen des Zivi. Dennoch können rund dreissig Bundesbetriebe wie die Bundesämter für Umwelt, Gesundheit, Bevölkerungsschutz oder das Staatssekretariat für Migration und der Koordinierte Sanitätsdienst regelmässig auf die Unterstützung durch Zivildienstleistende zählen. Hartmann relativiert diese Zahlen: «Zur Einordnung: 2020 zählte das Bundesamt für Zivildienst 4785 Einsatzbetriebe, die 16 599 Einsatzplätze anbieten.»

Der Bereich Kommunikation ist nur eines von verschiedenen Einsatzgebieten. Häufiger kommen die Zivildienstleistenden in den Tätigkeitsbereichen Umwelt und Naturschutz, Landschaftspflege und Wald sowie Bewältigung von Katastrophen und Notlagen zum Einsatz. Davon profitieren vom Bund finanzierte Forschungsanstalten wie etwa die Schweizerische Bundesanstalt für landwirtschaftliche Forschung Agroscope, das WSL-Institut für Schnee- und Lawinenforschung oder die Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Zürich und Lausanne.

Nationalrätin Maja Riniker zeigt sich überrascht, dass Zivildienstleistende in den Kommunikationsabteilungen der Bundesverwaltung eingesetzt werden. «Davon wusste ich nichts. Mir gefällt dies überhaupt nicht», sagt die Aargauer FDP-Politikerin. Die Präsidentin



Fast ebenso häufig wie in Ausseneinsätzen sind Zivildienstleistende im Büro anzutreffen. Auch in Bundesbern. CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

tin des Schweizerischen Zivilschutzverband (SZSV) verweist auf das Gesetz zum zivilen Ersatzdienst. Darin ist festgehalten, dass der Zivildienst dort zum Einsatz kommt, wo Ressourcen für die Erfüllung wichtiger Aufgaben der Gemeinschaft fehlen oder nicht ausreichen.

Mit dieser Zweckbestimmung können laut Riniker die Einsätze in den Kommunikationsabteilungen auf keinen Fall begründet werden. «Findet der Bund allenfalls zu wenige Leute für die Öffentlichkeitsarbeit? Oder ist es schlicht günstiger, eine Fachperson aus dem Zivildienst dafür zu verpflichten?», fragt sie rhetorisch. «Ich wehre mich entschieden dagegen, dass durch die Zivildienstleistenden eine Schattenwirtschaft betrieben wird. Und wenn der Bund dann noch davon profitiert, ist dies umso stossender.»

Illegal sind die Zivi-Einsätze für die Bundesverwaltung keineswegs. Seit der Einführung des zivilen Ersatzdienstes im Jahr 1996 ist im Gesetz explizit bestimmt, dass Verwaltungseinheiten des Bundes Einsatzbetriebe sein können. «Über eine Statistik solcher Einsätze in der Vergangenheit verfügen wir nicht», schreibt der Bundesamtsdirektor Hartmann auf Anfrage. «Wir werten die Einsätze nach Tätigkeitsbereichen aus.»

Dem Berner Ständerat Werner Salzmann sind diese Einsätze jedoch schon länger ein Dorn im Auge. Dass Zivil-

dienstleistende nun auch Öffentlichkeitsarbeit für den Bund machen, ist jedoch auch ihm neu. «Dass Zivildienstler Propaganda machen, geht nicht. Das ist ein krasses Beispiel dafür, dass der Zivildienst in keiner Art und Weise verglichen werden kann mit den Leistungen, die ein Armeeinghöriger erbringen muss», empört sich der Berner SVP-Vertreter.

Statt Zivildienstleistende zum Wohl der Öffentlichkeit einzusetzen, blase man den PR-Apparat der Bundesverwaltung auf und konkurrenziere dadurch Journalistinnen und Journalisten. «Es kann nicht angehen, dass jemand auf diese Weise gewissermassen auf Kosten der Steuerzahlenden ein Praktikum macht und damit seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert», betont Salzmann und fordert, dass solche und ähnliche Einsätze in Zukunft nicht mehr vorkommen.

Sorgen um Armeebestand

Sowohl Riniker wie auch Salzmann weisen darauf hin, dass die Armee und auch der Zivilschutz zunehmend Mühe bekommen, genügend Personal zu rekrutieren. «Es wäre wichtig, dass wir die Alimentierungsprobleme beim Zivilschutz für eine gewisse Zeit durch Zivis decken könnten. Dies würde dem Schutz der Bevölkerung dienen», verlangt die Präsidentin des Zivilschutzverbandes.

Salzmann macht sich inzwischen echte Sorgen um den Armeebestand. Bestätigt sieht er sich durch einen Ende Juni veröffentlichten Bericht des Bundesrats. Dieser zeigt auf, dass die Armee ohne Gegenmassnahmen bis Ende dieses Jahrzehnts nur einen Bestand von 120 000 Männern und Frauen haben wird statt der geforderten 140 000. Ein Grund dafür ist, dass mit dem Ende der Übergangsfrist der Weiterentwicklung der Armee die Dienstpflicht von zwölf auf zehn Jahre reduziert wird. 2028 und 2029 werden deshalb jeweils

Arten der Dienstpflicht

■ **Militärdienst:** Ab dem 18. Altersjahr werden Schweizer Männer rekrutiert. Wer als diensttauglich befunden wird, leistet Militärdienst. Für Frauen ist das Militär freiwillig. 2020 dienten etwas mehr als 1500 Frauen in der Armee. Insgesamt waren 143 372 Personen in der Armee eingeteilt.

■ **Zivilschutz:** Der Zivilschutz sorgt für den Schutz, die Betreuung und Unterstützung der Gesellschaft. Er ist kantonal geregelt. Männer mit Schweizer Bürgerrecht, die keinen Militärdienst und keinen Zivildienst leisten, unterliegen der Schutzdienstpflicht. Der Sollbestand beträgt

zwei Jahrgänge aus der Armee entlassen. Dazu kommt, dass zahlreiche Armeeinghörige im Laufe ihrer Dienstpflicht zum Zivildienst wechseln, ins Ausland gehen oder krankgeschrieben werden.

Um dem Szenario einer Ausblutung der Armee und des Zivilschutzes entgegenzuwirken, hat der Bundesrat vor den Sommerferien Beschlüsse gefasst. Wer Zivildienst leistet, soll künftig verpflichtet werden können, einen Teil seiner Zivildienstpflicht in einer Zivilschutzorganisation zu absolvieren, die dauernd unterbesetzt ist. Ebenfalls will der Bundesrat eine differenzierte Tauglichkeit von Schutzdienstpflichtigen prüfen, um mehr Personal für Schutzdienste zu gewinnen.

SVP will neues Modell

«Das Problem ist doch, dass der Zivildienst heute in Krisenzeiten nicht einsetzbar ist», betont Salzmann, dem diese Verschärfungen nicht weit genug gehen. Das Problem ist aber nicht gelöst, indem man einfach Zivildienstler umteilt. Um das Problem grundsätzlich anzugehen, denkt man bei der SVP intensiv über ein neues Modell für die Dienstpflicht nach. Der Hauptpunkt besteht darin, dass Angehörige des Zivildienstes in Zukunft nur noch dort eingesetzt werden dürfen, wo es konkret um Dienstleistungen für die Bevölkerung geht. «Wir wollen wieder klare Verhältnisse und sicherstellen, dass die Wehrgerechtigkeit wiederhergestellt wird», sagt der Berner Ständerat.

Einen Verbündeten hat die SVP mit dieser Forderung bei den Kantonen. Eine Annäherung des Zivildienstes an den Zivilschutz forderte nämlich auch die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr bei einem Treffen mit Bundesrätin Viola Amherd im Mai. Noch im Juni 2020 hatte das Parlament im letzten Moment Verschärfungen für den Wechsel zum Zivildienst abgelehnt. Die dadurch bewirkte Atempause dürfte nur von kurzer Dauer sein.

72 000 Zivilschützer. Zu ihren Tätigkeiten gehören: Einsätze bei Katastrophen, Mitarbeit bei Grossanlässen, Transportdienstleistungen für Menschen mit Handicaps.

■ **Zivildienst:** Der Zivildienst gilt als Ersatzdienst für den Militärdienst. Er dauert eineinhalb Mal so lange wie der Militärdienst. Zivildienst können nur diejenigen machen, die auch militärdienstpflichtig sind. Somit muss jeder Zivildienstleistende bereits einmal erfolgreich an einer Rekrutierung teilgenommen haben. Im Jahr 2018 hat das Bundesamt für Zivildienst 6205 Personen zum Zivildienst zugelassen. ase.

Bundesrat Cassis versucht in Brüssel die Wogen zu glätten

Der Schweizer Aussenminister bietet der EU einen «politischen Dialog» an, ohne konkret zu werden

DANIEL STEINVORTH, BRÜSSEL,
FABIAN SCHÄFER, BERN

Zwischen Ignazio Cassis und Johannes Hahn scheint die Chemie noch zu stimmen. Volle zwei Stunden dauerte der informelle Austausch zwischen dem Schweizer Aussenminister und dem österreichischen EU-Kommissar am Dienstag in Brüssel. Nach dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen vor zwei Monaten sind viele in der EU-Schaltzentrale nicht gut auf die Schweiz zu sprechen. Doch Hahn twitterte im Anschluss an das Treffen, er habe sich gefreut, Cassis zu einem «guten und freundschaftlichen» Gespräch zu sehen. Es sei wichtig, «die Vertrauensbasis zu wahren und den Dialog fortzusetzen».

Für Cassis war es der erste offizielle Besuch in Brüssel seit seinem Amtsantritt Ende 2017. Dabei konnten die Er-

wartungshaltungen auf den beiden Seiten kaum unterschiedlicher sein: Während die EU genervt auf neue Vorschläge aus Bern wartet, wirbt der Bundesrat dafür, einen «politischen Dialog» in Gang zu setzen. Dahinter verbirgt sich der Wunsch, mit Brüssel einen regelmässigen Austausch über offene Fragen zu führen, ohne sich schon auf konkrete Punkte festzulegen.

Komplett ausgewechseltes Team

Nicht verhandeln, nur reden, lautete also die Devise des Besuchs, zu dem sich Cassis von Staatssekretärin Livia Leu sowie dem neuen Chef der Europa-Abteilung im EDA, Patric Franzen, begleiten liess. Schon am Montagabend traf die aus Bern angeflogene Delegation mit der neuen Missionschefin der Schweiz bei der EU, Rita Adam, zusammen. Mit dem kom-

plett ausgewechselten Team im Europa-Dossier soll der Neuanfang in den Beziehungen zu Brüssel gelingen.

Auf protokollarischer Ebene ist für den Schweizer Aussenminister in der EU der Hohe Vertreter für Aussen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell zuständig. So traf Cassis auch den Spanier, den er Ende Juni am Rande der Libyen-Konferenz offenbar für ein Treffen in Brüssel hatte gewinnen können. Der österreichische Europaabgeordnete Lukas Mandl, der vom EU-Parlament beauftragt wurde, einen Bericht über die Beziehungen Schweiz - EU zu verfassen, tauschte sich am Dienstag ebenfalls mit Cassis aus.

Ein EU-Diplomat sagt, es könne nie schaden, zu reden. Doch nur für gute Stimmung zu sorgen, reiche nicht. Spätestens im Herbst soll es auch in Brüssel mit der «Denkpause» zu Ende sein, dann will die

Kommission entscheiden, wie sie in den Beziehungen zur Schweiz weiter verfährt.

Anzeichen für Verstimmung

In Bern ist die Stimmungslage derweil unverändert: Man wartet gespannt bis benurruht darauf, wie die Gremien der EU auf den Verhandlungsabbruch reagieren werden. Der angestrebte politische Dialog, den der Aussenminister mit seiner Visite in die Gänge zu bringen versucht, wird weitherum begrüsst, da die Schweiz eine Eiszeit mit dem wichtigsten Partner abwenden und den bilateralen Weg möglichst fortsetzen will. Allerdings weiss man auch in Bern, dass es eine grosse Überraschung wäre, wenn die EU dazu nach all den Jahren klaglos Hand bieten würde.

Es gibt Anzeichen für eine ernsthafte Verstimmung. Sie betreffen zum einen die Medizinaltechnik-Branche: Hier weigert

sich die EU das Abkommen zum Abbau technischer Handelshemmnisse zu aktualisieren. Dabei geht sie weiter als von der Schweiz erwartet und anerkennt auch keine Produkte mehr, die auf der Basis des alten Rechts zertifiziert worden waren.

Zum anderen lässt die EU die Schweiz bei der Forschungskooperation Horizon zumindest vorerst nur noch als Drittstaat mitmachen. Nach den Sommerferien steht in Bern die Europapolitik wieder oben auf der Agenda: Der Bundesrat will das Parlament dazu bewegen, im September die zweite Kohäsionsmilliarde an wirtschaftlich schwächere EU-Staaten freizugeben. National- und Ständerat hatten die Gelder 2019 als Reaktion auf die Nadelstiche gegen die Schweizer Börse blockiert. Die EU wiederum macht eine engere Teilnahme bei Horizon von der Zahlung des Kohäsionsbeitrags abhängig.



Unter grossem Lärm schmilzt im Graphitkessel das Metall, dann giessen Serge Huguenin und sein Sohn Aloïs die glühende Flüssigkeit in die Form. Nach dem Abkühlen erhält die Glocke ihren Feinschliff.

Glocken für Olympia

Die weltberühmte Klingel für die letzte Leichtathletikrunde stammt aus einem Kleinbetrieb in La Chaux-de-Fonds

ANTONIO FUMAGALLI (TEXT), CHRISTOPH RUCKSTUHL (BILDER), LA CHAUX-DE-FONDS

Jetzt drehen sie dann wieder ihre Runden, die heldenhaften Olympioniken. Immer schneller, immer schneller – und irgendwann ertönt die Glocke. Letzte Runde! In der nächsten Minute entscheidet sich, wer den Wettkampf gewinnt.

Wer sich für Sportarten interessiert, bei denen es eine solche «final lap» gibt – wie bei zahlreichen Leichtathletikdisziplinen, aber auch etwa beim Bahnradfahren –, kennt das Bimmeln wohl. Kaum jemand weiss jedoch, dass die goldenen Glocken, die millionenfach über die Bildschirme flimmern, in einem Neuenburger Kleinbetrieb hergestellt wird, der so gar nichts Olympisches an sich hat.

Der Lärm ist ohrenbetäubend, wenn man in die Giesserei Blondeau in La Chaux-de-Fonds eintritt. In der Luft hängt Benzingeruch. Aloïs Huguenin steht vor einem hüfthohen Kessel aus Graphit, wirft Kupferdrähte und Zinnstücke hinein und dreht den Treibstoffhahn auf. Wie aus einem überdimensionierten Bunsenbrenner sticht eine Flamme aus dem Schmelzofen. Man wähnt sich in einem Asterix-Comic – ausser dass im Kessel kein Zaubertrank entsteht, sondern die Metallmischung, welche die Sportlerinnen und Sportler auf den letzten Metern akustisch begleitet wird.

Spontane Zaungäste

Es war Ende der 1970er Jahre, als Omega Raymond Blondeau von der gleichnamigen Giesserei kontaktierte. Die Uhrenfirma war die offizielle Zeit-

messerin der Olympischen Spiele und benötigte für die Ausgabe von 1980 in Moskau neue Glocken. Die Fonderie Blondeau nahm den Auftrag gerne an, sie hatte damals auch noch knapp zehn Mitarbeiter.

Heute sind nur zwei übrig geblieben, der 57-jährige Serge Huguenin – Blondeaus Schwiegersohn – und sein 27-jähriger Sohn Aloïs. Noch ist Serge der Inhaber, er wird den Betrieb aber in absehbarer Zeit dem Sohn übergeben. Gegossen wird einmal pro Woche, doch damit kommen die beiden nur knapp über die Runden. Aloïs arbeitet nebenbei als Koch in einem Altersheim, er möchte – je mehr sich sein Vater zurückzieht – diese Zweitbeschäftigung aber reduzieren.

Die Bronzemischung ist mittlerweile 1200 Grad heiss. Aloïs öffnet den Kessel und schöpft mit einer grossen Kelle den obersten Teil der Masse, in der Fachsprache Glockenspeise genannt, ab. Jeder Fehler wäre jetzt gefährlich. Behutsam giesst er das Metall in den vorbereiteten Formkasten. Dieser ist mit Natursand gefüllt, wobei derjenige Teil ausgespart und mit Verzierungen versehen ist, der zur Glocke wird. Huguenin füllt die knapp kniehohen Behälter, bis die orange leuchtende Flüssigkeit oben herausquillt. Erst mehrere Minuten später, wenn sie genügend erkaltet ist, verliert sie ihre Farbe.

Die Handgriffe sind zwar verhältnismässig simpel, aber was für ein Spektakel! Die Mischung aus tödlicher Hitze, Lärm, körperlicher Schwerarbeit und dem sich verändernden Aggregatzustand des Metalls übt eine spezielle Faszination aus, wie sich im zimmergrossen Atelier der Huguenins zeigt. Während des knapp zweistündigen Besuchs

Wer eine möglichst günstige Glocke erwerben will, geht nicht zu den Huguenins.

kommen gegen zehn Personen angemeldet oder aus spontaner Neugier in der Giesserei vorbei. Sie alle wollen miterleben, wie aus ein paar Kupferdrähten und Zinnblöcken eine Glocke wird.

Früher für die Bauern

Wären die Zaungäste vor einem halben Jahrtausend gekommen, hätten sie nicht viel anderes gesehen. Grösster Unterschied: Statt mit Kohle wird mittlerweile mit Benzin eingeleitet. Und zwar nicht zu knapp, pro Stunde werden rund dreissig Liter verbrannt. Sonst aber gleicht das Handwerk noch in grossen Zügen demjenigen der Urahren. Das gilt zumindest für einen Betrieb wie die Fonderie Blondeau, der sich der Tradition verpflichtet sieht – auch weil er ohnehin nicht gegen die automatisierte Konkurrenz im Ausland bestehen kann.

Denn wer eine möglichst günstige Glocke erwerben will, geht nicht zu den Huguenins. Wer hingegen ein personalisiertes Andenken kaufen oder vielmehr verschenken will, ist an der unscheinbaren Strasse unweit des Zentrums von La Chaux-de-Fonds an der richtigen Adresse. Früher habe man fast alle Glocken an Bauern verkauft, die sie ihren Kühen umgehängt hätten, sagt Vater Serge. Mittlerweile produziere man hauptsächlich für festliche Anlässe, etwa Taufen, Firmenjubiläen – oder eben die Olympischen Spiele.

Wie viel eine solche Olympiaglocke kostet, verrät Huguenin nicht. Die Bedeutung des Auftrags zeigt sich aber alleine schon daran, dass im Nebenraum bereits Glocken für die Sommerspiele von 2024 in Paris bereitstehen. Weil zu Beginn der Corona-Pandemie kaum mehr Privatanlässe stattgefunden hät-

ten, habe man in Absprache mit Omega bereits begonnen, die Paris-Serie vorzuproduzieren, um den Ertragsausfall teilweise zu kompensieren. Insgesamt liefert die Giesserei Blondeau jeweils gut dreissig Stück an die Olympia-Organisatoren, wobei längst nicht alle in den Stadien zum Einsatz kommen. Die übrigen dienen als Geschenk für ausgewählte Gäste.

Der Moment der Wahrheit

Die Bronzemischung ist mittlerweile abgekühlt. Aloïs Huguenin schlägt den zweiteiligen Formkasten mit einem Hammer auf und befreit die Glocke vom Sandmantel, der durch die Hitze pechschwarz geworden ist. Es ist der Moment der Wahrheit: Hat sich die Metallflüssigkeit überall schön verteilt? Sind die Verzierungen, die zuvor mit Stempeln in den Sand gedrückt wurden, gut sichtbar? Hier, beim Fabrikat für die bestandene Abschlussprüfung eines Bauernlehrlings, passt alles. Jetzt muss die Glocke nur noch sandgestrahlt, abgeschliffen und poliert werden. Ein Schlag mit dem Klöppel zeigt: Das birnenförmige Metallstück klingt auch so, wie eine Glocke zu klingen hat.

Die berühmteren Produkte der Fonderie Blondeau, die Olympiaglocken, befinden sich längst in Tokio. Sofern sich bei den Sommerspielen keine Riesenpanne wie kürzlich in Monaco ereignet – es wurde eine Runde zu früh geläutet, wodurch der Favorit auf den letzten Metern völlig einbrach –, ist das Bimmeln für die Athletinnen und Athleten der Auftakt zur letzten Kraftanstrengung. Für die Huguenins ist es die Genugtuung, dass ihr jahrhundertaltes Handwerk auch in der modernen Welt noch von praktischem Nutzen sein kann.

Französische Polemik nach Kampfjet-Entscheid

Die Schweiz will kein Flugzeug aus Frankreich – nun fordert ein Think-Tank, die militärische Zusammenarbeit zu überdenken

GEORG HÄSLER SANSANO

Für Frankreich bildet die Schweizer Luftwaffe einen Riegel gegen den schwach geschützten Luftraum über Österreich. Den «Tirol-Korridor» sehen französische Offiziere als Schlupfloch für gegnerische Kampfflugzeuge, falls die Spannungen an einem der Schauplätze im Osten eskalieren sollten.

Schon heute, in einer militärisch normalen Lage, profitieren Frankreich und die Schweiz von einer ausgebauten Zusammenarbeit in der Luftraumüberwachung, die seit 2004 vertraglich geregelt ist. Die französische Botschaft berichtete noch im Februar über eine gemeinsame Übung der beiden Luftwaffen, um den Luftpolizeidienst zu trainieren. Während des russisch-amerikanischen Gipfeltreffens von Mitte Juni sicherten die Luftwaffen Frankreichs und der Schweiz gemeinsam den Luftraum über Genf.

Solche Leistungen müsse Paris zukünftig Bern in Rechnung stellen, forderte der französische Think-Tank Mars vergangene Woche in einem Artikel, der im Pariser Wirtschaftsmagazin «La Tribune» erschien. Der Bundesrat habe mit seinem Typenentscheid für zwei amerikanische Systeme für den Schutz der dritten Dimension, mit dem F-35 als neuem Kampfflugzeug und dem Luftabwehrsystem Patriot für die bodengestützte Luftverteidigung (Bodlufv), «Frankreich den Rücken gekehrt».

Die Konsequenzen tragen

Sowohl beim Kampfjet mit der Rafale von Dassault als auch bei Bodlufv mit SAMP/T von Eurosam war Frankreich im Rennen. Nach einer Evaluation der schweizerischen Rüstungsbehörde Armatisse entschied sich der Bundesrat nach dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis für zwei amerikanische Angebote. Beschaffungsrechtlich hatte die Landesregierung gemäss einem Gutachten des Bundesamts für Justiz wohl gar keine andere Wahl.

Eine politische Würdigung wäre nur infrage gekommen, wenn die Angebote sehr nahe beieinander gelegen wären. Dies taten sie aber nicht. Beim Kampfjet hat der F-35 von Lockheed Martin gegenüber den anderen drei Systemen mit Abstand gewonnen. Der Eurofighter



Ein Rafale-Jet donnert über den Arc de Triomphe in Paris. Über der Schweiz wird die Maschine nicht fliegen.

BENOIT TESSIER / REUTERS

ter von Airbus, die Rafale und auch die Super Hornet des US-Herstellers Boeing gehören zur vierten Generation, der F-35 zur fünften Generation von Kampfflugzeugen. Der modernste Jet erwies sich als der günstigste.

Trotzdem sind die europäischen Mitkonkurrenten verschunpft. Auch Deutschland, das der Schweiz den Eurofighter verkaufen wollte, ist enttäuscht über den Typenentscheid, den der Bundesrat in seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien gefällt hat. Die deutschen Akteure halten sich nach ihrer ersten Reaktion aber zurück und betonen, dass Bundesrätin Viola Amherd, Vorsteherin des Verteidigungsdepartements (VBS), stets klar über die Kriterien für einen Entscheid kommuniziert habe.

Die französische Sicherheitsszene dagegen nimmt die Wahl von F-35 und Patriot persönlich – trotz der klaren

Aussage von Verteidigungsministerin Florence Parly, es handle sich um «eine souveräne Entscheidung der Schweiz». Der Artikel der Gruppe Mars ist bis anhin die deutlichste Wortmeldung. Wenn die Schweiz schon eine souveräne Entscheidung treffe, dann solle sie auch die Konsequenzen tragen, gifteln die Autoren des Texts. Es könne doch nicht sein, dass die Schweiz bei der Luftverteidigung von Frankreich profitiere, sie dann aber die Kooperation mit den USA höher bewerte, so die Zusammenfassung des Pamphlets.

Gemäss den Ideen des Think-Tanks Mars soll das Abkommen über die Luftpolizei weiterbestehen, damit im Notfall weiterhin Flugzeuge über die Grenzen hinweg verfolgt werden können und so rasches Handeln möglich bleibt. «Aber der Schutz von Veranstaltungen in der Schweiz würde nicht mehr in der Ver-

antwortung der französischen Steuerzahler liegen», schreibt die Gruppe. Der Schweizer Steuerzahler soll den Schutz «der von ihm organisierten Veranstaltungen» selbst bezahlen. Gemeint sind insbesondere wohl Konferenzen in Genf.

Kein offizielles Statement

Wer genau hinter diesem Think-Tank steckt, ist unklar. Die Gruppe Mars meldet sich regelmässig in der «Tribune» zu sicherheitspolitischen Themen. In einer Fussnote steht, es handle sich um rund dreissig Personen mit unterschiedlichem Hintergrund: von den Universitäten über die Privatwirtschaft bis zum öffentlichen Sektor. Gegenstand der Analysen sind strategische Themen unter anderem mit Bezug zur französischen Rüstungsindustrie oder zu technologischen und

industriellen Entscheiden, welche «die Basis der Souveränität Frankreichs» darstellten.

Die Gruppe Mars stellt nach dem Entscheid für den F-35 auch die Geschäfte mit der Ruag oder den Kauf von Pilatus-Trainingsflugzeugen infrage. «Frankreich könnte in Zukunft darauf achten, seine Partnerschaften mit Schweizer Unternehmen auf das Notwendigste zu beschränken», heisst es weiter im Text. Ähnlich betroffen seien wegen der Ablehnung des Eurofighters eigentlich auch die anderen Europäer.

Deshalb regt Mars eine insgesamt härtere Gangart gegenüber Bern an: «Frankreich könnte mit der EU zusammenarbeiten, um eine gemeinsame Haltung gegenüber der Schweiz zu erreichen, insbesondere in Verteidigungs- und Sicherheitsfragen», steht drohend in dem Text, der in den sozialen Netzwerken kontrovers aufgenommen worden ist.

Die französische Botschaft wollte bei der Frage, ob die Zusammenarbeit in der Luftverteidigung mit der Schweiz nach dem Entscheid für den F-35 diskutiert werde, keine Stellung beziehen. Das VBS schreibt der NZZ, es gebe keine Anzeichen in diese Richtung.

Auffallend ähnliche Argumente

Nichts mehr als eine kleine Sommerpolemik also? Im Text von Mars wird der Entscheid für den F-35 zwischen den Zeilen auch inhaltlich infrage gestellt – mit auffallend ähnlichen Schlagworten, wie sie von den Kampfjetgegnern immer wieder ins Feld geführt werden. Zusammen mit der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) wollen die SP und die Grünen bekanntlich eine Initiative lancieren, welche die Beschaffung des F-35 über einen Verfassungsartikel verhindern will.

Mars schreibt denn auch vieldeutig, man überlasse es den Schweizer Beobachtern und allenfalls auch den Wählern, den Entscheid zu diskutieren und allenfalls noch einmal zu revidieren. Die GSoA und die pazifistische Linke werden sich also genau überlegen müssen, in wessen Interesse sie schliesslich ihre Kampagne gegen den Entscheid des Bundesrats führen, der notabene durch eine erste Volksabstimmung über einen Rahmenkredit legitimiert ist.

«Wir erhalten täglich verzweifelte Anfragen»

Für viele Auslandschweizer ist eine Impfung im Gastland nicht möglich – doch der Bund lässt sie warten

GIAN ANDREA MARTI

Bei der Auslandschweizer-Organisation (ASO) ist der Ärger über den Bund gross. Grund dafür ist dessen Impfstrategie, bei der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer aussen vor bleiben. So können sich gegen das Coronavirus hierzulande bis jetzt nur Personen impfen lassen, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben. Der Einbezug der im Ausland lebenden Schweizer ist auch für die nächsten Monate in der Strategie des Bundes nicht vorgesehen. Der Bundesrat begründet dies offiziell damit, dass beim Impfen die Versorgung der hierzulande lebenden Personen im Vordergrund stehe. Schweizer mit Wohnsitz im Ausland könnten erst danach berücksichtigt werden – und das sei frühestens im Herbst 2021 der Fall.

Für die ASO ist das viel zu spät und angesichts von immer mehr freien Impfterminen nicht nachvollziehbar. Seit Wochen macht die Organisation Druck beim Bund, damit dieser eine Lösung für jene Schweizer findet, die im Ausland keinen Zugang zur Corona-Impfung haben. Zwar können sich auch Schweizer mit Wohnsitz im Ausland hierzulande impfen lassen, allerdings nur, wenn sie in der Schweiz eine obligatorische Krankenversicherung (Grundversicherung) abgeschlossen haben. Dies trifft nur auf einen Bruchteil der rund 775 000 Auslandschweizer zu.

Die ASO sieht deshalb dringenden Handlungsbedarf, wie der Präsident Remo Gysin sagt. «Täglich melden sich verzweifelte Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer bei uns.» Die meisten Anfragen kämen aus Ländern in Asien, Südamerika und Osteuropa, in denen sich die Impfkampagnen verzögerten oder Ausländer als Letzte in der Impfkampagne berücksichtigt würden. In Thailand etwa, wo die Fallzahlen stark ansteigen, erhielten Personen aus dem Ausland derzeit keine Impfung. Wie viele Personen effektiv davon betroffen sind, sei schwierig zu sagen. Allein in Südamerika lebten rund 45 000 Schweizerinnen und Schweizer, so Gysin, in Südostasien seien es um die 18 000.

Nicht alle Impfstoffe anerkannt

Für Gysin ist das Ziel klar: «Alle Auslandschweizer sollen die Möglichkeit haben, geimpft zu werden.» Dazu sei einerseits der Zugang zu Impfstoffen in der Schweiz notwendig, andererseits aber auch der Zugang im Gastland, etwa über Lieferungen von Impfstoffen. Die Schweiz hinke hier Ländern wie Frankreich hinterher, das auch seinen Bürgern im Ausland Corona-Impfungen anbiete.

Für viele Auslandschweizer stellt sich zudem noch ein ganz anderes Problem: Trotz vollständiger Impfung im Ausland werden sie in der Schweiz wie Un-

geimpfte behandelt. Denn nicht alle im Ausland angebotenen Impfstoffe sind hierzulande anerkannt. So darf nur ohne Test oder Quarantäne einreisen, wer einen Impfstoff erhalten hat, der in der Schweiz oder der Europäischen Union zugelassen ist oder auf der Liste der Weltgesundheitsorganisation steht.

Nicht anerkannt ist etwa der unter anderem in Russland zugelassene Impfstoff Sputnik V. Auslandschweizer aus Russland werden deshalb bei der Einreise trotz vollständiger Impfung den ungeimpften gleichgestellt, wie den derzeit geltenden Einreisebestimmungen des Bundes zu entnehmen ist. Ausweichmöglichkeiten gibt es nicht, da in Russland ausser Sputnik V kein anderer Impfstoff angeboten wird.

Beim Bund sieht man nach wie vor keinen dringenden Handlungsbedarf. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) teilt auf Anfrage mit, dass rund 90 Prozent der Auslandschweizer in Ländern leben würden, in denen eine lokale Impfung bereits heute möglich sei beziehungsweise in absehbarer Zeit möglich sein werde. Lediglich einige tausend Schweizer würden in Staaten leben, in denen der Zugang zu Impfstoff schwierig sei, so die Mediensprecherin Elisa Raggi. Man sei jedoch daran, abzuklären, ob für diese künftig eine Impfung in der Schweiz möglich sei. Laut dem Bun-

desamt für Gesundheit (BAG) dürften konkrete Informationen dazu aber voraussichtlich erst ab der zweiten Augusthälfte vorliegen.

Eine Lösung wie in Frankreich ist für die Schweiz zudem laut EDA derzeit aus logistischen und vertraglichen Gründen gar nicht möglich. So hat der Bundesrat bereits im Juni in seiner Antwort auf eine Frage von Nationalrat Laurent Wehrli (fdp.) hingewiesen, dass die mit den Herstellern geschlossenen Verträge keinen Export von Impfstoffdosen ins Ausland vorsehen.

Die Risiken selber tragen

Für das EDA ist unter Verweis auf das Auslandschweizergesetz zudem klar: Wer ins Ausland zieht, trage die Risiken, die damit verbunden sind, selbst, so Raggi. Etwa, dass die medizinische Versorgung nicht überall auf der Welt im gleichen Umfang gewährleistet sei. Von einer Zusammenarbeit mit anderen Staaten diesbezüglich sieht der Bund deshalb vorerst ab. Das EDA verweist jedoch auf die von der Schweiz unterstützte Covax-Initiative, die einen weltweit gleichmässigen und gerechten Zugang zu Covid-19-Impfstoffen gewährleisten will. So hat der Bundesrat im Juni beschlossen, 4 der rund 5,4 Millionen bestellten Impfstoffdosen von AstraZeneca an Covax abzutreten. Davon wür-

den laut EDA auch die Auslandschweizer profitieren.

Auch das BAG sieht trotz freien Impfterminen keinen dringenden Handlungsbedarf bei den Auslandschweizern. Hierzulande wohnhafte Bürger seien weiterhin im Fokus der Impfkampagne, zumal die freien Impftermine nicht mit der Impfbereitschaft in der Bevölkerung gleichzusetzen seien, erklärt die Mediensprecherin Masha Renfer-Foursova. «Wir gehen davon aus, dass die Sommerferienzeit für die derzeit geringere Nachfrage verantwortlich ist und dass sich weitere Personen bis im Herbst impfen lassen.»

Die für die Durchführung der Impfung zuständigen Kantone scheinen zumindest in einigen Fällen Hilfe anzubieten. So heisst es bei der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich etwa, dass in «Härtefällen» nach «individuellen Lösungen» gesucht werde. Etwa, wenn ein nicht geimpfter Auslandschweizer in Zürich ein als Hochrisikopatient geltendes Familienmitglied besuchen möchte. In Zürich handle es sich dabei bis anhin aber höchstens um Einzelfälle.

Gysin von der ASO empfiehlt deshalb Auslandschweizern, die bisher keine Impfung erhalten haben, mit der Schweizer Vertretung vor Ort Kontakt aufzunehmen. Bei einer allfälligen Einreise in die Schweiz solle man sich zudem beim kantonalen Impfzentrum erkundigen und bei der Info-Hotline des BAG anrufen.

Tanzen nur mit Covid-Zertifikat

Zutritt allein für Geimpfte, Getestete und Genesene – wie Veranstalter mit den neuen Corona-Regeln umgehen

MICHAEL VON LEDEBUR,
RAFFAELA ANGSTMANN

Das Contact-Tracing ist tot – es lebe das Zertifikat! Auf diese Kurzformel kann man die derzeitige Ausgangslage der Zürcher Veranstalter bringen. Wo früher mehr oder weniger aufwendig Kontaktdaten aufgenommen werden mussten, gilt neu das Covid-Zertifikat für Geimpfte, Genesene und negativ Getestete als Eintrittsbedingung für viele Anlässe. Für die Veranstalter bedeutet dies zwar eine Vereinfachung, aber gleichzeitig stehen sie plötzlich vor der Frage, ob sie damit nicht einen Teil ihrer Kundinnen und Kunden ausschliessen. Nämlich jene, die sich nicht testen oder impfen lassen wollen.

Die Vorgaben des Bundesrates sehen zwei Kategorien von Anlässen vor, bei denen das Zertifikat eine Rolle spielt: Die einen Veranstalter müssen für den Einlass auf einem Zertifikat bestehen. Davon betroffen sind Tanzveranstaltungen oder Fussballspiele mit mehr als 1000 Besuchern. Die anderen können das Zertifikat als Zugangskontrolle einsetzen, müssen dies aber nicht tun. Ausgeschlossen ist der Einsatz des Zertifikats schliesslich beim Zugang zu Orten des alltäglichen Lebens oder im Kontakt mit Behörden – in diese Kategorie fällt zum Beispiel auch der Gottesdienstbesuch.

Ablehnung der Fussballfans

Scheinbar einfach ist die Ausgangslage für Grossveranstalter wie die städtischen Fussballklubs. GC trifft am Wochenende zum Meisterschaftsauftritt auf den FC Basel. Einlass gibt es nur mit Zertifikat. Und anders als andere Fussballklubs wie Basel oder Servette hat sich GC dagegen entschieden, vor dem Stadion eigene Testmöglichkeiten anzubieten: Man könne die Nachfrage überhaupt nicht einschätzen, sagte ein GC-Vertreter gegenüber dem Regionaljournal von SRF.

Doch das Beispiel Fussball zeigt gerade, dass der Einsatz des Zertifikats heikel ist. Ein Teil der Fans des FC Zürich lehnt dieses ab, weil man es gemeinsam mit einer ID vorweisen muss. Die Fans befürchten, dass es sich um eine Testphase für eine spätere reguläre Einführung personalisierter Tickets handelt.

Veranstalter können dem Zwang, das Zertifikat einzusetzen, entgehen, wenn sie die Anzahl der Besucher unter 1000 Personen belassen. Diesen Weg schlagen zum Beispiel die Veranstalter der von der Stadt finanzierten Open-Air-Konzertreihe «Stadtsommer» ein. Zugelassen werden maximal 500 Personen, die Konzertgelände wie etwa die Hardturmbrache werden abgesperrt. «Auf diese Weise haben alle Beteiligten



Als Conchita Wurst im April im «Kaufleuten» auftrat, gab es noch kein Covid-Zertifikat, dafür eine Maskenpflicht. GAETAN BALLY / KEYSTONE

den kleinstmöglichen Aufwand, und der niederschwellige Charakter des Anlasses kann am ehesten gewährt bleiben», sagt der «Stadtsommer»-Verantwortliche Niklaus Riegg. Infrastruktur für ein Testcenter habe man nicht anbieten können. Lieber habe man den Event deshalb etwas verkleinert.

Einen Schönheitsfehler hat dieses Setting: Das Bundesamt für Gesundheit schreibt nämlich vor, dass Tanzveranstaltungen nur erlaubt sind, wenn der Zulass über das Covid-Zertifikat geregelt wird. Deswegen steht auf der Website des «Stadtsommers» explizit: «Tanzen ist nicht erlaubt.» Riegg sagt: «Aus unserer und aus Sicht der Bewilligungsbehörde sind wir keine Tanzveranstaltung.» Aber kann man Tanzen überhaupt verbieten? Besonders an einem Konzert? «Natürlich ist nicht ganz klar, wo Bewegungen aufhört und Tanzen anfängt», antwortet Riegg. Man werde Personal vor Ort haben, das dem Publikum die Vorgaben erkläre.

Eine Mischform wählen die Organisatoren des Theaterspektakels, das am 19. August beginnt. Erklärtes Ziel ist es, so wenig Barrieren und Bedingungen wie möglich aufzustellen. Auf der Landiwiese gilt freier Zugang. Spontane Strassenkunst hingegen wird nicht auf der Strasse, sondern nur in einem kleinen Amphitheater aufgeführt. «Dort gilt

eine Kapazitätsbeschränkung, damit wir die Sicherheit der Besucher garantieren können», sagt Matthias von Hartz, der künstlerische Leiter des Festivals.

Für die grösseren Vorführungen, etwa in der Roten Fabrik, verlangen die Veranstalter ein Covid-Zertifikat – und gehen damit weiter als nötig. Denn bei diesen Events liegt die Zuschauerzahl unter 1000 Personen. Matthias von Hartz sagt: «Wir sind eher ein bisschen vorsichtiger, als wir sein müssten. Aber damit niemand ausgeschlossen ist, kann man sich spontan auf dem Gelände testen lassen.»

Klubs haben Skepsis abgelegt

Aus freien Stücken setzt das Zertifikat derzeit kaum jemand ein. Fitnesscenter oder Gastrobetriebe hätten diese Möglichkeit: Sie können den Zugang auf Personen mit einem Covid-Zertifikat einschränken, um auf Schutzkonzepte zu verzichten. Gegenüber den Tamedia-Zeitungen sagt Ernst Bachmann, Präsident von Gastro Zürich, er wisse von keinem Betrieb, der das Zertifikat freiwillig einsetze.

Das heisst aber nicht, dass die Erfahrungen damit zwingend negativ wären. Dies zeigt das Beispiel der Zürcher Klubs und Discos. Diese hatten sich zunächst gegen den Zwang zum Zertifikat gewehrt. «Menschen werden aus-

geschlossen, was der nächtlichen Kultur der Offenheit widerspricht», schrieb die Bar- und Club-Kommission noch vor weniger als einem Monat.

Heute, mit dem Erfahrungswert von vier Wochenenden, kommt Alexander Bücheli, Sprecher der Bar- und Club-Kommission, zu einem anderen Schluss. Zwar widerspreche es der nächtlichen Kultur der Offenheit, dass Menschen durch das Zertifikat ausgeschlossen würden – zumal man ja rechtlich gesehen einem Diskriminierungsverbot unterstehe. «Aber es hat seine Vorteile, wenn es eine einheitliche Regelung gibt und die Leute wissen, was sie erwartet.» Wichtig sei, dass sich das Testen und die Zertifikatsvergabe in Apotheken und den Teststellen mit nächtlichen Öffnungszeiten eingespielt habe – da habe es anfangs noch Probleme gegeben. Heute könne man abgewiesene Gäste auf die Testmöglichkeit hinweisen. Nach einem Test ist das Zertifikat 48 Stunden lang gültig.

Bücheli sagt, das Zertifikat werde von den Gästen sehr gut akzeptiert. Im Gegensatz zur Registrierungspflicht von früher gebe es viel weniger Diskussionsbedarf bei den Gästen, meldeten die Türsteher. «Hier findet wohl eine Selektion schon im Vorfeld statt. Jene, die sich nicht impfen oder testen lassen wollen, tauchen wohl gar nicht erst auf.»

Mehr Platz für Gäste draussen

Wirt dürfen in Zürich die Anzahl Sitzplätze um 30 Prozent erhöhen

FLORIAN SCHOOP

Vom Frühling 2021 erhofften sich viele Gastronomen einen Schub. Mehr Gäste und endlich wieder Einnahmen – unter anderem dank der Stadt Zürich, die den Wirtinnen und Wirten wegen der Corona-Pandemie erlaubte, Stühle und Tische auch auf öffentlichem Grund aufzustellen. Vor allem in der Anfangsphase der Öffnung war dies wichtig, da die Innenräume noch geschlossen bleiben mussten und Gäste nur draussen begrüsst werden durften.

In der Zwischenzeit hat sich laut Stadtrat die wirtschaftliche Lage für viele Gastbetriebe verbessert. Doch das Geschäft stagniere auf tiefem Niveau, wie es in einer Mitteilung vom Dienstag heisst. Nicht zuletzt deshalb erlaubt die Stadtregierung Restaurantbesitzerinnen und Barbetreibern eine Verlängerung in Sachen Aussenbewirtschaftung. Sie dürfen bis Ende Oktober, und nicht wie vorgesehen nur bis Ende August, weiter ihre Pizzas und Drinks draussen auf öffentlichen Flächen servieren. Dabei können sie seit Mai die Anzahl Plätze um 30 Prozent erhöhen – bei gleichbleibender Fläche. Beide Massnahmen sind für die Wirtinnen und Wirte kostenlos.

Die Erhöhung der Gästezahl auf Boulevardflächen geht auf einen Vorschlag der FDP im Zürcher Gemeinderat zurück. Die Umsatzaufschläge der letzten Monate hätten ein tiefes Loch in die Kassen der Wirte gerissen, sagte damals Dominique Zygmont (fdp.) während der Debatte im Parlament. Viele Betriebe hätten schliessen müssen. «Mehr Sitzplätze sind sicher kein Patentrezept», gestand Zygmont ein, «aber der Weg aus der Krise ist steil.»

Eine moderate Erhöhung der Sitzplätze im Aussenbereich könne Restaurantbesitzer zusätzlich unterstützen – natürlich unter Einhaltung der Schutzkonzepte. Genau dies ist auch die Bedingung der Stadt. Sie mahnt, die Auflagen für eine solche Ausweitung einzuhalten. Wer mehr Stühle und Tische aufstellen will, müsse dem Gesundheitsschutz Rechnung tragen. Dasselbe gelte für das Ruhebedürfnis der umliegenden Anwohnerinnen und Anwohner. Auch Passanten sollen durch die Bestuhlung nicht gestört werden. Bei berechtigten Klagen aus der Nachbarschaft seien die Zusatzplätze wieder zu entfernen.

Ob das Zusatzangebot von Restaurants und Bars bei den Nachbarn akzeptiert wird, bleibt abzuwarten. Schon seit längerem machen sich verschiedene Vereine und Interessengruppen für weniger Lärm in der Innenstadt stark. In einer Petition, für die sie derzeit Unterschriften sammeln, fordern sie den Stadtrat auf, Massnahmen zu ergreifen.

ANZEIGE

NZZ

Shop

shop.nzz.ch

+41 44 258 13 83

Zeitloses Design

1927 hat Josef Albers die Nesting Tables für das Moellenhof-Haus in Berlin entworfen. Kraftvoll verbinden die Tische klare geometrische Figuren mit Farben aus Albers' malerischem Werk. Die Tische werden in Deutschland bei einem Traditions-Familienbetrieb im Erzgebirge mit besonderer Wertschätzung auf hochwertige Materialien gefertigt. Das Glas wird eigens für die Produktion aus Italien importiert.

Nesting Tables von Josef Albers, Satzische im 4er-Set, Fr. 2'200.- / Fr. 2'100.-*

*Sonderpreise für Abonnentinnen und Abonnenten



Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus, flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Haus.
- Joseph v. Eichendorff

Mit Dankbarkeit im Herzen und Tränen in den Augen lassen wir Dich ins Licht weiterreisen.

Albino Behrens-Räber

Prof. Dr. phil II
29. Januar 1929 bis 12. Juli 2021

Deine Seele hat nun ihre Reise durch die Galaxie angetreten. Gut vorbereitet, voller Zuversicht, Tatendrang, Freude und Liebe - so, wie Du auf Erden immer gelebt hast.

Wir trauern um meinen geliebten Mann, unseren liebevollen Papi, stets fröhlichen Schwager, treuen Freund und aufrechten Kameraden.

Elisabeth Behrens-Räber
Isabelle Behrens und Robert Pfadt
Sabine und David Thompson-Behrens
Peter und Elisabeth Räber-Brönnimann

Die Gedenkfeier findet am Montag, 16. August 2021, um 14 Uhr im Grossmünster in Zürich statt.

In Albinos Sinne bitten wir anstelle von Blumenspenden um die Berücksichtigung der Kinder-Spitem oder der Kinderkrebshilfe (Vermerk: Albino Behrens).

Kinder-Spitem Kt. Zürich CH52 0900 0000 8721 6355 5
Kinderkrebshilfe Schweiz CH70 0900 0000 5000 1225 5

Traueradresse: Elisabeth Behrens, Nadelstrasse 70, 8706 Feldmeilen

8057 Zürich
Katia Rom-Bloch
Ringstr. 29

*Man sieht die Sonne untergehen und erschrickt
dann doch, wenn es dunkel ist*

*Nach einem langen und guten Leben durfte meine Mutter, unsere Schwiegermutter,
Grossmutter, Urgrossmutter, meine Schwester, unsere Tante und Cousine*

Marianne Bloch-Wyler

14. Februar 1928 bis 19. Juli 2021

*ruhig einschlafen. Wir sind alle sehr traurig und gleichzeitig überaus dankbar für alles
Schöne und Gute, das wir in den vielen gemeinsamen Jahren erleben durften. In unseren
Herzen wird sie immer weiterleben.*

Katia und Samuel Rom-Bloch
Noemi Rom Oppenheim und Ilan Oppenheim mit
Liv und Shelly
Adina Rom und Aran Raoufi
Stuart Shapiro-Bloch
Noah Shapiro
Ilja Shapiro
Erika Gideon-Wyler und Familien
Madeleine Erlanger-Wyler
Ihre Nichten und Freunde

Beerdigung am Donnerstag, 22. Juli 2021 um 11 Uhr auf dem Israelitischen Friedhof
Oberer Friesenberg, Friesenbergstrasse 330, 8055 Zürich

Besuche: Sonntag, 25. Juli 2021 10 – 12 Uhr und 16 – 18.30 Uhr
Minjan: Sonntag, 25. Juli 2021 19 Uhr Mincha

jeweils im Sikna Seniorenzentrum, Sallenbachstr.40, 8055 Zürich

Statt Blumen gedenke man Kariat Yearim, Postkonto-Nr.: 87-179012-3, IBAN: CH51
0900 0000 8717 9012 3 und Schweizer Freunde von TAMTAM Zürich, Alternative Bank
Schweiz, IBAN CH67 0839 0033 6266 1000 3

Vontobel

Wir haben die schmerzliche Pflicht, Sie über den Tod unseres geschätzten Rentners

Jürg Handschin

zu informieren. Er ist am 9. Juli 2021 im Alter von 74 Jahren verstorben.

Als kompetenter, zuverlässiger, loyaler und hilfsbereiter Mitarbeiter in der Spedition und anschliessend in der Registratur war Herr Handschin während vieler Jahre ein allseits geschätzter Arbeitskollege. Wir alle werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Seiner Familie sprechen wir unser aufrichtiges Beileid aus.

Bank Vontobel AG

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Anstelle von Blumen gedenke man der Stiftung SOS Beobachter, 8021 Zürich,
IBAN-Nr. CH84 0900 0000 8000 0070 2, Vermerk: Jürg Handschin.

Familie Arter
Dufourstrasse 79
9000 St.Gallen

*Mit Bäumen kann man wie mit Brüdern reden
und tauscht bei ihnen seine Seele um.
Die Wälder schweigen. Doch sie sind nicht stumm.
Und wer auch kommen mag – sie trösten jeden.*

Erich Kästner

Tieftraurig nehmen wir Abschied von unserer geliebten

Karin Arter - Mettler

16. Mai 1956 - 13. Juli 2021

Völlig unerwartet wurde sie durch einen Velounfall aus unserer Mitte gerissen.

Fabian, Marius und Annina Arter
Alex Arter
Maja Märki – Mettler und Familie
Andreas Mettler und Familie
Lorenz Mettler
Verwandte, Freunde und Bekannte

Der Trauergottesdienst findet am Dienstag, 27. Juli 2021 um 11 Uhr
in der Kirche St.Laurenzen, St.Gallen statt.

TODESANZEIGE

Traurig nehmen wir Abschied von meinem lieben Mann, meinem lieben Bruder,
meinem lieben Schwager, unserem Verwandten und Freund

Dr. Erich E. Waldner

18. Juli 1939 – 16. Juli 2021

Dr. Rosmarie D. Waldner-Stiefelmeier
Rita Müller-Waldner
Dora Regula Stiefelmeier
Anverwandte und Freunde

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Anstelle von Blumen gedenke man dem Zürcher Tierschutz,
Postkonto 80 – 2311 – 7, Vermerk Erich Waldner.

Es werden keine Trauerzirkulare verschickt.

Traueradresse: Dr. Rosmarie Waldner, Stuhlenstrasse 23, 8123 Ebmatingen

In stiller Trauer nehmen wir Anteil am Ableben von

Erika Irene Hug

die am 14. 7. 2021 unerwartet verstorben ist.

Frau Hug hat als ehemalige Geschäftsinhaberin die Geschichte der Musik Hug Gruppe wesentlich geprägt und vorangetrieben.

Unser tief empfundenen Mitgefühl gilt ihrer gesamten Familie und allen Angehörigen.

Die Aktionäre, der Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung
und alle Mitarbeitenden der Musik Hug AG

Bern, im Juli 2021

In dankbarer Erinnerung an

Rudolf von Werdt

1. Mai 1929 bis 6. Juli 2021

Unser ehemaliger Direktionspräsident (1980 – 1994) hat die BKW durch sein Wirken und Schaffen wesentlich mitgeprägt und vorgebracht. Im Namen der ganzen BKW danken wir Rudolf von Werdt für sein langjähriges Engagement. Allen Hinterbliebenen sprechen wir unser herzliches Beileid aus.

Der Verwaltungsrat und die Konzernleitung der BKW

Ausgang

Immer enger, leise, leise,
Ziehen sich die Lebenskreise,
Schwindet hin, was prahlt und prunkt,
Schwindet Hoffen, Hassen, Lieben,
Und ist nichts in Sicht geblieben
Als der letzte dunkle Punkt.

Theodor Fontane

BESTATTUNGEN UND BEISETZUNGEN

Stadt Zürich Bevölkerungsamt

Stadthaus, Stadthausquai 17, 8001 Zürich
Telefon 044 412 31 78
www.stadt-zuerich.ch/bestattungsamt

Bestattungen und Beisetzungen vom Mittwoch, 21. Juli 2021

Jenis Jeevarathnam geb. Fernando, Madona Rani, Jg. 1970, von Zürich, Gattin des Arulappu, Jenis Jeevarathnam, 8051 Zürich, Luegislandstrasse 589. – 14.00 Uhr Erdbestattung im Friedhof Schwamendingen, anschliessend Abdankung in der ref. Kirche Schwamendingen.

Papini, Daniel Angelo, Jg. 1960, von Österreich, 8003 Zürich, Brahmstrasse 143. – 14.45 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Sihlfeld D.

Bestattungen und Beisetzungen vom Donnerstag, 22. Juli 2021

Ernst geb. Neumüller, Angela, Jg. 1929, von Zürich und Würenlos AG, verwitwet von Ernst-Neumueller, Emil Robert, 8055 Zürich, Haldenstrasse 153. – 14.00 Uhr Trauerfeier in der Friedhofkapelle Sihlfeld A.

Schacht, Marussi Elsa Klara, Jg. 1924, von Zürich, 8049 Zürich, Hohenklingenstrasse 40. – 11.15 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Höngerberg.

«Ich helfe Menschen, glücklich zu sein mit ihrem Körper»

Der plastische Chirurg Cédric George hat die Zukunft seines Lebenswerks geregelt

REBEKKA HAEFELI

Fast gleichzeitig wie die Patientin trifft Cédric George im Operationsaal ein. Während die Patientin schläft und auf dem Operationstisch liegend hineingerollt wird, ist der Arzt hellwach. Bereits um halb fünf Uhr hätten ihn die Krähen geweckt, erzählt er, aber er sei ein Frühaufsteher. Ob er nervös ist vor einer solchen Operation, für die mehrere Stunden veranschlagt sind? «Überhaupt nicht», gibt er zur Antwort; das sei für ihn Routine. George ist 68-jährig und besitzt jahrzehntelange Erfahrung.

Symmetrische Fettverteilung

Auf dem Plan steht eine Gesässstraffung in Vollnarkose. Die Narben werden so liegen, dass sie später durch den Slip oder die Badehose verdeckt sind. Die Patientin war an diesem Morgen rund eine Stunde vor Operationsbeginn in die Privatklinik Pyramide am See eingetreten. Der Chirurg Cédric George fertigte Vorherfotos an und zeichnete die Linien, entlang deren er das Skalpell führen wird, mit einem blauen Filzstift auf ihren Körper. Die Fotos würden zu Dokumentationszwecken gemacht, erklärt er: «Für den Fall, dass es Diskussionen gibt, und um die Veränderung festzuhalten.»

Er hat vor, am Gesäss der Patientin einen Teil des Fettgewebes zu entfernen und das übrige Gewebe vorteilhafter umzuverteilen. Im Operationsaal sind neben dem Chefarzt ein Anästhesist sowie mehrere Assistentinnen zugegen. Zuerst wird die Patientin, die auf dem Rücken liegt, auf den Bauch gedreht. «Wartet, ich komme helfen», sagt George und packt mit an. Nachdem die Haut der Patientin grossflächig mit dunkelrotem Desinfektionsmittel eingepinselt worden ist, beginnt der Chirurg zu operieren. Eine der Herausforderungen ist, ein symmetrisches Resultat zu erreichen.

Leidensdruck ist entscheidend

George sagt: «Ich mache keinen Unterschied zwischen ästhetischer und medizinisch indizierter Chirurgie; auch ein klarer, vom Arzt nachvollziehbarer Leidensdruck hat einen gewissen medizinischen Stellenwert.» Der Facharzt für plastische, wiederherstellende und ästhetische Chirurgie sieht sich als Mediziner wie jeder andere auch. «Ich helfe Menschen, glücklich zu sein mit ihrem Körper.»

Der Chirurg verlässt den Operationsaal kein einziges Mal, auch wenn ein Eingriff sechs, sieben oder acht Stunden dauert. «Während einer Operation bin ich so konzentriert und abgelenkt, dass ich keinen Durst und keinen Hunger verspüre und nie zur Toilette gehen muss.» Er habe sich über die Jahre eine Art Fitness angeeignet, sagt er.

Ein zweites Treffen findet am Tag nach der Operation in der Klinik im Zürcher Seefeld statt. Das Sprechzimmer ist wohnlich eingerichtet, mit einer Bücherwand, einem Sofa, einem Schreibtisch und einem Strauss lachs-farbener Rosen. Hinter einem Paravent steht eine weisse Untersuchungs-liege. Hier empfängt er Patientinnen und Patienten zum ersten Gespräch und redet ihnen ihre Ideen manchmal aus.

«Viele Leute haben falsche Vorstellungen oder überhöhte Erwartungen», erklärt er. Das Resultat einer Operation sei von diversen verschiedenen Faktoren abhängig; vom Können des Chirurgen, aber ebenso von den individuellen Voraussetzungen des Patienten, etwa der Dichte seines Gewebes oder der Neigung zu Komplikationen. George erklärt: «Plastische Chirurgie ist Biologie, nicht Mathematik.»

Cédric George studierte in Zürich und Lausanne, mit Abstechern nach Freiburg, Genf, Brüssel und Paris. Er ist mit drei Geschwistern in Zürich Hot-



Cédric George ist medizinischer Leiter der Privatklinik Pyramide.

SIMON TANNER / NZZ

tingen aufgewachsen und besuchte die Kantonsschule Rämibühl. Seine Mutter war Französin, sein Vater stammte aus Genf. Er wusste früh, dass er Chirurg werden will. «Als Kind habe ich die Puppen meiner Schwestern aufgeschnitten», erzählt er mit einem Augenzwinkern. Nach dem Medizinstudium arbeitete er mehrere Jahre als Oberarzt in der Klinik für Plastische Chirurgie und Handchirurgie am Universitätsspital Zürich.

Damals eignete er sich viel Wissen und Routine an, und er trainierte für lange Operationen. «Am Unispital führten wir häufig aufwendige, mikro-

«Viele Leute haben falsche Vorstellungen oder überhöhte Erwartungen.»

chirurgische Eingriffe durch», erinnert er sich. Damals habe man gerade begonnen, abgetrennte Hände zu replantieren. Meistens habe es sich bei den Verletzungen um Folgen von Arbeitsunfällen gehandelt – aber nicht immer. «Einmal kam eine Tibeterin zu uns. Ihr Mann hatte ihr mit dem Küchenmesser die Hand abgetrennt. Es war seine Strafe für eine Affäre. Er liess ihr die Wahl, ob er ihr die Nase oder die Hand abschneiden sollte.»

George erzählt dies mit einem leichten Schaudern. Er ist ein geübter Erzähler und Kommunikator und sagt, der Austausch mit den Patienten sei für ihn fast noch wichtiger als das Operieren. Er erfahre dabei selber viel über die Facet-

ten des Lebens. «Die unerfreulicheren Gespräche sind die, in denen ich Patienten abweisen muss, weil ich einen Eingriff nicht mit meinem Gewissen vereinbaren könnte», erläutert er. «Ein klares Nein wird von vielen Patienten als Enttäuschung wahrgenommen. Das bekomme ich schon auch zu spüren.»

«Wer macht keine Fehler?»

Hat er in seiner Ärztkarriere auch Fehler gemacht? – «Wer macht schon keine Fehler?», fragt George zurück. «Es gab Fälle, in denen das Resultat nicht ganz zufriedenstellend war und man nachstraffen oder nachkorrigieren musste.» Vor vielen Jahren sei er einmal mit einer Strafklage einer Patientin konfrontiert gewesen, erzählt er. Es sei um eine Brustoperation und das Auswechseln eines Implantates gegangen. «Die Strafuntersuchung wurde eingestellt, und den Zivilprozess hat die Gegenpartei verloren. Aber es war unangenehm, das gebe ich zu.»

Zur Eigenverantwortung eines Chirurgen gehöre, dass er in die Zukunft schaue und die Konsequenzen eines Eingriffs realistisch einschätze, sagt er und macht ein Beispiel: «Wenn ich bei einer Frau ein zu grosses Brustimplantat verwende, kann das negative Folgen haben. Je grösser das Implantat ist, desto mehr drückt es aufs umliegende Gewebe. Dieses wird weniger stark durchblutet und bildet sich unter Umständen zurück. Je nach anatomischer Voraussetzung kann sich das Gewebe so stark verhärten, dass das Implantat sichtbar wird.»

Der Arzt hatte die «Pyramide» vor 28 Jahren zusammen mit Berufskollegen gegründet. George betont, die Klinik biete nicht nur plastische Chirurgie an, die häufig im Fokus der Öffentlichkeit stehe und teilweise auch heute noch tabuisiert werde. Nicht alle Menschen stünden offen zu gemachten Eingriffen.

Er führt aus, er engagiere sich auch in der wiederherstellenden Chirurgie nach Krankheiten und Unfällen. Bei der rekonstruktiven Chirurgie nach Brustkrebs etwa setze er seit Jahrzehnten auf eine kombinierte Operation mit Tumorentfernung und Brustaufbau in einem. Für die Patientinnen sei dies ein Gewinn an Lebensqualität, da ihnen ein zweiter Eingriff erspart und die Erholungszeit verkürzt werde. Zudem streicht George die Leistungen der Klinik Pyramide in anderen Disziplinen wie der Kiefer- und Gesichtschirurgie oder der Gelenk- und Sportchirurgie heraus.

Arzt und Unternehmer

In der Klinik im Seefeld werden ausschliesslich Halbprivat- und Privatpatienten aufgenommen. Behandlungen, die rein ästhetischen Charakter haben, werden von den Krankenkassen nicht übernommen, die Patienten müssen selber dafür aufkommen. Bei medizinisch indizierten Eingriffen werden die Kosten von den Krankenkassen bezahlt.

Aber vor drei Jahren sorgte die Ankündigung von Versicherern für Wirbel, Behandlungen in bisherigen Vertragskassen wie der «Pyramide» unabhängig von der Art des Eingriffs nicht mehr zu bezahlen. George bezeichnete diese Tendenz gegenüber der NZZ damals als «Versuch, die freie Medizin zu unterdrücken». Er erklärt, nach Verhandlungen habe der Ausschluss der «Pyramide» mit Ausnahme weniger Kassen abgewendet werden können.

Cédric George sieht sich explizit nicht nur als Arzt, sondern auch als Unternehmer, der für seine Überzeugungen einsteht. In dieser Rolle hat er sich als Kämpfer für ein liberales Gesundheitssystem und für die freie Arzt- und Spitalwahl positioniert. «Als Gründer einer Privatklinik musste ich mich stets im freien Markt behaupten. Ich trage eine Verantwortung für meine rund 120 Mitarbeitenden», sagt er und macht klar, dass dies nicht immer einfach war. Sein jüngster strategischer Entscheid hängt mit diesen Umständen zusammen.

Bisher befand sich die Klinik Pyramide hauptsächlich im Besitz von Ärzten, mit George als Hauptaktionär. Das Swiss Medical Network, die zweitgrösste Privatklinikgruppe der Schweiz, war ab 2011 mit 20 Prozent an der «Pyramide» beteiligt. Um die Zukunft seines Lebenswerks zu sichern, hat George die vollständige Übernahme der Klinik durch das Netzwerk per Juli 2021 initiiert. Er sitzt seit zehn Jahren im Verwaltungsrat der Gruppe, zu der auch die Zürcher Privatklinik Bethanien und die Winterthurer Klinik Lindberg gehören. George erklärt, die «Pyramide» brauche starke Partner, um sich künftig in Verhandlungen mit Versicherern zu behaupten.

Zukunftspläne in Uruguay

Der Facharzt ist offen, wenn er auf Eingriffe an seinem eigenen Körper angesprochen wird. «Ich habe mir auch schon kleine Fettpölsterchen absaugen lassen», sagt er. Als er sich wiesowieso einer Operation an einem Finger habe unterziehen müssen, habe er die Pölsterchen entfernen lassen. «Vielleicht wäre mit der Zeit am Gesicht und am Hals auch etwas nötig, die Konturen könnten dynamischer sein», sagt er dann lachend und streicht sich mit der Hand übers Kinn. Wie ernst das gemeint ist, bleibt unklar, denn er fügt an: «Für mein Alter bin ich zufrieden mit mir. Ich bin gesund und fühle mich gut.»

Cédric George möchte weiterhin operieren, wenn auch künftig in einem etwas reduzierten Umfang. Der Vater von sechs Kindern und Grossvater von bald acht Enkelkindern besitzt eine Rinderfarm in Uruguay. Für die Zukunft wünscht er sich, dort mehr Zeit zu verbringen und Oliven, Avocados und Granatäpfel anzubauen.

Ein vielseitig interessierter Zeitgenosse

Der Zürcher FDP-Politiker Albino Behrens ist gestorben

ROLF WALTHER

Albino Behrens, der unterhaltsame, vielseitig engagierte frühere Geografielehrer der Kantonsschule Enge und langjährige Gemeinderat der Stadt Zürich, ist am 12. Juli gestorben. Er wird keine Steine mehr sammeln; seine globale Steinsammlung bleibt, aber seine lebhaften Erzählungen dazu werden fehlen.

Weitsicht ist prägend

Albino Behrens ist hoch über dem Zürichsee aufgewachsen, lebte einen Drittel seines Lebens in Zürich Albisrieden und kehrte 1994 zurück in das neu erstellte Heim, an den Ort des Elternhauses, nach Feldmeilen. Weitsicht prägt, auch um viele Tätigkeiten zu überblicken und immer alles einzuordnen. Wie die Mutter liess er sich als Primarlehrer ausbilden. Später entschloss er sich, Naturwissenschaften zu studieren.

Albino Behrens' erste Karriere, neben der sportlichen Tätigkeit als erfolgreicher Orientierungsläufer, begann



Albino Behrens
Geografielehrer
und Gemeinderat
der Stadt Zürich

im Militär. Bald führte er während sieben Jahren eine Entlebucher Kompanie, danach das Bataillon und pflegte ausserdienstlich mit der regelmässigen Teilnahme an manchen Festivitäten den Kontakt mit dem Entlebuch. Der spätere Oberleutnant diente dann als Alpinoffizier eines Armeekorps.

Ab 1966 folgte ein eindrückliches politisches Engagement, als Präsident der FDP Zürich 9, als Schulpfleger und von 1971 bis 1990 als Gemeinderat. Hier gelang es ihm, mit dem gleichzeitigen Wirken als Präsident des damaligen Gemeindehaus- und Quartiervereins Albisrieden, in einer offenen Planung die Quartierinteressen der Bevölkerung, des Gewerbes und der Industrie mit den Vorstellungen der Stadtverwaltung zu koordinieren. Die Beliebtheit von Albino Behrens war an den deutlichen Wahlergebnissen ablesbar; im Gemeinderat war er unter anderem acht Jahre als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission tätig. In Erinnerung bleibt, dass er schon früh die Idee einbrachte, am Bahnhof Altstetten eine Gleisüberbauung zu realisieren.

Für ihn zählte der Mensch

Immer war Albino Behrens vorbereitet, immer nahm er sich Zeit für Gespräche. Er genoss Feste und Feiern. Seine Gesprächspartner waren sowohl Industrielle und Unternehmer wie auch die nahe und weitere Nachbarschaft, gleich welcher Ausbildung, Herkunft oder Funktion. Für ihn zählten der Mensch und sein Anliegen. Nach der Pensionierung und der Heimkehr in sein Feldmeilen setzte er sich weiter ein, als Mitglied der FDP in Meilen und in weiteren Vereinen und Institutionen. Er verfasste eine Jubiläumsschrift des Elektrizitätswerks Meilen und das Züritüttsch-Vorlesebuch «Mäuserich» mit vielen heiteren Kurzgeschichten.

Viele Jahre war er ein treuer, geschätzter Rotarier. Als Letzi-Zünftler genoss er es am Sechseläuten, von seinem riesigen Bekanntenkreis umarmt, geküsst und mit Blumen reich beschenkt zu werden. Noch in den letzten Wochen nahm er an Anlässen teil. Kraft und Unterstützung fand er bei Frau und Tochter, mit denen er ein herzliches Familienleben führte.

Rolf Walther war von 1990 bis 2004 FDP-Gemeinderat und 2001/02 Präsident des lokalen Parlaments. Bis letztes Jahr amtierte der Finanzpolitiker als Bankrat der Zürcher Kantonalbank.

Alles wird gut

Der FC Zürich startet in eine Saison des Umbruchs. Der neue Coach André Breitenreiter formuliert die Ziele vorsichtig, ist aber selbstbewusst



Will nach einigen Erfolgen in der Bundesliga den Umbruch im FC Zürich moderieren: der deutsche Coach André Breitenreiter (Bildmitte).

ENRIO LEANZA / KEYSTONE

FABIAN RUCH

Vor dem ersten Spieltag in der Super League ist alles gut. Es ist die Zeit des Träumens, der Zielformulierungen, des Pläneschmiedens.

Der FC Zürich steht wieder einmal vor einer Saison, in der vieles besser werden soll. Die interne Analyse nach mehreren enttäuschenden Jahren ergab, dass der Verein einen Kulturwandel benötige: weniger Wohlfühllose, mehr Leistungsdenken. Das hört sich klug an, und der Präsident Ancillo Canepa kam gleichzeitig zum Entschluss, Impulse von aussen zu holen. Nach einigen Trainern aus dem eigenen Nachwuchs, zuletzt Massimo Rizzo, steht nun der Deutsche André Breitenreiter in der Verantwortung. Canepa sagt, es sei schon in den ersten Wochen zu sehen gewesen, wie Breitenreiter den Klub verändere, weil der Trainer fordernd sei, ehrgeizig und ambitioniert. Aber Canepa sagt auch, eine solche Veränderung vollziehe sich nicht von heute auf morgen. «Wir wollen Schritt für Schritt gehen.»

So klingen Sätze, die gerne gesagt werden vor einer neuen Saison. Aber es sind auch Sätze, die nicht zwingend zum Anspruchsdenken des Präsidenten passen. Vor genau einem Jahr sagte Canepa,

der FCZ sei ganz klar ein Spitzenverein. Journalisten, die ihm widersprachen, sprach er kurzerhand die Kompetenz ab und meinte: «Wenn jemand sagt, der FCZ sei kein Spitzenklub, habe ich Mühe, weiterzudiskutieren.» Nach den Rängen 7 und 7 folgte allerdings erneut eine komplizierte Saison, beinahe wäre der FC Zürich wie vor fünf Jahren abgestiegen, der 8. Platz war eine weitere grosse Ernüchterung.

Seit 2019 ohne Trainerjob

Am Sonntag startet der FC Zürich in Lugano in die selber so definierte Saison des Umbruchs. Ein paar Tage vorher sitzt André Breitenreiter für ein ausführliches Gespräch in einem Besprechungsraum in der Saalsporthalle. Er wirkt gut vorbereitet, ist eloquent und schlagfertig, ein Medienprofi, gestählt aus vielen Jahren in der Bundesliga. Zuerst als Stürmer beim HSV, in Wolfsburg und Unterhaching, später als Trainer bei Paderborn, Schalke und Hannover.

Breitenreiter wird bald 48 Jahre alt, er hat vieles erlebt. Deshalb sagt er: «Ich würde nicht mehr für mich in Anspruch nehmen, als Trainer einen Verein verändern zu wollen. Der Verein kommt immer an erster Stelle, er trifft

die Entscheidungen.» Natürlich kennt er das Selbstverständnis des FC Zürich, aber er sagt: «Wenn man die letzten Jahre anschaut, kann man nicht behaupten, dass wir sofort an die Tabellenspitze gehören.» Mehrmals wiederholt Breitenreiter, es brauche Zeit und Geduld, und das sage er nicht, um sich zu schützen. «Das habe ich nicht nötig. Es geht darum, dass wir realistisch bleiben und uns das Leben nicht selber schwer machen.»

Breitenreiter hat als Trainer einige Erfolge gefeiert. Überraschend führte er Paderborn 2014 erstmals in die Bundesliga – und stieg, weniger überraschend, wieder ab. Mit Schalke schaffte er den besten Saisonstart seit 50 Jahren und erreichte die Europa League – und ging nach internen Querelen nach einem Jahr bereits wieder. Mit Hannover stieg er 2017 auf und hielt die Klasse – und wurde im Januar 2019 auf einem Abstiegsplatz entlassen. Er sagt, die Klubs, die Teams und die Marktwerte der Fussballer seien bei allen Stationen nach seinem Abgang besser gewesen als zuvor.

Als Breitenreiter beim notorisch unruhigen Schalke unangenehme Zeiten durchlebte, hört er im Auto oft den Song «Alles wird gut» des Rappers Bushido, er kennt den Text auswendig. In dem Lied geht es auch darum, dass man sich nicht runterziehen lassen soll, egal was die anderen sagen und kritisieren. Deshalb stört es Breitenreiter auch nicht, wenn jemand behauptet, sein Engagement in der Schweiz sei ein Abstieg für ihn. «Das ist ein interessantes Projekt, der FCZ ist ein spannender Verein, ein bisschen wie Mini-Schalke.»

Zuletzt war Breitenreiter zweieinhalb Jahre ohne Verein – auch aus familiären Gründen. Die Mutter starb, der Vater litt an Demenz. Breitenreiter sah es als seine wichtigste Aufgabe an, für den Vater da zu sein. Später kam Corona, nach eigenen Angaben hatte er Angebote aus der Türkei, Griechenland, Russland, Tschechien und Zypern vorliegen, aber Breitenreiter sah auch aus sprachlichen Gründen von einem Engagement in einer dieser Ligen ab.

Stattdessen arbeitete er als Experte beim TV-Sender «Sky», bildete sich weiter und reflektierte seine Arbeit. Heute sei er ein reiferer Trainer, der wisse, was er wolle.

Mit dem FC Zürich will André Breitenreiter nun eine schöne Geschichte schreiben. Er sagt, seine Mannschaften hätten sich immer dadurch ausgezeichnet, dass die Spieler in allen Situationen gewusst hätten, was zu tun sei. Seine Spielphilosophie ist offensiv ausgerichtet, er will mit hoher Intensität spielen lassen. Breitenreiter schweben taktische Variabilität und Unberechenbarkeit vor, einstudierte Abläufe sind ihm ebenso wichtig wie das schnelle, vertikale Umschaltspiel. «Natürlich will das jeder Trainer», sagt er, «aber ich bin überzeugt, dass wir das mit intensiver Arbeit hinbekommen.»

Viel Routine verloren

Das Kader des FC Zürich wirkt allerdings unfertig. Mit Nikola Boranijasevic (Lausanne) und Adrian Guerrero (Valencia B) wurden neue Aussenspieler verpflichtet. Nach den Abgängen diverser Leistungsträger und Routiniers muss sich aber vor allem eine neue Hierarchie bilden. Marco Schönbächler, Toni Domgjoni, Benjamin Kololli, Nathan, Adrian Winter sowie Lasse Sobiech haben den Verein verlassen (müssen); sie absolvierten zusammen mehr als 720 Super-League-Partien für den FCZ.

Nicht alle Wechsel gingen geräuschlos über die Bühne. Der Publikumsliebbling Schönbächler etwa beklagte sich, wie stilllos der FCZ nach der langen gemeinsamen Zeit mit ihm umgegangen sei. Er ist auf Klubsuche. Und dass ein U-21-Nationalspieler wie Domgjoni (zu Vitesse Arnheim) den Verein ebenso ablösefrei verliess wie der vielleicht beste Offensivspieler Kololli (zu Shimizu S-Pulse in Japan), ist wenig vorteilhaft für den FCZ.

Es wird also noch einige Wochen dauern, bis das Zürcher Team komplett ist. Einen kopfballstarken, möglichst erfahrenen Innenverteidiger wünscht sich Breitenreiter auf jeden Fall noch. Und auch im zentralen Mittelfeld besteht Handlungsbedarf, zumal unklar ist, wie stark der derzeit erneut verletzte Bleirim Dzemaili noch sein wird. Für den zuletzt oft schwachen Sturm verpflichtete der FCZ vor wenigen Tagen leihweise den letztjährigen Challenge-League-Torschützenkönig Rodrigo Pollero, der für den FC Schaffhausen 19 Tore erzielt hatte. Auch andere Super-League-Teams hatten Interesse am 24-jährigen Uruguayer bekundet.

Becir Omeragic, das wertvollste Talent des Vereins, wiederum ist nach seiner EM-Teilnahme mit der Schweiz erst Ende letzter Woche ins Training eingestiegen. Noch hat kein ausländischer Verein jene Summe geboten, die sich der FCZ für einen Transfer wünscht; Breitenreiter würde den 19-jährigen Abwehrspieler am liebsten noch mindestens ein halbes Jahr halten.

Noch ist alles gut. Auch beim FCZ. Der Trainer formuliert die Ziele vorsichtig, möchte sich vom Abstiegskampf fernhalten und die Mannschaft entwickeln. Doch dem Vernehmen nach kann André Breitenreiter durchaus unbehaglich sein, wenn es die Situation erfordert. Denn bei aller verbalen Zurückhaltung hat auch er Träume; als Trainer möchte er unbedingt einmal die Champions-League-Hymne hören. Diese Vision treibt auch Zürichs Präsident Canepa spätestens seit der Teilnahme an der Königsklasse 2009 an. Vorerst stehen die beiden jedoch vor der anspruchsvollen Herausforderung, den einschneidenden Umbruch im FC Zürich zu moderieren.

Das Kader des FCZ wirkt unfertig. Nach den Abgängen diverser Routiniers muss sich eine neue Hierarchie bilden.

125 Jahre – ein Blick zurück und nach vorn

for. · Am Nationalfeiertag hat auch der FC Zürich Geburtstag. Am 1. August wird der Klub 125 Jahre alt. Angedacht war ursprünglich ein Jubiläumsspiel gegen den FC Barcelona, doch Corona erschwerte die Planung. Nun dürfte es je nach Pandemieentwicklung rund um das Heimspiel gegen den FC Sion Anfang Oktober Festivitäten geben. Gezeigt werden soll dann im Letzigrund erstmals der 125-Jahre-Jubiläums-Film «Nid usand gah». Nebst einer Sonderausstellung im FCZ-Museum wird es eine erweiterte Fassung der Biografie «Eine Stadt, ein Verein, eine Geschichte» geben. Der FCZ blickt 2021 also zurück

– und in die Zukunft. Bald ist das neue Leistungszentrum auf der Sportanlage Heerenschürli bezugsbereit. Dort werden nicht nur die Frauen- und Männer-Teams aus der obersten Liga trainieren, sondern auch der Nachwuchs. Zudem wird die Geschäftsstelle integriert. In den letzten 16 Jahren trainierte der FCZ auf der Allmend Brunau, obwohl er eigentlich nur kurz hätte dort bleiben wollen. «Das neue Trainingszentrum ist sehr wichtig für den Verein», sagt der FCZ-Präsident Ancillo Canepa. Und zum Jubiläum: «Es ist doch schön, dass der FCZ auch nach 125 Jahren noch in Schweizer Händen ist.»

Super League, 1. Runde

Samstag		Sonntag	
Luzern - YB	18.00	Lugano - Zürich	14.15
Lausanne - St. Gallen	20.30	Sitten - Servette	16.30
		GC - Basel	16.30

Vorbild für die Gesellschaft

Japanische Sportler pflegen einen respektvollen Umgang mit dem Gegner – dies ist paradoxerweise ein Verdienst der Kampfsportarten

FELIX LILL, TOKIO

Wer durch das nationale Fussballmuseum im alten Zentrum der Olympiastadt Tokio spaziert, wird neben legendären Trikots, getragenen Schuhen und Anspielungen auf die in Japan und Südkorea ausgetragene WM 2002 vor allem eines bemerken: eine aufwendig gestaltete Abteilung im Kellergeschoss mit dem Titel «Fairplay». Hier sind alle möglichen Awards ausgestellt, die japanische Jugendauswahlen und Nationalmannschaften beider Geschlechter gewonnen haben – weil sie kaum foulten. «Wir sind stolz darauf, fair zu spielen», heisst es im Museum.

Diese Devise ist so ernst gemeint, dass sie ausländische Trainer zur Verzweiflung bringen kann. Nachdem die Urawa Red Diamonds am letzten Spieltag den Meistertitel vergeben hatten, klagte der serbisch-österreichische Trainer Michael Petrovic im Dezember 2014: «Hier ist es egal, ob es in einer Partie um alles geht oder um nichts. Es wird immer gleich gespielt.» Mit ein bisschen mehr Härte hätte seine Mannschaft auch das letzte Spiel für sich entscheiden können, fand Petrovic. «Manchmal musst du drei rote Karten bekommen, damit du am Ende gewinnst.» Fussball sei eigentlich «ein sehr schmutziger Sport».

Der Weg – ein Teil des Resultats

Nur gewinnt man in Japan lieber gar nicht als auf schmutzige Art. Denn im ostasiatischen Land ist die Art und Weise, wie man eine Disziplin ausführt, kaum weniger bedeutend als das Resultat des Tuns. Oder anders formuliert: Der Weg ist Teil des Ergebnisses. Japanische Fussballer machen kaum Schwalben, Tennisspieler reklamieren wenig gegenüber dem Schiedsrichter, im Baseball werfen Pitcher selten besonders nah an den Körper des Gegners.

«Spieler auf dem Feld müssen sich wie Gentlemen verhalten», schreibt der amerikanische Journalist Robert Whiting im Buch «Baseball Samurai Style». Die in Japan heute beliebteste Sportart habe zwar die gleichen Spielregeln wie im Ursprungsland USA, aber da hörten die Gemeinsamkeiten auch schon auf. Ein Ehrenkodex der japanischen Profiligen, die immerhin als zweitstärkste der Welt gelte, gebe korrektes Verhalten vor. Und was in den USA höchstens eine Phrase sei, werde hier für bare Münze genommen. «Wenn es doch einmal ein Foul gibt, dann hebt man die Mütze, bitet um Verzeihung.» Schliesslich müsse man ein Vorbild für die ganze Gesellschaft sein.

Es ist ein Ansatz, mit dem Japan die ganze Sportwelt beeinflusst hat, der



Pause vom Drill: Judoschüler in Tokio in einer Aufnahme um das Jahr 1950.

ORLANDO / THREE LIONS / GETTY

respektvolle japanische Spielstil wird immer wieder gelobt. Die Idee, einen Sport nicht nur an Sieg oder Niederlage zu messen, hat im olympischen Gastgeberland lange Tradition. Und paradoxerweise stammt sie aus einer Gattung von Disziplinen, die eigentlich ultimativ aufs Ergebnis hinauslaufen müssten: aus den vielen Kampfsportarten nämlich, mit denen Japan die Welt bereichert hat.

Schüler und Lehrer

«Du stehst nicht richtig!», werden Schüler zurechtgewiesen. «Mach erst einmal eine richtige Verbeugung!» Die Hierarchien in den Kampfkünsten sind steil, man spricht nicht von Spielern und Trainern, sondern von Schülern und Lehrern. Letzterer hat Verantwortung über den Erfolg im Kampf hinaus. Erst wenn sich ein Nachwuchsatlet nach scheinbar endlosen Wiederholungen ein anspruchsvolles Grundgerüst an Verhaltensweisen antrainiert hat, wird ihm ein Kräftemessen mit einem Gegner erlaubt.

Mehrere von Japans Kampfsportarten stammen von Jiu-Jitsu ab. Im 17. Jahrhundert, als das Land eine letztlich 250 Jahre währende Isolationsperi-

ode ohne viel Austausch mit dem Rest der Welt erlebte, blühten diverse Kulturpraktiken auf, die heute als traditionell japanisch gelten. Darunter auch Jiu-Jitsu, eine Kampfkunst, die die Samurai nutzten, wenn sie ihre Waffen verloren hatten. Der Name übersetzt sich mit «weiche Technik». Die Grundidee, die den Idealen der Samurai entspricht: nachgeben, um zu gewinnen.

Meister der Technik entwickeln hieraus im 19. und frühen 20. Jahrhundert neue Disziplinen, darunter Judo und Aikido. Das Prinzip ist das gleiche. Es geht nicht um Kraft, sondern um Technik. Nicht um Schläge, sondern um das Umleiten von Energie. Vor allem Judo machte schnell seinen Weg durch die japanischen Institutionen. Ähnlich wie in Europa das Turnen wurde Judo zu einer Art Ertüchtigungssport, der in Schulen gelehrt wurde. Heute wählen Schüler oft zwischen Aikido und Judo, der Schlagstocktechnik Kendo und der Bogenschiesskunst Kyudo. Für Polizisten geht das Lernen in der Ausbildung weiter – hier ist es meist Judo.

Olympisch ist die wohl bekannteste japanische Kampfkunst seit 1964, als Tokio erstmals die Sommerspiele veranstaltete. Der Stellenwert von Judo dürfte an den Spielen von Tokio 2021

von keiner Sportart übertroffen werden. Denn auch wenn Judo in Japan nicht annähernd der populärste Zuschauersport ist, hat die Sportart doch fast jedes Mädchen und jeder Junge einmal in Grundzügen erlernt. Und insbesondere in dieser Disziplin erhofft man sich von den japanischen Athleten Medaillen.

Die dunkle Seite von Judo

Allerdings steckt Judo seit längerem in einer Krise. Mit den harten Trainings und dem Befolgen eines strengen Protokolls wurden in den letzten Jahrzehnten immer wieder Grenzen überschritten. Wer im Training den Lehrer nicht überzeugt, wird nicht selten misshandelt oder zu Strafaufgaben verdonnert. Gemäss der japanischen Opfervereinigung für Judounfälle kam es zwischen 1983 und 2016 zu 121 Todesfällen im Judounterricht. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichtete jüngst, dass in Japan der Missbrauch als Strafe auch anderen Sportarten nicht fremd sei.

Yasuhiro Yamashita, Goldmedaillengewinner im Judo an den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles und Vorsitzender des Japanischen Olympischen Komitees, sieht seine Sportart deshalb

in Gefahr. Der Nachrichtenagentur AP sagte der höchste Sportfunktionär des Landes letztes Jahr: «Es ist wirklich unangenehm, dass Judo nun wie ein gefährlicher Sport aussieht. Die japanische Judoszene muss das sehr ernst nehmen.»

Judo hat sich eigentlich schon vor Jahrzehnten von einer potenziell gefährlichen Technik wegentwickelt. Mit der Aufnahme ins olympische Programm wurden diverse Griffe, bei denen die Verletzungsgefahr zu hoch erschien, verboten. Traditionalisten der Sportart kritisieren daher, die Technik habe Judo seines Charakters beraubt.

Lernen bis zum Umfallen

Es ist eine Diskussion, die auch das zur olympischen Disziplin erhobene Karate durchmacht. Die Kampftechnik stammt aus Okinawa, der subtropischen Inselgruppe im fernen Südwesten. Als sich Karate herausbildete, war Okinawa nicht Teil von Japan, direkt auf Jiu-Jitsu sind die Ursprünge daher nicht unbedingt zurückzuführen. Zumal Karate keineswegs weich ist, hier wird geschlagen und getreten. Aber wie in den anderen Kampfkünsten ist auch Karate geprägt von streng und detailliert vorgegebenen Formen, die die Schüler zu erlernen haben.

Die hohe Bedeutung solcher «kata», wie sich die festen Abläufe quer über die Kampfdisciplinen nennen, ist in Japan auch das Mantra beim Trainieren für andere Sportarten geworden. Wer hier Ski fährt, wird bemerken, dass die meisten Leute im Schnee auf einen auffallend korrekten Stil achten. Unter Brücken in Parks sieht man Tennisspieler, die stundenlang an eine Betonwand spielen. An Universitäten tanzen Studenten bis spät in den Abend hinein allein vor dem Spiegel, um eine Choreografie einzustudieren.

Und beim Wrestling, den amerikanischen Showkämpfen der Muskelprotze, die in Japan sehr beliebt sind, fallen heimische Darsteller durch eine besonders ausgefeilte Technik auf. Es ist auch kein Zufall, dass in der erstmals olympischen Sportart Skateboarding japanische Teenager zu den Favoriten zählen. Verschiedene Sprünge bis zum Umfallen einzustudieren, dürfte sie kaum abgeschreckt haben. Denn in Japan besteht Sport oft genau daraus – Lernen bis zum Umfallen.

Es passt zum alten olympischen Ideal, wonach teilnehmen wichtiger ist als siegen. Japan geht gar einen Schritt weiter: teilnehmen und eine aufrechte Figur abgeben, das ist das, was zählt. Ein verpasster Medaillengewinn oder ein in letzter Minute verspielter Meistertitel lassen sich so leichter verschmerzen.

Nur an der Seitenlinie anders

Der Fussball-Serienmeister YB will mit dem neuen Trainer David Wagner der möglichen Genügsamkeit Einhalt gebieten

PETER B. BIRRER, BERN

Für diese Ansage müssen sie keinen Workshop durchführen, niemandem den Kopf waschen. Sie sind sich intern einig. Der YB-Mittelfeldspieler Michel Aebischer sagt: «Das ist nicht nochmals möglich.» Gemeint ist nicht die Corona-Pandemie und deren Auswirkungen, so weit lehnen sich die YB-Protagonisten nicht aus dem Fenster. Nein, YB dominierte vergangene Saison auf erdrückende Weise die Schweizer Corona-Meisterschaft und hatte am Ende 31 Punkte Vorsprung auf den FC Basel. Ungefährdeter kann ein Meistertitel nicht sein, Monotonie bis hin zur Ermüdung. Was zwischen 2010 und 2017 der FC Basel war, ist heute YB. 31 Punkte vorneweg, in den Saisons zuvor waren es deren 8, 20, 15.

Das lokale Publikum labt sich an der Vorherrschaft, von Überdross keine Spur. 17 500 Saisonkarten sind abgesetzt, davon 1400 in der VIP-Zone. 97 Prozent bleiben den Bernern auch im

Zuge von Corona treu. Sie werden kein Team mit vielen neuen Namen sehen, dafür hat sich an der Seitenlinie etwas verändert. Der Trainer Gerardo Seoane zog in die Bundesliga zu Leverkusen. Das war die Steilvorlage für einen neuen Impuls, der vom Deutschen David Wagner ausgehen soll. Dessen erste Prüfung folgt am Mittwoch in der Champions-League-Qualifikation in Bratislava.

Als Wagner in Bern vorgestellt wurde, sprach er penetrant oft von den «Menschen», die er angetroffen habe. Für Wagner, der die Premier League und die Bundesliga kennt, können nicht die Super League, das Salär oder die Aare-Schlaufe Köder gewesen sein. Er sagt vielmehr: «Es kommt auf die Menschen an.» Oder: «Die Menschen sind hier gut, das Wort zählt.» Es menschelt in Bern. Ein Glück, dass sie sich anlässlich der Trainerpräsentation nicht gleich um den Hals gefallen sind.

Der YB-Sportchef Christoph Spycher weiss um die Gefahr der Sättigung



David Wagner
YB-Trainer

Alexandre Jankewitz
YB-Spieler

nach vier Meistertiteln in Serie. Er ertet eine drohende «Komfortzone», aus der er die Spieler reissen will. Die 31 Punkte sind Geschichte. Wagner kennt sie nur vom Hörensagen. Ratlosigkeit macht sich breit, wenn mögliche Berner Mängel aufgezählt werden sollen. Bis jetzt bleibt das meisterliche Team zusammen. Die Transferflaute kann auf Corona zurückgeführt werden und dazu auf die schwere Achillessehnen-Verletzung des Topskorers Jean-Pierre Nsame, dessen

Torausbeute in der Super League mindestens so eindrücklich ist wie die jeweiligen YB-Vorsprünge: 13 Tore 2017/18, obschon im Schatten von Guillaume Hoarau und oft auf der Ersatzbank, dann 15, 32, 19. In anderen Zeiten hätte ein solcher Stürmer die Super League längst verlassen. Mit Nsame-Toren ist allerdings erst 2022 wieder zu rechnen.

Deshalb kehren die Berner vor. Sie bleiben ihrer Philosophie treu und orten Spieler mit afrikanischem Hintergrund, die anderswo in eine Sackgasse geraten sind. Vor einem Jahr kam der in Rennes gestrandete Stürmer Jordan Siebatcheu, jetzt tut es ihm der 23-jährige und im PSG-Nachwuchs ausgebildete Wilfried Kanga gleich, der sich zuletzt mit einem Transfer als Ergänzungsspieler von Angers (Ligue 1) in die Türkei zu Kayserispor verzockt hat.

Mit dem 19-jährigen Alexandre Jankewitz stösst zudem ein U-21-Nationalspieler zu YB. Gut möglich, dass ihm Spycher den Karriereverlauf von Djibril

Sow und Kevin Mbabu aufgezeigt hat. Beide gingen früh ins Ausland, beide kamen zurück in die Schweiz, beide machten sich bei YB frisch für einen «richtigen» Auslandstransfer. Jankewitz übersiedelte als 16-Jähriger vom Servette FC für einen Millionenbetrag nach Southampton und gelangte 2021 nach langer Wartezeit kurzzeitig zu zweifelhafter Premier-League-Berühmtheit.

Nach einem Alibi-Einsatz mit Southampton gegen Aston Villa (0:1) wurde er im folgenden Spiel gegen Manchester United vom Trainer Ralph Hasenhüttl erstmals für die Stammformation nominiert. Nach nur 80 Spielsekunden ging er den Schotten Scott McTominay derart ungestüm an, dass nur der direkte Platzverweis die Folge sein konnte. Southampton verlor den Match im Old Trafford 0:9.

Mit Jankewitz ist das Mittelfeld nun überdotiert. YB scheint nicht damit zu rechnen, dass der Trainer Seoane der einzige «richtige» Transfer bleibt.

Jeff Bezos ist nun auch Astronaut

Der Amazon-Gründer fliegt erfolgreich mit seinem Weltraumunternehmen ins All – bald sollen ihm Privatpersonen folgen

MARIE-ASTRID LANGER, SAN FRANCISCO

Jeff Bezos hat am Dienstag einen weiten Meilenstein erreicht. Der Amazon-Gründer und vermögendste Mensch der Welt hat erfolgreich am ersten bemannten Flug seines privaten Raumfahrtunternehmens Blue Origin ins All teilgenommen. Es war auch das erste Mal, dass ein privatwirtschaftliches Unternehmen Privatpersonen jenseits der Kármán-Linie, also einer Flughöhe von 100 Kilometern, beförderte. Der elf Tage zuvor gestartete Unternehmer Richard Branson hatte mit seiner Firma Virgin Galactic diese Marke knapp unterschritten.

«Gott, macht das Spass»

Um 8 Uhr 12 Ortszeit hob die New-Shepard-Rakete in Van Horn, Westtexas, ab und löste sich nach drei Minuten von der Kapsel. Vier Minuten lang konnten Bezos und seine Mitflieger daraufhin Schwerelosigkeit erleben. «Gott, macht das Spass», hörte man einen der Passagiere in der Live-Übertragung rufen. Videos zeigen, wie die frischgebackenen Astronauten Selfies schiessen und sich einen Ball versuchen zuzuwerfen. Nach insgesamt zehn Minuten und zehn Sekunden landete die Passagierkapsel, abgedeckt von drei Fallschirmen, wieder in der westtexasischen Wüste. «Bester Tag überhaupt», rief Bezos nach der Landung, fiel seiner Partnerin Lauren Sanchez um den Hals und bespritzte seine Mitflieger mit Champagner. In der Zwischenzeit war auch die New Shepard auf das Startfeld zurückgekehrt.

Mit an Bord sass neben Bezos sein jüngerer Bruder Mark sowie die einst für die Nasa ausgebildete, dann aber doch nicht zur Astronautin berufene 82-jährige Wally Funk, und der 17-jährige Niederländer Oliver Daemen, dessen Vater bei



Mit einigen Minuten Verzögerung ist die New Shepard am Dienstag in Van Horn (Texas) gestartet.

JOE SKIPPER / REUTERS

der Auktion für den vierten Flugplatz mitgeboten hatte. Funk und Daemen stellten mit ihrem Ausflug ins Weltall neue Rekorde auf als älteste Astronautin beziehungsweise jüngster Astronaut.

Der pannenfreie Flug war ein lang gehegter Traum für Bezos und seine Raumfahrtfirma Blue Origin. Als Bezos diese vor 20 Jahren gründete, wirkten

privatwirtschaftliche Weltraumflüge wie Science-Fiction. Der Erfolg der Mission von Blue Origin ist der Beharrlichkeit von Bezos zuzuschreiben und seiner Bereitschaft, eine Milliarde jährlich an Amazon-Aktien in Blue Origin zu investieren. In einem Interview hatte er einmal gesagt, die einzige Möglichkeit, die er sehe, um seinen enormen Wohl-

stand einzusetzen, bestehe darin, seine «Amazon-Gewinne in Weltraumreisen zu verwandeln». Gemäss Bloomberg verfügt er heute über 211 Milliarden Dollar. Raumfahrt ist jedoch auch eine Leidenschaft für ihn. Zuletzt hatte der Amazon-Gründer einen Tag pro Woche für Belange von Blue Origin reserviert. Seinen Rücktritt als CEO des Internet-

konzerns Anfang Juli hatte Bezos auch damit begründet, dass er mehr Zeit für seine Raumfahrtpläne haben wolle.

«Was wir tun, ist der erste Schritt von etwas Grosse», sagte er am Dienstag bei einer anschliessenden Pressekonferenz, und verglich den derzeitigen Zustand von Blue Origin mit Amazon vor fast dreissig Jahren.

Grosse Werbeveranstaltung

Der bemannte Flug bildet auch den Auftakt für die nächste Phase des Unternehmens: den Raumfahrt-Tourismus. Langfristig träumt Bezos davon, dass Millionen von Menschen im Weltall leben werden. So gesehen war Bezos' Flug vor allem eine gigantische Werbeveranstaltung. Zwei weitere bemannte Testflüge sind für dieses Jahr geplant, mehr als ein halbes Dutzend nächstes Jahr, und danach werde Blue Origin «sehr bald zu einem zweiwöchigen Rhythmus finden», sagte der CEO Christian Davenport jüngst in einem Interview. Ähnliche Pläne haben die anderen beiden Milliardäre, die sich in der privaten Raumfahrt engagieren: Richard Bransons Firma Virgin Galactic wird voraussichtlich 250 000 Dollar für den Flug in den Weltraum verlangen.

Den beiden deutlich voraus ist Elon Musk, der zweitreichste Mensch, mit seiner Firma Space X. Diese transportiert bereits heute regelmässig Astronauten staatlicher Raumfahrtprogramme zur ISS. In diesen Markt drängt nun auch Jeff Bezos: Er hat mit der New Glenn ebenfalls eine Schwerlast-Trägerrakete in der Entwicklung, die Fracht und Passagiere in die Erdumlaufbahn befördern soll. Umgekehrt will Musk noch dieses Jahr vier Privatpersonen ins Weltall befördern. Das Wettrennen der Milliardäre hat sich längst ins Weltall verlagert.

Nach der Flut suchen Plünderer die verwüsteten Ortschaften heim

In Nordrhein-Westfalen befinden sich sieben Personen in Untersuchungshaft, die sich an der Not anderer zu bereichern versuchten

CHRISTOPH PRANTNER, BERLIN

Es ist ein Dambruch der anderen Art: Die braune Brühe, die sich in den vergangenen Tagen über weite Teile Deutschlands ergoss, hat nicht nur viel Zerstörung mit sich gebracht, sondern auch einige unschöne Seiten der Menschen freigelegt. Während viele Betroffene in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Sachsen um Leib und Leben kämpfen mussten, sollen sich andere an deren Habseligkeiten vergangen haben. Polizeimeldungen über Plünderungen und Diebstähle häuften sich, je länger die Krisensituation andauerte.

In Stolberg bei Aachen erstatteten die Behörden bereits vergangene Woche fünf Anzeigen wegen versuchten Diebstahls. Die Verdächtigen sollen versucht haben, sich in einem Juweliergeschäft, einem Supermarkt und einer Apotheke gratis zu bedienen. Alle drei Läden waren vom Hochwasser beschädigt worden. Drei der Verdächtigen wurden in Untersuchungshaft genommen. Am Montag wurden sieben Tatverdächtige in Weilerswist bei Bonn und Stotzheim bei Euskirchen vorübergehend festgenommen.

Trümmerhaufen durchwühlt

In Wuppertal kam derweil eine ganze Restaurantküche abhanden, die vor einem Gebäude abgestellt worden war und die eigentlich gereinigt werden sollte. Im sauerländischen Altena habe die Polizei seit Freitag 12 Mal ausrücken müssen, berichtet das Nachrichtenportal «Der Westen», weil sich Diebe über Schrott hermachten. Die teilweise aus dem Ruhrpott angereisten Plünderer hätten Trümmerhaufen und Keller durchwühlt und dabei versucht, Elektroschrott und sogar eine Waschmaschine zu entwenden. Berichte über Plünderungen gab es auch aus dem evakuierten Spital von Erftstadt, dort sollen Jugendliche Medikamente ge-

stohlen haben. Aus Rheinland-Pfalz wurden ähnliche Vorfälle gemeldet: In dem an Kyll und Mosel gelegenen Ehrang, einem Ortsteil von Trier, stiegen Unbekannte über das Küchenfenster in eine evakuierte Wohnung ein. Die Einbrecher erbeuteten dort unter anderem Bargeld der ausquartierten Besitzerin. Im schwer von den Sturmfluten getroffenen Kreis Ahrweiler waren vergangenen Donnerstag ebenfalls zwei Personen wegen des Verdachts auf einen Einbruchdiebstahl festgenommen worden.

Bei einer Pressekonferenz in Ahrweiler am Montag versicherte die Polizei der Öffentlichkeit, Recht und Ordnung auch

in den mehr als 30 betroffenen Ortschaften im Kreis durchzusetzen. Der leitende Oberstaatsanwalt Harald Kruse versprach gegen die Plünderung der leerstehenden Gebäude vorzugehen: «Sollte es dazu kommen, dass Menschen vor Ort die Hilflosigkeit der Betroffenen ausnutzen, werden wir mit der gesamten Härte des Rechtsstaates dagegen angehen.»

In Aachen versuchte die Polizei die Vorfälle unterdessen herunterzuspielen. Es habe sich um Einzelfälle und nicht um einen marodierenden Mob gehandelt, sagte ein Polizeisprecher der «Süddeutschen Zeitung». In Erftstadt, wo ein Kieswerk eingebrochen und der Stadt-

teil Blessem zum Teil unterspült worden ist, wurde die Gefahrenzone weiträumig abgesperrt – um Menschen nicht in Lebensgefahr zu bringen, aber auch um die verlassenen Häuser vor Plünderern zu schützen.

Blessem hermetisch abgeriegelt

«Die Bewohner Blessems wollen zu ihren Häusern zurück, um ihre Wertsachen zu holen. Wir müssen ihnen klarmachen, dass das zu gefährlich ist, wir aber gleichzeitig darauf achten, dass nichts wekommt», sagte der Sprecher der Feuerwehr Erftstadt, Elmar Mettke, der NZZ an der Ab-

sperrung vor dem von den Fluten verwüsteten Stadtteil. Dafür sind Hundertschaften von Polizisten im Einsatz. Blessem ist hermetisch abgeriegelt. Derzeit kommen weder Mann noch Maus heraus oder hinein in den Erftstädter Ortsteil.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet zeigte sich empört über das Verhalten von Plünderern. «Es macht mich wütend, wenn ich höre, dass gerade jetzt Menschen in ihre verwüsteten Häuser zurückkehren und feststellen, dass Plünderer das wenige gestohlen haben, was ihnen noch geblieben ist», sagte der CDU-Vorsitzende und Kanzlerkandidat der Unionsparteien.

Die Grausamkeit des Gaffers

bgs. · Kaum hatten sich die Unwetter verzogen, die vielen Menschen im Westen Deutschlands alles nahmen, trafen die Schaulustigen ein. Zuverlässig wie bei jeder Katastrophe – ob bei einer Kollision auf der Autobahn, einem Grossbrand im Dorf oder einem Flugzeugabsturz.

Was treibt diese Menschen dazu, dass sie glauben, die Not anderer in Echtzeit miterleben zu müssen? Warum nehmen sie dabei in Kauf, den Einsatz der Rettungskräfte zu behindern, wie das auch in den betroffenen Gebieten in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen geschah und noch immer geschieht? Selbst wenn das Wasser abgeflossen sein wird, dürften sich noch Katastrophentouristen in den verwüsteten Dörfern und Städten einfinden. Was haben sie davon?

Jeder Mensch hat voyeuristische Züge: Zu schauen, was ist, lässt sich als evolutionäre Aufgabe begreifen. Droht einem selber eine Gefahr, kann man die Flucht ergreifen. Nicht jeder gibt dem Drang nach, einer Katastrophe beizuwohnen. Aber verspüren tun sie ihn alle. Man muss sich zwingen, mit dem Blick

geradeaus an verkeilten Autos vorbeizufahren. Man ist froh, verschont geblieben zu sein. Dieses Gefühl macht einen Teil des Schauders aus, der einen ergreift, wenn man nun die reissenden Fluten sieht, in denen Häuser und Autos treiben. Es ist eine Angstlust, um einen Begriff von Sigmund Freud zu verwenden, die sich bereits beim Schauen der Nachrichten einstellen kann und die auch die Horrorfilm-Industrie alimentiert. Man stellt sich vor, wie schlimm es als Betroffener sein muss. Der Betroffene leidet anstelle von mir, der oder die sich in Sicherheit befindet. Ein wohlgeses Gefühl.

So haben im Mittelalter Hinrichtungen funktioniert; sie waren damals möglichst grausam angelegt zur Abschreckung. Es gab ja noch keine Polizei. Wird ein schuldig Gesprochener vor den Augen der Öffentlichkeit exekutiert, kommt hinzu, dass man sich nicht nur auf der sicheren, sondern auch auf der guten, der gerechten Seite glaubt. Auch hier erfährt man beim Zuschauen eine Form der Selbstvergewisserung. Und wo wäre diese stärker erlebbar als vor Ort?

Im Gegensatz zu einem Spielfilm über Erdbeben oder Hurrikane erlebt man die Tragödie in echt. Im Gegensatz zu den Videos im Netz, die echte tödliche Unfälle zeigen, was inzwischen ein eigenes Genre begründet hat, sieht man die Naturkatastrophe in 3 D.

Auch darum mag es gehen: Die Natur hat ihre Macht vorgezeigt. Man fühlt sich klein und ohnmächtig vor dem Tosen der Kräfte, erstarrt im Gefühl des Ausgeliefertseins. Fassungslos stehen wir vor den Folgen dessen, was niemand vorausgesehen hat in unserer rationalen, auf Sicherheit bedachten, technisierten Welt.

Dazu kommt bei Überschwemmungen: Sie spielen sich als ein Ereignis ab, das lange dauern kann. Das Steigen des Wassers, das Überfluten, die Schäden danach. Was wird da alles unter Schlamm und Schutt zum Vorschein kommen? Nippes, der zuvor auf einem Bücherregal stand, Pfannen und Teller, aus denen die Leute eben noch gegessen haben, Fotoalben, Betten und Kinderwagen, tote Haustiere. Die Leichen Ver-

misster sogar? Die Zerstörung, dokumentiert in Alltagsgegenständen, potenziert den Schrecken. Dadurch wird das Unglück zum eigenen Film.

Die Digitalisierung verleiht dem Zuschauen einen zusätzlichen Kick. Die Gaffer, die sich zu Augenzeugen erheben und für das unmittelbare Erleben ihre Stube verlassen, tun das nicht mehr ohne ihr Smartphone. Das Gaffen mit Replay unterhält gleichzeitig Freunde und Familie. Nun lässt sich die Katastrophe eins zu eins festhalten. Man teilt die Filme und Fotos auf Social Media und gewinnt bestenfalls neue Follower hinzu. Ich war dabei, wie cool ist das? Der eigene Narzissmus wird befriedigt.

Die Gaffer machen sich damit strafbar. Sie stehen den Rettern im Weg und verletzen die Persönlichkeitsrechte der Opfer. Sie exponieren diese in ihrer Schutzlosigkeit ein zweites Mal. Dass das die wenigsten davon abhält, das Elend der anderen mitzuerleben und zu filmen, hat auch mit der Grausamkeit des Menschen zu tun. Schauen ist Probandeln.

Ob Balthasar Glättli, der oberste Grüne im Land, einen Dankesbrief an Petra Gössi geschickt hat? Angebracht wäre es. Die abtretende FDP-Chefin hat nach der gemeinsamen CO₂-Schlappe im Juni fast die ganze Aufmerksamkeit auf sich gezogen, Gössi und ihre Partei haben den Grossteil aller Kritik, aller Häme, aller Prügel abbekommen. Glättli und die Grünen hingegen wurden weitgehend in Ruhe gelassen, unbehelligt konnten sie sich im freisinnigen Windschatten verstecken.

Zu Unrecht. Für die Grünen stellen sich mindestens so viele und so unangenehme Fragen wie für die FDP. Ist ihre vielbesungene Welle von 2019 bereits gebrochen? Wie wollen sie in ihren Kernthemen jetzt noch vorankommen? Was wissen sie mit ihrer neuen Stärke im Bundeshaus anzufangen? Ausgerechnet die wachstumskritischen Grünen haben ihren Wähleranteil vor zwei Jahren auf einen Schlag massiv erhöht, von 7 auf 13 Prozent – ist das noch nachhaltig oder schon ungesund? Können sie sich im linken Lager dauerhaft neben der SP einrichten, die zurzeit auf 17 Prozent kommt? Oder sind sie bald wieder der Juniorpartner? Und was ist mit dem Bundesratsstz?

Bis heute machen die Grünen nicht den Eindruck, als wären sie auf der Höhe ihrer neuen Möglichkeiten. Dies hat sich am Tag der symbolischen politischen Klimawende bestätigt, an diesem 13. Juni, an dem das Stimmvolk das neue CO₂-Gesetz referierte. Man hätte erwarten können, dass sich die Parteispitze auf dieses Szenario vorbereitet, dass sie am gleichen Tag mit Wucht eine klare Botschaft platziert, ein neues Projekt ankündigt oder zumindest eine Kampfansage macht. Immerhin ging es für sie um die mit Abstand wichtigste Vorlage der ganzen Legislatur. Doch nichts dergleichen ist geschehen. Da gibt es in diesem Land zum ersten Mal seit langer Zeit eine Nichtregierungspartei von solcher Grösse – und was macht sie? Sie hadert im Chor mit der Allianz der Regierenden von der SP bis zur FDP. Sie schiebt den bürgerlichen Parteien die Schuld zu und tröstet sich damit, dass die eigene Basis der Vorlage zugestimmt hat. Als wäre das eine grosse Leistung.

Was ist der Plan der Grünen? Bis heute scheinen sie nicht zu wissen, was sie nun genau unternehmen wollen. Nach dem Fiasko vom Juni betrieben sie zuerst Polit-Recycling und wärmten die Idee einer Initiative für einen «klimafreundlichen Finanzplatz» auf. Später lancierte der Präsident Glättli einen «Transformationsfonds», den er möglichst rasch vom Parlament beschliessen lassen möchte. Und kürzlich preschte die Fraktionschefin Aline Tredé vor. Offenkundig ungeduldig tat sie in den CH-Media-Zeitungen kühnere Pläne kund als ihr Präsident: Es brauche jetzt eine Volksinitiative für einen «Klima-Investitionsfonds» à 7 Milliarden Franken im Jahr.

Das grüne Jekami ist in vollem Gang. In einem wichtigen Punkt sind sich der Präsident und die Fraktionschefin jedoch einig: Die Klimawende soll nun vollends vom Staat herbeifinanziert werden, über neue Schulden. Das ginge auf Kosten künftiger Generationen. Aber finanzpolitische Nachhaltigkeit hat die Grünen noch nie interessiert. Mit aller Kraft versucht das rot-grüne Lager das Abstimmungsresultat vom 13. Juni umzudeuten. Dies sei kein Nein zum Klimaschutz gewesen, wird unablässig repetiert, sondern ein Nein zum bürgerlichen Konzept der Lenkungsabgaben. Deren Sinn besteht darin, dass sie wenigstens teilweise an die Bevölkerung zurückverteilt werden. Dies widerstrebt der Linken von Natur aus, weil damit weniger Geld übrig bleibt, das der vermeintlich allwissende Staat verteilen kann.

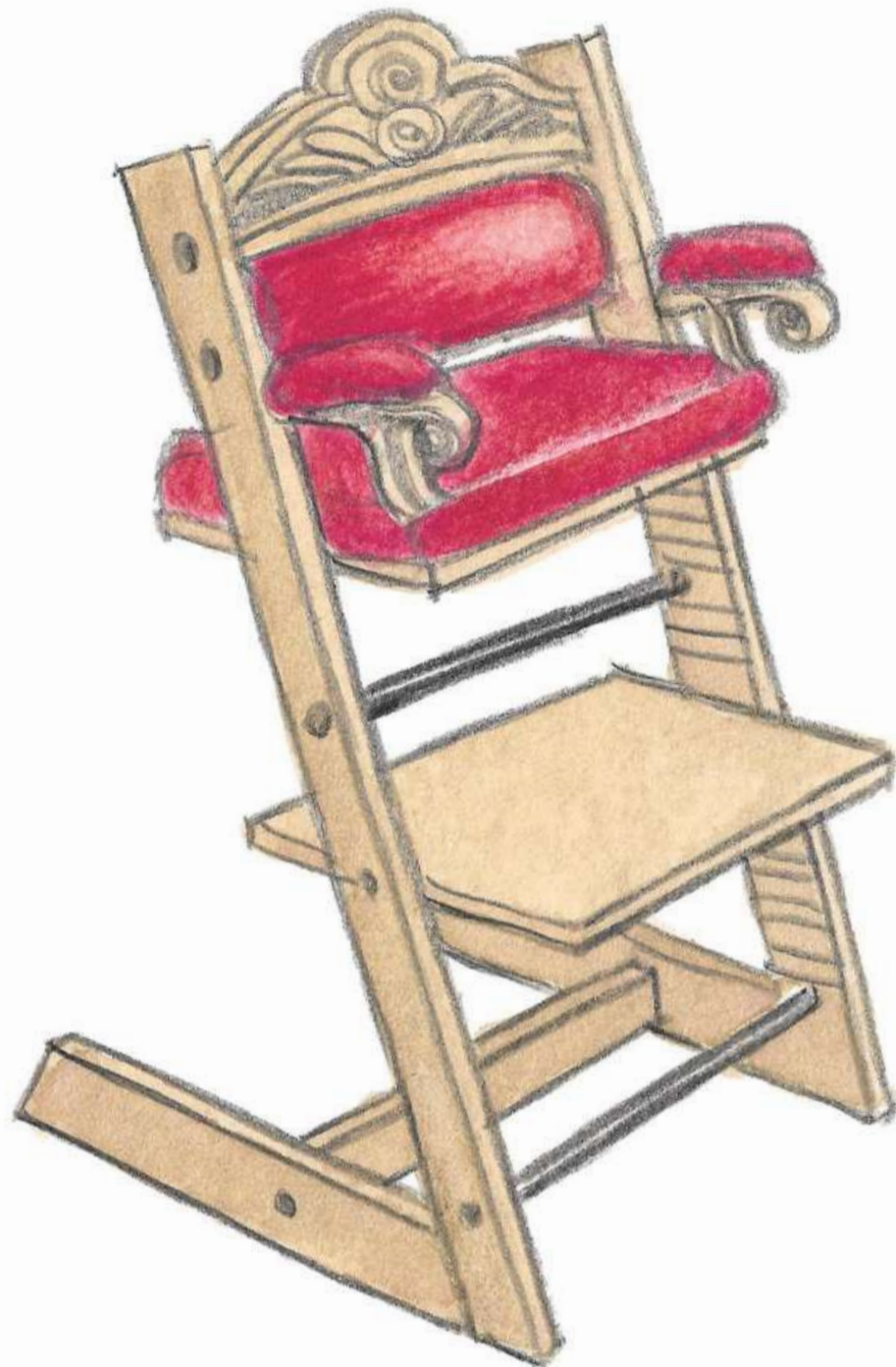
Nun wollen die Grünen reine Subventionsvehikel in die Welt setzen. Dabei zeigten Umfragen vor und nach der Juni-Abstimmung, dass just die Verursachergerechtigkeit, die mit Lenkungsabgaben ermöglicht wird, bei den Befürwortern auf grossen Anklang gestossen ist.

Viel Moralin, null Kerosin

Die Grünen kümmert es nicht. Ihre ideologische Volte ist atemberaubend. Eben noch haben sie für Verzicht und Selbstbeschränkung geworben, von einem «neuen Wohlstand» haben sie gesprochen – nach dem Motto: viel Moralin, null Kerosin. Und nun, da sich zeigt, dass dieses Konzept nicht annähernd mehrheitsfähig ist, dass sogar geringfügige Preiserhöhungen grossen Widerstand auslösen – nun soll plötzlich Vater Staat das Klima vermeintlich schmerzlos gesundsubventionieren. In den salbungsvollen Worten des Parteipräsidenten, geäussert in der NZZ, klingt das so: «Nun müssen wir darauf zielen, die Last des klimafreundlichen Verhaltens wegzunehmen von der einzelnen Person und mehr die Märkte in den Blick zu nehmen.» Eine Klimapolitik ohne Beitrag des Einzelnen? Es wäre eine Bankrotterklärung, nicht nur für die Grünen, sondern für uns alle.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die Niederlage vom 13. Juni ist in erster Linie eine Niederlage der Grünen. Ihr Kalkül ist nicht aufgegangen. Sie haben die Vorlage brav mitgetragen, obwohl sie aus ihrer Sicht nicht weit genug ging. Lachende Dritte war die SVP, die sich – trotz doppelter Bundesratsbeteiligung – wieder einmal als Oppositionspartei inszenieren konnte. Welch bittere Ironie für die Grünen: Ihre Kompromissbereitschaft wurde nicht belohnt, die grösste Regierungspartei hat sie vorgeführt.

Welche Lehren werden die Grünen ziehen? Bis zu den nächsten Wahlen bleibt ihnen nicht viel Zeit.



Keine Lust auf Grünzeug

Wie weiter bei den Grünen? Ihr Wahlsieg war gross, die Ratlosigkeit heute ist noch grösser. Die Klima-Abstimmung hat brutal offenbart, wie harmlos sie sind. Die Bundesratsparteien werden das nicht vergessen. Von Fabian Schäfer

Bis dato haben die Grünen nicht bewiesen, dass sie ein Faktor sind, den es einzubinden gilt. Ihnen fehlt der Schrecken.

Die internen Diskussionen zwischen «Realos» und «Fundis» könnten sich bald verschärfen. Wenn die Grünen es richtig anstellen, birgt die Niederlage auch Chancen. Es ist beinahe eine Steilvorlage für einen «Jetzt erst recht»-Wahlkampf in zwei Jahren. Die SVP hat mehrmals vorgemacht, wie eine Partei aus verlorenen Abstimmungen Kraft schöpfen kann. Auch den Grünen könnte es mit Verweis auf die ungelösten Klima- und Umweltprobleme gelingen, 2023 besser zu mobilisieren und den Wähleranteil weiter zu steigern.

Aber der heiss ersehnte Schritt – der Einzug in den Bundesrat –, der erscheint nach dem 13. Juni noch schwieriger als zuvor. Das CO₂-Verdikt hat schonungslos die grösste strategische Schwachstelle der Partei offenbart: Sie ist direktdemokratisch harmlos. Wenn sogar eine derart breit abgestützte Klima-Vorlage scheitert, wäre eine grüne Reform erst recht chancenlos. Die Grünen sind in ihren Kernthemen derart weit davon entfernt, an der Urne Mehrheiten hinter sich zu bringen, dass sie für das politische System keine Gefahr darstellen. Bis dato haben sie nicht bewiesen, dass sie ein Faktor sind, den es einzubinden gilt. Ihnen fehlt der Schrecken.

Gefährlich nur im Doppelpack

Der Vergleich mit der SVP hilft. Sie hat ihren zweiten Sitz im Bundesrat 2003 erhalten. Natürlich lag das in erster Linie an ihrer schieren Grösse, aber nicht nur: Die Partei hatte zusätzlich auch unter Beweis gestellt, dass sie an der Urne richtig unbequem werden kann. Zwei SVP-Initiativen für ein schärferes Asylrecht sind 1996 und 2003 nur knapp abgelehnt worden. Der zweite Anlauf wäre beinahe gelungen: 49,9 Prozent sagten Ja, die Stände stimmten zu. Spätestens damit wusste die Konkurrenz Bescheid: Die SVP ist in der Lage, in ihrem Kerngeschäft von Ausländer- bis zu Europafragen mit Initiativen und Referenden für handfeste Schwierigkeiten zu sorgen.

Ganz anders die Grünen. Bei den Themen, die ihnen am Herzen liegen, geht ihnen das direktdemokratische Stör- und Obstruktionspotenzial ab. Zumindest haben sie bis anhin nicht das Gegenteil bewiesen. Gefährlich sind sie höchstens ausserhalb ihres thematischen Biotops, zum Beispiel in Steuer- oder Wirtschaftsfragen – und auch dies nur, wenn sie gemeinsam mit der grossen Schwester, der SP, kämpfen. Das ist für die Grünen potenziell verhängnisvoll. Solange sie das System nicht ernsthaft herausfordern, dürften die anderen Bundesratsparteien wenig geneigt zu sein, sie bald an der Macht zu beteiligen. Was haben sie schon zu befürchten, wenn sie ihnen den Einzug in die Regierung noch einmal für ein paar Jahre verwehren?

Gewiss, Bundesratswahlen sind nicht vorhersehbar, vieles – aber nicht alles – hängt davon ab, wie die Parteien bei den Parlamentswahlen abschneiden. Falls die Grünen die heutige Stärke auf Dauer halten, dürfte mittelfristig kein Weg daran vorbei führen, sie an der Regierung zu beteiligen. Fragt sich nur, wann – und auf wessen Kosten. Das sollten sich vor allem die Grünen selber überlegen. Übervertreten ist heute nicht nur die FDP, sondern auch die SP. Wenn die Grünen tatsächlich nur einen FDP-Sitz angreifen, müssen sie womöglich noch lange draussen vor der magistralen Tür warten. Dass die bürgerliche Mehrheit der SP und den Grünen insgesamt drei Sitze im Siebnergremium zugesteht, wäre sehr eigenartig. Es wäre weder mathematisch noch inhaltlich gerechtfertigt. Die linken Zwillingsparteien vertreten in fast allen Themen praktisch millimetergenau dieselben Positionen. Sie sind austauschbar. Bei der Verteilung der Bundesratssitze sollten sie als Einheit betrachtet werden.

Auch wenn es schmerzhaft sein mag: Für die Grünen führt kein Weg daran vorbei, ihr Verhältnis zur SP zu klären. Wenn sie trotz dem CO₂-Debakel in nützlicher Frist in den Bundesrat vordringen wollen, kommen sie kaum darum herum, einen SP-Sitz anzugreifen. Es wäre die definitive Emanzipation. Ob die Grünen dafür reif sind? Vermutlich wissen sie es selber noch nicht.

«Der stille Souveränitätsverzicht»

Unsere Arbeit als humanitäre Entwicklungsorganisation wird durch die Praxis von Banken erschwert und behindert; Spender und Mitglieder innerhalb der Schweiz haben regelmässige Probleme, uns Geld zu überweisen (NZZ 30. 6. 21). Die Absurdität dieser Praxis geht sogar so weit, dass sich die Grossbank UBS geweigert hat, die Zahlung für eine Todesanzeige auszuführen, weil dabei Kuba erwähnt wurde. Noch erschreckender war die Zurückweisung einer Zahlung für Medikamente, die unsere Dachorganisation Medicuba-Europa bestellt hatte, obwohl Kuba (ausser im Namen der Organisation) nicht einmal erwähnt wurde. Auch die Deza hat immer wieder Schwierigkeiten, uns unsere Programmbeiträge zu überweisen, da sich die Banken querstellen. Besonders stösend ist für uns auch, dass mit der BKB-Tochter Bank Cler eine ehemalige Genossenschafts- und Gewerkschafts-Bank massgeblich daran beteiligt ist. Die Banken halten trotz juristischen Gutachten, die eindeutig belegen, dass für die Banken weder inner- noch ausserhalb der Schweiz rechtliche Risiken bestehen, an ihrer Praxis fest und unterwerfen sich freiwillig den US-Sanktionsbestimmungen. Alle unsere Kontakt- und Lösungsversuche verliefen ergebnislos, sei dies mit den Banken direkt, mit der Bankenaufsicht, der Finma oder dem Seco. Es werden stets die gleichen Argumente bemüht, die jedoch einer näheren Überprüfung nicht standhalten, wie Herr Ochsner in seinem Gastkommentar klar darlegt. Durch ihre Praxis beteiligen sich die betroffenen Banken an der völkerrechtswidrigen Blockadepolitik der USA und leisten dem von Herrn Ochsner beschriebenen Souveränitätsverzicht Vorschub, mit den entsprechenden Konsequenzen für alle Bürger und Bürgerinnen der Schweiz.

Roland Wüest, Medicuba, Zürich

Klimaschutz und Kapitalismus

Die NZZ (14. 7. 21) thematisiert immer wieder impulsgebend das bedeutende Thema Umwelt und Klimawandel. Klimaschutz und Kapitalismus ergänzen sich. Selbst die FDP mutiert immer stärker von Blau zu Grün. Das Bewusstsein für unsere Umwelt, für Luft, Wasser und Boden war schon immer in der Zivilgesellschaft und Wirtschaft ein fokussiertes Thema. Nur wenn Marktkräfte, technologische Entwicklung und Achtung vor der Schöpfung zusammengehen, ist Fortschritt möglich. Ökonomie und Ökologie bedingen sich gegenseitig und sichern die Existenzgrundlage von Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt und Wohlstand. Die bürgerlichen Parteien waren 1984 in der Waldsterbedebatte nicht weitsichtig genug, verpassten die Bewirtschaftung des Themas und überliessen das Feld aktionsstarken gebildeten rot-grünen Wende-

und Gesinnungspolitikern. Europaweit vernetzte ideologisierende Einthemenparteien organisierten wahrnehmungstarke professionelle Aktionen mit Greta, deren Finanzierung vernebelt bleibt. Dies fand in den Parlamentswahlen 2019 eine übertriebene Abbildung. Es braucht weniger links-grüne Ideologien, sondern mehr engagiertes Grün in allen bürgerlichen Parteien als Ausdruck einer nachhaltigen und umfassenden Verantwortung für unsere Umwelt, Zukunft und den Erhalt unserer Lebensqualität. Wohlstand wird ohne intakte Umwelt nicht zu sichern sein. Die kleine Schweiz mag noch so viel in Umwelt und Klima investieren, wenn sich die grossen globalen Umweltsünder weiterhin um dieses Thema drücken. Das Bewusstsein der Staatenwelt wächst mit Blick auf die Umweltkatastrophen weltweit. Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sind es den kommenden Generationen schuldig, ihnen eine Welt zu hinterlassen, in der es sich leben lässt. Ein Hoffnungsschimmer ist, dass der neue US-Präsident wieder das Pariser Klimaabkommen erneuert hat und dass zwischen der Volksrepublik China und den USA trotz den aussen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Spannungsfeldern ein Fenster des Austauschs zu diesem Thema geblieben ist.

Roger E. Schärer, Trin Mulin

Lazzarinis «Werbespot»

Wer verhindert jede Perspektive für die Bewohner Gazas (NZZ 2. 7. 21)? Es ist nicht die gegen Waffenschmuggel und Terror gerichtete Blockade. Zu beschuldigen ist das Terrorregime der Hamas, die zulasten der eigenen Bevölkerung ihr Ziel, Israel zu vernichten, verfolgt. Philippe Lazzarini, Leiter UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten), zeichnet hier ein schönfärberisches, in vielen Punkten realitätsfremdes Bild. Bundesrat Cassis hatte leider seine Aussage, dass die UNRWA mehr Teil des Problems als der Lösung sei, nicht weiter begründet. Das Problem liegt nämlich darin, dass die Kinder an den UNRWA-Schulen seit 1949 zum Hass gegen Israel erzogen werden. Dies mittels tendenziöser Schulbücher. Das Thema Frieden mit Israel ist nirgendwo traktandiert. Daher Kopfschütteln ob Lazzarinis Worten, die Schulen könnten ein wichtiges Gegenmittel gegen die anhaltende Gewalt und den verbreiteten Hass sein.

Gewisse Aussagen lassen den Verdacht aufkommen, Lazzarini wolle Geldgeber bei Laune halten und bei der Hamas nicht in Ungnade fallen. So musste kürzlich der Gaza-Direktor der UNRWA, Matthias Schmale, Gaza verlassen wegen seiner Aussage, militärische Schläge durch die IDF (Israelische Verteidigungstreitkräfte) seien sehr präzise gewesen und hätten bis auf wenige Ausnahmen kaum zivile Opfer gefordert.

Dass zahlreiche Lehrkräfte Mitglieder der Hamas sind oder ihr nahestehen, ist kein Geheimnis. Damit sind entsprechende Aktivitäten vorprogrammiert.

Auch die aktuelle Charta der Hamas schliesst jegliche Anerkennung Israels aus. Leider erfahren wir nicht die Antwort der Hamas auf Lazzarinis «Beschwerde bei den lokalen Behörden». Wo bleibt seine Beschwerde gegen die Raketenstellungen inmitten von Wohnquartieren, Schulen, Spitälern, was zwangsläufig zu zivilen Opfern führt?

Hanspeter Büchi, Stäfa

«Keine Panik wegen der Impfgegner»

Vermutlich kann man tatsächlich niemanden zur Impfung zwingen. So problemlos wie im Kommentar geschildert (NZZ 7. 7. 21), scheint mir die Sachlage hingegen nicht zu sein. Denn diesmal muss, im Gegensatz zu 2020, die Allgemeinheit für Kosten im Gesundheitswesen aufkommen, die man mit einer einfachen Massnahme verhindern könnte. Sollte es wieder zu Schliessungen kommen, werden Angestellte Unterzeit genieren und im Falle von Kurzarbeit auf Lohn verzichten müssen. Wie beim Lockdown im vergangenen Jahr werden die Glücklichen, die ihren Lohn vom Steuerzahler erhalten, keine Einbussen erleiden. Wer in der Privatwirtschaft angestellt ist, muss jedoch mit geringeren Einkünften oder im schlimmsten Fall mit dem Verlust des Arbeitsplatzes rechnen. Diese Ungerechtigkeit könnte man eliminieren, wenn man im Falle eines Teil- oder Komplett-Lockdowns allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nur 90 Prozent des Lohnes auszahlen würde. Das wäre echte Solidarität. Dass Impf-unwillige den vollen Lohn erhalten, Geimpfte aber auf Einkommen verzichten müssen, scheint mir ungerecht.

Andreas Gilgen, Muri bei Bern

Steuern auf fiktiven Erträgen

Die Aussage des Leserbriefschreibers Alex Schneider, Küttigen, die Nutzung der eigenen Wohnung sei ein Ertrag wie jeder andere Vermögensertrag, ist grotesk (NZZ 16. 7. 21). Das würde bedeuten, dass jedes Eigentum, das vermietet ist, einer Besteuerung als hypothetischer Mietwert unterliegen muss. Oder versteuert Herr Schneider etwa sein Auto, Motorrad oder Velo ebenfalls? Dieses Eigentum kann ja ohne weiteres an Dritte vermietet werden; es unterliegt nach Herrn Schneider also der Besteuerung zu einem fiktiven Mietwert. Steuern auf fiktiven Erträgen sind absurd und eines Rechtsstaates unwürdig.

Roland Meyer, Zürich

Redaktion Leserbrief
NZZ-Postfach
8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Die Schweiz im Rückwärtsgang

Gastkommentar

von BERNARD DUPASQUIER

Fette Schlagzeilen gab es nicht, als der Uno-Menschenrechtsrat am 16. Juni 2011 die Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGP) verabschiedete. Doch zehn Jahre später wird klar, dass dieses Datum einen Wendepunkt markierte. Die Leitlinien statuieren, dass nicht nur Staaten, sondern auch Unternehmen die Menschenrechte respektieren müssen. Der Prozess, mit dem sie dies sicherstellen – die Sorgfaltsprüfungspflicht –, wurde definiert und von allen Akteuren anerkannt. Seither kann keine Firma mehr behaupten, dass sie nicht gewusst habe, was sie zu tun hatte.

Seit der Verabschiedung der Leitlinien sind sich viele Menschen überhaupt erst bewusst geworden, dass multinationale Unternehmen Flüsse in der Republik Kongo verschmutzen, in Côte d'Ivoire Kinder beschäftigen oder in Peru Substanzen ausstossen, welche die lokale Bevölkerung vergiften. Dass dies inakzeptabel ist, zeigte die Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) letzten November: Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer erwartet, dass hiesige Unternehmen weltweit so produzieren, dass sie das Leben und die Würde des Menschen sowie die Umwelt respektieren. Von diesem Standard gibt es kein Zurück mehr, auch wenn die KVI am Ständemehr scheiterte. Denn heute stellt sich nicht mehr die Frage, ob Gesetze zur Umsetzung der UNGP nötig sind oder nicht, sondern nur, wann diese in Kraft treten. In Europa geht es derzeit Schlag auf Schlag: Mitte Juni verabschie-

Der Gegenvorschlag wurde als taktisches Abstimmungsvehikel ins Spiel gebracht, um die KVI zu bodigen.

deten die Parlamente Norwegens und Deutschlands Konzernverantwortungsgesetze. Gleichzeitig läuft eine Debatte in Holland, ein Entscheid der Europäischen Kommission steht nach dem Sommer an. Das Europäische Parlament hat sich bereits im Frühling für ein griffiges Konzerngesetz ausgesprochen.

Und was tut die Schweiz, die gemessen an ihrer Bevölkerungszahl der grössten Zahl multinationaler Unternehmen Sitz bietet? Im Abstimmungskampf um die KVI beteuerte der Bundesrat, die Schweiz wolle mit den internationalen Entwicklungen Schritt halten. Doch nun legt die Regierung den Rückwärtsgang ein, indem sie eine Verordnung zum Gegenvorschlag zur KVI in die Vernehmlassung geschickt hat, die dieses schwache Gesetz weiter verwässert. Der Gegenvorschlag wurde als taktisches Abstimmungsvehikel ins Spiel gebracht, um die KVI zu bodigen. Mit der Beschränkung der Sorgfaltspflicht auf Kinderarbeit und Konfliktmineralien und dem Verzicht auf jegliche Kontroll- und Sanktionsmechanismen war sein Sinn und Zweck stets die Regulierungsprävention – und der vorliegende Umsetzungsentwurf bestätigt dies. So setzt der Bundesrat den Geltungsbereich, zum Beispiel in Bezug auf die Grösse der Firmen oder die Menge der importierten Mineralien, derart an, dass kaum mehr Unternehmen von der Sorgfaltspflicht betroffen sind. Und er bietet diesen eine Reihe weiterer Möglichkeiten an, sich von ihren Pflichten zu befreien.

Dazu kommen völlig ungenügende Vorgaben in Bezug auf Beschwerden und die Wiedergutmachung entstandener Schäden. Genau dies ist aber einer der zentralen Pfeiler der UNGP, die damit in der Schweiz – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern – auch zehn Jahre nach ihrer Verabschiedung nicht ansatzweise umgesetzt werden. Die Vernehmlassung zur Verordnung lief bis Mitte Juli. Jetzt muss der Bundesrat das Steuer herumreissen und eine Verordnung erlassen, die zumindest die gesetzlichen Spielräume auschöpft. Alles andere wäre ein Schlag ins Gesicht jener Mehrheit der Bevölkerung, die letzten November der KVI zugestimmt hat.

Bernard DuPasquier ist Geschäftsleiter von Brot für alle.

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.), **London:** Benjamin Triebe (bet.), Niklaus Nuspliger (nn.), **Berlin:** Marc Felix Serrao (fx.), René Höltschi (hl.), Jonas Herrmann (jsh.), Hansjörg Friedrich Müller (hmü.), Anja Stehle (ast.), Christoph Prantner (cpr.), Alexander Kissler (kis.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.), **München:** Stephanie Lahrtz (slz.). **Rom:** Andres Wysling (awy.), **Madrid:** Ute Müller (utm.). **Wien:** Ivo Mijnsen (mij.), Daniel Imwinkelried (imr.). **Stockholm:** Rudolf Herrmann (rh.). **Brüssel:** Christoph G. Schmutz (sco.), Daniel Steinvorth (DSt.). **Moskau:** Markus Ackeret (mac.). **Dakar:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Volker Pabst (pab.). **Beirut:** Christian Weisflog (ws.). **Jerusalem:** Inga Rogg (iro.). **Tel Aviv:** Ulrich Schmid (U. Sd.). **Delhi:** Andreas Babst (abb.). **Singapur:** Manfred Rist (rt.). **Peking:** Matthias Müller (Mue.). **Taipeh:** Matthias Sander (msa.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Esther Blank (esb.). **Washington:** Peter Winkler (win.). **Chicago:** David Signer (ds.). **New York:** Christof Leisinger (zri.). **San Francisco:** Marie-Astrid Bahner (lma.). **Vancouver:** Karl R. Felder (Fdr.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ am Sonntag: Chefredaktorin a.i.: Nicole Althaus (na.). **NZZ Folio:** Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clalüna (fcl.), Barbara Klingebacher (bak.). **NZZ Geschichte:** Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch
Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780

Der Zürcher Zeitung 242. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg.).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Tom Schneider (sct.).

Tagessleitung: Christoph Fisch (cf.), Benno Mattli (bem.), Christian Steiner (cts.), Yannick Nock (yno.).

International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Werner J. Marti (wjm.), Andrea Spalinger (spl.), Andreas Ernst (ahn.), Beat Bumbacher (bbu.), Meret Baumann (bam.), Patrick Zoll (paz.), Elena Panagiotidis (ela.), Dominique Burkhardt (dbu.), Fabian Urech (urf.), Judith Kormann (jkr.), Ulrich von Schwerin (lvs.), Julia Momm (jum.), Katrin Büchenbacher (k.b.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerry (dgy.), Frank Sieber (fsr.), Marc Tribelhorn (tri.), Michele Coviello (cov.), Simon Hehl (hhs.), Angelika Hardegger (has.), Tobias Galfer (gaf.), David Vomplon (dvp.), Gian Andrea Marti (gam.), André Restler (art.).

Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.), Larissa Rhyh (ryh.), Georg Häslar Sansano (geo.).

Bundesgericht: Kathrin Alder (ald.).

Westschweiz: Antonio Fumagalli (fum.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Fabian Baumgartner (fbi.), Dorothee Vögeli (vö.), Stefan Hotz (sho.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigler (bai.), Jan Hudec (jhu.), Florian Schoop (sco.), Claudia Rey (clr.), Raffaela Angstmann (ran.), Michael von Ledebur (lml.), Rena Schenkel (len.), Nils Pfändler (nil.), Linda Koponen (lko.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Peter A. Fischer (pfi.), Dieter Bachmann (dba.), Alexandra Stühff (alk.), Ermes Gallarotti (li.), Thomas Fuster (ft), Christin Severin (sev.), Nicole Rüttli Ruzicic (rru.), Andrea Martel Fus (am.), Thomas Schürpf (tsf.), Christoph Eisenring (cei.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Giorgio V. Müller (gvm.), Hansueli Schöchli (hus.), Martin Lanz (mla.), Natalie Gratwohl (ng.), Dominik Feldgus (dff.), André Müller (amü.), Stefan Häberli (hat.), Jan Lienhart (jal.), Lorenz Honegger (lho.). **Börse:** Michael Ferber (feb.), Andreas Uhlig (Ug.), Werner Grundlehner (gru.), Michael Schäfer (msf.), Patrick Herger (phr.), **Asien:** Matthias Kamp (mka.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Stephanie Kusma (kus.), Lena Stallmach (lsl.), Helga Rietz (rtz.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds).

Feuilleton: Roman Bucheli (rb), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Urs Bühler (urs.), Claudia Mäder (cmd.), Lucien Scherrer (lsc.), Christian Wildhagen (wdh.), Manuel Müller (mm), Sabine von Fischer (svf.).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Philipp Bärtsch (phb.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Ulrich Pickel (pic.), Christof Krapp (kpr.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Birgit Schmid (bgs.), Michael Schilliger (msl.), Susanna Müller (sm.).

Reporter: Marcel Gyr (-yr.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.).

Nachrichten: Janique Weder (wej.), Kathrin Klette (kkl.), Tobias Sedlmaier (tsm.), Esther Rüeger (eru.), Esther Widmann (wde.), Nadine Brügger (nad.), Franco Arnold (fra.).

Social Media: Reto Stauffacher (rst.), Gabriela Dettwiler (gad.), Philipp Gollmer (pgh.).

Podcast: David Vogel (dv.), Benedikt Hofer (bho.), Nadine Landert (lla.).

Audience Management: Dominik Batz (btz.), Rafael Schwab (raf.), Jonas Holenstein (jho.).

Visuals & Editorial Tech: Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Manz (kao.), Alexandra Kohler (ako.), Christian Kleeb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Eugen Fleckenstein (eff.), Joana Kelen (jok.), Manuel Roth (mrt.), Philip Küng (phk.), Nikolai Theitzi (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.).

Video/TV: Markus Stein (sma.), Andrea Hauner (hwa.), Jürg Walch (jwa.), Karin Moser (mok.), Conradin Zellweger (czw.), David Hess (dhe.), Jasmine Rüegg (jmr.), Laurence Kaufmann (lkm.), Jil Antener (jil).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Manuela Kessler (mak.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hufschmid (phh.), Yvonne Eckert (yve.), Benno Brunner (bbr.), Ilda Ózpal (iö.), Claudia Baer (cb.).

Art Director: Reto Althaus (ral.). **Bildredaktion:** Gilles Steinmann (gst.), Christian Güntlisberger (cgu.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (grg.), Verena Tempelmann (vtm.), Nicole Aebly (nae.), Rabeal Arnold (raa.), Martin Bierz (brz.), Jodi Humm (hu.). **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl (ruc.), Korin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.). **Produktion/Layout:** Hansruedi Frei. **Korrektorat:** Natascha Fischer.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, leaserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice.

Inserate: NZZzone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, inserate@nzz.ch, www.nzzzone.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

NZZ Print & Digital: 814 Fr. (12 Monate), 74 Fr. (1 Monat).

NZZ Digital Plus: 579 Fr. (12 Monate), 54 Fr. (1 Monat).

NZZ Wochenende Print: 363 Fr. (12 Monate), 33 Fr. (1 Monat).

NZZ International Print & Digital: 572 € (12 Monate), 52 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage.

NZZ Kombi Print & Digital: 924 Fr. (12 Monate), 84 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat).

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2021.

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2021.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptlier



Die Reduktion der Erwerbstätigkeit vieler Frauen bei der Familiengründung erfolgt zu einem Zeitpunkt, in welchem beruflicher Aufstieg angezeigt wäre. R. KOEBERER / IMAGO

Anfang Jahr hat das Bundesgericht mehrere für den nahehelichen Unterhalt massgebende Leitentscheide publiziert. Diese Entscheide zum Scheidungsrecht integrieren einen früheren Grundsatzentscheid zum zumutbaren Erwerbsumfang nebst der Betreuung von minderjährigen Kindern – das sogenannte Schulstufenmodell. Neu verzichtet das Bundesgericht auf jegliche rechtliche Vermutung längerfristig negativer wirtschaftlicher Auswirkungen einer Ehe. Einzige Ausnahme bildet die aktuell notwendige Betreuung minderjähriger Kinder. Geschiedenen Eheleuten wird also unabhängig von der in der Ehe gelebten Aufgabenteilung und von früherer Ausbildung oder Berufserfahrung zugemutet, in jeglichem Alter vollzeitlich erwerbstätig zu sein und finanziell für sich selber zu sorgen. Lediglich im Einzelfall ist ein anderer Nachweis möglich.

Das Schulstufenmodell

Das ausschliesslich aus Männern zusammengesetzte richterliche Gremium beruft sich zur Begründung dieser Entscheide auf gestiegene Scheidungsraten und auf einen Nachvollzug der realen Familienverhältnisse. Zunächst irritiert, dass das höchste Familiengericht derart wegweisende und das Geschlechterverhältnis im Kern und langfristig gestaltende Entscheide in ausschliesslich männlicher Besetzung fällt. Hier muss sich das höchste Gericht vorhalten lassen, dass es selber die realen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht abbildet. Der Akzeptanz seiner Entscheide dürfte dies nicht förderlich sein.

Eine weitere Irritation weckt der Blick in die Statistik. Die Scheidungsrate liegt seit den 1990er Jahren – somit vor der Revision des Scheidungsrechts – konstant bei rund 40 Prozent der Ehen. Zudem ist die Aufgaben- und Einkommensverteilung in den Familien nach wie vor wenig paritätisch. Gemäss Umfragen ist das gegenwärtig am weitesten verbreitete Familienmodell eine unter 60-prozentige Teilzeiterwerbstätigkeit der Frau und eine Vollzeiterwerbstätigkeit des Mannes. Zwar sind drei Viertel der Frauen erwerbstätig, ein Viertel allerdings nur mit Kleinstpensen. Dies führt dazu, dass nicht einmal die Hälfte der Frauen mit dem eigenen Einkommen ihren Lebensunterhalt allein bestreiten kann. Spiegelbildlich zu diesen Befunden zeigen die neuesten Erkenntnisse der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung des BfS, dass im Jahr 2020 Frauen wöchentlich rund 10 Stunden mehr Haus- und Familienarbeit leisten als Männer. Geht es um Paare mit Kindern unter 15 Jahren, ist der Unterschied noch deutlicher.

Diese realen Familienverhältnisse beeinträchtigen langfristig, wenn nicht lebenslänglich, die ökonomische Situation der Frauen. Die Reduktion oder gar der Rückzug von der Erwerbstätigkeit erfolgt zu einem biografischen Zeitpunkt, in welchem beruflicher Aufstieg angezeigt wäre. Teilzeitarbeit lässt sich selten mit Führungsverantwortung und beruflichem Fortkommen verbinden. Kleinstpensen werden häufig in unqualifizierten Berufen angeboten oder in Berufen, in welchen eine voll-

Richterlicher Druck auf geschiedene Frauen

Das Bundesgericht pocht beim nahehelichen Unterhalt auf eine verstärkte Priorisierung der Eigenversorgung.

Dies beruht auf wenig realitätsnahen Annahmen.

Gastkommentar von Gabriella Matefi

zeitliche Erwerbstätigkeit auf Dauer eine Überlastung und/oder Unterforderung mit sich bringt. Dies gilt beispielhaft für die vom Bundesgericht gleich in zwei Leitentscheiden als zumutbar angesehene Tätigkeit als Hilfspflegerin. Das höchste Gericht scheint der Meinung zu sein, dass jede Frau, auch eine mit Ausbildung und Berufserfahrung im IT-Bereich, geeignet ist, andere Menschen zu pflegen. Sowohl die Pflegenden als auch die Gepflegten dürften Mühe mit dieser Einschätzung bekunden.

Das sogenannte Schulstufenmodell besagt, dass einer Person, die minderjährige Kinder betreut, ab der obligatorischen Beschulung des jüngsten Kindes eine Erwerbsarbeit von 50 Prozent, ab dessen Eintritt in die Sekundarstufe I eine solche von 80 Prozent und ab dessen Vollendung des 16. Lebensjahres ein Vollzeiterwerb zumutbar ist. Realitätsnah ist dieses Schulstufenmodell nur dort,

wo zahlenmässig und auch zeitlich ausreichende sowie bezahlbare familienergänzende Einrichtungen bestehen. Dies ist bekanntlich an vielen Orten noch nicht der Fall. Zudem verkennt dieses Modell, dass pubertierende Kinder sowie Kinder beim Übertritt in die Sekundarstufe I häufig wieder mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung durch ihre Eltern benötigen als Kinder im Primarschulalter. Schulisch werden in dieser Lebensphase, in welcher die Kinder wenig stressresistent sind, wichtige Weichen gestellt.

Gerade während Trennungszeiten und bei der Neugestaltung der Familienverhältnisse stehen zudem nicht nur die Eltern, sondern auch die Kinder unter höherem Druck. Es überrascht nicht, dass ein Grossteil der Frauen, die Kinder grossziehen oder grossgezogen haben, unabhängig vom Alter der Kinder nicht Vollzeit erwerbstätig ist. Dasselbe ergibt sich aus einer Studie in Deutschland. Die

Es irritiert, dass das höchste Familiengericht derart wegweisende Entscheide in ausschliesslich männlicher Besetzung fällt.

dort infolge einer Rechtsreform erfolgte Reduktion der Unterhaltsansprüche hatte keinen positiven Effekt auf den Umfang der Erwerbstätigkeit von Frauen.

Schliesslich kontrastiert die Sichtweise des höchsten Familiengerichtes mit brisanten Erkenntnissen aus der Forschung. Ein vom Schweizerischen Nationalfonds finanziertes Forschungsprojekt weist aus, dass Frauen, die unter dem neuen Scheidungsrecht von 2000 geschieden worden sind, insgesamt finanziell schlechter dastehen als jene mit Scheidung in den 1990er Jahren. Geschiedene Frauen konnten somit seit der Einführung des neuen Scheidungsrechts, welches in den unteren Gerichten vielerorts als Clean-Break-Prinzip praktiziert wird, die wegfallenden Unterhaltsbeiträge nicht mit eigenem Einkommen kompensieren.

Studien bleiben unberücksichtigt

Die Studie wurde vor der Publikation der bundesgerichtlichen Entscheide veröffentlicht, und hätte vom Gericht berücksichtigt werden können bzw. sollen. Sie weist zudem darauf hin, dass infolge des Verzichts auf Datenerhebungen bei den Gerichten seit 2008 derartige ökonomische Untersuchungen zu Scheidungsfolgen nicht mehr möglich sind. Dieser Mangel steht in scharfem Kontrast zur gesellschaftlichen Bedeutung von Scheidungen und müsste dringend behoben werden. Denn er führt dazu, dass sich die Scheidungsgerichte auf Einschätzungen abstützen, die eher dem persönlichen Erleben denn der objektiven Wirklichkeit entspringen.

Zur gesetzlichen Grundlage des Unterhaltsrechts ist festzuhalten, dass seit seiner Einführung in der juristischen Lehre unbestritten ist, dass sie sowohl die Priorität der Eigenversorgung als auch die naheheliche Solidarität für ehebedingte ökonomische Einbussen vorsieht. Die Ausgestaltung wurde weitgehend der Rechtsprechung überlassen. Die vom Bundesgericht mit den besprochenen Leitentscheiden herbeigeführte Vereinheitlichung der Berechnungsmethode für familienrechtlichen Unterhalt ist deshalb zu begrüssen.

Sehr kritisch zu beurteilen ist hingegen die verstärkte Priorisierung der Eigenversorgung, die auf wenig realitätsnahen, wenn nicht sogar falschen Annahmen beruht. Das Bundesgericht vollzieht entgegen seiner eigenen Ansicht weniger die gesellschaftliche Realität, als dass es die Rolle eines gesellschaftlichen Schrittmachers übernimmt, die es üblicherweise von sich weist.

Dass es dem höchsten Gericht gelingt, mit seinen Leitentscheiden zum nahehelichen Unterhalt die von ihm antizipierten und durchaus erwünschten gesellschaftlichen Veränderungen herbeizuführen, muss mit Blick auf die Studien aus der Schweiz und Deutschland bezweifelt werden: Das Bundesgericht hat nur scheinbar alte Zöpfe abgeschnitten – eigentlich schert es viele geschiedene Frauen ziemlich kahl.

Gabriella Matefi ist Rechtsanwältin, Mediatorin und ehemalige Präsidentin des Appellationsgerichts Basel-Stadt.

USA und Partner verurteilen Cyberaggressionen

Chinas Hacker werden immer dreister

MARIE-ASTRID LANGER, SAN FRANCISCO

Für einmal spricht die westliche Welt mit einer Stimme. In nie gesehener Einigkeit haben am Montag die USA, die Nato, die EU und zahlreiche Partnerländer die chinesische Aggression im Cyberspace öffentlich verurteilt. Washington und das transatlantische Bündnis gingen sogar so weit, das Ministerium für Staatssicherheit erstmals als Strippenzieher einer Hackerattacke zu bezeichnen, nämlich als Auftraggeber hinter dem Angriff auf Microsofts E-Mail-Server Anfang des Jahres. Auch Deutschland, das sonst punkto China oft andere Meinungen vertritt als Washington, schloss sich der Stellungnahme an.

Chinas Aggressionen im Cyberspace sind seit Jahren ein Problem. Firmen weltweit beklagen Pekings Spionage, besonders im Innovationsmekka Silicon Valley zittern Startups aus Angst vor dem Diebstahl geistigen Eigentums. 2014 erbeuteten chinesische Hacker bei einem Angriff die persönlichen Daten von mehr als 22 Millionen amerikanischen Regierungsangestellten und ihren Verwandten – ein Goldschatz für Pekings Nachrichtendienste und eine Blamage für Washington. Seitdem sind Chinas Hacker immer aktiver und dreister geworden. Fast täglich machen Ransom-

ware-Angriffe gegen Spitäler, Energieversorger und Polizeibehörden in den USA Schlagzeilen. Diese führen Experten nicht nur, aber auch auf chinesische Akteure zurück. Auch die Schwere der Attacken nimmt zu. Im Fall des Angriffs auf den E-Mail-Server von Microsoft interessierten sich die Hacker zwar nur für eine Handvoll von Zielen, nahmen aber als Kollateralschaden in Kauf, dass mehr als 140 000 kleine und mittelständische Betriebe weltweit verwundbar wurden.

Anders als seine Vorgänger hat Präsident Joe Biden die Cybersecurity zur Priorität erklärt, ähnlich wie die Migration und die Bekämpfung der Pandemie. Wie bei anderen geopolitischen Konflikten ist es begrüssenswert, dass Washington dabei nicht im Alleingang, sondern koordiniert mit Partnerländern vorgeht. Chinas «unverantwortliches Verhalten im Cyberspace», so prangerte die amerikanische Regierung am Montag Peking an, sei nicht konsistent mit dem eigenen Anspruch, «als verantwortungsvolle Führungsmacht in der Welt wahrgenommen zu werden».

Doch was nützen schöne Worte? Einen solchen Widerspruch kann sich Peking offenbar erlauben, da es die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt ist und noch dazu einige der besten Hacker hat. Die USA sind ein besonders verlockendes Ziel für

Cyberkriminelle. Das Land ist stark technologisiert, gleichzeitig sind viele Infrastruktursysteme veraltet und voller Sicherheitslücken. Amerikas Föderalismus hat einen Flickenteppich aus Vorschriften gewebt und lähmt den Staat dabei, auf Angriffe schnell zu reagieren. Hinzu kommt die typische Schwachstelle einer jeden Demokratie: die Meinungsfreiheit, sprich die Medien und die sozialen Netzwerke, die viel Angriffsfläche bieten für «softe Cyberangriffe».

Anders als gegen Russland, das diese Schwachstellen ebenfalls gezielt ausnutzt, lässt Washington jedoch gegen China keine Taten folgen. Es werden weder Sanktionen gegen Peking verhängt noch Diplomaten des Landes verwiesen, noch Einreiseverbote für Regierungsmitglieder erlassen oder Konten eingefroren. Bei Hackerangriffen messen die USA mit zweierlei Mass. Auch die Partnerländer schrecken davor zurück, im Cyberspace rote Linien zu ziehen und sich selbst aggressiver gegen China zu verteidigen. Zu gross ist die Furcht, den Zugang zum dortigen Markt mit 1,4 Milliarden Konsumenten zu verlieren. Man fragt sich unwillkürlich, wie weitreichend die Cyberangriffe noch werden müssen, damit Amerika und seine Partner auf Pekings Aktivitäten nicht nur Worte, sondern auch Taten folgen lassen.



ZUGESPITZT

Mit kurzen Hosen auf Staatsbesuch

PAUL JANDL

Politiker und Katastrophen: eine Katastrophe! Und dann sind ja auch immer die Kameras dabei. Der lachende Laschet ist nur der jüngste Fall. Erst das Hochwasser zwischen Rhein und Donau weglachen und dann selbst Wasser bis zum Hals. Politisch gesehen. Vier Jahre ist es her, dass Donald Trump den Hurrikan-Opfern von Puerto Rico Küchenrollen zugeworfen hat. Es gibt Bilder davon. Auch von Silvio Berlusconi zwischen Notzelten in einem Erdbebengebiet gibt es Bilder: Man müsse das alles wie ein Campingwochenende nehmen.

Apropos nehmen: Einen «blitzschnellen Augenblick des Gebens und Nehmens» hat der berühmte Meister Henri Cartier-Bresson das Zeitfenster genannt, in dem die Fotografie den Menschen in die Seele schaut. Den Politikern schauen die Kameras oft besonders tief in die Seele. Es ist dann weniger ein nobles Geben. Es ist ein Bild, das die Politiker abgeben. Kein schönes. Die Fotografen tragen «die flüchtige Beute» (Cartier-Bresson) zufrieden in ihre Redaktionen, und anderntags gehen die Bilder um die Welt. Zur Freude vieler und zum Missfallen mancher.

Es gibt moralische Toilettenfehler und andere. Für beides gilt, was der ehemalige deutsche Kanzler Helmut Schmidt gesagt hat: «In der Krise beweist sich der Charakter.» Ein österreichischer Aussenminister ist vor allem darum in öffentlicher Erinnerung geblieben, weil er bei einem Staatsbesuch im heissen Land Jordanien zu kurzen Hosen und weissen Tennissocken griff. In seiner sportlichen Umhängetasche waren bilaterale Verträge über den Handel mit Grünem Veltliner und Erdöl. Würdevoll schritt der Minister neben seinen jordanischen Kollegen einher, als trüge er Zweireiher und Fiakerschlips.

Dort, wo selbst eine Königin in Strümpfen geht, in einer Moschee, tat selbiges einst auch die englische Queen. In Strümpfen stand sie vor dem Grab des verstorbenen Herrschers in der Scheich-Zayed-Moschee. Das feine Gespinst der hoheitlichen Beinbekleidung allerdings hatte ein unfeines Loch. Es blitzte die Haut der Königin, und die Fotografen blitzten zurück. Noch besser war nur der Auftritt des Weltbank-Chefs und Politikers Paul Wolfowitz in einer Moschee: zwei Löcher in zwei Socken! Hatte der Mann kein Geld für neue?

Merke: Es gibt solche und solche von Fotografen festgehaltene Pannen. Eine fadenscheinige Politik hat Löcher, gegen die die Löcher in fadenscheinigen Socken gar nichts sind. Das muss ab und zu auch einmal gesagt sein.

Aktivere Aufklärung nötig

Nichtimpfen ist unsolidarisch

PETER A. FISCHER

Was für eine Freude! Der Sommer ist da und kann wieder einigermaßen unbeschwert genossen werden. Eine Corona-Impfung schützt zwar nicht hundertprozentig vor einer Ansteckung. Sie verhindert aber mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit schwere Krankheitsverläufe. Und sie vermindert das Risiko sehr stark, jemand anderen anzustecken. Zumindest solange keine neue Variante dieses Bild ändert, wird Sars-CoV-2 damit für die Geimpften zu einem Krankheitserreger, mit dem es nicht leichtfertig umzugehen gilt, der aber auch kein Grund mehr ist zur Panik.

Dennoch macht sich manchenorts wieder Angst breit. Denn gegenwärtig steigen in vielen Ländern – auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz – die Fallzahlen von tiefem Niveau aus stark an. Das hat mit der noch immer grossen Zahl von Ungeimpften zu tun. Da unter den Risikogruppen bereits viele geimpft sind, schlägt dies bis jetzt zum Glück erst unwesentlich auf die Zahl der Hospitalisationen und Todesfälle durch. Dennoch stellt sich die bange Frage, was passieren wird, sollte das Virus wieder allgegenwärtig werden und das Gesundheitssystem erneut unter Druck geraten.

Eine solche Situation gilt es zu verhindern. Das ist möglich, wenn sich jede und jeder impfen lässt,

der kann. Man schützt damit sich selbst und alle anderen auch davor, mit einem akuten medizinischen Problem auf ein überlastetes Gesundheitssystem zu treffen. Sich nicht impfen zu lassen, ist hingegen unsolidarisch und egoistisch. Die Gesellschaft als Ganzes hat ein grosses Interesse an einer möglichst hohen Impfquote. Wie wir gerade leidvoll erfahren haben, sind pandemische Zustände mit enormen Einbussen an Lebensqualität und auf Dauer untragbar hohen Kosten verbunden.

Ein staatlicher Impfwang ist dennoch nicht zielführend. Er passt nicht in eine liberale Gesellschaft mündiger Bürger. Nachvollziehbar wäre es hingegen, wenn sich ein privates Alters- und Pflegeheim dazu entschliessen sollte, nur noch Geimpfte anzustellen, um sich vor dem Vorwurf zu schützen, die Heimbewohner willentlich einer Ansteckung auszusetzen. Oder wenn ein Klub seine Türen nur noch Geimpften oder frisch Getesteten öffnet, um nicht plötzlich zu einem Infektionsherd zu werden. Das wären Risikoabwägungen, die den einzelnen Unternehmen überlassen bleiben müssen.

Die öffentliche Hand sollte mehr tun, um die Impfbereitschaft zu erhöhen. Wichtig wäre eine aktivere Aufklärung, wieso es gerade jetzt wichtig ist, sich impfen zu lassen. Auch ohne Zwang könnte das Impfen erleichtert und gefördert werden: Wieso nicht allen Ungeimpften einen Impf-

termin vorschlagen oder an vielbesuchten Orten zu spontanem Impfen aufrufen? Auch Erleichterungen beim Reisen, die Befreiung von Test- und Quarantänepflichten oder exklusive Zugänge zu gewissen Anlässen bieten sich an. Sogar monetäre Impfanreize liessen sich ökonomisch rechtfertigen.

Zwar muss in einer freien Gesellschaft jeder das Recht haben, sich nicht impfen zu lassen. Er sollte dafür aber auch die Konsequenzen tragen müssen. Regelmässige Grattistests haben sich als wichtiges Mittel erwiesen, um die Ausbreitung des Virus unter Kontrolle zu halten. Doch für gewisse Reisen notwendige Tests sind richtigerweise bereits kostenpflichtig. Auch für den Besuch von Konzerten und Grossveranstaltungen verlangte Tests könnten künftig zumindest mit einer Kostenbeteiligung verbunden werden.

Was aber, wenn das alles nichts hilft und es trotzdem zu einer bedrohlich grossen neuen Welle kommt? Die Vernünftigen können nicht ewig in Geiselhaft genommen werden. Es gälte, Verhältnismässigkeit zu wahren. Starke Zugangs- und Versammlungsbeschränkungen müssten dann wohl nur für Ungeimpfte eingeführt werden. Und im Gesundheitswesen könnte sich leider die Frage nach der Solidarität neu stellen. Mit zwei verantwortungsvollen Nadelstichen kann dem jetzt vorgebeugt werden.

Gutes Quartal für die Grossbank

Ansätze einer neuen UBS zu erkennen

ANDRÉ MÜLLER

Erneut überrascht die UBS positiv. Sie verdiente von April bis Juni 2 Milliarden Dollar, viel mehr als erwartet. Doch die Finanzanalytiker fragten den Bankchef Ralph Hamers sogleich: Habt ihr das selbst geschafft – oder hattet ihr Glück mit den Märkten? Sehen wir hier eine neue, profitablere UBS oder nur dieselbe alte Bank in neuen Kleidern? Diese Skepsis ist verständlich: Über Jahre wurden Optimisten, die auf eine gewinnträchtigere UBS hofften, immer wieder enttäuscht. Tatsächlich gibt es auch jetzt wichtige Helfer, die ihr 2021 kräftig unter die Arme gegriffen haben. Zunächst einmal die Zentralbanken, die in der Frühphase der Pandemie die Geldschleusen geöffnet hatten und sie seither nur zögerlich wieder schliessen.

Die vielen Dollar, Euro und Franken im System führten zwar dazu, dass die Zinsniveaus sanken, was die Banken grundsätzlich nicht mögen, weil ihre Zinsmarge darunter leidet. Doch verhinderte die Geldflut, erstens, zu Beginn eine noch schwerere Rezession und Zusammenbrüche wichtiger Märkte, die auch soliden Banken wie der UBS langfristige Probleme bereitet hätten. Diese Geldflut führte zweitens dazu, dass die Aktienpreise in ungeahnte Höhen kletterten.

Die vermögenden Kunden der UBS wurden so noch reicher, und die UBS verdient mehr Geld an und mit ihnen. Drittens investieren diese Kunden wegen der tiefen Zinsen mehr in sogenannte «alternative» Anlagen; etwa Anteile von Firmen, die nicht an der Börse gehandelt werden. Banken wie die UBS bieten teilweise exklusiven Zugang zu solchen Anlagen und verdienen gut an dieser Vermittlung. Hinzu kommen die grossen Stützungsprogramme der Staaten selbst: In vielen Ländern haben die Konsumenten deswegen mehr Geld in der Tasche als vor der Krise. Das hilft Banken wie der UBS in unterschiedlichsten Geschäftsfeldern, in der Schweiz etwa im Kreditkartengeschäft oder im Hypothekemarkt.

Doch die UBS hat strategisch auch einiges richtig gemacht. Etwa als Marktführerin in der wichtigen globalen Vermögensverwaltung: Die UBS nutzt ihre Grössenvorteile, um als Mittlerin ähnlich wie ein Grosshändler bessere Bedingungen für ihre eigenen Kunden herauszuholen; und in der Folge weiter kräftig zu wachsen. Zudem bringt sie ihre Kundschaft dazu, mehr Kredite aufzunehmen und mehr in Anlageprodukte zu investieren, statt das Vermögen einfach auf dem Konto liegenzulassen. Das gilt offenbar auch im Schweizer Geschäft, wo die breitflächige Einführung von Negativzinsen

für Sparer der Profitabilität offenbar nicht geschadet hat. Zu guter Letzt hat die UBS ihre Kosten einigermaßen im Griff. Die Umbaukosten des anrollenden Sparprogramms verschieben sich zwar nach hinten, sind also nur aufgeschoben. Viel wichtiger aber: Die UBS musste von April bis Juni weder eine grosse Busse zahlen, noch hatte sie einen gewichtigen Abschreiber zu verzeichnen. Solche «idiosynkratischen Risiken», wie sie die Banken gern nennen, können ein komplettes gutes Geschäftsjahr zunichtemachen; wie ein Blick auf die Konkurrentin Credit Suisse zeigt. Auch das UBS-Resultat wurde im Frühjahr durch einen 800 Millionen Dollar grossen Abschreiber wegen des Hedge-Fund Archegos eingetrübt. Diese Scharte hat die UBS finanziell aber bereits ausgewetzt.

Das «Momentum», über das sich Hamers an der Präsentation der Quartalszahlen freute, kann schnell wieder vergehen. Etwa dann, wenn die Bank ihren milliardenschweren Rechtsfall in Frankreich verlieren sollte. Oder wenn sich die juristischen Schwierigkeiten, die der Bankchef selbst in den Niederlanden zu bewältigen hat, akzentuieren sollten. Auch Vorsicht bei der Vergabe von Krediten und bei der Auswahl von Geschäftspartnern bleibt wichtig. Der nächste Fall Archegos lauert sonst stets hinter der nächsten Ecke.

REFORMSTAU ÜBERWINDEN

Die Grenzen der direkten Demokratie

Die chronischen Blockaden in der Altersvorsorge liefern ein Lehrstück über das Funktionieren der Politik

HANSUELI SCHÖCHLI

«Die Welt muss für eine nachhaltige Klimapolitik den CO₂-Ausstoss deutlich reduzieren.» Diesen Satz würden die meisten Klimaforscher und wohl auch die Mehrheit der Bürger in der Schweiz unterschreiben. Auch in der Altersvorsorge stellt sich die gleiche Kernfrage wie in der Klimapolitik: Welche Hypothesen will man den Jüngeren und Ungeborenen hinterlassen? Das zentrale Element eines nachhaltigen Systems der Altersvorsorge liegt im Prinzip auf der Hand: Das ordentliche Rentenalter ist mit der Lebenserwartung zu verknüpfen. Doch Mehrheiten gab es für diesen Grundsatz in der Schweiz bisher nicht.

Bei der Einführung der AHV 1948 lebten 65-Jährige im Mittel noch knapp 14 Jahre, zurzeit liegt die Restlebenserwartung für 65-Jährige bei über 23 Jahren – also etwa 70% höher als damals. Das ordentliche Rentenalter ist heute aber nicht höher als 1948. Bei den Frauen ist es mit 64 sogar ein Jahr tiefer als damals. Eine generelle Erhöhung des ordentlichen Rentenalters, so geht der Refrain seit Jahrzehnten, «ist nicht mehrheitsfähig». Die Angleichung des Frauenrentenalters an jenes der Männer steht mit der laufenden AHV-Revision zur Diskussion, doch sogar diese ist noch umstritten.

Das Pyramidensystem

Die AHV ist ein Pyramidensystem; die heutigen Erwerbstätigen finanzieren die heutigen Rentner, und die Rentner von morgen sollen durch die Erwerbstätigen von morgen finanziert werden. Das funktioniert gut, solange die Löhne stark wachsen und die Erwerbsbevölkerung im Vergleich zur Rentnerbevölkerung genügend gross ist. Diese Bedingungen waren lange Zeit erfüllt, doch das Bild hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Die Löhne wachsen weniger als in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, und vor allem sinkt die Zahl der Erwerbstätigen pro Rentner. 1948 kamen gemessen an der Entwicklung der Altersgruppen 20–64 und 65+ etwa sechs Erwerbstätige auf einen Rentner, zurzeit sind es noch etwa drei, und in 15 bis 20 Jahren werden es laut dem Hauptszenario der Statistiker nur noch etwa zwei sein.

Will man die AHV trotzdem im finanziellen Gleichgewicht halten, gibt es zwei Grundvarianten: Zusatzeinnahmen oder Ausgabenkürzungen. Realistisch dürfte am Ende nur eine Kombination diverser Massnahmen sein. Der politische Trend war bisher aber klar: Je näher eine Massnahme an die Generationengerechtigkeit im Sinne der Gleichbelastung aller Generationen herankommt, desto unpopulärer ist sie. Der Generationengerechtigkeit am nächsten käme eine Senkung der nominalen Jahresrenten oder mindestens der Verzicht auf Erhöhungen. Doch obwohl dies in gewissem Ausmass für die meisten Rentner verkraftbar wäre und man die Ärmsten durch Erhöhung der Ergänzungsleistungen entschädigen könnte, ist die Sache ein politisches Tabu. Nicht mehr tabu, aber noch nicht ganz salonfähig ist die allgemeine Erhöhung des ordentlichen Rentenalters. Aus Sicht der Generationengerechtigkeit wäre auch dies noch eine relativ saubere Lösung, obwohl die Rentner ungeschoren davonkämen.

Die Jüngeren sollen zahlen

Doch politisch im Vordergrund standen bisher Zusatzeinnahmen durch höhere Bundessubventionen und Lohnbeiträge. Gemessen am 2019 vom Volk angenommenen Paket AHV/Firmensteuern und an den Diskussionen über die laufende AHV-Revision dürften insgesamt über 90% der geplanten finanziellen Verbesserungen für das Sozialwerk auf solche Zusatzeinnahmen ent-



Selbst wenn man sich auf den Kopf stellt: Irgendwann wird die Reform der Altersvorsorge unausweichlich sein.

GORAN BASIC/NZZ

fallen. Solche Massnahmen zahlen vor allem die Jüngeren. So muss zum Beispiel ein 20-Jähriger einen zusätzlichen Lohnabzug noch 40 bis 50 Jahre lang tragen, ein 60-Jähriger aber nur noch 5 Jahre lang.

Auch in der zweiten Vorsorgesäule – der beruflichen Vorsorge – ist Generationengerechtigkeit ein Fremdwort. Und dies, obwohl theoretisch in der zweiten Säule jeder Versicherte für sich selber spart. Die Praxis sieht schon lange anders aus. Gängig sind versteckte Quersubventionierungen von Jung zu Alt und von Gutverdienern zu Tiefverdienern. Die laufenden Renten sind gemessen an den Beiträgen insgesamt zu hoch. Gemäss der Oberaufsicht der beruflichen Vorsorge wurden seit 2014 pro Jahr im Mittel über 6 Mrd. Fr. von den Erwerbstätigen zu den Rentnern umverteilt. Hinzu kommt die ebenfalls systemfremde Umverteilung von «oben» nach «unten» via Unterschiede in der Rentenberechnung. Die vom Bundesrat 2020 vorgeschlagene Reform würde laut einer externen Studie die Umverteilung zulasten der Jüngeren sogar noch erhöhen.

Sechs Punkte für das Lehrbuch

Die Blockaden in der Altersvorsorge liefern viel Futter für politische Lehrbücher. Dies sei hier anhand von sechs Thesen ausgeführt.

■ **Vermischung von Umverteilungsströmen erschwert Lösungen.** Die Altersvorsorge hat vor allem zwei grosse Umverteilungsströme, die im Prinzip systemwidrig sind: von jüngeren zu älteren Generationen und von höheren zu tieferen Einkommen. Tendenz: Je stärker eine Reform die Generationengerechtigkeit wieder herstellen würde (durch Erhöhung des Rentenalters und/oder Senkung der Jahresrenten), desto mehr würde auch die Umverteilung von oben nach unten reduziert. Darum kämpft die politische Linke am stärksten gegen ein nachhaltiges System. Sie will in erster Linie eine möglichst starke Umverteilung von oben nach unten und akzeptiert die Ungerechtigkeiten zwischen den Generationen als Sekundäreffekt. Gäbe es in der Altersvorsorge gar keine Umverteilung von oben nach unten, wäre Generationengerechtigkeit politisch eher möglich. Selbst dann wäre die Sache aber nicht leicht. Denn Umverteilungen von Jung zu Alt sind für alle Volksparteien poli-

tisch attraktiv – wegen des hohen Gewichts der Älteren an der Urne und wegen der naturgemäss relativ geringen Sensibilisierung der Jüngeren für das Thema Altersvorsorge.

■ **Besitzstandwahrung über alles.** Man nehme an, jeder Pensionierte bekäme eine Rente von mindestens 10 000 Fr. pro Monat. Und der Bundesrat würde dann im Interesse der Nachhaltigkeit des Systems eine generelle Rentenreduktion um 5% vorschlagen, womit jeder immer noch mindestens 9500 Fr. pro Monat hätte. Der Aufschrei unter dem Titel «Sozialabbau» wäre gross. Das Rentenniveau ist natürlich in der Praxis meist weit unterhalb der genannten Marke, doch insgesamt ist der Lebensstandard der meisten Rentner in der Schweiz viel höher als früher und aus Sicht von 90% der Weltbevölkerung auf sündhaft hohem Niveau. Auf welchem Niveau man auch immer ist: Jeder Verlust bringt einen Aufschrei. Laut einer alten Erkenntnis aus Ökonomie und Psychologie ist der Frust über einen Verlust meist viel stärker als die Freude über einen gleich grossen Gewinn. Ein zentraler Grund mag in der Evolutionsbiologie liegen: Die meisten Menschen haben während eines Grossteils der Geschichte am Rand des Abgrunds gelebt – weshalb nur schon kleine Einbussen eine existenzielle Gefährdung bedeuten könnten. In der heutigen Überfluggesellschaft Schweiz erscheint diese überragende Bedeutung der Besitzstandwahrung als grotesk, doch die Geschichte ist nicht so rasch von den Genen wegzubringen.

■ **Subventionen sind Drogen.** Dies hat direkt mit dem obigen Punkt zu tun. Sind Subventionen einmal gesprochen, bringt man sie fast nicht mehr weg – selbst wenn die ursprünglichen Gründe für die Subvention nicht mehr vorliegen. Das gilt für offizielle Subventionen, die direkt vom Staat kommen, aber auch für versteckte Quersubventionierungen einer Gruppe zulasten anderer Gruppen. Aus einer Gesamtsicht wäre deshalb für Subventionen das Gleiche zu beherzigen wie für den Konsum von Kokain, Heroin und anderen Drogen: Man überlege sich lieber fünfmal, bevor man mit so etwas anfängt.

■ **Profis verschleiern.** Aus Sicht von Lobbyisten sind die besten Subventio-

nen versteckt. Das System der Altersvorsorge ist wegen seiner Komplexität und zum Teil sehr langfristiger Folgewirkungen eine Einladung für Profilyobbyisten zur Zementierung von versteckten Umverteilungen. Die Verschleierung reduziert die Opposition, weil die Opfer gar nicht genau wissen, ob und allenfalls in welchem Umfang sie Opfer sind. Die Verschleierung erlaubt zudem den Profiteuren, sich selber und anderen vorzugaukeln, dass es gar keine Subventionen gebe und man somit alle Segnungen redlich selber verdient habe. So dürfte zum Beispiel wenig bekannt sein, dass die meisten AHV-Rentner ihre Rente nicht voll selber finanziert haben, sondern dass in vielen Fällen ein Drittel bis die Hälfte der Rente von anderen bezahlt wird – von Jüngeren und von den 10 bis 20% Reichsten. Das fördert noch zusätzlich die Anspruchshaltung sowie die Weigerung, auf Pfründen zu verzichten.

■ **Folgegenerationen interessieren uns eher wenig.** Die Menschen haben eine grosse Opferbereitschaft für ihre eigenen Kinder; dafür sorgen die Gene. Doch die Opferbereitschaft gegenüber einer anonymen und schwer definierbaren Masse namens «Folgegenerationen» ist stark beschränkt. Das beschränkt den politischen Druck, in der Altersvorsorge den Jüngeren und Ungeborenen möglichst keine Hypotheken zu hinterlassen. Das gilt im Prinzip auch für die Klimapolitik bei Vorschlägen, die direkt das Portemonnaie der heutigen Generationen treffen. Die direkte Demokratie hat viele Vorzüge. Doch auch sie stösst an ihre Grenzen, wenn zwischen dem Zeitpunkt des Entscheids und den Folgen Jahrzehnte vergehen können und die Kosten-Nutzen-Abwägung zwischen den Generationen sehr ungleiche Saldi bringt.

■ **Ausreden sind willkommen.** Es geht den Menschen nicht nur ums Geld. Man will typischerweise auch als «fair» wahrgenommen werden und sich selber so sehen. Die wenigsten wollen hören, dass sie sich um das Schicksal von künftigen Generationen füttern. Darum gibt es eine starke Nachfrage nach Ausreden für das Beharren auf dem Status quo und ein ebenso starkes Angebot. Zu den Klassikern in der Altersvorsorge gehört etwa die Behauptung, dass es keine Umverteilungen von Jung zu Alt gebe oder dass solche Umverteilungen in der Natur des Systems lägen. Beliebte ist auch die Behauptung, dass eine Erhöhung des Rentenalters nur mehr Arbeitslose produziere, weil der Arbeitsmarkt eine solche Erhöhung nicht verdauen könne. Solche Schutzbehauptungen sind zwar falsch. Aber das ändert nichts an ihrer Beliebtheit, weil sie nicht schon auf den ersten Blick völlig unplausibel erscheinen.

Ohne Patentrezept

Patentrezepte gegen die genannten Phänomene gibt es nicht. Zu den genannten Vorschlägen aus der internationalen Literatur und Praxis gehören etwa ein Verfassungsartikel zugunsten künftiger Generationen oder die Bildung eines «Zukunftsgremiums» als Lobbyist für die Folgegenerationen. Ob dies viel nützen würde, erscheint eher zweifelhaft. Die auch schon genannte Idee einer höheren Stimmgewichtung der Jungen brächte derweil neue Probleme. Eher erfolgversprechend erscheint das Verankern von Nachhaltigkeitsgrundsätzen wie etwa einer Schuldenbremse für den Staatshaushalt oder die AHV. Solche Grundsätze mögen eher mehrheitsfähig sein als konkrete Beschlüsse für Sparprogramme oder ein höheres Rentenalter. Dennoch lassen in der Altersvorsorge der Schweiz solche Grundsätze immer noch auf sich warten. Am Ende mag die vielleicht wichtigste Massnahme die banalste sein: Aufklärung. Immer wieder.

REFORMSTAU ÜBERWINDEN

Wer sind die Bremser?

Der Druck auf den Schweizer Wirtschaftsstandort nimmt zu. Als Reaktion auf das Scheitern des Rahmenabkommens stellen wir uns den Fragen: «Wieso gelingt uns nicht mehr aus eigener Kraft? Wer sind die Reformbremser?» Die Serie erscheint zehn Mal jeweils mittwochs. Am 28. Juli lesen Sie, wer den überfälligen Reformen in der Agrarpolitik und dem Lebensmittelhandel im Wege steht. Alle Artikel der Serie finden sich unter

NZZ nzz.ch/wirtschaft/reformstau

RICHEMONT

NOTICE OF MEETING

The Annual General Meeting ('AGM') of shareholders of Compagnie Financière Richemont SA (the 'Company') will be held at 10.00 a.m. at the registered office of the Company, Chemin de la Chênaie 50, 1293 Bellevue, Geneva, Switzerland on Wednesday, 8 September 2021.

AGENDA

- 1. Annual Report**
The Board of Directors proposes that the General Meeting, having taken note of the reports of the auditor, approve the consolidated financial statements of the Group, the financial statements of the Company and the directors' report for the business year ended 31 March 2021.
- 2. Appropriation of profits**
On 31 March 2021, the retained earnings available for distribution amounted to CHF 6 237 503 256. The Board of Directors proposes that a dividend of CHF 2.00 be paid per Richemont share. This is equivalent to CHF 2.00 per 'A' registered share in the Company and CHF 0.20 per 'B' registered share in the Company. This represents a total dividend payable of CHF 1 148 400 000, subject to a waiver by Richemont Employee Benefits Limited, a wholly owned subsidiary, of its entitlement to receive dividends on an estimated 8 million Richemont 'A' shares held in treasury. The Board of Directors proposes that the remaining available retained earnings of the Company at 31 March 2021, after payment of the dividend, be carried forward to the following business year.
- 3. Release of the Board of Directors and the Members of the Senior Executive Committee**
The Board of Directors proposes that its members and the members of the Senior Executive Committee be released from their liabilities in respect of the business year ended 31 March 2021.
- 4. Election of the Board of Directors and its Chairman**
The Board of Directors proposes that the following members be re-elected on an individual basis to serve for a further term of one year:
4.1 Johann Rupert as a member and as Chairman of the Board in the same vote, 4.2 Josua Malherbe, 4.3 Nikesh Arora, 4.4 Clay Brendish, 4.5 Jean Blaise Eckert, 4.6 Burkhardt Grund, 4.7 Keyu Jin, 4.8 Jérôme Lambert, 4.9 Wendy Luhabe, 4.10 Ruggero Magnoni, 4.11 Jeff Moss, 4.12 Vesna Nevistic, 4.13 Guillaume Pictet, 4.14 Maria Ramos, 4.15 Anton Rupert, 4.16 Jan Rupert, and 4.17 Gary Saage.
- 5. Election of the Compensation Committee**
The Board of Directors proposes the re-election, on an individual basis, of: 5.1 Clay Brendish, 5.2 Keyu Jin, 5.3 Guillaume Pictet and 5.4 Maria Ramos to the Compensation Committee for a term of one year. If he is re-elected, then Clay Brendish will be appointed Chairman of the Compensation Committee.
- 6. Re-election of the Auditor**
The Board of Directors proposes that PricewaterhouseCoopers SA be reappointed for a further term of one year as auditor of the Company.
- 7. Re-election of the Independent Representative**
The Board of Directors proposes the re-election of the firm Etude Gampert Demierre Moreno, Notaires, as independent representative of the shareholders for a term of one year.
- 8. Votes on the aggregate amounts of the compensation of the Board of Directors and the Executive Management**
 - 8.1 Approval of the maximum aggregate amount of compensation of the members of the Board of Directors**
The Board of Directors proposes the approval of a maximum aggregate amount of compensation of CHF 8 100 000 for the members of the Board of Directors for the period from the closing of this AGM through to the 2022 AGM.
The proposed amount includes fixed compensation, attendance allowances and employers' social security contributions.
 - 8.2 Approval of the maximum aggregate amount of fixed compensation of the members of the Senior Executive Committee**
The Board of Directors proposes the approval of a maximum aggregate amount of the fixed compensation of CHF 6 600 000 for the members of the Senior Executive Committee for the business year ended 31 March 2023.
This maximum amount includes fixed compensation and employers' social security contributions.
 - 8.3 Approval of the maximum aggregate amount of variable compensation of the members of the Senior Executive Committee**
The Board of Directors proposes the approval of the aggregate variable compensation of the members of the Senior Executive Committee in an amount of CHF 14 905 000 for the business year ended 31 March 2021. The components of the variable compensation, which includes short and long term incentives, are detailed in the Company's Compensation Report and include employers' social security contributions.

The financial statements of the Group and of the Company, the directors' report, the compensation report, the related reports of the auditor for the year ended 31 March 2021, which are all contained in the Richemont Annual Report and Accounts 2021, will be available for inspection at the registered office of the Company by 18 August 2021 onwards. Printed versions of all such documents will be sent to shareholders upon request. The Richemont Annual Report and Accounts 2021 is also available on the Company's website at www.richemont.com/en/home/investors/results-reports-presentations/.

Pursuant to Article 27 of the Ordinance 3 of the Swiss Federal Council 'on Measures to Combat the Coronavirus (COVID-19)' of 19 June 2020, shareholders will not be allowed to attend the meeting in person, and will be required to exercise their rights through the Company's independent representative.

Shareholders entered in the share register, with the right to vote, by Monday, 30 August 2021 at 5.00 pm, are entitled to exercise their rights at the Annual General Meeting. Shareholders registered by that date will receive their proxy cards (by priority mail). The duly completed proxy card or a corresponding notification must reach either the Company's registrar, Computershare Schweiz AG ('Computershare'), Baslerstrasse 90, P.O. Box, 4601 Olten, or the independent representative of the shareholders, the firm Etude Gampert Demierre Moreno, Notaires, 19 rue Général-Dufour, case postale 5326, 1211 Geneva 11, Switzerland, not later than Friday, 3 September 2021. Proxy forms or notifications arriving after that date will not be taken into consideration.

Compagnie Financière Richemont SA further provides the possibility to shareholders to vote online. Shareholders may digitally dispatch their voting instructions to the independent representative using Computershare's gvote portal. Personal log-in keys and detailed instructions regarding the portal will be sent with the invitations to the AGM.

Personal data processing

Shareholders are informed that the Company, as controller, processes the personal data of the shareholders (name, address, contact details, number of shares held, voting instructions) in the context of the meeting in accordance with applicable data protection laws. The Company processes such personal data in order to comply with the legal obligation of holding such a meeting. Such personal data will be used for the purposes of analysing and administering the attendance and voting process in connection with the meeting, as set out in this convening notice, and will be transferred to third parties assisting in the administration of the voting process. You have the right to ask for access to any information that we hold about you and to correct any inaccuracies. For further details on how we process your information and for details of who you can contact for further information or to exercise your rights, please refer to the Privacy Policy found at www.richemont.com/.

For the Board of Directors:

Johann Rupert
Chairman

Burkhardt Grund
Chief Finance Officer

Bellevue, Geneva, 21 July 2021

Veranstaltungen

KUNSTHAUS ZÜRICH

GIACOMETTI NEU ENTDECKT

Besuchen Sie die Dauerpräsentation der Werke von Alberto Giacometti. Es ist die grösste, die das Kunsthaus je zu diesem Künstler realisiert hat. Mit spannenden Wechselbezügen zu Werken von Freunden und Zeitgenossen wie Ernst, Miró, Derain u.a.

Alberto Giacometti – immer einen Besuch wert.

Fr/Sa/Di 10–18 Uhr, Mi–Do 10–19 Uhr. So/Mo geschlossen.
Heimplatz 1, 8001 Zürich, www.kunsthhaus.ch, Tel. 044 253 84 84



Wissen wer baut.
Wissen wer was baut.
Wissen wer was wann baut.

Mit Bindexis finden Sie alle Bauvorhaben der Schweiz und erreichen deren Entscheider.

www.bindexis.ch

NZZ

Unsere E-Paper:
Viel Lesestoff. Wenig Gewicht.

Beim Digital Plus
und Print & Digital
Abo inklusive

NZZ-E-Paper-App
jetzt herunterladen:



Die europäischen Gäste kehren zurück

Viele inländische Touristen verzichten erneut auf Ferien im Ausland und retten die Schweizer Sommersaison

FLORIAN SELIGER

Weniger Corona-Einschränkungen und mehr Geimpfte: Der Schweizer Tourismus kann zum Sommerbeginn aufatmen. Insbesondere der Hotellerie geht es deutlich besser als im Vorjahr; das geht aus Echtzeitdaten zur Schweizer Wirtschaft hervor. Zwar zieht es viele inländische Touristen nach den verordneten Bergferien vom Vorjahr nun wieder ans Mittelmeer. Doch entgegen den vielen Medienberichten über die Sehnsucht nach Ferien am Meer bleiben viele inländische Touristen auch in diesem Sommer der Schweiz treu und retten somit erneut die Sommersaison.

Die Echtzeitdaten, die das belegen, stammen aus dem Projekt «Monitoring Consumption Switzerland». Ein Team rund um Ökonomen der Universität St. Gallen erhebt hierfür in Zusammenarbeit mit den Zahlungsdienstleistern SIX und Worldline Daten auf Tagesbasis, wie viel Geld die Schweizer sowie ausländische Gäste mittels Debit- und Kreditkarten und mobilen Zahlungen ausgeben und zum Teil auch wie viel Bargeld sie an Automaten abheben. Gemäss diesen Daten liegen die Umsätze in der Hotellerie bereits wieder bei 90% des Niveaus von 2019. Davon kamen 66% in der Woche vom 5. bis 11. Juli 2021 von inländischen Gästen. Da vor Jahresfrist noch viele Reiseeinschränkungen galten und die Corona-Pandemie Touristen von Reisen ins Ausland abhielt, hatte der Anteil der Inländer an den Hotelausgaben damals noch bei stolzen 79% gelegen.

Verschiebung der Gästegruppen

Umgekehrt heisst das, dass zumindest ein Teil der internationalen Gäste in die Schweizer Hotels zurückgekommen ist. Der Anteil der ausländischen Gäste an den Hotelausgaben stieg von 21% im Vorjahr auf nun 34%. Trotz dieser Erholung fehlen immer noch viele internationale Reisende. 2019, im Jahr vor der Corona-Pandemie, hatte ihr Anteil bei den Hotelausgaben noch bei stolzen 61% gelegen.

Unter dem Strich zeigt sich eine Verschiebung der Gästegruppen: Während die Europäer zurückkommen, fehlen die Touristen aus Asien nach wie vor. 38% der Ausgaben der Ausländer kommen derzeit von Reisenden aus den Nachbarländern und 21% von Gästen aus Grossbritannien und den Niederlanden. Aus den USA und aus China finden weiterhin nur wenige Menschen den Weg in die Schweiz. Damit setzt sich der Trend aus dem Vorjahr fort, dass eher nahe gelegene Ziele besucht werden. Tatsächlich melden Fachleute von Schweiz Tourismus zweistellige Logiernächte-Wachstumsraten aus den Nachbarländern. Der Trendbruch wird vor allem im Vergleich mit dem Jahr 2019 deutlich: Vor der Krise war die Schweiz bei chinesischen Gästen sehr beliebt. Sie gaben ungefähr gleich viel Geld aus wie die Reisenden aus allen Nachbarländern zusammen. Der Einbruch bei den Gästen aus Asien ist für die Wirtschaft also immer noch schmerzlich.

Der Flugverkehr zieht an

Insgesamt sind die Ausgaben der Ausländer in der Schweiz in den vergangenen Wochen deutlich angestiegen. Sie machen nun zwischen 8 und 9% aller Ausgaben mit Bank- und Kreditkarten und mobilen Zahlungen aus. Zu Beginn des Jahres lag der Anteil noch bei 5%. Da weiterhin wichtige Besuchergruppen aus Asien sowie Geschäftsreisende wegbleiben, ergibt sich aber immer noch eine grosse Lücke von zirka 7 Prozentpunkten gegenüber dem Vorkrisenniveau. Hotellerieisuisse bestätigt auf Anfrage: «Das Rückgrat der Branche bleiben auch diesen Sommer klar die einheimischen Touristinnen und Touristen.» Während sich die Tourismusbetriebe in den alpinen Regionen durchaus optimistisch zeigten, sehe die Situation in den Städten wegen des ausbleibenden Über-

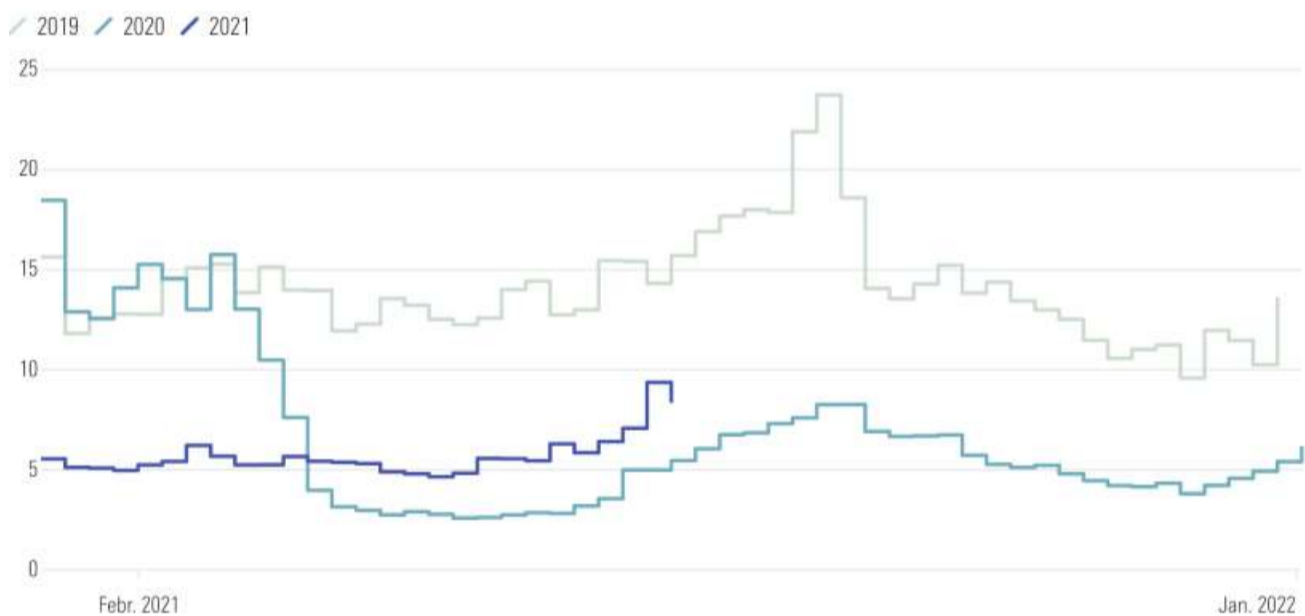


Touristen aus den USA und China sind sowohl auf dem Säntis als auch im Rest der Schweiz weiterhin selten.

BENJAMIN MANSER / TBM

Die Ausgaben der Ausländer steigen deutlich an

Ausgaben von Ausländern in der Schweiz pro Woche, in Prozent aller Ausgaben mit Bank- und Kreditkarten sowie mobilen Zahlungen



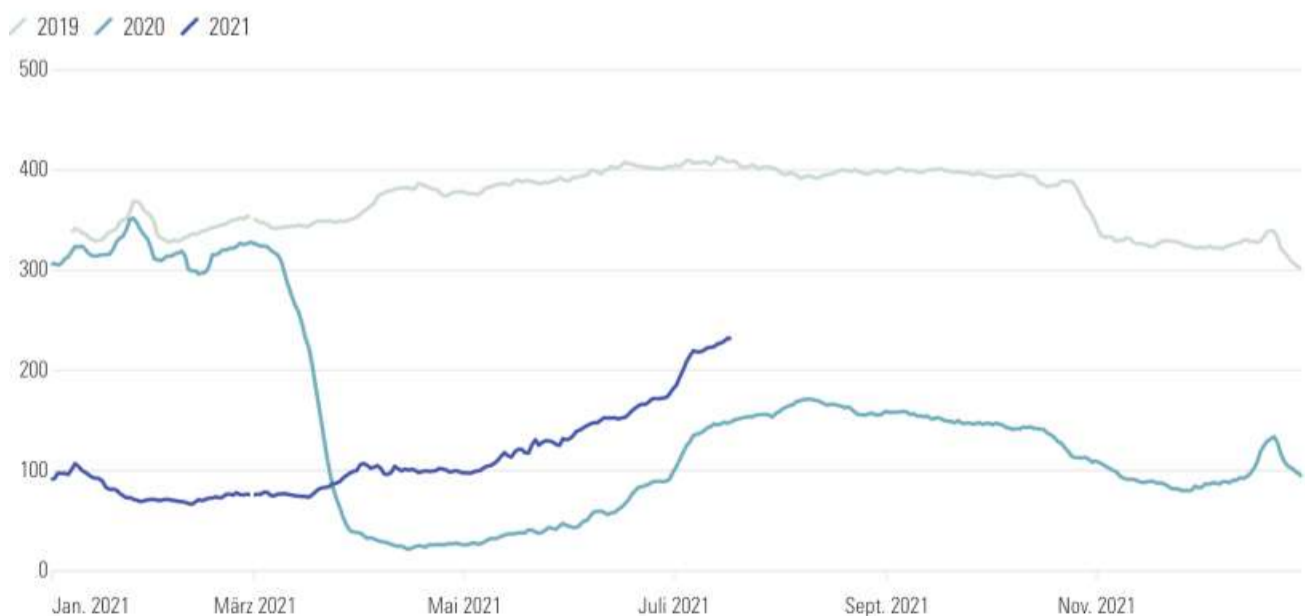
Vorjahresvergleiche werden dadurch erschwert, dass seit Ausbruch der Corona-Krise mehr mit Karte als mit Bargeld bezahlt wird. Dieser Effekt dürfte den Kartenumsatz geschätzt um bis zu 20% erhöhen.

QUELLE: MONITORING CONSUMPTION SWITZERLAND

NZZ / fsi

Deutliche Zunahme der Abflüge aus Zürich

Tägliche Abflüge vom Flughafen Zürich, gleitender 7-Tage-Durchschnitt



QUELLEN: FLUGHAFEN ZÜRICH, KDF

NZZ / fsi

see- sowie Geschäftstourismus schwieriger aus.

Die Schweizer zieht es momentan vor allem nach Italien. Dort scheinen sie nachzuholen, was sie während der Corona-Pandemie verpasst haben, und geben grosszügig mehr Geld aus als in den Vorjahren. Etwas verhaltener entwickeln sich die Ausgaben der Schweizer in Deutschland und Österreich.

Auch bei den täglichen Abflügen und Ankünften am Flughafen Zürich zeigt sich eine deutliche Erholung. Die Flugbewegungen erreichen wieder mehr als die Hälfte des Niveaus von 2019. Dennoch bleibt weiterhin eine beträchtliche Lücke zur Vorkrisenzeit. Das internationale Reisegeschäft war während der Corona-Krise massiv eingebrochen, wie die Zahl der kommerziellen Flüge zeigt.

Während der ersten Lockdowns im Frühling 2020 gingen die Passagier- und Frachtflüge um drei Viertel zurück. Im Sommer 2020 setzte zwar eine Erholung ein, die weltweiten Flugbewegungen stagnierten jedoch auf niedrigem Niveau. Mittlerweile hat jedoch ein deutlicher Aufwärtstrend eingesetzt. Die Anzahl der täglichen Flüge beträgt international wieder 75% des Vorkrisenniveaus.

Shell legt gegen Klima-Urteil Berufung ein

Energiekonzern wehrt sich gegen angeordnetes CO₂-Reduktionsziel

(Bloomberg)/dho. · Das Bezirksgericht Den Haag hatte am 26. Mai überraschenderweise entschieden, dass der niederländisch-britische Öl- und Gasproduzent Royal Dutch Shell bis 2030 seine Kohlendioxidemissionen um 45% verglichen mit 2019 senken muss. Shell hat gegen das Urteil nun Berufung eingelegt, wie das Unternehmen am Dienstag mitteilt. «Wir stimmen zu, dass dringender Handlungsbedarf besteht, und wir werden unseren Übergang zu «netto null» beschleunigen», sagte der CEO von Royal Dutch Shell, Ben van Beurden. «Aber wir werden in Berufung gehen, denn ein Gerichtsurteil gegen ein einzelnes Unternehmen ist nicht effektiv.»

Das Urteil eines Richtertrios in Den Haag erging, nachdem «Milieudefense», der niederländische Arm von «Friends of the Earth», das Unternehmen wegen Verletzung der Menschenrechte verklagt hatte. Die Berufung könnte ihren Preis haben. Im derzeitigen Klima gibt es keine Garantie, dass das Urteil aufgehoben wird. Das niederländische Berufungsgericht hat Ende 2019 ein Urteil bestätigt, das die niederländische Regierung dafür verantwortlich macht, ihre Bürger nicht vor den schädlichen Auswirkungen der globalen Erwärmung zu schützen. Eine zweite Niederlage für Shell «würde es umso schwieriger machen, zu sagen, dass dies eine einmalige Entscheidung war, die auf spezifischen Fakten basierte und nicht auf einem weitreichenderen Urteil», sagte John McElroy, ein Partner bei der Anwaltskanzlei Hausfeld in London.

IN KÜRZE

Alstom steigert den Umsatz stärker als erwartet

(dpa) · Der französische Zug- und Bahntechnik-Hersteller Alstom sieht sich nach dem ersten Quartal seines Geschäftsjahres auf Kurs. Das Volumen der Bestellungen verdoppelte sich in den drei Monaten bis Ende Juni auf mehr als 6,4 Mrd. €, wie das Unternehmen mitteilte. Der Umsatz legte um rund ein Drittel auf 3,7 Mrd. € zu. Die Wachstumsraten sind dabei auf vergleichbarer Basis inklusive der vom kanadischen Unternehmen Bombardier übernommenen Zugsparte. Die aussergewöhnlich hohen Zuwachsraten lassen sich sowohl auf die niedrigen Vorjahreswerte im Corona-Jahr 2020 zurückführen als auch auf eine Reihe von Grossaufträgen. Allein der Rahmenvertrag für die dänischen Staatsbahnen hat ein Volumen von über 2,6 Mrd. €. Wie üblich weist Alstom bei der Vorlage der Quartalszahlen keine Gewinnkennziffer aus. Anfang Juli hatte Alstom seine Ziele für die kommenden vier Jahre vorgestellt. Demnach soll der Umsatz im Schnitt um 5% jährlich steigen und somit schneller als die Branche.

Cloud-Services von IBM werden rege nachgefragt

(dpa) · Der Computerkonzern IBM hat dank starker Nachfrage nach Cloud-Software und IT-Services ein Umsatzplus im zweiten Quartal verbucht. In den drei Monaten bis Ende Juni stiegen die Erlöse im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,4% auf 18,7 Mrd. \$, wie IBM am Montag nach US-Börsenschluss mitteilte. Damit schaffte der Konzern das stärkste Wachstum seit rund drei Jahren und übertraf die Markterwartungen. Trotz des Geschäftszuwachses sank der Quartalsgewinn aber um 2,6% auf 1,3 Mrd. \$. Analysten hatten mit einem stärkeren Rückgang gerechnet. IBM tat sich im Hardware-Kerngeschäft mit Servern und Grossrechnern zwar abermals schwer, dafür florierten die neueren Bereiche wie Cloud-Services, Analyticsdienste und künstliche Intelligenz.

Zum Glück sind wir der Natur entkommen

Die Industrialisierung hat den Hungersnöten in Europa ein Ende bereitet. Dennoch scheint die Ernährung heute problematischer zu sein als je zuvor. Die Geschichte eines zwiespältigen Fortschritts.



Jetzt
erhältlich

Hier bestellen:

6 Ausgaben im Abo zum
Spezialpreis von Fr. 68.60
go.nzz.ch/geschichte10
Tel. 044 258 10 00

Einzelausgabe für Fr. 23.–
shop.nzz.ch/geschichte

Die EU forciert den Kampf gegen Geldwäscherei

Keine grossen Bargeldtransaktionen und keine anonymen Überweisungen in Kryptowährungen mehr

CHRISTOPH G. SCHMUTZ, BRÜSSEL

Die Ermordung des Investigativjournalisten Peter de Vries in den Niederlanden hat ein Schlaglicht auf das schockierende Gebaren von Drogenbanden in Europa geworfen. Diesem Milieu ist gemein, dass die Kriminellen ihr dort verdientes Geld irgendwann im legalen Finanzsystem auftauchen lassen wollen. Europa rechnet mit einer Summe von rund 140 Mrd. €, was 1% des Bruttoinlandsproduktes der EU entspricht. Die EU-Kommission will Geldwäscherei mit verschiedenen am Dienstag vorgestellten Massnahmen deutlich schwieriger machen.

Zunächst einmal soll es künftig in der EU nicht mehr erlaubt sein, mit mehr als 10 000 € in bar einzukaufen. Das Hantieren mit Bündeln von Banknoten lässt sich weniger gut verfolgen als Banküberweisungen. Entsprechend beliebt ist Bargeld in der Unterwelt. Allerdings nutzen auch unbescholtene Bürger Banknoten und schätzen dabei die Tatsache, dass der Staat und verschiedenste Grossunternehmen ihnen in dem Fall nicht bei jeder Transaktion über die Schulter schauen können. Die Kommission ist der Meinung, dass die Summe genug gross ist, um die Funktion von Bargeld nicht grundlegend infrage zu stellen. Es gebe bereits in zwei Dritteln der 27 Mitgliedstaaten diesbezüglich Limiten. Nun will Brüssel eine einheitliche Grenze schaffen.

Anonyme Absender ade

Aber auch im Bereich von Kryptowährungen wie Bitcoin, Ethereum, Tether und Dogecoin schlägt die EU-Kommission wichtige Änderungen vor. So soll künftig die gesamte Branche unter das Geldwäschereigesetz fallen. Das bedeutet, dass alle Anbieter gewisse Sorgfaltspflichten bei der Annahme von Kunden erfüllen müssen. Anonyme Krypto-Portemonnaies soll es künftig keine mehr geben, so wie es in Europa Bankkonten auch nur noch unter Offenlegung der Identität gibt. Darüber hinaus müssen Anbieter von Kryptowährungen künftig dafür sorgen, dass bei jedem Transfer Absender und Empfänger eruiert sind. Damit sollen solche Übermittlungen herkömmlichen Banküberweisungen gleichgestellt werden. Brüssel hofft, dass Ermittler so einfacher verdächtige Transaktionen auffindig machen können.

Gleichzeitig will Brüssel Bitcoin & Co. damit aber auch einen ihrer wichtigsten Marktvorteile, die Anonymität, entziehen. Und der Vorstoss ordnet sich auch ein in einen Machtkampf zwischen den Hütern des traditionel-



Bargeld ist in der Unterwelt beliebt, weil es keine digitalen Spuren hinterlässt. Das will die EU-Kommission ändern. JENS SCHICKE/IMAGO

len Finanzsystems und ihren Herausforderern aus der digitalen Sphäre. So reagierten Kommission und Mitgliedstaaten pikiert und vorwiegend mit Ablehnung auf Vorstösse wie jenen des US-Konzerns Facebook, der mit Libra eine eigene digitale Währung schaffen wollte. Im Gegenzug tüfteln die Zentralbanken derzeit an eigenen Projekten, um die Digitalisierung nicht vollständig zu verschlafen.

Nach einer Reihe von Skandalen und Kritik vom EU-Rechnungshof wegen mangelnder Koordination und uneinheitlicher Umsetzung der Vorschriften will die Kommission auch die institutionelle Organisation der Geldwäschereibekämpfung in der EU umgestalten. Neu soll sich eine zentrale Behörde, die EU-Anti-Geldwäsche-Behörde (Amla), direkt um die Aufsicht der Banken mit dem grössten Geldwäscherisiko kümmern. Darüber hinaus soll sie die nationalen Aufsichtsbehörden koordinieren und gemeinsame, einheitliche Standards etablieren. Bisher wurde kritisiert, dass die Anwendung der betreffenden Vorschriften von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat stark variiere. Die Amla soll auch die Dienststellen koordinieren, die sich in den Ländern um die Untersuchen-

Die Schweiz liegt im guten Mittelfeld

Auf dem schweizerischen Finanzplatz ist die Bekämpfung der Geldwäscherei vergleichsweise früh zu einem wichtigen Thema geworden. Schweizer Banken spielten bei der Veruntreuung von Milliarden aus dem malaysischen Staatsfonds 1MDB eine zentrale Rolle und waren auch bei den Skandalen um den venezolanischen Erdölkonzern PDVSA und den halbstaatlichen brasilianischen Erdölkonzern Petrobras unrühmlich vertreten. Die Finanzmarktaufsicht (Finma) reagierte mit einer Verschärfung ihrer Aufsichtspraxis, die Branche erkannte das Reputationsrisiko für den Finanzplatz. Das Geldwäschereigesetz wurde mehrfach revidiert, um den internationalen Vorgaben der Financial Action Task Force zu genügen.

Geldwäscherei ist in der Schweiz einerseits ein strafrechtliches Delikt, das von den Strafbehörden geahndet und von einer zentralen Meldestelle bearbeitet wird. Andererseits bestehen besondere Abklärungs- und Meldepflichten für Finanzintermediäre. Diese werden durch die Finma und im Paraban-

sektor durch Selbstregulierungsorganisationen überwacht.

Die Schweiz kennt kein Verbot von Bargeldtransaktionen. Verschärfte Sorgfaltspflichten für Händler gelten bei Barzahlungen ab einem Betrag von (allenfalls auch kumuliert) 100 000 Fr. Der Vorschlag des Bundesrats, den Schwellenwert für Bargeldtransaktionen im Edelmetallhandel von 100 000 Fr. auf 15 000 Fr. zu reduzieren, hat diesen Frühling in der parlamentarischen Behandlung keine Mehrheit gefunden. Präzisiert wurde, wann Banken und Versicherungen einen Geldwäschereverdacht der Meldestelle mitteilen müssen. Dies ist der Fall, wenn sie einen begründeten Verdacht durch Abklärungen nicht ausräumen können.

Die Zahl der Verdachtsmeldungen von Finanzinstituten hat sich auf rund 8000 pro Jahr verachtacht, seit die Finma ihre präventive Aufsicht verstärkt hat. 2020 hat die Finma 207 Enforcementabklärungen zum Thema Geldwäscherei getätigt, 9 Enforcementverfahren eingeleitet und 22-mal Strafanzeige erstattet.

gen der Finanztransaktionen kümmern. In Deutschland handelt es sich dabei um die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen, in Österreich um die Geldwäscherei-Meldestelle.

Die neue Behörde soll spätestens 2026 aktiv werden und rund 250 Personen beschäftigen. Davon sind 100 Stellen für die Aufsicht von Geldwäschereirisiken im Bankensektor vorgesehen. Unter den Mitgliedstaaten ist bereits ein Wettbewerb entbrannt, wer denn die Amla bei sich beheimaten darf. An vorderster Front kämpfen Frankfurt und Paris um den Zuschlag. Während beispielsweise in Frankfurt schon die EZB ansässig ist, haben die Marktaufsichtsbehörde Esma und die Bankenaufsicht EBA ihren Sitz in der französischen Hauptstadt. Deutschland hat sich allerdings jüngst mit dem Wirecard-Skandal und insbesondere mit der mangelhaften Aufsicht in diesem Dossier keinen Gefallen getan. Und die EBA ihrerseits musste jüngst ebenfalls Kritik einstecken. Sie war bisher auf Ebene der EU für einen wichtigen Teil des Kampfes gegen Geldwäsche zuständig. Die Schaffung einer neuen Organisation ist damit auch eine indirekte Kritik an der EBA.

«Längst überfälliger Schritt»

Nach der Sommerpause werden sich nun wie gewohnt die Mitgliedstaaten und das EU-Parlament mit der Vorlage beschäftigen. EU-Parlamentarier Markus Ferber begrüsst die Vorschläge als «längst überfälligen Schritt in die richtige Richtung». Die Erfahrung habe gezeigt, dass die Geldwäscherei-Aufsicht bei der EBA nicht gut aufgehoben gewesen sei, teilte der deutsche CSU-Abgeordnete mit. Die EBA sei ein «zahnloser Tiger». Gleichzeitig kritisierte Ferber aber die vorgeschlagene Bargeldobergrenze als unnötig. Nicht jeder Bargeldkauf sei ein Geldwäscherei-Verdachtsfall, und es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass es die Kommission eigentlich aufs Bargeld abgesehen habe.

Insbesondere Deutschland habe im Bereich der Geldwäscherei einiges zu tun, teilte Joachim Schuster von den Sozialdemokraten mit. Die Einrichtung einer EU-Aufsichtsbehörde sowie eine Begrenzung von Bargeldzahlungen seien sinnvolle Bausteine. Er forderte die Kommission auf, künftig härter durchzugreifen. Die Umsetzung der bestehenden Regeln sei ungenügend, und Brüssel verhalte sich gegenüber den Mitgliedstaaten zu zurückhaltend. Die Vorlage dürfe also noch für einige Diskussionen sorgen. Gerade das Bargeld ist in gewissen Ländern wie Deutschland auch ein emotional gefärbtes Thema.

Widerstand gegen mehr Regulierung wegen Greensill

Die Finanzierung von Lieferketten wird kaum beaufsichtigt – und das ist auch gut so, sagen britische Parlamentarier

BENJAMIN TRIEBE, LONDON

Der Kollaps der Finanzfirma Greensill Capital hat eine Welle von Problemen ausgelöst. Anlagefonds der Credit Suisse im Volumen von 10 Mrd. \$ gerieten in Schwierigkeiten, in Deutschland stellte eine Bank den Geschäftsbetrieb ein. In Grossbritannien erlitt die Reputation des ehemaligen Premierministers und Greensill-Beraters David Cameron einen Tiefschlag. Auf beiden Seiten des Ärmelkanals sorgen sich Tausende Angestellte des Stahlkonglomerats GFG Alliance, das sich auf Greensill stützte, um ihre Arbeitsplätze. Warum hat niemand rechtzeitig bemerkt, dass etwas falsch läuft, lautet eine Frage bei dem Debakel. Die Antwort ist einfacher, als man denken würde.

Der Australier Lex Greensill baute seine Geschäfte auf der Finanzierung von Lieferketten auf. Dabei handelt es sich um eine Form der Kreditvergabe zwischen einem Finanzanbieter und einem Unternehmenskunden («Com-

mercial Lending»). Weil hier keine Privatinvestoren oder Retail-Kunden im Spiel sind, ist diese Finanzierung oft nicht reguliert – zum Beispiel in Grossbritannien, den USA, Australien, Kanada und vielen grossen EU-Ländern.

Doch sollte diese Regulierungslücke bei Lieferketten jetzt nicht geschlossen werden? Der Finanzausschuss des britischen Unterhauses hat sich ausführlich mit dem Greensill-Skandal befasst und kommt in seinem am Dienstag publizierten Bericht zum vielleicht überraschenden Fazit: Nein, sollte sie nicht.

Profis sollen selbst entscheiden

Lex Greensill tat etwas, was Banken schon seit langer Zeit tun: Er übernahm offene Rechnungen von Unternehmen und zahlte dem Gläubiger den Betrag sofort, allerdings mit einem Abschlag. Beglich der Schuldner später die Forderung, strich Greensill den vollen Betrag ein. Manche dieser Forderungen waren fiktiv und basierten nicht auf echten

Rechnungen, sondern auf unterstellten, zukünftigen Geschäften. Das ist nicht per se anrüchig, könnte von Greensill aber missbraucht worden sein. Seine Transaktionen waren sehr intransparent. Er verpackte sie in Finanzprodukte, die wiederum die Credit Suisse in Fonds für professionelle Anleger aufnahm.

Greensills operatives Geschäft wurde von Grossbritannien aus geführt. Doch dort unterstand Greensill Capital weder der Bankenaufsicht unter dem Dach der Bank of England (BoE) noch der Finanzaufsicht FCA. Dennoch kam der Finanzausschuss jetzt nach zahlreichen Zeugenanhörungen zu dem Schluss, dass die Lieferkettenfinanzierung nicht reguliert werden muss. Da anders als beim Retail-Banking nur professionelle Geschäftsparteien beteiligt sind, basiert «Commercial Lending» auf Eigenverantwortung, so die Sichtweise.

«Die breite Annahme ist, dass die kommerziellen Gegenparteien selbst für sich Entscheide treffen können», sagte der FCA-Chef Nikhil Rathi in

einer Anhörung. Nicht das grundsätzliche Modell der Lieferkettenfinanzierung sei das Problem gewesen, argumentierte Jon Cunliffe, der Vize-Gouverneur der BoE. Nick Macpherson, ein früherer Staatssekretär im Finanzministerium, sagte, fundamental sei der Grundsatz «caveat emptor» (der Käufer ist in der Pflicht, Mängel zu erkennen): «Wenn Investoren viel Geld verlieren, dann hat sich die Credit Suisse umso mehr dүpiert lassen.» Für viele Firmen sei die Methode hilfreich, so der Konsens; eine Regulierung bedeute unnötigen Aufwand.

Schattenbanken bereiten Sorge

Allerdings konnte Greensill Capital auch deshalb vom Radar der Regulierer verschwinden, weil die Firma keine Bank ist (im Gegensatz zur üblichen Praxis bei der Lieferkettenfinanzierung). In Deutschland, wo das Geldhaus Greensill Bank tätig war und mit Kundeneinlagen die Muttergesell-

schaft finanzierte, wurde die Finanzaufsicht Bafin aufmerksam. Einzig für den Kampf gegen Geldwäscherei wurde Greensill Capital in England geprüft, aber das ist eher ein formaler Prozess. Fragen stellen sich auch über die Wirksamkeit der Aufsicht über eine weitere Tochter, die Greensills Rechnungen zu Finanzprodukten verpackte.

Wo Nichtbanken oder Schattenbanken immer stärker in Bereiche vordringen, die früher Banken überlassen waren, sieht auch der Finanzausschuss Handlungsbedarf. Hier müsse mehr getan werden, hiess es, angefangen beim Sammeln von Informationen über diese Finanzintermediäre. Jüngst belastete etwa auch der kollabierte Hedgefund Archegos die Credit Suisse. Es sei besorgniserregend, dass ein einzelner Akteur wie Archegos einen Schaden von insgesamt 10 Mrd. \$ anrichten könne, sagte Sam Woods, der Chef der BoE-Aufsichtsbehörde: «Wenn das mehrmals passiert, könnte man ein weit-aus grösseres Problem haben.»

Anleger setzen trotz Volatilität auf Aktien

Die Delta-Variante des Coronavirus und die Sommerpause sorgen für stärkere Schwankungen an den Börsen

MICHAEL FERBER

Am Montag hatten die Aktienbörsen in den USA deutliche Verluste verbucht, am Dienstag gab es dann eine Erholung der Kurse in Europa und nach Börsenstart auch in den USA. Die Schwankungen an den Börsen zeigen: Die Delta-Variante des Coronavirus macht die Akteure an den Finanzmärkten nervös.

Das zunehmende Auf und Ab der Kurse zeigt sich derweil deutlich in der Entwicklung des Volatilitätsindex VIX, der die Schwankungen in den Finanzmärkten abbildet. Dieser stieg am Montag im Verlauf des Handels sprunghaft um rund 22% auf 22,5 Punkte. «Der Verlauf des VIX war davor eher ruhig, an dem Anstieg sieht man die grosse Nervosität der Investoren», sagt Karsten Junius, Chefökonom der Bank J. Safra Sarasin. Ausserdem flüchteten die Investoren in Staatsobligationen von als sicher geltenden Ländern, und der Goldpreis legte leicht zu. Am Dienstag ging der VIX dann wieder etwas zurück.

Handelsvolumina sind geringer

«Nach dem hervorragenden ersten Halbjahr an den Börsen ist die Luft dünner geworden und die Nervosität der Investoren etwas grösser», sagt Thomas Stucki, Anlagechef bei der St. Galler Kantonalbank. Hinzu komme, dass viele Börsianer in den Sommerferien seien. Die Handelsvolumina an den Börsen sind folglich geringer und die Schwankungsanfälligkeit grösser. Dies komme in Ferienzeiten häufig vor, sagt Stucki. «Solange die Investoren aber auf



Nervöser Händler an der Börse von New York, wo die Kurse Anfang Woche deutlich zurückgingen.

RICHARD DREW / AP

Kursverluste so reagieren wie am Dienstag, ist dies nicht weiter tragisch.» Angesichts der niedrigeren Kurse deckten sich viele Investoren am Dienstag mit Aktien ein.

Als Hauptursache für die erhöhte Volatilität gilt an den Märkten die äusserst schnelle Ausbreitung der ansteckenden Delta-Variante des Coronavirus. Diese könnte negative Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. In vielen Ländern steigen derzeit die Ansteckungszahlen.

In Europa hätten hierzu auch umfangreiche Lockerungen beigetragen, heisst es in einem Bericht der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). Diese würden nun teilweise schon wieder zurückgenommen, während die Politiker in asiatischen Staaten wie Vietnam und Iran bereits wieder zu Lockdown-Massnahmen griffen. In Europa gelten die Anstiege in den Niederlanden, Spanien, Portugal und Grossbritannien als besonders steil. Auch in den USA hätten die Inzidenzen in den vergangenen beiden Wochen

wieder deutlich angezogen, teilen die LBBW-Ökonomen mit.

Den Staaten in der nördlichen Hemisphäre komme derzeit der Jahreszeiten-effekt zugute, er dämpfe das Infektionsgeschehen deutlich, heisst es weiter. Gegen Herbst dürfte das Pendel aber wieder in die andere Richtung ausschlagen. Die bis dahin weiter ansteigende Impfquote wird aus Sicht der LBBW-Ökonomen nicht ausreichen, um diesen Effekt zu kompensieren oder gar zu überwiegen.

Auf defensive Titel gesetzt

Stucki erwartet derweil nicht, dass es in den Industrieländern im Herbst zu sehr starken Einschränkungen wie Lockdowns kommen wird. Solche Massnahmen gelten als Gefahr für die wirtschaftliche Erholung. Laut Stucki dürfte die Politik vielmehr den Druck für die Bevölkerung erhöhen, sich gegen das Coronavirus impfen zu lassen. Es sei davon auszugehen, dass die wirtschaftliche Erholung anhalten und die Zinsen

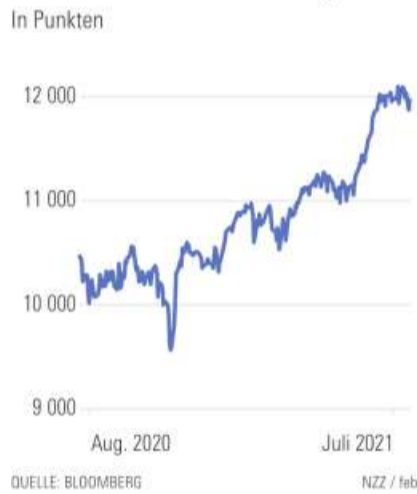
tief bleiben würden. Dies sei eine ideale Konstellation für Aktien.

Junius ist sich indessen nicht sicher, ob die Delta-Variante des Coronavirus tatsächlich der Grund für die jüngsten Kursschwankungen ist. «Sie könnte auch nur der Auslöser sein», sagt er. Nach dem sehr guten ersten Quartal bei Konjunkturdaten und Unternehmensergebnissen und dem starken Momentum fehle im zweiten Quartal etwas die Dynamik. «Die Frage ist derzeit, wo die Impulse herkommen könnten», sagt er.

Dies zeige sich auch bei der Aktienauswahl der Investoren. Diese hätten jüngst wieder stärker auf defensive Titel anstatt auf konjunkturabhängige zyklische Papiere gesetzt, sagt Junius. «Die Märkte zweifeln derzeit am Momentum von zyklischen Aktien», sagt er.

Zudem seien viele Marktteilnehmer davon ausgegangen, dass die Zinsen nun weiter stiegen und dass eine gewisse Normalisierung Einzug halte. Mittlerweile habe sich aber angedeutet, dass die Luft für höhere Zinsen doch eher dünn sei.

SMI mit deutlichem Anstieg



Die Startup-Pflänzchen gedeihen erfreulich

Die Investitionen in Jungunternehmen haben in der Schweiz um 130 Prozent zugenommen

WERNER GRUNDELEHNER

Im ersten Halbjahr sind in der Schweiz 1,7 Mrd. \$ – fast eine Milliarde mehr als im Vorjahreszeitraum – in Schweizer Startup-Firmen geflossen. Die imposante Wachstumsrate ist gemäss Stefan Kyora von Startupticker.ch und Mitautor des «Swiss-Venture-Capital-Halbjahresreports 2021» auch so hoch ausgefallen, weil sich Investitionen in Jungunternehmen in der Schweiz bisher auf tiefem Niveau bewegten. Der hohe Zuwachs sei nur bedingt auf ein Abklingen der Corona-Pandemie zurückzuführen: Im ersten Halbjahr 2021 lag das Startup-Investitionsvolumen auch 50% über dem bisherigen Rekord-Semester im Jahr 2019.

Die grösste Finanzierungsrunde schloss ein Fintech ab: Das digitale Versicherungsunternehmen Wefox nahm annähernd 600 Mio. Fr. ein und war damit ein entscheidender Treiber im Semester. Junge Biotech-Unternehmen konnten beim investierten Kapital ebenfalls deutlich zulegen. Das investierte Kapital in diesem Sektor nahm von knapp 230 Mio. Fr. auf über 414 Mio. Fr. zu. Die Zahl der Finanzierungsrunden

stieg von 104 auf 125 und damit nicht im gleichen Ausmass wie das Volumen.

Auch der Abschied ist wichtig

Die Autoren betonen, dass es für die Entwicklung der Jungunternehmen nicht nur wichtig sei, dass Risikokapitalgeber investierten, sondern dass diese ihren Einsatz auch verzinst zurückbekämen. Bei den «Exits» sind die Trade-Sales, der Verkauf an andere – meist ausländische – Unternehmen, am beliebtesten. So wurde Arvelle Therapeutics für 850 Mio. Fr. an ein italienisches Pharmaunternehmen veräussert, und die Deutsche Börse übernahm für eine nicht genannte Summe die Crypto Finance Group.

Erstaunlich war auch die Zahl der Börsengänge. Fünf Schweizer Biotech-Unternehmen liessen sich an der Nasdaq kotieren, ein Jungunternehmen wagte ein IPO an der Euronext. Das neue Segment für KMU, das die SIX einführen will, könnte gemäss Autoren dazu führen, dass sich wieder vermehrt Firmen an der Schweizer Börse kotieren lassen. «Biotech-Unternehmen werden aber auch in Zukunft vor allem an die Nasdaq gehen, weil dort die Kon-

zentration von Know-how und Kapital für Biotech einfach viel grösser ist», sagt Thomas Heimann, Mitautor und stellvertretender Geschäftsführer der Seca (Schweizerische Vereinigung für Unternehmensfinanzierung).

«Ein Manager eines US-Venture-Fonds könnte sich rechtlich angreifbar machen, wenn er eine junge Biotech-Firma nicht in den USA an die Börse bringt», sagt Maurice Pedernana, Geschäftsführer der Seca. Der Fondsmanager sei verpflichtet, den höchsten Preis für seine Kunden zu lösen – und dieser ist meist in den USA zu erzielen. Der VC-Bereich ist dabei in der Schweiz viel internationaler geprägt als in anderen Ländern, und es dominieren hierzulande die ausländischen Investoren. «Es fehlt an grossen Schweizer Fonds mit einem Vermögen von über 500 Mio. Fr.», sagt Kyora. Doch die Situation verbessere sich, etwa dank den Fonds von Swisscom, Redalpine und Swisscanto.

Zugang zu Technologie

In den vergangenen Jahren haben Schweizer Unternehmen als Risikokapitalgeber an Bedeutung gewon-

nen. Zusammen mit der Universität Luzern führte die Seca dazu eine Befragung unter Schweizer Firmen durch. Die meisten Engagements von hiesigen Unternehmen in Venture-Capital sind jünger als fünf Jahre. Dabei wird vor allem in neue Technologien investiert. Der Zugang zu diesen ist dabei für die Unternehmen wichtiger als der finanzielle Erfolg.

Auffällig ist, dass die sonst in der Schweiz gewichtig vertretene Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM) im VC-Bereich kaum in Erscheinung tritt. ABB hat den eigenständigen VC-Bereich aufgelöst und Wachstumsfinanzierungen wieder in die einzelnen Divisionen delegiert. In diesem Bereich erfolgt die Entwicklung von neuen Segmenten oft durch den «Zukauf» von neuen Köpfen und Teams.

Ebenfalls kaum in Erscheinung getreten ist bis jetzt die Lebensmittelindustrie. Das wird sich aber nach Ansicht von Pedernana ändern. In der Westschweiz und in Kemptthal, am Standort der ehemaligen Maggi-Fabrik, entstünden auch mit Unterstützung von Industriegrössen wie Nestlé, Givaudan und Bühler interessante Cluster und Projekte.

Frische Impulse für ABB

DOMINIK FELDGES

ABB gehört zu den weltweit führenden Herstellern von Industrierobotern, die ihre Arbeit hinter Gittern an Fließbändern verrichten. Doch im Geschäft mit autonomen mobilen Robotern (AMR), die als fahrerlose Transportsysteme sowohl in Fabriken als auch in Verteilzentren oder neuerdings in Spitälern im Einsatz stehen, war der Zürcher Konzern bis anhin nicht tätig. Mit dem Erwerb des noch kleinen spanischen Familienunternehmens Asti Mobile Robotics ändert sich das.

Der Markt für AMR-Lösungen ist noch jung. Doch ABB erwartet, dass dieser in den kommenden fünf Jahren von knapp 6 Mrd. auf 14 Mrd. \$ expandieren wird. Dies entspräche einem jährlichen Wachstum von 20%. Solchen Schwung kann die Sparte Robotik und Fertigungsautomatisierung gut gebrauchen, deren Verkäufe vor allem wegen der schwachen Nachfrage aus der Autobranche seit 2018 um fast einen Fünftel geschrumpft sind.

Mit einem erwarteten diesjährigen Umsatz von rund 50 Mio. \$ wird Asti dem Riesen ABB, dessen Konzernerlös 2020 rund 26 Mrd. \$ betrug, vorläufig aber nur sehr beschränkt zu Mehreinnahmen verhelfen. Der Aktienkurs von ABB stieg am Dienstag in einem festere Gesamtmarkt denn auch nur um gut 1%. Viele Marktteilnehmer hätten sicher auch gerne erfahren, wie viel sich der Konzern die Akquisition kosten lässt.

ABB wird sich in einem hart umkämpften Geschäft behaupten müssen. Die meisten Konkurrenten sind wie Asti noch vergleichsweise klein. Dank der globalen Verkaufsorganisation von ABB eröffnen sich den Produkten der Spanier aber zusätzliche Absatzmöglichkeiten. Der Konzern hat auch schon angekündigt, sich als Türöffner insbesondere in China, dem weltweit grössten Markt für Roboter, betätigen zu wollen.

Kühne + Nagel im Turbomodus

GERALD HOSP

Des einen Leid ist des anderen Freud. Der Logistikkonzern Kühne + Nagel (KN) spricht von derzeit schwer planbaren Lieferketten, was hohe Serviceanforderungen mit sich bringe. So kann man es auch sagen. Zudem hat sich die Weltwirtschaft in den vergangenen Monaten deutlich erholt, was sich in Indikatoren für den Welthandel und auch in den jüngsten Schweizer Aussenhandelszahlen niederschlägt.

KN bringt es offenbar zustande, für seine Kunden die Planungsprobleme zu überwinden, und kann dafür auch einiges verlangen. Dies zeigt sich in durchwegs positiven Halbjahreszahlen für das Geschäft zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Der Rohertrag, der Umsatz abzüglich der Zölle und Frachtkosten, ist gegenüber dem Vorjahr stark gestiegen.

Die verbesserte Konversionsrate, die den Rohertrag ins Verhältnis zum Betriebsgewinn (Ebit) setzt, zeigt zudem, dass das Unternehmen die Kosten im Griff hat und sich schnell an die pandemiebedingten neuen Verhältnisse anpassen konnte. Die Zahlen lassen sich auch im Vergleich mit der Vor-Corona-Zeit sehen. Der Aktienkurs hat seit dem vierten Quartal vergangenen Jahres, als der Welthandel wieder anzog, regelrecht abgehoben.

Der Konzernchef Detlef Trefzger geht davon aus, dass die angespannte Logistiksituation bei guter Nachfrage zumindest bis zum chinesischen Neujahr Anfang Februar 2022 anhalten dürfte. Vor allem in den USA haben die Unternehmen die Lager stark heruntergefahren und müssen sie wieder aufstocken, was weiteres Geschäft bringt. Trefzger meint ausserdem, dass die Frachtkosten für längere Zeit hoch bleiben werden. Mit digitalen Lösungen sollen die Margen gehalten werden. Es gibt weiterhin genug Probleme, die gelöst werden müssen.

ANLAGEFONDS

Swiss Fund Data AG in Zusammenarbeit mit der SIX Financial Information AG sowie mit NZZone
Reihenfolge Fondsinformationen: Fondsname, Rechnungswährung, Konditionen Ausgabe / Rücknahme, Kursbesonderheiten, Inventarwert, Ausgabepreis oder Börsenschlusskurs (Werte vom Dienstag, 20.07.2021, Abweichungen siehe Besonderheiten), Performance 2021 in %

ANZEIGE

3V Asset Management AG
Tel. +41 44 227 10 10
www.3vam.ch

3V ASSET MANAGEMENT

Vorteiler für die Schweiz:
BNP Paribas Securities Services, Paris, succursale de Zurich

Aktienfonds
3V Inv.Swiss Small/Mid A Cap A CHF 1/1 e 341.19 18.4
3V Inv.Swiss Small/Mid A Cap B CHF 1/1 e 133.23 18.7

Aberdeen (Swiss) Funds
Aberdeen Standard Investments (Switzerland) AG
Schweizerstrasse 14, 8001 Zürich
Tel. +41 44 208 26 26

Aktienfonds
Aberdeen St (Swiss) Europ. Opport. Eq Acq EUR 2/1 f 474.98 10.6
Aberdeen St (Swiss) GI Energy Eq. Ausd 2/1 f 248.52 16.0
Aberdeen St (Swiss) GI High Tech Eq. Ausd 2/1 f 391.85 11.9
Aberdeen St (Swiss) GI Opportunities Ausd 2/1 f 203.14 12.6
Aberdeen St (Swiss) GI Pharma Eq. A USD 2/1 f 2874.17 11.7
Aberdeen St (Swiss) Tiger Eq. A USD 2/1 f 2340.80 1.5

Head Wealth Solutions AG
Tel. +423 239 85 00
Fax +423 239 85 01
fund@ahead.li

Aktienfonds
Zeus Strategie Fund EUR 3/2 e 76.75 0.8

AMG Fondservwaltung AG
Tel. 041 726 71 71
www.amg.ch

Aktienfonds
AMG Schweizer Perlen Fonds Klasse P CHF 2/1 e 186.65 16.2
AMG Substanzwerte Schweiz CHF 1/1 e 1710.48 4.7
AMG Europa A EUR 1/1 e 163.56 17.6
AMG Europa B EUR 1/1 e 155.40 17.4
AMG Europa C (CHF hedged) CHF 1/1 e 172.95 17.7
AMG Gold, Minen & Metalle A CHF 1/1 e 113.60 10.2
AMG Gold, Minen & Metalle C CHF 1/1 e 118.44 9.9
AMG Gold, Minen & Metalle H CHF 1/1 e 117.21 13.0

Andere Fonds
Alpura Innov. EF CHF hedged CHF 1/1 e 3190.67 15.7
Alpura Innov. EF EUR A EUR 1/1 e 2948.17 15.8
Innovation World Large Caps by AMG CHF 1/1 e 1210.29 7.1
Innovation World Large Caps by AMG USD 1/1 e 1255.40 8.0

Aquila AG
Tel. +41 58 680 60 00
www.aquila.ch

Aktienfonds
Aquila Int.Fd.Cory Swiss Eq. (CHF) CHF 1/1 a 2538.56 14.4

Bank CIC (Schweiz) AG
T +41 61 264 12 00
cic.ch

Obligationenfonds
CIC CH - BOND CHF "PRIMUM" AKL B CHF 3/2 e 103.24 0.6
CIC CH - CONVERT BOND AKL B EUR 3/2 e 1411.18 0.7
CIC CH - CONVERT BOND AKL C CHF 3/2 e 120.37 0.5
CIC CH - CORP Bd EUR - SWIF AKL B EUR 3/2 e 892.62 0.1

Aktienfonds
CIC CH - EQUITY CHF "PRIMUM" AKL B CHF 3/2 e 231.66 10.7
Strategiefonds
CIC CH - STRATEGY (CHF) AKL B CHF 3/2 e 1107.27 5.4

BONHÖTE
T. 032 722 10 00 info@bonhotech.ch bonhotech.ch

Obligationenfonds
Bonhôte Asym.-Dist (CHF) B (CHF) CHF 3/1 a 95.69 -1.7
Bonhôte Asym.-HR Multi-Fds (CHF) CHF 4/2 a 96.40 2.2

Aktienfonds
Bonhôte Sel. Glob. Emv MF (CHF) CHF 4/2 a 174.36 9.9

Strategiefonds
Bonhôte Impact Fund Class I-CHF CHF 3/2 e 115.45 5.8

Immobilienfonds
Bonhôte-Immobilier SICAV - BIM CHF 2/2 161.10 3.9

Alternative Investments
B. Alter. Multi-Performance CI (CHF) CHF 4/2 m 14929.00 5.7
B. Alter. Multi-Performance CI (EUR) EUR 4/2 m 10743.00 5.7
B. Alter. Multi-Performance CI (USD) USD 4/2 m 13714.00 6.2

Andere Fonds
Bonhôte Asym.-GI (CHF) B (CHF) CHF 3/1 a 109.81 5.0
Bonhôte Strategien-Monde (CHF) CHF 4/4 a 156.87 7.0

SIYINIC HIRONIIY Funds
Banque Cantonale de Genève
Tel. 058 211 21 11
bcge.ch/funds

Obligationenfonds
Synchrony Swiss Government Bonds CHF 4/2 e 107.65 -2.5

Aktienfonds
Synchrony All Caps CH A CHF 1/1 e 146.75 20.7
Synchrony Europe Equity A EUR 4/2 e 99.32 15.1
Synchrony High Div. Swiss Stocks A CHF 1/1 e 127.42 8.7
Synchrony High Div. Econ. Equity A USD 4/2 e 135.88 3.2
Synchrony Small & Mid Caps CH A CHF 1/1 e 157.70 24.4
Synchrony Swiss Equity CHF 4/2 e 112.18 16.2
Synchrony US Equity A USD 4/2 e 162.78 11.7

Strategiefonds
Synchrony (CH) World Equity (CHF) CHF 1/1 f 156.66 15.2

Immobilienfonds
Synchrony Global RE Eco. Sec. Fd. A CHF 1/1 154.08 20.2
Synchrony Swiss Real Est Fd A CHF 1/1 a 131.90 6.4

BBGI GROUP S.A.
Tel. +41 22 595 96 11
www.bbgi.ch

Andere Fonds
BBGI - Equit. Sw. Behavior. Value CHF 1/1 f 166.50 13.0
BBGI - Swiss Phys. Gold CI CHF 1/1 f 99.60 -1.0
BBGI - Swiss Phys. Gold CI CHF Hdg. CHF 1/1 f 76.60 -5.9
BBGI - Swiss Phys. Gold CI EUR CHF 1/1 f 117.40 -0.8
BBGI - Swiss Phys. Gold CI EUR Hdg. CHF 1/1 f 82.30 -5.8
BBGI - Swiss Phys. Gold CI USD CHF 1/1 f 103.10 -4.9
BBGI Commodities (USD) A USD 1/1 f 87.60 17.1
BBGI Natural Resources (USD) A USD 1/1 f 153.50 3.4
BBGI Share Clean Energy (USD) USD 1/1 f 110.40 -2.8
BBGI Share Gold (USD) USD 1/1 f 75.30 -2.3
BBGI Tactical Switzerland A CHF 2/1 f 138.00 -2.6
BBGI Tactical World A USD 2/1 f 106.50 -4.0

Bellevue Asset Management AG
Tel. +41 44 267 67 00
Fax +41 44 267 67 01
www.bellevue.ch

Vorteiler für die Schweiz:
Acolin Fund Services AG
Altenstrasse 56, 8050 Zürich

Aktienfonds
BB ADA. ASIA P&K HEALTH. B Cap USD 4/4 a 270.10 5.0
BB ADA. EM M&K HEALTH. B Cap USD 4/4 a 234.02 5.4
BB ADAMANT BIOTECH B Cap USD 4/4 a 643.66 6.1
BB ADAMANT DIG. H. B Cap USD 4/4 a 285.85 1.1
BB ADAMANT HEALTH. STRAT. B Cap USD 4/4 a 273.11 9.7
BB ADAMANT MEDTECH B Cap USD 4/4 a 654.89 13.7
BB AFRICAN OPP B Cap EUR 3/1 e 164.92 1.3
BB ENTREPRENEUR EUR. SM B Cap EUR 4/4 a 398.73 16.9
BB ENTREPRENEUR EUROPE B Cap EUR 3/1 e 417.57 15.7

Strategiefonds
BB GLOBAL. MACRO B Cap EUR 4/4 f 175.68 -0.3

Berninvest AG
www.berninvest.ch

Immobilienfonds
Good Buildings SREFF CHF 5/5 143.00 10.8
Immo Helvetic CHF 5/5 237.10 5.5

BlackRock Asset Management Schweiz AG
Tel. +41 800 88 80 20
www.blackrock.com/ch

Obligationenfonds
BGF China Bond D2 USD USD 1/1 e 16.46

Aktienfonds
BGF FinTech D2 USD USD 1/1 e 19.33
BlackRock Global Impact D Acc USD USD 1/1 e 178.62

Andere Fonds
BSF Global Event Driven D2 USD USD 1/1 e 133.94 2.1

Bordier & Cie
1204 Genf
Tel. +41 58 258 00 00
www.bordier.com

Obligationenfonds
BO Fd IV-Bordier Eur.SIterm Bd EUR EUR 4/4 f 108.53 -0.9
BO Fd IV-Bordier US.SIterm Bd USD USD 4/4 f 115.80 -1.1

Aktienfonds
BO Fd IV-Bordier Core Hold Eur - EUR EUR 4/4 f 156.99 18.9
BO Fd IV-Bordier Gbl EmvMkt USD USD 4/4 f 260.38 8.0
BO Fd IV-Bordier Sat Eq Eur - EUR EUR 4/4 f 110.81 13.3
BO Fd IV-Bordier US Sel Eq USD USD 4/4 f 1874.98 15.7
BO Fd IV-Bordier US Sel Eq USD USD 4/4 f 185.94 15.2

BWM AG
Tel. +41 44 206 40 80
www.bwm.ch

Vorteiler in der Schweiz:
LLB Swiss Investment AG

Aktienfonds
Classic Global Equity Fund CHF 3/3 a 660.35 24.1
Classic Value Equity Fund CHF 3/3 e 192.35 21.6

BZ Bank Aktiengesellschaft
Egglin 15, CH 8832 Wilen
Tel. +41 44 786 60 00
www.bzbank.ch

Vorteiler für die Schweiz

Aktienfonds
BZ Fine Agro CHF 1/1 203.13 20.1
BZ Fine Digital CHF 1/1 217.33 18.3
BZ Fine Europe CHF 1/1 206.63 6.4
BZ Fine Pharma CHF 1/1 270.82 -1.8

CACEIS (Switzerland) SA
Tel. +41 58 261 94 00
www.caceis.ch

Aktienfonds
Classic Global Equity Fund CHF 3/3 a 660.35 24.1
Classic Value Equity Fund CHF 3/3 e 192.35 21.6

BZ Bank Aktiengesellschaft
Egglin 15, CH 8832 Wilen
Tel. +41 44 786 60 00
www.bzbank.ch

Vorteiler für die Schweiz

Aktienfonds
BZ Fine Agro CHF 1/1 203.13 20.1
BZ Fine Digital CHF 1/1 217.33 18.3
BZ Fine Europe CHF 1/1 206.63 6.4
BZ Fine Pharma CHF 1/1 270.82 -1.8

CACEIS (Switzerland) SA
Tel. +41 58 261 94 00
www.caceis.ch

Aktienfonds
Classic Global Equity Fund CHF 3/3 a 660.35 24.1
Classic Value Equity Fund CHF 3/3 e 192.35 21.6

Credit Suisse Funds AG
www.credit-suisse.com/amfunds

Aktienfonds
CS (CH) 130/30 Swiss Equity Fd B CHF 2/1 a 1103.11 4.1
CS (CH) Small Cap Switzerland EF A CHF 3/1 e 22.22 13.0
CS (CH) Swiss Div Plus Eq Fd A CHF 3/1 e 15.51 9.6
CS (CH) Swiss Div Plus Eq Fd B CHF 3/1 e 22.22 13.0
CS (CH) Swisssec F B CHF 2/1 e 546.94 13.3

Geldmarktfonds
CS Money Market Fund CHF B CHF 2/1 f 957.33 -0.5
CS Money Market Fund EUR B EUR 2/1 f 1015.56 -0.5
CS Money Market Fund USD B USD 2/1 f 1080.81 -0.2

Obligationenfonds
CS (CH) Corporate CHF BF A CHF 2/1 f 116.89 0.3
CS (LUX) Asia Corporate Bond Fund B USD 2/1 f 136.90 -4.0
CS (LUX) Asia Local Ccy BF B USD 2/1 f 120.42 -3.8
CS (LUX) Corp ST Duration CHF BF B CHF 2/1 f 114.35 -0.1
CS (LUX) Corp ST Duration USD BF B USD 2/1 f 154.46 0.1
CS (LUX) EM Corp Bd Fd B USD 2/2 f 157.85 11.0
CS (LUX) Emerging Mkt Corp Bd Fd B USD 2/1 f 167.13 0.1
CS (LUX) Global Val BF B CHF 2/1 f 148.51 1.0
CS (LUX) Inflation Linked CHF BF B CHF 2/1 f 110.83 2.4
CS (LUX) Swiss Franc Bond Fund B EUR 2/1 f 531.55 0.4
CS (LUX) Corp ST Duration EUR BF B EUR 2/1 f 131.33 0.1
CSIP (L) Gbl Conv Bd Fnd B USD 1/1 f 152.73 2.9
CSIP (LUX) Gbl Bal Convertible B USD 2/1 f 190.37 0.6

Aktienfonds
CS (CH) 130/30 Swiss Equity Fd B CHF 2/1 a 1103.11 4.1
CS (CH) Small Cap Switzerland EF A CHF 3/1 e 22.22 13.0
CS (CH) Swiss Div Plus Eq Fd A CHF 3/1 e 15.51 9.6
CS (CH) Swiss Div Plus Eq Fd B CHF 3/1 e 22.22 13.0
CS (CH) Swisssec F B CHF 2/1 e 546.94 13.3

Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG
Tel. 041 205 44 44
www.frankfurter-bankgesellschaft.ch

Strategiefonds
FBG CHF Managed CHF 1/1 e 72.14 4.6
FBG Global Bal. Strategy EUR 1/1 e 50.76 6.0
FBG Global Managed - Klasse 1 EUR 1/1 e 71.99 5.2
FBG Global Return Strategy 1 EUR 1/1 e 45.76 2.2

Franklin Templeton Switzerland Ltd
Tel. +41 44 217 81 81
www.franklintempleton.ch

Obligationenfonds
BVI Income Optimiser X (Acc) USD 1/1 e 107.00 1.7

Generali Investments Schweiz AG
Tel. 058 472 53 06
www.generali.ch/investments

Obligationenfonds
GENERALI Bond Fund CHF CHF 2/1 e 114.93 -0.0
GENERALI INVEST - Long Term BF CHF 1/1 e 113.17 -0.2
GENERALI Short Term Bond Fund CHF CHF 1/1 e 564.49 0.2

Aktienfonds
GENERALI Eq Fd Switzerland A CHF 2/1 e 400.95 14.4

Strategiefonds
GENERALI Anlagefonds CHF 2/1 e 140.15 2.0
GENERALI ESG Equity Fund C CHF 1/1 e 101.58 1.6
GENERALI ESG Multi Asset Fund C CHF 1/1 e 104.08 3.0
GENERALI Europe Balanced Fund CHF CHF 2/1 e 112.33 2.7
GENERALI Europe Balanced Fund EUR EUR 1/1 e 154.21 1.0
GENERALI INVEST - Risk Control 1 CHF 3/1 e 98.71 -0.2
GENERALI INVEST - Risk Control 2 CHF 3/1 e 99.12 0.2
GENERALI INVEST - Risk Control 3 CHF 3/1 e 102.00 0.9
GENERALI INVEST - Risk Control 4 CHF 3/1 e 97.64 0.8
GENERALI INVEST - Risk Control 5 CHF 3/1 e 102.10 1.2
GENERALI Multi INDEX 10 CHF 2/1 e 110.63 -0.6
GENERALI Multi INDEX 20 CHF 2/1 e 120.45 1.1
GENERALI Multi INDEX 30 CHF 2/1 e 129.78 2.7
GENERALI Multi INDEX 40 CHF 2/1 e 141.11 4.3

Giger Investment & Finanz AG
Tel. 044 938 01 31
Fax 044 938 01 32
www.corando.ch

Aktienfonds
Corando Value Invest. Fund CHF 5/5 e 187.73 12.1

GUTZWILLER FUNDS
+41 61 205 70 00 info@gutzwiller-funds.com

Obligationenfonds
EG CHF Bond Fund (CHF) CHF 1/1 103.80 1.1

Aktienfonds
EG European Equities (EUR) EUR 2/1 354.80 17.6
EG Global Equities (EUR) EUR 2/1 244.80 16.4
EG Swiss Equities (CHF) CHF 2/1 79.80 17.7
Gutzwiller ONE USD 2/1 e 483.00 4.9

Alternative Investments
Gutzwiller TWO (USD) USD 3/1 e 173.00 6.5

Hérens Quality Asset Management AG
Tel. +41 (0)43 222 31 41
info@hqam.ch
www.hqam.ch

Aktienfonds
CEAMS Quality Europe Eq Fd - B EUR 2/1 e 294.90 17.8
CEAMS Quality Switz Eq Fd - B CHF 2/1 e 336.30 18.7
CEAMS Quality USA Eq Fd - B USD 2/1 e 464.49 10.5
Hérens Quality Luxury Brands R (CHF) CHF 3/3 e 2221.97 14.1

HSZ (Hong Kong) Limited
Fondsinvest:
Credit Suisse Funds AG

Aktienfonds
HSZ China Fund A CHF CHF 2/1 e 208.87 -1.9
HSZ China Fund A EUR EUR 2/1 e 316.36 -2.0

ETHIUS Invest Schweiz
Tel. +41 41 55 20 255
www.ethius-invest.ch

Aktienfonds
Ethius Global Impact Inst CHF CHF 1/1 e 1020.28

Ethos
Tel. 022 / 716 15 55
Fax 022 / 716 15 56
www.ethosfund.ch

Obligationenfonds
Bonds CHF B CHF 3/3 e 138.66 -0.1
Bonds International B CHF 3/3 e 92.16 1.3

Aktienfonds
Equities CH Index. C.G. B CHF 3/3 e 313.51 14.0
Equities Sustainable World exCH B CHF 4/4 e 171.73 15.2
Vontobel(CH)-EthiosqSwissMBS A CHF 4/1 e 557.21 17.8

Fidelity International
Tel. 043 210 13 00
www.fidelity.ch

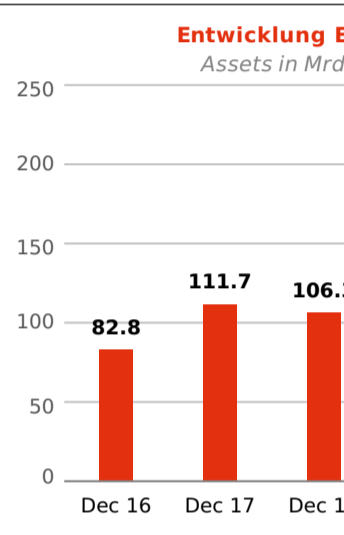
Obligationenfonds
FF-Asian Bond Fund (CHF) CHF 1/1 e 9.97 -2.3
FF-China H.Yield Fund Y-DIST-USD USD 1/1 e 10.61 0.2
FF-Sust. Reduc. Carbon BF (CHF) CHF 1/1 e 10.07 -0.8
FF-US High Yield Fund Y-ACC-USD USD 1/1 e 24.35 4.0

Aktienfonds
FAST Europe Fund Y-ACC-EUR EUR 1/1 e 320.60 10.0
FF - Greater China Fund Y-ACC-USD USD 1/1 e 36.26 5.9
FF - Sust. Asia Equity Fund Y-ACC-USD USD 1/1 e 19.86 2.5
FF-Asian Spec.Sit. Fd Y-ACC-USD USD 1/1 e 30.06 1.2
FF-EM Focus Fund Y-ACC-USD USD 1/1 e 20.00 4.0
FF-Eur Dynamic Growth Fund Y Acc EUR 1/1 e 30.68 10.3
FF-Future Connect. Fd Y-ACC-USD EUR 1/1 e 12.29 7.0
FF-Global Cons. Ind. Fd Y-DIST-EUR EUR 1/1 e 28.70 10.3
FF-Global Techn. Fd Y-ACC-EUR EUR 1/1 e 111.20 18.7
FF-Sust.Water&Waste Fd Y-ACC-USD USD 1/1 e 14.98 11.2

Landolt & Cie SA
Tel. +41 44 245 13 00, fonds@landoltetec.ch

Aktienfonds
Landolt Inv. (Lux) SICAV - Europe Sel EUR 3/1 3912.57 15.2

Entwicklung ETF über 5 Jahre
Assets in Mrd. CHF, Juni 2021



Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG
Tel. 041 205 44 44
www.frankfurter-bankgesellschaft.ch

Strategiefonds
FBG CHF Managed CHF 1/1 e 72.14 4.6
FBG Global Bal. Strategy EUR 1/1 e 50.76 6.0
FBG Global Managed - Klasse 1 EUR 1/1 e 71.99 5.2
FBG Global Return Strategy 1 EUR 1/1 e 45.76 2.2

Franklin Templeton Switzerland Ltd
Tel. +41 44 217 81 81
www.franklintempleton.ch

Obligationenfonds
BVI Income Optimiser X (Acc) USD 1/1 e 107.00 1.7

Generali Investments Schweiz AG
Tel. 058 472 53 06
www.generali.ch/investments

Obligationenfonds
GENERALI Bond Fund CHF CHF 2/1 e 114.93 -0.0
GENERALI INVEST - Long Term BF CHF 1/1 e 113.17 -0.2
GENERALI Short Term Bond Fund CHF CHF 1/1 e 564.49 0.2

Aktienfonds
GENERALI Eq Fd Switzerland A CHF 2/1 e 400.95 14.4

Strategiefonds
GENERALI Anlagefonds CHF 2/1 e 140.15 2.0
GENERALI ESG Equity Fund C CHF 1/1 e 101.58 1.6
GENERALI ESG Multi Asset Fund C CHF 1/1 e 104.08 3.0
GENERALI Europe Balanced Fund CHF CHF 2/1 e 112.33 2.7
GENERALI Europe Balanced Fund EUR EUR 1/1 e 154.21 1.0
GENERALI INVEST - Risk Control 1 CHF 3/1 e 98.71 -0.2
GENERALI INVEST - Risk Control 2 CHF 3/1 e 99.12 0.2
GENERALI INVEST - Risk Control 3 CHF 3/1 e 102.00 0.9
GENERALI INVEST - Risk Control 4 CHF 3/1 e 97.64 0.8
GENERALI INVEST - Risk Control 5 CHF 3/1 e 102.10 1.2
GENERALI Multi INDEX 10 CHF 2/1 e 110.63 -0.6
GENERALI Multi INDEX 20 CHF 2/1 e 120.45 1.1
GENERALI Multi INDEX 30 CHF 2/1 e 129.78 2.7
GENERALI Multi INDEX 40 CHF 2/1 e 141.11 4.3

Giger Investment & Finanz AG
Tel. 044 938 01 31
Fax 044 938 01 32
www.corando.ch

Aktienfonds
Corando Value Invest. Fund CHF 5/5 e 187.73 12.1

GUTZWILLER FUNDS
+41 61 205 70 00 info@gutzwiller-funds.com

Obligationenfonds
EG CHF Bond Fund (CHF) CHF 1/1 103.80 1.1

Aktienfonds
EG European Equities (EUR) EUR 2/1 354.80 17.6
EG Global Equities (EUR) EUR 2/1 244.80 16.4
EG Swiss Equities (CHF) CHF 2/1 79.80 17.7
Gutzwiller ONE USD 2/1 e 483.00 4.9

Alternative Investments
Gutzwiller TWO (USD) USD 3/1 e 173.00 6.5

Hérens Quality Asset Management AG
Tel. +41 (0)43 222 31 41
info@hqam.ch
www.hqam.ch

Aktienfonds
CEAMS Quality Europe Eq Fd - B EUR 2/1 e 294.90 17.8
CEAMS Quality Switz Eq Fd - B CHF 2/1 e 336.30 18.7
CEAMS Quality USA Eq Fd - B USD 2/1 e 464.49 10.5
Hérens Quality Luxury Brands R (CHF) CHF 3/3 e 2221.97 14.1

HSZ (Hong Kong) Limited
Fondsinvest:
Credit Suisse Funds AG

Aktienfonds
HSZ China Fund A CHF CHF 2/1 e 208.87 -1.9
HSZ China Fund A EUR EUR 2/1 e 316.36 -2.0

HSZ China Fund A USD USD 2/1 e 290.92 -6.2

IAM Independent Asset Management SA
Tel. 022 8183640
www.iam.ch

Aktienfonds
IAM European Equity - A CHF 2/1 f 1407.06 14.2
IAM Global Equity - A CHF 2/1 f 2138.02 8.9
IAM Immo Securities - A CHF 2/1 f 1339.44 4.9
IAM Swiss Equity - A CHF 2/1 f 3296.29 12.6

JPMorgan Asset Management (CH) GmbH
Tel. +41 44 206 86 00
Weitere Fonds unter:
www.jpmm.ch

Obligationenfonds
JPM EM Corp Bond A acc USD USD 2/2 e 177.08 0.5
JPM Global Bond Opp A acc USD USD 4/4 e 140.95 0.4
JPM Inc Fd A (acc) - USD USD 4/4 e 133.85 2.4

Aktienfonds
JPM America Equity A acc USD USD 2/2 e 41.62 14.6
JPM Asia Growth A acc-USD USD 2/2 e 48.11 1.6
JPM EM Opportunities A acc-USD USD 4/4 e 382.23 -0.3
JPM Them-Genet.Their. A (acc)-USD USD 4/4 e 164.63 -4.3
JPM US Technology A acc-USD USD 2/2 e 99.07 0.9

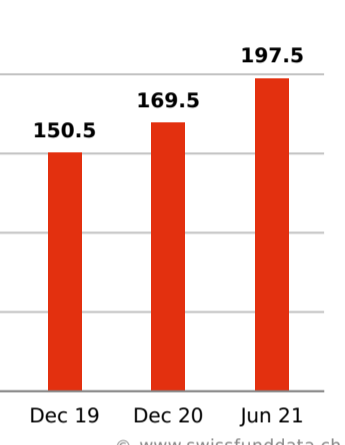
Strategiefonds
JPM Gb Mac Fd A (acc)-CHF (hgd) CHF 4/4 e 105.30 1.0
JPM Global Income A (acc) - EUR EUR 4/4 e 154.17 5.5

Andere Fonds
JPM Multi-Manager Alt. A Acc USD USD 4/4 e 122.38 0.3

Landolt & Cie SA
Tel. +41 44 245 13 00, fonds@landoltetec.ch

Aktienfonds
Landolt Inv. (Lux) SICAV - Europe Sel EUR 3/1 3912.57 15.2

Entwicklung ETF über 5 Jahre
Assets in Mrd. CHF, Juni 2021



SCHWEIZ: SWISS-MARKET-INDEX (SMI)

SMI: 0.70% ↑

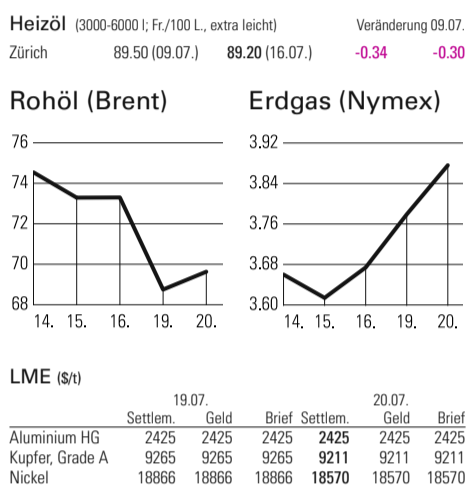
52-Wochen-Vergleich	Hoch	Tief	52 Wochen	Hoch	Tief	Schluss	Vol. in	Schluss	%	%	%	%	letzte	GV	erwartete	Marktkap.		
Tief	Hoch	Tief	Stück	Stück	Stück	19.07.	20.07.	20.07.	20.07.	2021	1 Jahr	3 Jahre	5 Jahre	gez. Div.	Termin	Div.	in Mio.	
33.02	21.85	ABB N	31.61	3701t	32.15	1,71	30.11	37.75	44.36	60.19	0.80	25.03.21	0.825	2.58	25.07	5.08	66008.71	
70.34	49.89	Alcon	63.04	461t	63.38	0.54	7.72	11.19	-	-	0.10	28.04.21	0.18	0.29	32.29	1.76	31670.99	
13.50	8.50	Credit Suisse Group N	8.80	11426t	9.03	2.64	-20.77	-10.13	-40.64	-18.47	0.10	30.04.21	0.22	2.50	9.83	0.48	23941.55	
726.40	502.20	Geberit N	716.60	60t	722.20	0.78	30.31	42.05	64.85	92.13	11.40	14.04.21	12.75	1.78	35.42	11.94	25908.44	
4490	3401	Givaudan N	4456	19t	4475	0.43	19.97	18.32	93.97	121.21	64.00	25.03.21	67.21	1.51	42.93	10.53	41320.30	
58.46	38.00	Holcim N	50.88	1374t	51.80	1.81	6.54	16.14	9.44	19.63	2.00	04.05.21	2.00	3.93	11.93	1.12	31905.13	
682.60	516.20	Lonza N	657.00	102t	658.00	0.15	15.68	16.34	130.72	296.42	3.00	06.05.21	3.11	0.47	45.64	5.73	49000.44	
117.44	95.00	Nestlé N	115.54	2896t	116.34	0.69	11.59	7.17	43.70	48.96	2.75	15.04.21	2.91	2.52	25.08	5.73	327497.10	
86.92	70.42	Novartis N	83.08	3086t	83.34	0.31	-0.37	0.76	14.69	14.97	3.00	02.03.21	3.108	3.73	14.96	3.41	20284.64	
1477	808.00	Partners Group N	1432	33t	1449	1.15	39.28	62.02	91.60	226.61	27.50	12.05.21	31.64	2.21	34.17	13.99	38674.95	
116.90	56.08	Richemont N	107.15	800t	108.55	1.31	35.55	77.31	23.66	88.45	1.00	17.11.20	2.256	2.10	25.92	2.95	62329.41	
359.10	290.55	Roche GS	356.95	1000t	354.55	0.03	-0.67	14.74	3.43	51.52	40.14	9.10	-	9.45	2.65	17.76	6.52	305821.60
2943	2253	SGS N	2867	12t	2868	0.03	7.42	16.97	12.38	31.92	80.00	24.03.20	81.64	2.85	30.58	18.83	21698.52	
315.30	199.10	Sika	308.50	195t	310.70	0.71	28.49	55.39	120.20	331.27	2.50	20.04.21	3.29	1.07	41.57	10.33	44051.41	
333.90	186.95	Swatch I	297.20	132t	300.00	0.94	24.22	52.48	-37.32	15.12	3.50	11.05.21	6.55	2.20	21.13	1.31	15434.10	
481.20	299.90	Swiss Life N	435.20	120t	444.80	2.21	7.86	24.42	28.48	100.54	21.00	23.04.21	23.10	5.31	10.90	0.78	14023.91	
94.96	62.22	Swiss Re N	79.92	1178t	80.62	0.88	-3.26	5.80	-8.66	-3.68	5.90	16.04.21	6.29	7.87	10.12	0.99	25596.63	
547.60	456.30	UBS Group N	539.60	86t	544.20	0.85	14.06	8.36	20.91	13.26	22.00	31.03.21	22.00	4.08	18.10	2.70	28190.62	
15.24	9.65	Wisscom N	13.35	13625t	14.06	5.32	12.75	24.81	-7.80	7.16	3.75	08.04.21	0.358	2.66	9.45	0.80	5206.07	
411.30	297.80	Zurich Insur. Grp N	354.80	383t	358.90	1.16	-3.91	2.78	20.44	53.25	20.00	07.04.21	22.338	6.29	13.39	1.48	54000.15	

ROHWAREN

52 Wochen	Schluss	Schluss	%	%		
Hoch	Tief	19.07.	20.07.	20.07.	2021	
231.39	149.93	TRJ CRB	225.93	222.11	-1.69	24.58
2663	1628	GSCI Total R.	2470	2500	1.21	26.44
4402	2852	LMEX	4184	4143	-0.96	21.34

Schluss	Schluss	%	%
19.07.	20.07.	20.07.	2021
89.94	88.50	-1.60	13.16
161.25	165.40	2.57	29.93
2310	2253	-2.47	-13.25
552.25	566.25	2.54	52.26
126.50	133.00	5.14	5.68
1428	1444	1.14	12.47
697.75	701.75	0.57	8.07
17.66	17.41	-1.42	12.32
68.75	69.61	1.25	34.59
3.78	3.91	3.44	44.25
66.42	67.45	1.55	39.59

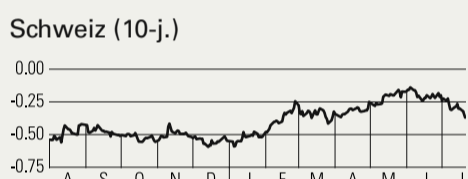
Rohwaren	Schluss	Schluss	%	%
	19.07.	20.07.	20.07.	2021
Baumwolle, ICE-US, c/lb	89.94	88.50	-1.60	13.16
Kaffee CSCE, c/lb	161.25	165.40	2.57	29.93
Kakao CSCE, S/t	2310	2253	-2.47	-13.25
Mais, CBOT, c/bu	552.25	566.25	2.54	52.26
Orangensaft, ICE, c/lb	126.50	133.00	5.14	5.68
Sojabohnen, CBOT, c/bu	1428	1444	1.14	12.47
Weizen, CBOT, c/bu	697.75	701.75	0.57	8.07
Zucker, CSCE, c/lb	17.66	17.41	-1.42	12.32
Brent ICE, S/Fass	68.75	69.61	1.25	34.59
Erdgas NYMEX, \$/mmBtu	3.78	3.91	3.44	44.25
Rohöl NYMEX, \$/bar	66.42	67.45	1.55	39.59



Stand: 22.04 Uhr	Geld	19.07. Brief	Geld	20.07. Brief
EDELMETALLE ZÜRICH				
Gold (\$/oz.)	1802	1804	1816	1818
Gold (Fr./kg)	53135	53635	53535	53853
Gold (\$/oz.)	25.36	25.42	25.10	25.16
Silber (Fr./kg)	744.50	759.50	734.00	749.00
Platin (\$/oz.)	1081	1091	1075	1085
Platin (Fr./kg)	31773	32523	31477	32227
Palladium (\$/oz.)	2643	2648	2618	2623
Palladium (Fr./kg)	78149	78519	77135	77505

Franken pro Stück	Geld	19.07. Brief	Geld	20.07. Brief
MÜNZEN				
Australian Nugget	1643.00	1748.00	1650.00	1756.00
Britannia	1643.00	1748.00	1650.00	1756.00
Kruger-Rand	1643.00	1733.00	1650.00	1740.00
Maple Leaf	1643.00	1726.00	1650.00	1733.00
Napoleon	300.00	340.00	304.00	343.00
Souverain, neu	382.00	431.00	384.00	432.00
Vreneli (20 Fr.)	305.00	342.00	306.00	343.00
Wiener Philharmoniker	1643.00	1748.00	1650.00	1756.00

GELD- & KAPITALMARKTDATEN



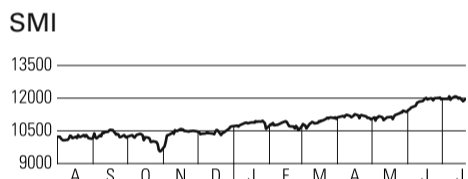
ZÜRCHER DEVISEN UND NOTEN					
20.07.	Ankauf	Verkauf	Ankauf	Verkauf	Noten
1 Euro	1.0828	1.0830	1.0560	1.1160	
1 Dollar	0.9175	0.9177	0.8825	0.9600	
1 Pfund	1.2524	1.2528	1.1800	1.3300	
100 Yen	0.8386	0.8388	0.7950	0.8850	
1 kanadischer Dollar	0.7196	0.7198	0.6850	0.7600	
100 Hongkong-Dollar	11.8060	11.8090	11.2000	13.0000	
1 Singapur-Dollar	0.6711	0.6714	0.6400	0.7100	
1 australischer Dollar	0.6720	0.6722	0.6325	0.7125	
100 schwedische Kronen	10.5459	10.5519	9.8500	11.3500	
100 norwegische Kronen	10.1841	10.1897	9.5000	11.1000	
100 ungarische Forint	0.3014	0.3020	0.2700	0.3300	
100 tschechische Kronen	4.2235	4.2303	3.9500	4.4500	
1 südafrikanischer Rand	0.0632	0.0632	0.0550	0.0725	

BENCHMARK-ANLEIHEN (10 Jahre)					
Land	19.07.	20.07.	20.07.	2021	2021
Deutschland	104.00	104.22	-0.41	106.49	101.06
Frankreich	100.45	100.56	-0.05	115.09	99.85
Grossbritannien	138.40	138.27	0.56	148.16	135.28
Italien	99.04	99.12	0.69	109.95	95.06
Japan	100.85	100.90	0.01	101.00	99.49
Kanada	94.15	94.16	1.16	107.64	89.99
Schweiz	125.99	126.53	-0.37	126.53	106.35
USA	103.88	103.91	1.20	103.91	94.38
USA (30 Jahre)	112.55	111.91	1.85	112.55	87.41

SWISS REFERENCE RATES					
Rate	19.07.	20.07.	20.07.	2021	2021
Swiss Average Rate ON	-0.7257	-0.7255	0.000	-0.01	
Swiss Average Rate TN	-0.7250	-0.7226	0.002	0.00	
Swiss Average Rate SN	-0.7226	-0.7232	-0.0006	0.02	

BOND-INDIZES (3 Monate, Vortag)					
Index	19.07.	20.07.	20.07.	2021	2021
Swiss-Bond-Index (SIX)	141.93	141.54	141.72		
Repo-Index (Raiff.)	158.27	156.82	157.09		
Liquid-Swiss-L. (CS)	179.69	178.19	178.48		

INDIZES



(22.04 Uhr)	Schluss	Schluss	%	absolut
	19.07.	20.07.	20.07.	20.07.
Europa				
SMI	11862.08	11945.68	0.70	83.60
SPI	15268.61	15366.64	0.64	98.03
ATX	3322.42	3365.84	1.31	43.42
DAX	15133.20	15216.27	0.55	83.07
CAC 40	6295.97	6346.85	0.81	50.88
S&P UK	1365.15	1372.20	0.52	7.05
Euro Stoxx 50	3928.53	3956.34	0.71	27.81
Stoxx Europe 50	3447.18	3465.06	0.52	17.88

Amerika					
Index	19.07.	20.07.	20.07.	2021	2021
Dow Jones	33962.04	34512.32	1.62	550.28	
S&P 500	4258.49	4323.15	1.52	64.66	
Nasdaq	14274.98	14498.88	1.57	223.89	
S&P TSX	19726.45	19942.71	1.10	216.26	
Mexiko IPC	4996.47	4939.90	0.62	302.53	
Bovespa	123976.30	124631.30	0.53	655.00	
Merval	62133.15	63003.67	1.40	870.52	

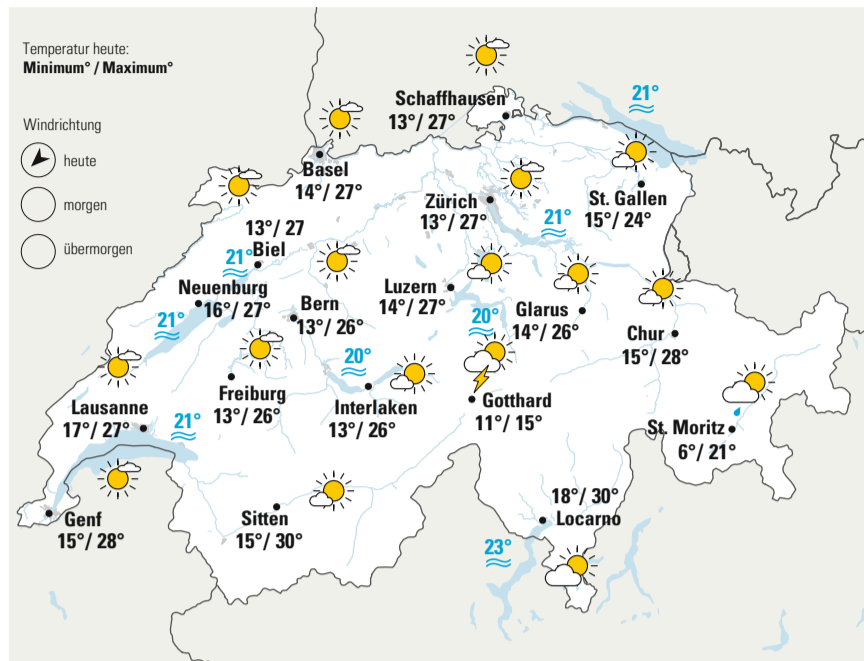
Asien und Afrika					
Index	19.07.	20.07.	20.07.	2021	2021
Nikkei 225	27652.74	27388.16	-0.96	-264.58	
Hang Seng	27493.33	27255.54	-0.86	-237.79	
Shanghai Co.	3539.03	3536.79	-0.06	-2.24	
Indien BSE	52563.40	52198.51	-0.68	-354.89	
S&P ASX 200	7286.00	7252.20	-0.46	-33.80	
S&P SA 50	2672.75	2713.37	1.52	40.62	

SCHWEIZ: SPI

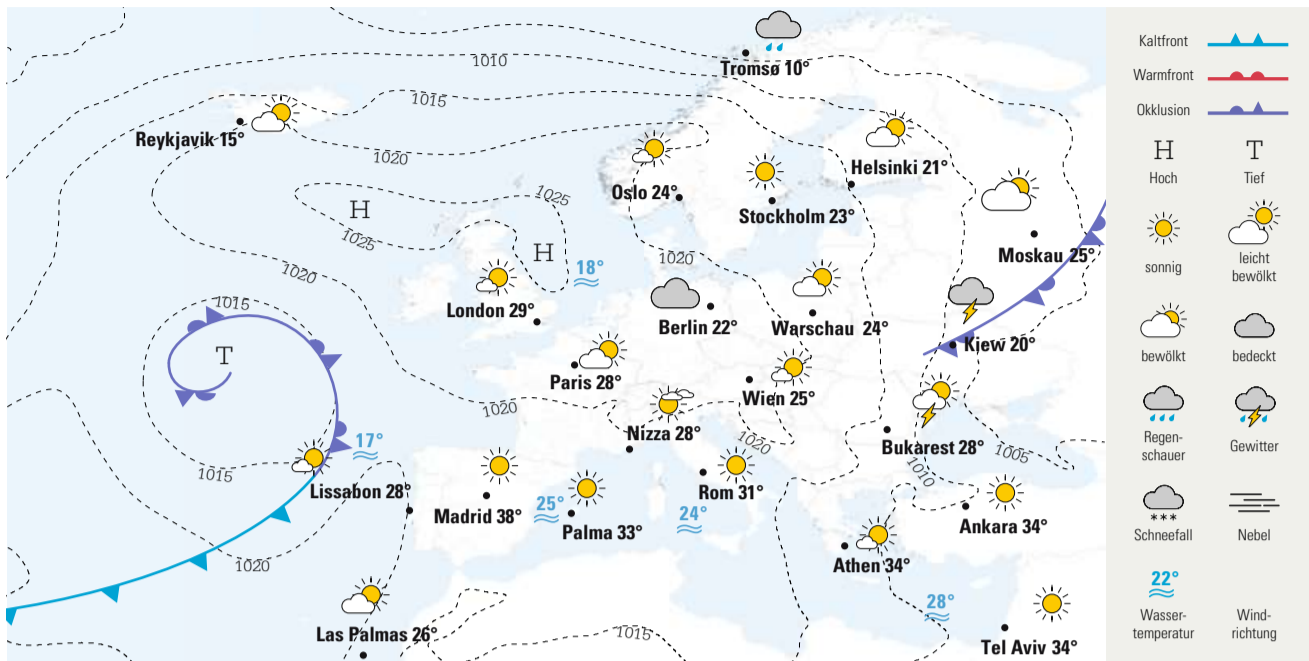
SPI: 0.64% ↑

52 Wochen	Schluss	Schluss	%	%	
Hoch	Tief	20.07.	20.07.	20.07.	2021
1.67	0.15	Achiko Ltd	0.16	0.00	
2.95	1.36	Adex Therapeutics	1.48	0.00	
67.04	42.93	Adecco Group N	60.24	1.35	
189.00	125.00	Adval Tech N	176.00	0.00	
14.00	10.95	Aevis Victoria N	13.30	-0.75	
1.02	0.69	Aireis N	0.72	0.70	
207.00	178.40	Allreal N	183.80	0.77	
289.00	205.50	Also Holding	271.00	0.18	
42.20	19.55	Aluflexpack	33.30	-1.48	
24.83	15.02	AMS	16.70	2.74	
247.50	159.40	APG SGA N	230.00	-2.13	
17.70	9.60	Arbonia N	16.50	0.12	
4.00	1.74	Aryzta N	2.48	0.00	
1.33	0.43	Aryza N	1.15	2.96	
15.80	10.02	Ascom N	14.82	1.09	
4.88	1.35	Asmalworld	3.20	3.01	
201.00	92.35	Autoneum Hold. N	157.00	-1.88	
595.00	235.00	Bachem Hold. N	579.00	0.00	
168.80	124.00	Baloise N	141.80		

SCHWEIZ



EUROPA



DIE NÄCHSTEN VIER TAGE

Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
Ostschweiz 14° / 28°	14° / 29°	16° / 29°	17° / 26°
Westschweiz 17° / 27°	17° / 30°	18° / 28°	17° / 26°
Südschweiz 18° / 28°	19° / 30°	20° / 30°	19° / 28°

Allgemeine Lage: Das ausgedehnte Hochdruckgebiet Dana erstreckt sich über ganz West- und Mitteleuropa und bestimmt weiterhin unser Wetter. Aufgrund der trockenen Luftmassen dominiert unter der Arbeitswoche die Sonne. Am Freitag nähert sich vom Atlantik her ein Höhentief, welches das Wetter in der Schweiz am Wochenende beeinflusst.

Heute: Der heutige Mittwoch beginnt bereits mit viel Sonnenschein und entlang der Alpen mit wenigen Wolkenfetzen. Auch tagsüber hat die Sonne abgesehen von ein paar Schleierwolken weiterhin das Sagen, im Süden steigt

in den Bergen am Nachmittag das Schauer- und Gewitterrisiko etwas an. Mit Temperaturen von 27 bis 28 Grad ist es sommerlich warm.

Aussichten: Bis am Freitag erwartet uns hochdruckbestimmtes Wetter mit viel Sonne und oft blauem Himmel. Am Freitag kommen dann allerdings ausgedehnte Wolkenfelder dazu. Am Samstag ist es zunächst recht sonnig, gegen Abend wird es gewittrig.



WINDRICHTUNGEN/-STÄRKEN

	heute	morgen	Umrise	heute	morgen
Zürichsee	NO 1-4	var 1-4	N 2-5	N 2-5	N 2-5
Obersee	NO 1-4	var 1-4	Thunersee	NW 2-4	NW 2-4
Greifensee	NO 1-4	var 1-4	Bielsee	NO 1-4	var 1-4
Walensee	var 1-4	W 1-4	Neuenb.see	NO 1-4	var 1-4
Bodensee	NO 1-4	var 1-4	Genfersee	NO 1-4	var 1-4
Untersee	NO 1-4	var 1-4	Langensee	SW 2-5	SW 2-5
Zugersee	NO 1-4	var 1-4	Luganersee	S 1-5	S 1-5
Vierv.see	NO 1-4	var 1-4	Silvapl.see	SW 3-6	SW 3-6

Windstärke in Beaufort, var = variabel

MeteoNews AG | meteo.news.ch
Das Schweizer Wetter Fernsehen: wetter.tv
MeteoNews iPhone App: iphone.meteo.news.ch
Ihre persönliche Wetterberatung: 0900 575 775
(CHF 3.20/Min. vom Schweizer Festnetz)

MORGEN INTERNATIONAL

Europa	Istanbul	28 f	
Amsterdam	22 f	Kopenhagen	22 f
Athen	33 s	Las Palmas	28 f
Barcelona	32 s	Lissabon	29 s
Berlin	23 w	London	27 f
Brüssel	24 f	Madrid	38 s
Budapest	26 f	Moskau	23 f
Dublin	26 f	München	26 f
Frankf./M.	28 f	Oslo	29 s
Hamburg	21 w	Paris	28 f
Helsinki	25 f	Prag	23 w

Rom	31 s	Afrika	Dakar	29 s
Stockholm	28 f	Johannesb.	10 f	
Warschau	25 f	Kairo	36 f	
Wien	26 f	Kapstadt	13 w	
Chicago	30 f	Lagos	30 w	
Denver	34 s	Marrakesch	44 s	
L. Angeles	23 f	Nairobi	25 f	
Miami	34 G	Tunis	35 s	
New York	28 f	Naher Osten		
San Franc.	18 f	Dubai	39 s	
Toronto	23 fR	Teheran	39 s	
Vancouver	22 s	Tel Aviv	32 f	
Washington	32 f	Asien		
Bogotá	16 R	Bangkok	33 G	
B. Aires	19 f	Delhi	34 G	
Caracas	25 R	Hongkong	32 G	
Mexiko-St.	24 G	Manila	30 G	
Santiago	22 f	Peking	30 R	
São Paulo	21 f	Seoul	35 s	
Mexiko-St.	24 G	Schanghai	30 G	
Australien, Neuseeland		Tokio	31 f	
Auckland	16 fR			
Melbourne	11 w			
Perth	18 f			
Sydney	17 s			

b = bedeckt; N = Nebel; s = sonnig;
f = freundlich; R = Regen; S = Schneefall;
G = Gewitter; fR = Regenschauer; SR = Schneeregen; w = bewölkt

BERGWETTER

Wind	km/h	°C
4000 m	W	15-45 2°
3000 m	W	15-40 8°
2000 m	W	15-35 15°
1000 m	NO	10-25 23°

SCHADSTOFFE

in µg/m³	Zürich	Bern	Lausanne	Tänikon	Basel	Lugano
Feinstaub (PM10)	17	18	20	18	18	17
Stickstoffdioxid	10	26	15	5	8	11
Ozon	102	89	91	98	97	137

Die entsprechenden Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung lauten: 50, 80, 120, EU-Ozon-Alarmwert 240 µg/m³. Messwerte gestern, 14 Uhr.

SONNE UND MOND

Sonne	Aufgang heute	1 morgen	Untergang heute	1 morgen
Sonne	05:51	05:52	21:13	21:12
Mond	zunehmend	19:15 20:22	02:38	03:28
	24.7.		31.7.	8.8.
				15.8.

SRF 1

8.45 G&G. (W) 9.05 Rosamunde Pilcher: Zauber der Liebe. Liebesmelodram (D/GB 2005). (W) 10.35 Zypern – Insel der Aphrodite. 11.25 Danke, «Happy Day». (W) 12.15 Mini Schweiz. (W) 12.45 Tagess. 12.55 Meteo. 13.05 G&G. (W) 13.25 Der Bergdoktor. 14.10 Der Bergdoktor. 15.00 Der Bergdoktor. 15.45 G&G Flash. 16.00 Rosamunde Pilcher: Zauber der Liebe. Liebesmelodram (D/GB 2005). 17.35 Guetnachtsschichtli. 17.45 Sil punct. 18.00 Tagess. 18.10 Meteo. 18.15 Mini Schweiz. 18.35 G&G. 19.00 Schweiz aktuell. 19.25 Börse. 19.30 Tagesschau. 19.55 Meteo.

20.05 DOK. Dokumentationsreihe. Die Bergretter im Winter. 21.35 Lotto Mittwoch. 21.50 10vor10. 22.15 Meteo. Wetterbericht. 22.25 Tatort Matterhorn. Dokumentarfilm (D 2015). Regie: Tilman Remme, Gieri Venzin. 00.00 Newsflash. 00.05 Elisabeth Kübler-Ross: Dem Tod ins Gesicht sehen. 01.00 DOK. Dokumentationsreihe. Die Bergretter im Winter. (W). 02.35 Tatort Matterhorn. Dokumentarfilm (D 2015). Regie: Tilman Remme, Gieri Venzin. (W).

SAT 1

5.30 Live: Sat.1-Frühstuckfernsehen. 10.00 Shop24. 11.01 Mein dunkles Geheimnis. 11.30 Mein dunkles Geheimnis. 12.00 Anwälte im Einsatz. 13.00 Auf Streife – Berlin. 14.00 Auf Streife. 15.00 Auf Streife – Die Spezialisten. 16.00 Klinik am Südring. 17.00 Die Ruhrpottwache – Vermisstenfahnder im Einsatz. 17.30 K11 – Die neuen Fälle. 18.00 Newstime. 18.15 Die Simpsons. Zeichentrick-Serie. Ein Sommernachtstrip / Denn sie wissen nicht, wen sie würgen. 19.05 Live: Galileo. 20.15 Grey's Anatomy – Die jungen Ärzte. 21.15 Seattle Firefighters – Die jungen Helden. 22.15 Frau Jordan stellt gleich. 05.55 Joko gegen Klaas – Die besten Duelle um die Welt. Show.

SRF zwei

5.40 Drei auf zwei. 8.40 Das Glück liegt auf dem Teller. Koch-Serie. Türkei: Mehmet Gurs. (W) 9.10 Grand Designs Neuseeland. (W) 9.55 The Guardian – Retter mit Herz. Drama-Serie. 10.40 Wege zum Glück. Telenovela. 11.25 Wege zum Glück. Telenovela. 12.10 Drei auf zwei. Show. 13.20 Aloha – Der Spirit von Hawaii. (W). 14.05 Das Herz von Hawaii. Dokumentation. (W). 14.50 Kreuzfahrt XXL. (2/2). (W). 15.20 Alisa. 16.10 Chicago Fire. Drama-Serie. 16.50 Man with a Plan. (W). 17.25 G&G Flash. 17.30 Live: Tennis: ATP Tour 2015. 19.10 Grand Designs Neuseeland. (W).

20.00 sportflash. 20.10 Live: Fussball: Champions League. Aus Bratislava (SK). Slovan Bratislava – Young Boys. Mit Paddy Káin. Kommentar: Dani Kern. Experte: Nora Häuptle. 22.35 sportflash. 22.40 Newsflash. 22.50 Sykora Gisler – Der Fussball-Talk. Mit Rapper Mario Wälti aka Emm. 23.50 Homefront. Actionthriller (USA 2013). Mit Jason Statham, James Franco, Winona Ryder. Regie: Gary Fleder. 01.20 G&G Flash. Magazin. (W). 01.25 Das Glück liegt auf dem Teller.

Pro Sieben

8.55 Man with a Plan. Comedy-Serie. (W) 9.50 Brooklyn Nine-Nine. 10.15 premium's hopping.tv. 12.05 Scrubs – Die Anfänger. 12.30 Last Man Standing. (W) 13.25 Two and a Half Men. 14.45 The Middle. 15.40 The Big Bang Theory. 17.00 Live: taff. Magazin. Das Eco-Hostel (3). 18.00 Newstime. 18.15 Die Simpsons. Zeichentrick-Serie. Ein Sommernachtstrip / Denn sie wissen nicht, wen sie würgen. 19.05 Live: Galileo. 20.15 Grey's Anatomy – Die jungen Ärzte. 21.15 Seattle Firefighters – Die jungen Helden. 22.15 Frau Jordan stellt gleich. 05.55 Joko gegen Klaas – Die besten Duelle um die Welt. Show.

ARD

5.00 Report München. (W) 5.30 ARD-Mo-Ma. 9.00 Tagesschau. 9.05 Live: Live nach Neun. Magazin. 9.55 Verrückt nach Meer. 10.45 Meister des Alltags. 11.15 Gefragt – Gejagt. 12.00 Tagesschau. 12.15 ARD-Buffet. Magazin. 13.00 ZDF-MiMa. 14.00 Tagesschau. 14.10 Rote Rosen. Telenovela. 15.00 Tagesschau. 15.10 Sturm der Liebe. 16.00 Tagess. 16.10 Verrückt nach Meer. 17.00 Tagess. 17.15 Britant. 18.00 Gefragt – Gejagt. 18.50 Rentnercop. 19.45 Wissen vor acht – Werkstatt. 19.50 Wetter vor acht. 19.55 Börse vor acht.

20.00 Tagesschau. Mit Wetter. 20.15 Was wir wussten – Risiko Pille. Drama (D 2019). Regie: Isabel Prahl. 21.45 Plusminus. Magazin. 22.15 Tagesthemen. Mit Wetter. 22.50 Das Impfdrama. Deutschlands Weg aus der Pandemie. Dokumentarfilm (D 2021). 00.20 Nachtmagazin. 00.40 Was wir wussten – Risiko Pille. Drama (D 2019). (W). 02.10 Tagesschau. Die Nachrichten. 02.15 Das Impfdrama. Deutschlands Weg aus der Pandemie. Dokumentarfilm (D 2021). Regie: Dominik Wessely, Antje Boehmert. (W).

ORF 1

8.05 Morgenprogramm. 13.50 Die Nanny. 14.35 The Big Bang Theory. (W) 15.15 Die Barbara-Karlich-Show. 17.00 ZIB. 16.05 Scrubs. 16.25 How I Met Your Mother. 16.50 Die Simpsons. 17.10 ZIB Flash. 17.15 Die Simpsons. 17.35 Modern Family. 18.00 ZIB 18. 18.10 Magazin 1. 18.20 Modern Family. 18.40 The Big Bang Theory. 19.30 Zeit im Bild. 19.51 Wetter. 19.56 Sport aktuell. 20.03 Hallo Österreich. 20.15 Sie nannten ihn Spencer. Dokumentarfilm (A/D 2017). Regie: Karl-Martin Pold. 22.15 ZIB Flash. 22.25 Hawaii Five-0. 23.10 ZIB Nacht. 23.25 Hawaii Five-0. 0.10 The Blacklist. 0.50 9-1-1 Notruf L.A.

ZDF

5.00 hallo deutschland. (W) 5.30 ARD-Morgenmagazin. 9.00 heute Xpress. 9.05 Volle Kanne – Service täglich. 10.30 Notruf Hafenkante. 11.15 SOKO Wismar. Krimi-Serie. 12.00 heute. 12.15 drehscheibe. Magazin. 13.00 ZDF-Mittagsmagazin. 14.00 heute – in Deutschland. 14.15 Die Küchenschlacht. Show. 15.00 heute Xpress. 15.05 Bares für Rares. 16.00 heute – in Europa. 16.10 Die Rosenheim-Cops. 17.00 heute. 17.10 hallo deutschland. 17.45 Leute heute. 18.00 SOKO Wismar. Krimi-Serie. 18.54 Lotto. 19.00 heute. 19.20 Wetter. 19.25 Heldt. Krimi-Serie.

20.15 Bares für Rares. Magazin. Deutschlands grösste Trödel-Show. Mit Horst Lichter. 21.45 heute-journal. 22.15 Die Rückkehr der Taliban. Dokumentation. 22.45 ZDFzoom. Dokumentationsreihe. Das Ende der Sexarbeit? Prostitution nach der Pandemie. 23.15 Markus Lanz. Talkshow. 00.30 heute journal update. 00.45 GroKos, Krisen, Kompromisse – Die Ära Merkel. 01.15 Die NIVEA-Story. Dokumentation. (W). 02.00 Die Rückkehr der Taliban. Dokumentation. Wohin steuert Afghanistan? (W).

ORF 2

5.00 Morgenprogramm. 14.25 Sturm der Liebe. 15.15 Die Rosenheim-Cops. 16.00 Die Barbara-Karlich-Show. 17.00 ZIB. 17.05 Aktuell nach fünf. 17.30 Studio 2. 18.30 Konkret. 18.48 Lotto. 19.00 Bundesland heute. 19.23 Wetter. 19.30 Zeit im Bild. 19.51 Wetter. 19.56 Sport aktuell. 20.05 Seitenblicke. 20.15 Inga Lindström: Klang der Sehnsucht. Liebesmelodram (D/S 2019). 21.50 Autofocus. 22.00 ZIB 2. 22.30 WELTjournal. Magazin. 23.05 WELTjournal + 23.50 The Birdcage – Ein Paradies für schräge Vögel. Komödie (USA 1996). 1.40 Inga Lindström: Klang der Sehnsucht. Liebesmelodram (D/S 2019).

3 sat

5.27 Morgenprogramm. 9.05 Menschen mit Gaspür für Holz. 9.25 Lavaglut am Bodensee. 10.15 Live: Eröffnung Bregener Festspiele 2021. 12.00 Jung & hungriig – Koch-Wissen für Anfänger. 12.15 Servicezeit Reportage. 12.45 Bergauf, bergab. 13.15 Spaniens spannende Mitte. Dokumentation. Madrid, Toledo und die iberische Serengeti. 14.00 Eine Reise in den Südosten Portugals. 14.45 Wunder schön! Reportage. 15.15 Mallorca stille Seiten. 17.30 La Gomera. 18.15 Die Kanarischen Inseln. 19.00 heute. 19.20 Pop Radio. Die Video Stars. Magazin.

20.00 Tagesschau. 20.15 Polizeiruf 110. Tod einer Toten. Krimireihe (D 2020). Mit Claudia Michelsen. Regie: David Nawrath. 21.40 Erlebnisreisen. Reportage. Baskenland – Von Bilbao nach San Sebastián. 22.00 ZIB 2. 22.25 Hard Sun. Krimireihe (GB 2018). 00.10 10vor10. 00.40 Stöckl. Talkshow. 01.40 Spaniens spannende Mitte. Dokumentation. Madrid, Toledo und die iberische Serengeti. (W). 02.25 Eine Reise in den Südosten Portugals. Reportage. (W).

SRF info

18.45 Meteo. 18.50 Sil punct. 18.55 Tagesschau. 19.00 Meteo. 19.05 Sil punct. 19.10 Tagesschau. 19.20 G&G Flash. 19.30 Tagesschau & Meteo in Gebärdensprache. 20.00 Tagesschau. 20.25 Meteo. 20.30 Schweiz aktuell in Gebärdensprache. 20.55 SRF Börse. 21.00 sportflash. 21.05 Fokus Japan. 21.45 Schweiz aktuell. 22.05 sportflash. 22.10 Sil punct. 22.15 SRF Börse. 22.20 G&G – Gesichter und Geschichten. 22.40 10vor10. 23.05 Meteo. 23.10 10vor10. 23.30 Meteo. 23.35 sportflash. 23.40 G&G – Gesichter und Geschichten. Magazin. 23.55 sportflash. 0.00 SRF Börse. 0.05 10vor10.

arte

7.00 ARTE Journal Junior. 7.05 360° – Geo-Reportage. (W) 7.50 Kuba – Das grüne Herz der Karibik. (W) 8.35 Stadt Land Kunst. (W) 9.30 Nanga Parbat. Mein Schlüsselberg. Dokufilm (PA/1 2020). (W) 10.50 Das Tier im Menschen. (W) 11.35 Das Tier im Menschen. (W) 12.20 Die Bienenflüsterer. (W) 12.50 Arte Journal. 13.00 Stadt Land Kunst. 13.50 Wiedersehen in Howards End. Drama (GB/J/USA 1992). (W) 16.05 Der Wilde. Drama (USA 1953). (W) 17.50 Japan von oben. 18.30 Auf den Dächern der Stadt. 19.20 Arte Journal. 19.40 Märkte – Im Bauch von

20.15 Morgen sind wir frei. Drama (D 2019). Mit Katrin Röver. Regie: Hossein Pourseifi. 21.50 Mit wehenden Haaren gegen die Mullahs. Dokumentation. 22.45 Vermisst. Dokumentation. 23.40 Der Affront. Drama (LIBN/FB/ZYP/USA 2017). Mit Adel Karam, Kamel El Basha, Rita Hayek. Regie: Ziad Doueiri. 01.30 Kaulquappe. Animationsfilm (F 2019). Mit Elisa Le Bel-Sorel. Regie: Jean-Claude Rozec. 01.45 Emmanuelle – Königin des Softpornos. Dokumentation. (W). 02.40 Wenn die Liebe fremdgeht. Dokumentation. (W).

Radio SRF 1

9.40 Mundarttribun. 10.03 Treffpunkt. 11.08 Ratgeber. Der richtige Thek für den Schulstart. 11.40 A point. Den Kühlschrank-Inhalt richtig managen. 12.03 Regionaljournal. 12.30 Rendez-vous. 13.00 Tagesgespräch. Vom Schloss der norwegischen Königsfamilie bis zum österreichischen Filmarchiv (Teil 3). 13.40 3 vo 5. 16.00 Heute um vier. 16.30 Regional Diagonal. 17.00 Heute um fünf. 17.12 Sport. 17.30 Regionaljournal. 18.00 Echo der Zeit. 18.45 Sport. 20.03 Spasspartout. Die kleine Sommerreihe: «Ohrfeigen» – Die Radio-show. 21.03 Knack&Nuss. 22.08 Nachtclub. 23.04 Nachtclub. 0.06 Nachtclub.

RTL

5.15 Anwälte der Toten – Rechtsmediziner decken auf. Dokumentationsreihe. 6.00 Guten Morgen Deutschland. 8.30 Gute Zeiten, schlechte Zeiten. (W) 9.00 Unter uns. (W) 9.30 Alles was zählt. (W) 10.00 Kitsch oder Kasse. 11.00 Kitsch oder Kasse. 12.00 Punkt 12. 12.50 Die Superhändler – 4 Räume, 1 Deal. 16.00 Die Superhändler – 4 Räume, 1 Deal. 16.30 Die Versicherungsdetektive. 17.30 Unter uns. Soap. 18.00 Explosiv – Das Magazin. 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin. 18.45 RTL Aktuell. 19.05 Alles was zählt. Soap. 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten. Soap.

20.15 Die Bachelorde. Doku-Soap. Mit Maxime Herbold. 22.15 stern TV. Magazin. U.a.: Erbenmittler im Einsatz? Was passiert mit dem Millionenervermögen nach dem Tod? Mit Steffen Hallaschka. 00.00 RTL Nachtjournal. 00.30 CSI: Miami. Krimi-Serie. Zuschlag für den Lieferanten. 01.20 CSI: Miami. Krimi-Serie. Du für mich. Mit David Caruso. 02.10 CSI: Den Tätern auf der Spur. Krimi-Serie. Eisiger Tod. 03.00 CSI: Den Tätern auf der Spur. Krimi-Serie. Tod im Tempel. 03.50 CSI: Den Tätern auf der Spur. Krimi-Serie. Letzte Ausfahrt.

Radio SRF 2

8.06 Kultur-Aktualität. 8.15 Kultur-Aktualität. 8.30 HeuteMorgen. 9.02 Kontext. 10.20 100 Sekunden Wissen. Spa. 11.40 Tageschronik. 12.10 Kultur kompakt. 12.30 Regionaljournal. 12.30 Klassiktelefon. 13.45 Concerto. Frühromantisch mit der Kölner Akademie. 16.30 Kultur-Nachrichten. 17.08 Kultur-Aktualität. 17.16 Kultur-Aktualität. 17.30 Kultur-Nachrichten. 18.03 Kontext (W). 19.00 Echo der Zeit. 20.00 Musik unserer Zeit. Bodensatz – Überlegungen zu einem kompositorischen Phänomen. 21.00 Neue Musik im Konzert. Reise in die Zukunft mit dem Concept Store Quartet. 22.06 Notturmo. 0.06 Notturmo.

TV-TIPPS

3sat, 17.30 La Gomera Die zweitkleinste der Kanarischen Inseln gilt als das wildeste Eiland des kanarischen Archipels. Die Landschaften sind beeindruckend. Mal geht es durch wüstenartige, steile Schluchten, mal durch mystischen Nebelwald, in dem Moose die Bäume verkleiden, und dann durch eine Felsklamm, die zu einem Wasserfall führt.

Arte, 21.50 Mit wehenden Haaren gegen die Mullahs Die Journalistin Masih Alinejad ist das Sprachrohr von Millionen iranischer Frauen, die in den sozialen Netzwerken gegen den Hijab-Zwang rebellieren. Als Anführerin einer der grössten Protestaktionen im heutigen Iran nutzt Masih ihre Freiheit im Exil, um für die Rebellion in ihrem Heimatland internationale Aufmerksamkeit zu erlangen. Masih's Mut wird auf die Probe gestellt, als Gewalt ihre eigenen Familienmitglieder bedroht.

SRF 1, 22.25 Tatort Matterhorn Das Matterhorn zählt für Bergsteiger zu den gefährlichsten Gipfeln der Alpen. Schon bei seiner Erstbesteigung 1865 kamen vier Männer ums Leben. Bis heute ist allerdings nicht geklärt, ob es sich um einen Unfall oder eine Gewalttat handelte. Mit modernen forensischen Methoden hat eine Expedition die Spurensuche aufgenommen und will Klarheit darüber schaffen, was vor 150 Jahren am Matterhorn wirklich geschah.

ARD, 22.50 Das Impfdrama Die Impfkampagne gegen das Coronavirus ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung ungekannten Ausmasses, bei der alle gefragt sind. Noch nie haben Politiker, Wissenschaftler und Ethiker versucht, eine solche Allianz zu schmieden, noch nie war jeder und jede Einzelne so sehr betroffen. Der Film begleitet über acht Monate hinweg Menschen, die jeden Tag an vorderster Front für den Erfolg der Impfkampagne kämpfen.



Am 11. Juli schlägt die kubanische Polizei erstmals seit der Revolution 1959 Proteste gewaltsam nieder. Am Tag danach patrouilliert sie durch Havanna.

ELIANA APOENTE / AP

Die künstlerische Speerspitze der sozialen Proteste

Auf Kuba engagieren sich besonders Kunstschaffende gegen die zunehmende Repression

KNUT HENKEL

Auf dem Sofa sitzen und zuschauen ist nicht Junior García Aguilera's Sache. Als am 11. Juli die ersten Bilder von den Protesten die sozialen Netze förmlich fluteten, hielt den 38-jährigen Dramaturgen nichts mehr zu Hause.

Gemeinsam mit einigen Freunden eilte er zum ICRT, dem Radio- und Fernsehinstitut an der 23. Strasse in Havanna. «Wir wollten auf Sendung gehen, baten um 15 Minuten Sendezeit im nationalen kubanischen Fernsehen. Um das zu verhindern, was anschliessend geschah», so García Aguilera. Die gewaltsame Niederschlagung des Protests durch die Polizei, das Abschalten des Internets und die Kriminalisierung des sozialen Protests wollte die Gruppe vermeiden, mit einem Appell zum Frieden und für einen friedlichen Wandel in Kuba.

«Doch die gleichen Leute, die unsere Drehbücher annehmen, unsere Ideen für ihr Programm realisieren, wiesen uns nach Rücksprache mit den Entscheidungsträgern ganz oben ab. Sie beschimpften uns als Würmer, als Söldner der USA und liessen uns wie Müll unter Gewaltanwendung abtransportieren», kritisiert der in Kuba gefeierte Dramaturg des Trébol Teatro, der 2018 beim Internationalen Kinofestival von Havanna für seinen Kurzfilm «Cerdo» ausgezeichnet wurde.

Plädoyer für Dialog

Der 11. Juli hinterlässt eine Zäsur in Kubas Geschichte. Erstmals seit der Revolution 1959 schlägt die Polizei breite soziale Proteste gewaltsam nieder; mindestens eine Person kam dabei ums Leben. Doch zu einem ernsthaften, auf Reformen abzielenden Dialog gehörten zwei, sagt García Aguilera, der seit zwei Jahren zu dem Kreis von Künstlern auf der Insel gehört, die sich engagieren: gegen die Gängelung der Kunst und die zunehmende Repression.

Auslöser für den Widerstand war im Juli 2018 das Gesetz 349. Dieses schreibt

den Kulturschaffenden vor, sich in staatlichen Organisationen zu organisieren und Veranstaltungen selbst im privaten Rahmen anzumelden, und es ahndet Verstösse mit rigiden Strafen. Für García Aguilera ist das ein massiver Eingriff in die Freiheit der Kunst, der auch das Spektrum der freien Künstler ohne feste Spielstätte einschränkt. Sie nutzen den

Die Künstlergeneration fordert das Recht auf Dissens sowie aktive Partizipation in einer diversen Gesellschaft.

öffentlichen Raum für Performances, Lesungen, Ausstellungen oder Konzerte.

Tania Bruguera, international bekannte Installations- und Performancekünstlerin mit Exponaten sowohl im New Yorker Museum of Modern Art als auch im Tate Modern Museum oder der Documenta in Kassel, zählt dazu. Die 52-Jährige ist mit ihren Projekten immer wieder angeeckt, da ihre Kunst Mal um Mal Geschichte und Gegenwart der kubanischen Revolution hinterfragt. In dem von ihr gegründeten Institut für Kunstaktivismus Hannah Arendt hat sie mehrfach Besuch von den Inspektoren des Kulturministeriums erhalten. Sie musste zudem Geldstrafen entrichten, weil das in der Altstadt von Havanna angesiedelte, unabhängige Projekt nicht in das kubanische Kulturschema passt.

Doch die Frage, die Kubas kritische Künstler seit 2018 immer wieder stellen, ist die, ob dieses Schema nicht längst zum Anachronismus geworden sei. Für einen offenen, nicht reglementierten Kunstbetrieb treten Aktivisten wie der Dokumentarfilmer Michel Matos oder der derzeit inhaftierte Manuel Otero

Alcántara vom Movimiento San Isidro ein. Aber auch international bekannte Künstler wie der Kinoregisseur Fernando Pérez.

Dessen Filme, darunter «La vida es silbar» (1998), gehören zum kulturellen Tafelsilber der kubanischen Revolution. Pérez zählte wie Bruguera, García Aguilera oder Matos am 27. November zu den rund dreissig Kulturschaffenden, die zum Dialog mit Vizekulturminister Fernando Rojas vorgelassen wurden. Und danach für ein paar Stunden die Hoffnung hatten, dass das ein Auftakt für einen fruchtbaren Dialog über die kulturelle und politische Zukunft der einst revolutionären Insel sein könne.

Stigmatisierung oder Dialog?

Doch die historische Chance sei vertan worden, urteilt Fernando Pérez in einem Interview mit «On Cuba», einem der kritischen Online-Magazine, die sich in den letzten Jahren etabliert haben. Im Anschluss an das Treffen im Kulturministerium wurde das Gros der Teilnehmenden, die als Gruppe 27N aktiv sind, in den offiziellen Medien der Insel als Konterrevolutionäre oder sogar als Terroristen tituliert und diskreditiert. Dass sie von den Kulturinstitutionen der Insel mit Preisen ausgezeichnet, dass sie in der kubanischen Wikipedia, EcuRed, als Modernisierer des kubanischen Theaters gerühmt werden wie García Aguilera, tut nichts zur Sache. Widersprüche, die keine Rolle spielen, denn es gibt nur schwarz und weiss, mit der Revolution oder gegen sie.

Doch genau das lehnt diese Künstlergeneration in Bausch und Bogen ab. Sie fordere freie Meinungsäusserung, das Recht auf Dissens, aktive Partizipation in einer pluralen, diversen Zivilgesellschaft, so Pérez. Doch die Türen sind geschlossen, und er führt als Beleg die Geschehnisse rund um das kubanische Fernseh- und Rundfunkinstitut und García Aguilera an. Pérez sieht darin eine weitere vertane Chance angesichts einer landesweiten Welle des Protests. Und er dürfte

nicht nur jenen aus der Seele sprechen, die wie García Aguilera derzeit versuchen, Hunderte von Vermissten, oft Jugendliche, zu lokalisieren. Ihm zustimmen dürften auch jene, die die Bilder der Repression zutiefst schockiert haben. Unter ihnen sind neben Dutzenden anderen auch Chucho Valdés, Jazz-Ikone der Insel, Baseball-Stars wie Aroldis Chapman oder der Schauspieler Andy García.

Deutliche Forderungen

Die Kunst ist längst zur Speerspitze der sozialen Bewegung in Kuba geworden. Sie fordert Verfassungsrechte wie die Versammlungs- und die Meinungsfreiheit laut ein – und ein Recht auf Partizipation. Das hat es in dieser Vehemenz und Deutlichkeit in knapp 63 Jahren Revolution noch nicht gegeben, und der 11. Juli markiert einen Wendepunkt nicht nur für diese Künstlergeneration.

Die Bilder von Polizisten, die gezielt Schüsse auf Demonstranten abgeben, waren auf der Insel zuvor nicht vorstellbar – ein Grund, weshalb der Ruf nach Gerechtigkeit und lückenloser Aufklärung in den sozialen Netzen laut ist. Das sei eine Voraussetzung für einen ehrlichen Dialog in Kuba, so die Schauspielerin und Dramaturgin Lynn Cruz. Diese Ansicht teilt sie mit ihrem Kollegen García Aguilera und den Aktivistinnen und Aktivisten der Gruppe 27N. Sie sind vorbereitet auf einen ernsthaften Dialog mit den Verantwortlichen – der mit vielen Militärs besetzten Gruppe um und hinter dem Präsidenten Miguel Díaz Canel. Und sie lehnen jegliche externe Einmischung ab.

Doch der notwendige Dialog liege derzeit in weiter Ferne, so García Aguilera. Die von der Regierung anberaumte Demonstration vom letzten Samstag sei genauso wenig ein Indiz für den Willen zum Dialog wie die Vorladung von Bruguera zur Geheimpolizei. Der Ball liegt im Feld der Regierenden in Havanna. Doch an den Kulturschaffenden führt kaum ein Weg vorbei, um die gravierende politische Krise beizulegen.

Ein neuer Guru aus Hollywood

Schauspieler Matthew McConaughey verrät sein Erfolgsgeheimnis

MARION LÖHNDORF

Lebensratgeber in Buchform sind beliebt. Manchmal erobern sich gänzlich Unbekannte ein Publikum. Zusätzliche Autorität geht von den Lebenstipps aber aus, wenn ihre Autoren bereits Ruhmshöhen erreicht haben.

Der Schauspieler Matthew McConaughey zum Beispiel gewann nicht nur einen Oscar (für «Dallas Buyers Club»), er hat auch darüber nachgedacht, welche Wege zum Erfolg führen. Dabei war immer, das muss man leider sagen, viel Arbeit im Spiel. Und so sollen die Weisheiten, wie McConaughey findet, auf jede Lebenssituation übertragbar sein. Amerikanische Leser kauften ihm das gern ab, denn sein Buch «Greenlights» (auf Deutsch: «Greenlights oder die Kunst, bergab zu rennen») stand wochenlang auf den Bestsellerlisten von «USA Today» und «New York Times».

Prügel und Siegerpose

McConaughey kommt aus einer Familie, in der es wenig Geld gab und viel geprügelt wurde, was auf haarsträubende Weise heruntergespielt wird. Dafür versorgten ihn die Eltern schon früh mit Bausteinen seiner späteren Erfolgsphilosophie. Erstens, es sei nicht schlimm, wenn man etwas ausgefressen habe – dumm aber wäre es, sich dabei erwischen zu lassen. Und zweitens solle er nie als Bittsteller auftreten, sondern immer schon als Gewinner, auch wenn das den wirklichen Verhältnissen noch nicht entspreche. Unbewusst waren damit schon Voraussetzungen für schauspielerischen Ehrgeiz gelegt worden.

McConaughey, der mit leichten Komödien berühmt wurde und dann einen steilen Wechsel in die E-Schauspielerei vollzog, schreibt wie eine Mischung aus Cowboy-Rocker und esoterischem Yogalehrer (Yoga ist Teil seines Alltags). Ausserdem ist er ein Fan von Tipps und Sinnsprüchen, die er jahrzehntelang in seinem Tagebuch sammelte und auf ihre Praxistauglichkeit überprüfte. Er stellt sie in sein Buch, das die Klebezettel als Faksimiles abbildet und mit Handschriftlichem und Bildern aus dem eigenen Leben verbindet.

Zusammengedreht wird die Sinnuche von biografischen Episoden, aus dem dann wiederum Tipps für eine erfreuliche Existenz abgeleitet werden. Ein Psycho-Ratgeber für Kinofans gewissermassen. Michael Caine machte das vor ein paar Jahren schon erfolgreich vor, allerdings mit englischem Humor versehen – und McConaugheys Mentor Jordan Peterson hat auch gerade ein Buch mit seiner Ansicht nach nützlichen Lebensratschlägen vorgelegt. Der Erfolg und die Fülle des Angebots solcher Bücher sind erstaunlich, wenn man bedenkt, wie selten man gute Ratschläge wirklich umsetzt.

Alles easy, überall freie Fahrt

McConaugheys Ausführungen sind, wie so oft bei dieser Art von Büchern, Bau am eigenen Mythos, Schritte auf dem Weg zur Guruwerdung. Es ist viel Selbstüberhöhung in diesem Text, aber auch Selbstironie. Das oft verwendete Stichwort zu seinem Comeback vor einigen Jahren, McConaissance, hatte er selbst in die Welt gesetzt und einem Journalisten erzählt, ein anderer Journalist sei auf die fabelhafte Idee gekommen.

Alles, was ihm passiert ist, egal, wie unerfreulich oder schmerzlich, versieht er am Ende mit einer günstigen oder bereichernden Bilanz. Schliesslich trägt das Buch den Titel «Greenlights». Und nach diesen Freifahrtzeichen, die offenbar überall zu finden sind, sollen auch wir im Leben Ausschau halten. So geht das also, positiv zu denken. Keine Panik, alles easy. Vielleicht kann man sich die grünen Ampeln auch so lange einreden, bis man sie sieht.

Matthew McConaughey: Greenlights oder die Kunst, bergab zu rennen. Aus dem Amerikanischen von Stephan Kleiner. Ullstein-Verlag, Berlin 2021. 304 S., Fr. 31.90.

Miss Marples Bettlektüre

Vor 600 Jahren schrieb ein Mönch ein Erbauungsbuch. Es wurde zu einem Weltbestseller

BERNHARD LANG

Ein Mann träumt vom Besuch einer Bibliothek. Er leiht sich «Die Nachfolge Christi» aus. In der Küche findet er einen ruhigen Ort zum Lesen und kommt mit der Köchin ins Gespräch. Sie kennt und schätzt das Buch, das sie von ihrer Mutter geerbt hat: «Ich bete oft abends drin», erzählt sie. «Es hat mich schon oft in schwerer Stunde getröstet, und man kann sich immer einen Rat drin holen.» Am Küchentisch schläft der Mann ein und träumt nun seinerseits – und da zerfällt ihm die Bedeutung der «Nachfolge Christi». Wieder erwacht, bringt er das Buch zurück. Der Bibliothekar: «Diese Andachtsbücher sind entsetzlich langweilig.» Der Mann: «Ja, für unsereiner. Aber für Ihre Köchin bedeutet das kleine Buch viel Erbauung.»

Der Mann, der von diesem Traum berichtet, ist kein anderer als Carl Gustav Jung. Der grosse Schweizer Psychologe war Sohn eines Pfarrers. Erst 2009 wurde «Das Rote Buch» publiziert, in dem Jung von seinen Träumen erzählt – und von seinem Abschied von dem Buch mit dem Titel «Die Nachfolge Christi».

Damals, wohl kurz nach dem Ersten Weltkrieg, als Jung seinen Traum aufschrieb, galt die «Nachfolge» als das nach der Bibel weltweit meistgelesene christliche Buch. Im 15. Jahrhundert in einem niederländischen Kloster in lateinischer Sprache geschrieben, wurde es zu einem spirituellen Bestseller. Von Hand abgeschrieben, übersetzt und als zumeist kleinformatiges Buch gedruckt, erreichte es alle, die lesen konnten.

Fünf goldene Lebensregeln

Was steht in diesem Buch? Und wer ist der Verfasser? Der aus der kleinen Stadt Kempen im Rheinland stammende Autor Thomas Hemerken ist als Thomas von Kempen in die Geschichte eingegangen. Am 25. Juli 1471 verstarb er mit 92 Jahren als Augustiner-Chorherr im Kloster Sint Agnietenberg nahe der niederländischen Hansestadt Zwolle. Sein Hauptwerk «Die Nachfolge Christi» dient als Anleitung zum spirituellen Leben.

Es gibt keine Handlung in dem Buch, Namen fallen selten – der heilige Franziskus und der heilige Laurentius bilden die Ausnahme. In oft wirrer Folge werden Ratschläge aneinandergereiht und durch kurze poetische Stücke oder Sprichwörter unterbrochen. Oft lässt der Autor Jesus selbst zu Wort kommen und den angeredeten «Sohn» zaghaft antworten.

Im Zentrum der von Thomas empfohlenen Spiritualität stehen fünf Lebensregeln, an die man sich halten soll. Erstens: Erstrebe weder Reichtum noch Ansehen! Zweitens: Bekämpfe in dir alle sündigen und selbstischen Triebe! Drittens: Nimm alle Unpässlichkeiten im Leben ohne Murren auf dich! Viertens: Pflege Freundschaft mit Jesus! Und fünftens: Lies oft in spirituellen Büchern!

Wie leicht erkennbar, handelt es sich um ein Programm zur Selbstsorge; der Autor hebt das eigens hervor: «Der innerliche Mensch stellt die Sorge um sich selbst allen anderen Sorgen voran.» Das Sorgen um sich selbst bildet die Grundlage von allem, wie ein Beispiel veranschaulicht: «Zuerst bewahre dich selbst im Frieden, dann kannst du auch andere zum Frieden bringen.» Es geht um Bescheidenheit und Demut, Selbstkontrolle, Frustrationstoleranz – alles Themen, um die es in fast jeder heutigen Anleitung zur seelischen Selbsthilfe geht.

Nicht alle Lebensregeln des Thomas befriedigen den heutigen Menschen. Insbesondere die mit den Regeln zwei und drei verbundene Mahnung, sich stets die eigene Sündhaftigkeit und Wertlosigkeit vor Augen zu führen, wirkt befremdlich. Wird sie konsequent befolgt, kann diese Mahnung sogar psychische Schäden nach sich ziehen. Schon Nietzsche weiss in der «Fröhlichen Wissenschaft»: «Eine geschwächte, dünne, sich selbst leugnende und verleugnende Persönlichkeit taugt zu keinem guten Dinge mehr.»



Thomas von Kempen verfasste «Die Nachfolge Christi».

MONDADORI PORTFOLIO / AKG

Klarer als das mittelalterliche Weisheitsbuch durchschaut die moderne Psychologie die Gefahr der beiden Extreme: Selbstverlust durch Selbstverleugnung und narzisstische Störung durch Ichbezogenheit und übersteigertes Selbstbewusstsein. Der narzisstisch Gestörte bedarf der Demut und der Einsicht in die eigene Unvollkommenheit (und da weiss «Die Nachfolge Christi» guten Rat), der von sich entleerte Mensch bedarf der Selbstliebe und Selbstannahme – was in der «Nachfolge Christi» allerdings vergessen gegangen ist.

Spuren im eigenen Leben

Die Regel vier – Pflege Freundschaft mit Jesus – ist dem Autor besonders wichtig. Jeder Einzelne kann in Jesus einen unsichtbaren, stets anwesenden persönlichen Freund haben. Rasch merkt der Leser: Dem Autor liegt wenig am Glauben an komplizierte kirchliche Lehren. Theologische Lehren werden zwar nicht infrage gestellt, treten aber gegenüber der Freundschaft mit Jesus zurück. Thomas fordert zur Pflege einer persönlichen Frömmigkeit auf.

Sie findet bis heute mehr Anhänger als kirchlicher Dogmen- und Katechismusglaube. Mit Gott oder Christus als Beschützer vor Schaden und als Tröster in Not können viele heutige Gläubige mehr anfangen als mit dogmatischen Lehren über Gott als Dreifaltigkeit oder über die Geburt Jesu von einer Jungfrau. Viele glauben, wie Thomas von Kempen, in ihrem eigenen Leben Spuren von Gottes Fürsorge zu finden.

In den Zeugnissen von Lesern der «Nachfolge» ist es die Botschaft von

der Nähe Jesu zu jedem einzelnen Menschen, die Trost in dunklen Schicksalstagen vermittelt. Wer unverdient leidet, das ist eine von Thomas' Grundbotschaften, nimmt das Leidensschicksal Jesu auf sich und erhält genau dadurch Jesu Trost. «Trägst du willig das Kreuz», sagt Thomas a Kempis, «so wird es dich selber tragen.»

Das Buch auf dem Nachttisch

Edith Cavell, eine in Brüssel tätige englische Krankenschwester und Fluchthelferin, greift zu dem Buch, bevor sie von deutschem Militär im Jahr 1915 hingerichtet wird. Auch Dietrich Bonhoeffer liest es in seiner Spandauer Gefängniszelle vor seiner Hinrichtung im Jahr 1945. Bonhoeffers kleine Schrift «Gemeinsames Leben» (1939) schlägt eine Lebensordnung für eine klosterähnliche evangelische Gemeinschaft vor, die das geistliche Leben erneuern soll. Mehrfach zitiert er dabei aus der «Nachfolge Christi».

Was die lebenspraktische Weisheit angeht, so hat Samuel Johnson (1709–1784), der grosse englische Literat und Lexikograf, sich folgenden Spruch aus der «Nachfolge» gemerkt und oft im Mund geführt: «Ärgere dich nicht, wenn du andere nicht dahin bringen kannst, dass sie so sind, wie du willst. Nicht einmal dich selbst kannst du so formen, wie du sein möchtest.» Hier glaubt man die bekannte pragmatische Lebenseinstellung zu erkennen, die den Geist Englands bis heute prägt.

Derselbe praktische Geist zeigt sich auch auf dem Gebiet der Religion. Ein Beispiel dafür bietet Agatha

Christies Miss-Marple-Krimi «A Caribbean Mystery» («Karibische Affäre»). Nach einem langen Tag will Jane Marple die von ihr gesammelten Fakten und Namen sich noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Von Müdigkeit überwältigt, gibt sie auf. Dann heisst es: «Miss Marple zieht sich aus, steigt ins Bett, liest ein paar Verse aus Thomas a Kempis, der stets auf ihrem Nachttisch liegt. Dann löscht sie das Licht. In der Dunkelheit schickt sie ein Gebet empor: Man schafft nicht alles allein. Man braucht Hilfe.»

Tropfenweise zu lesen

Die Romanautorin verrät uns nicht, welches Kapitel die ebenso scharfsinnige wie fromme Amateurdetektivin aufschlägt. Vielleicht liest sie folgendes Gebet: «Herr, recht gern stelle ich dir alles anheim, denn mein eigenes Denken fruchtet wenig.» Miss Marple bleibt jedenfalls gelassen – und kann bald den dreifachen Mörder finden. Nicht nur auf dem Nachttisch von Miss Marple, sondern auch auf dem ihrer englischen Erfinderin hatte «Die Nachfolge Christi» einen festen Platz, um «tropfenweise» gelesen zu werden.

Bis ins 20. Jahrhundert zählte die «Nachfolge» zu den meistgelesenen Werken christlicher Spiritualität. Tausende von Leserinnen und Lesern haben sich der Frömmigkeit und Weisheit des Thomas von Kempen anvertraut. Selbst wenn man heute einige Seiten der «Nachfolge Christi» als problematisch und überholt erachten mag: Man wird dem kleinen Buch seinen Respekt nicht versagen.

Das literarische Wunderkind

Clemens J. Setz erhält für sein Werk den Georg-Büchner-Preis

PAUL JANDL

Über die «unbraven, prächtigen Strolche» der Literatur hat Clemens J. Setz da und dort geschrieben. Über Vorbilder wie Philip K. Dick, Arno Schmidt oder Johann Peter Hebel. Auch Georg Büchner könnte zu dieser Reihe gehören, und nicht zuletzt der österreichische Schriftsteller selbst. Setz ist der gänzlich unbrave und prächtige Strolch aus Graz, der es jetzt locker und verdient bis in die höchsten Weihen der Darmstädter Akademie geschafft hat. Büchner-Preis, und das mit gerade einmal 39 Jahren!

Kein Wunder bei einem literarischen Wunderkind, das schon 2007 mit dem auf geniale Weise altersklugen Roman «Söhne und Planeten» debütierte. Seither konnte man sehen, wie sich Clemens J. Setz mit einem himmelüberspannenden, bisweilen herrlich überspannten Werk einen Platz eroberte, der ganz seiner ist. Setz schreibt unter den Auspizien grosser Traditionen und von «her majesty the total fucking weirdness», wie sie im 1000-Seiten-Roman «Die Stunde zwischen Frau und Gitarre» vorkommt. Er ist der Autor der Delirien und der Devianzen, aber auch der mathematisch-exakten Exaltiertheit.

Blick in die Zwischenwelten

In Setz' Erzählungsband «Der Trost runder Dinge» gibt es einen Herrn namens Bernhard Henri Conradi, der nicht gut schläft. Er muss sich «an seinem eigenen Kinn festhalten, um nicht aus dem Bett zu fallen». Die eigenen Achselhöhlen sind ihm nicht geheuer, weil sie Morsezeichen empfangen können. Am Himmel sieht er das unheilverkündende Sternbild des «Grossen Burschen». Es ist eine Figur, wie vielleicht der Autor selbst eine ist. Opfer einer Sensibilität, die die Augen öffnet. Mit Setz schauen wir in Zwischenwelten des Sozialen und dessen, was man gemeinhin Wirklichkeit nennt.

Vater-Kind-Geschichten sind in den frühen Romanen «Söhne und Planeten» und «Die Frequenzen» beschrieben. Später sind es Erzählungen eines durch Einbildung perforierten Alltags, wie in «Die Liebe zur Zeit des Mahlstädter Kindes» oder in «Indigo». Allerdings gibt es die Einbildung bei Setz niemals in einem fragwürdigen Sinn. Ganz im Gegenteil. Sie ist das Handwerkszeug des Autors und seiner Figuren. Die Welt ist durch die Einbildung auf emphatische Weise auf den Kopf gestellt. Aus ihr heraus und durch sie hindurch wird nachgedacht, bis ein Wissen entsteht, das, so das Versprechen dieses Werks, wahrer sein könnte als alle Wissenschaft.

Setz' bisher letztes Buch, «Die Bienen und das Unsichtbare», ist eine Art poetologischer Spiegel. Der Autor schreibt darin über Kunstsprachen, die erfunden worden sind, um die Kommunikation der Menschen untereinander zu vereinfachen. In Wahrheit aber schreibt er auch über sein eigenes Verständnis von Sprache. Über das Phänomen, dass Begriffe und Grammatiken gleichermassen ein Schlüssel zur Welt sind, wie sie uns im Kerker des Verstehens einschliessen.

Ein produktiver Schluckauf

Das Werk von Clemens J. Setz ist gemacht, um diese Grenzen zu überwinden. Es will neue Grammatiken lesbar machen. Die Grammatik des Zufalls spielt in den Erzählungen und Romanen von Setz eine wichtige Rolle. Und die Glitches der digitalen Welt, die wie ein produktiver Schluckauf sind. In mathematischen Prozessen bilden sie so etwas wie eine transzendente Gegenwart aus verquerrter Logik. Die Figuren des Österreichers leben in Zuständen überwachter Rationalität, in Geisterseherei und Wahnsinn.

«Als Schriftsteller habe ich Respekt vor der Diskontinuität und Parallelität des Lebens», schreibt Setz in «Die Bienen und das Unsichtbare». Ohne Brüche ist das Ganze nicht zu haben, und ohne den grossen literarischen Synästheten Clemens J. Setz würde man das laute Krachen im Gebälk der Wirklichkeit nicht hören.

Die Welt ist von pinken Linien durchzogen

Überall stehen LGBT-Rechte auf den politischen Agenden. Die zugehörigen Debatten verlaufen über viele Umwege

CLAUDIA MÄDER

Es wäre schön, wenn es dieses Buch nicht gäbe. Wenn die Menschen auf der Welt leben und lieben könnten, wie und wen sie wollten, brauchte man sich um die Details ihres Daseins nicht zu kümmern. Ob ein Mann, der sich als Frau fühlt, einen Mann heiratet, ob zwei Frauen, die ein Café führen, auch miteinander schlafen oder ob sich ein Junge die Nägel lackiert – über solche Dinge müsste man in der besten aller Welten keine dicken Bücher lesen.

Die Heirat zwischen zwei Männern ist in der Schweiz zwar (noch) nicht möglich. Im Allgemeinen hat man hier aber doch den Eindruck, dass die Welt schon eine ziemlich gute sei. Nicht selten ist gar zu lesen, dass die LGBT-und-wie-sie-sonst-noch-heissen-Menschen jetzt einmal aufhören könnten, nach Aufmerksamkeit zu verlangen und immer mehr Sonderrechte zu fordern. Dass sie in der Mehrheit der Fälle bloss die gleichen Rechte wie die anderen Menschen wollen, wird gerne übersehen.

Doch der positive Eindruck ist nicht falsch. Im Umgang mit sexuellen Minderheiten hat sich sehr viel zum Guten entwickelt in den letzten Jahrzehnten. «Keine globale soziale Bewegung hat je so schnell an Boden gewonnen wie die, die inzwischen als LGBT-Bewegung bezeichnet wird», schreibt Mark Gevisser, und hält fest, dass vieles, was heute alltäglich erscheint, noch in den 1980er Jahren völlig undenkbar gewesen sei. Damals war Gevisser in New York, heute lebt er in Kapstadt. Seine Diagnose gilt auch für viele andere Orte – aber längst nicht für die Mehrheit der Länder. Laut Gevisser ist die Welt von einer pinken Linie durchzogen: Sie trennt Gebiete, die «queere Menschen zunehmend als vollwertige Bürger in ihre Gesellschaft integrieren», von anderen, die sich gegen Homosexuellenrechte und LGBT-Themen verhalten.

Kann man diese Linie auf der Weltkarte einzeichnen und sich im Westen auf der Seite des liberalen Fortschritts wägen? So einfach macht es der Autor seinen Lesern nicht. Die pinke Linie hält sich nur bedingt an Ländergrenzen. Sie mag Westeuropa vom Osten abgrenzen, kann aber auch durch einzelne Staaten verlaufen, Städte vom Land separieren

LESEZEICHEN

Mark Gevisser: Die pinke Linie.
Weltweite Kämpfe um sexuelle Selbstbestimmung und Geschlechtsidentität. Aus dem Englischen von Helmut Dierlamm und Heike Schlatterer. Suhrkamp-Verlag, Berlin 2021. 658 S., Fr. 42.90.

oder zwischen Familien hindurchgehen. Egal aber, wo sie sich zeigt: Die pinke Linie, wie Gevisser sie versteht, ist ideologisches und politisches Kampfgebiet.

Während sechs Jahren hat der südafrikanische Journalist dieses Terrain bereist. Er hat in Moskau oder in Kenya, in Kairo oder in den USA Menschen getroffen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung in Schwierigkeiten waren, und fügt ihre Geschichten zu einem grossen Gesamtbild zusammen: Differenziert und offen, zuweilen auch kritisch, aber immer frei von Polemik schildert Gevisser, wie sich LGBT-Rechte und Genderdiskurse im 21. Jahrhundert weltweit entwickeln.

Buchstaben bringen Geld

Die erste Person, die der Autor porträtiert, ist Tiwonge Chimbalanga aus Malawi. Von Gevisser's Heimat ist dieses Land nicht sehr weit entfernt, und doch ist es fast ein anderer Planet. Während Südafrika nach der Apartheid Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung verboten hat, stehen homosexuelle Handlungen in Malawi unter Strafe: Zu 14 Jahren Gefängnis wurde Chimbalanga verurteilt, nachdem er, der sich immer als Frau verstand, 2009 ein Hochzeitsfest mit einem Mann gefeiert hatte.



In den Städten entfaltet sich das queere Leben am stärksten: ein Gesicht der Gay Pride in Mexiko-Stadt, Juni 2019.

FERNANDO LLANO / AP

Auf internationalen Druck hin wurde Chimbalanga aus der Haft entlassen, 2011 hat er in Südafrika Asyl erhalten und konnte sich dort eine fragile Existenz aufbauen – unterstützt von diversen LGBT-Organisationen.

Diese Buchstaben hatten für Chimbalanga lange Zeit keine Bedeutung. Die Idee einer queeren Identität war seinem Denken fremd, er sah sich schlicht als Frau. Trotzdem nahm er das LGBT-Label nach seiner Verhaftung sehr schnell an, denn er hat rasch gemerkt, dass es «in der neuen globalen Ökonomie» mit einer Form von Kapital verknüpft ist. Der reiche Westen, schreibt Gevisser, wisse solche Identitäten zu schätzen und lebe nach der Devise: «Diese Menschen verdienen unsere Hilfe.»

Der Autor stellt das nüchtern fest. Andere aber wollen die Unterstützung des Westens als hinterhältige Kampagne sehen – die Afrikaner würden mit Geld bestochen, um homosexuell zu werden, behaupten religiöse Kräfte. Das ist freilich nicht die einzige ungewollte Wirkung, die das LGBT-Label entfaltet. Mitunter vermag es auch Gesetzesverschärfungen auszulösen. Das Muster ist simpel: Je höher der Westen die Regenbogenfahne hält, desto intensiver wird sie anderswo bekämpft. Besonders deutlich ist das in früheren Kolonien zu sehen. Als etwa England 2013 die Marriage (Same Sex Couples) Act verabschiedete und gleichgeschlechtlichen Paaren die Heirat ermöglichte, hat Nigeria die Same Sex Marriage (Prohibition) Act erlassen, die jede Art von homosexuellem Verhalten unter Strafe stellte. Internationale Ermahnungen, solche Gesetze aufzuheben, werden von vielen Staaten als «neokoloniale Einmischung» zurückgewiesen.

Wird die «pinke Linie» zum Westen in diesen Fällen gezogen, um die eigene Souveränität zu unterstreichen, markiert sie an anderen Orten ideologische Feindschaft. Als sich der Konflikt zwischen Russland und Westeuropa zuspitzte, hat Moskau die Toleranz gegenüber der Homosexualität vermehrt zum Merkmal des moralisch verkommenen Gegners erklärt. Der Westen, der das russische Gesetz gegen homosexuelle Propaganda kritisierte, akzeptierte die

«Gleichheit von Gut und Böse», befand Präsident Putin 2013. Um dem Verfall der Sitten vorzubeugen, wollte er die traditionellen Werte stärken.

Solche Haltungen gefallen rechtsnationalen Kreisen in vielen Ländern. Doch im Westen wählen manche von ihnen auch ganz andere Strategien. Marine Le Pen oder Geert Wilders präsentieren ihre Länder als Bastionen der LGBT-Rechte – die von muslimischen Migranten mit Füssen getreten würden. Etliche Kräfte politisieren also heute mit den queeren Menschen, oder in Gevisser's Worten: Die LGBT-Personen «bekommen eine politische Bedeutung, die weit über ihre eigenen Forderungen nach Gleichbehandlung und Würde hinausreicht».

Dass Homosexuelle überhaupt zu einer politischen Grösse wurden, sieht Gevisser als Spezifikum des Westens. Einerseits hat der Sexualdiskurs des 19. Jahrhunderts Homosexualität zu einer wesenhaften Identität erklärt. Natürlich hat das vorerst und lange als Stigma gewirkt. Im Verlauf der Zeit ist es «den Homosexuellen» aber auch möglich geworden, wie andere Gruppen ihre Interessen zu vertreten. Und als Teilnehmer im politischen Spiel werden sie unvermeidlich auch zum Faktor für andere Parteien. Andererseits hat laut Gevisser auch der Kapitalismus das queere Leben im Westen begünstigt: Menschen, die für die Arbeit in urbane Zentren strömen, trauen sich in diesen grossen Räumen eher, mit den Normen der traditionellen Gesellschaft zu brechen. Heute nimmt die Urbanisierung weltweit zu, und nicht zuletzt deshalb glaubt Gevisser, dass die Situation für queere Menschen langfristig überall «besser wird».

Gerade an Orten, an denen die Situation schon vergleichsweise gut ist, haben sich die Debatten in den letzten zehn Jahren merklich verändert. Homosexuelle zu verteufeln, sie wie noch US-Senator McCarthy als innere Feinde und Verbündete des (kommunistischen) Bösen zu bezeichnen, würde heute kein westlicher Politiker mehr wagen. Des Teufels sind nun eher abstrakte Grössen, die «Gendertheorie» zum Beispiel, die manche am liebsten eliminieren möchten – in São Paulo etwa sind 2017 zahl-

reiche Demonstranten gegen einen Vortrag von Judith Butler aufmarschiert und haben Hexenpuppen mit Butlers Konterfei verbrannt.

Trans rückt ins Zentrum

Vor allem aber ist laut Gevisser in vielen liberalen Ländern «Trans» zur «pinken Linie» geworden, an der sich die Geister scheiden. Inhaltlich hat das eine Verschiebung zur Folge. Nicht mehr die Frage nach Heirats- oder Adoptionsrecht steht hier im Zentrum. Es ist vielmehr das «grundlegende Menschenrecht auf Selbstbestimmung», das zurzeit eine «kontrovers diskutierte neue Wendung» erhält.

Soll jeder Mensch sein Geschlecht selbst festlegen können? Der Frontenverlauf ist hier konfus, neben Konservativen, die den Verlust der natürlichen Ordnung befürchten, sind auch Feministinnen anzutreffen, die in der willkürlichen Wahl des Geschlechts eine Gefahr für die mühsam erkämpften Frauenrechte sehen. Kundig schreitet Gevisser diese ungerade Linie ab. Er porträtiert ein Mädchen, das sich mit 18 Jahren zum Mann umwandeln lässt, spricht mit Eltern und Ärzten und schildert auch das Schicksal einer Frau, die nach einer abgebrochenen Transition kritisch zurückblickt.

Zwischen den einzelnen Lebensgeschichten nimmt Gevisser immer wieder das grosse Ganze in den Blick. Deutlich geht einem dabei auf, dass die Trans-Debatte auch vielen Fragen rund um die Identität wieder eine völlig neue Richtung gibt. Galt Geschlecht, Gender, in der Nachfolge von Judith Butler bis vor kurzem noch als Konstrukt, als Rolle, die der Mensch in der Gesellschaft erlernt und performt, erscheint es im Trans-Diskurs als «fundamentaler Teil des Selbst». Das Geschlecht prägt den Menschen im Kern – und das geschlechtliche Wesen im Innern verlangt seinen authentischen Ausdruck auch im Körper. Ist das nun «progressiv»?

Es ist vor allem kompliziert, in unseren Breiten wie an allen anderen Orten auf der Welt. Darum ist es eben doch sehr gut, dass es das dicke Buch von Mark Gevisser gibt.

Je höher der Westen die Regenbogenfahne hält, desto intensiver wird sie anderswo bekämpft.